330.943
L52k

Abhandlungen aus dem Staatswissenschaftlichen
Seminar der Universität Halle-Wittenberg
Herausgegeben von G. Aubin, G. Jahn, H.Waentig
1.

Kapital- und Verwaltungsüberfremdung bei der Industrie und den Verkehrsanstalten Deutschlands von 1800 bis 1923/24

Von
DR. JOSEPH LEGGE

HALBERSTADT
H. MEYER'S BUCHDRUCKEREI
ABTEILUNG VERLAG
1924

UNIVERSITY OF
ILLINOIS - URBANA
BOOKSTACKS

H. Meyer's Buchdruckerei, Halberstadt, Abteilung Verlag.

In der gleichen Sammlung erschienen:

Heft 2:

Die Methoden und Probleme in der Bemessung der Einkommensteuer

von

Dr. Paul Naumann.

Die gesamte Wirtschaftslage drängt in Deutschland nach einer Vereinfachung des Steuerwesens. Dabei wird wieder auf die Einkommensteuer, die in den letzten Jahren durch viele andere stark belastende Steuerarten aus ihrer dominierenden Stellung verdrängt worden war, das Schwergewicht gelegt werden müssen. Dazu werden dann sehr hohe Steuersätze nötig sein. Umsomehr muß danach gestrebt werden, daß eine wirklich gleichmäßige, der Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers genau entsprechende Besteuerung in den einzelnen Einkommenstufen und ein wahrhaft gerechtes Steuer-Existenzminimum geschaffen werden.

Hier den Weg zu weisen und die theoretischen Unterlagen zu schaffen, ist die Aufgabe der Arbeit. Sie stellt sämtliche bisherigen Einkommensteuertarife nach einer mathematisch-graphischen Methode dar und bringt sie in ein System. Eine theoretische Grundlegung schafft den Maßstab für die Beurteilung der Gesetzgebung. Die aus der Theorie entwickelten, noch nicht verwirklichten Forderungen haben im letzten Teile eine besondere Durcharbeitung gefunden. Es sei besonders auf die Behandlung des Formeltarifes und des gleitenden Existenzminimums hingewiesen.

Infolge ihrer Aktualität bietet die Schrift besonders Wissenschaftern und Politikern wertvolle Anregungen und einwandfreies Material. Aber auch den Laien befähigt sie, die jeden etwas angehenden Einkommensteuerfragen unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit zu betrachten.

Dreizehn graphische Darstellungen und zahlreiche Tabellen dienen zur Veranschaulichung der Fehler früherer und der Forderung künftiger Steuergrundsätze.

78 Seiten broschiert Goldmark 4.80

(1 Goldmark = $^{10}/_{42}$ U.S.A. Dollar).

Heft 3:

Das Prinzip der Kausalität des seelischen und sozialen Geschehens insbesondere des Wirtschaftens.

Eine positive Untersuchung über die Grundlage der Sozialwissenschaften

von **Dr. Arno Lamprecht.**

Die grundsätzlichen Fragen der Sozialwissenschaft haben durch die tiefgreifenden Veränderungen des Soziallebens in der Kriegs- und Nachkriegszeit einen neuen Anstoß erhalten und neues Interesse entfacht. Die Untersuchung Lamprecht's ist der Niederschlag einer selbständigen Denkleistung auf diesem Gebiete. Der Verfasser versucht das Problem in seiner ganzen Tragweite aufzurollen und aus den Bestrebungen von Sozialwissenschaft, Philosophie und Psychologie eine neue Erkenntnisweise der Sozialwissenschaft herauszuschälen, die durch die prinzipielle Klärung der Kausalität des seelischen und sozialen Geschehens die Möglichkeit einer einheitlichen Lösung der verschiedenen sozialwissenschaftlichen Grundfragen gewinnt. Die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Neuorientierung der sozialwissenschaftlichen Erkenntnis wird eindringlich nachgewiesen und die Grundlagen einer befriedigenden Systematik gewonnen, die das Ganze der Sozialwissenschaft logisch und einheitlich durchdringen soll.

Erscheint demnächst.

Für das Ausland werden die Preise in Schweizer Franken umgerechnet.

Preisänderungen behalten wir uns vor, insbesondere auch für eingebundene Bücher.

Abhandlungen aus dem Staatswissenschaftlichen
Seminar der Universität Halle-Wittenberg
Herausgegeben von G. Aubin, G. Jahn, H. Waentig
1.

Kapital- und Verwaltungsüberfremdung bei der Industrie und den Verkehrsanstalten Deutschlands von 1800 bis 1923/24

Von
DR. JOSEPH LEGGE

HALBERSTADT
H. MEYER'S BUCHDRUCKEREI
ABTEILUNG VERLAG
1924

XLV

Alle Rechte, auch das der Übersetzung
in fremde Sprachen, vorbehalten.

Copyright by
H. Meyer's Buchdruckerei, Halberstadt
1924.

H. Meyer's Buchdruckerei, Halberstadt, Abteilung Verlag.

330.943
L52k

Meiner Mutter
und
dem Gedenken meines Vaters
in dankbarer Liebe gewidmet.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorworte XIII
A. Veranlassung zur Arbeit und ihr Zweck XV
B. Kapital- und Verwaltungsüberfremdung bei der Industrie und den Verkehrsanstalten Deutschlands
I. Teil: Kapital- und Verwaltungsüberfremdung bei der deutschen Industrie 1
1. Bergbau und Hüttenwesen (ausschl. Braunkohlenindustrie) 1
a) Der Erzbergbau Süd- und Westdeutschlands (einschließlich des badischen Steinkohlenbergbaues) 1
b) Der rheinisch-westfälische Steinkohlenbergbau 12
c) Die übrigen deutschen Steinkohlengebiete 30
d) Die Hütten- und Stahlwerksindustrie 33
e) Der Kalibergbau 41
f) Gesamtüberblick über die Kapitalüberfremdung 45
g) Die Verwaltungsüberfremdung 47
2. Die Metallindustrie 50
a) Allgemeine Charakteristik 50
b) Die Kapitalüberfremdung
1. Periode bis 1891 51
2. Periode von 1891—1911 60
3. Periode von 1911 bis heute 68
1. Abschnitt
2. Abschnitt
c) Überblick über die Kapitalüberfremdung 71
d) Die Verwaltungsüberfremdung 73
3. Die Textilindustrie 75
Allgemeine Charakteristik der ausländischen Kapitalbeteiligungen bei der deutschen Textilindustrie 75
1. Teil: Schweizerische Kapital- und Verwaltungsüberfremdung 77
a) Die Kapitalüberfremdung:
1. in Baden 80
a) bis 1851 80
b) von 1852—1878 84
2. in Württemberg 85
a) von 1834–1851 85
b) von 1851—1878 86
3. in Baden und Württemberg von 1879 bis heute 88
4. in Bayern von 1834 bis heute 91
b) die Verwaltungsüberfremdung 98

Seite

2. Teil: Holländische Kapital- und Verwaltungsüberfremdung bei der deutschen Textilindustrie 103
3. Teil: Englische Kapital- und Verwaltungsüberfremdung . . . 106
a) bei der Woll-, Baumwoll- und Leinenindustrie
1. Die Kapitalüberfremdung 107
2. Die Verwaltungsüberfremdung 115
b) bei der Jutespinnerei und Linoleumindustrie 117
Gesamtzusammenfassung 120
4. Die chemische Industrie 123
1. Die chemische Industrie im engeren Sinne 123
2. Die chemische Industrie im weiteren Sinne 129
a) Die Glas- und Spiegelglasindustrie 129
b) Die Kohlensäure- und Mineralwasserindustrie 134
c) Die Gummiindustrie 137
d) Die Sprengstoff- und Zündwarenindustrie 138
e) Die Petroleumindustrie 140
f) Die Seifenindustrie 142
g) Die Eiswerke 143
Zusammenfassung einschließlich der Verwaltungsüberfremdung . . 144
5. Die Stein- und Erden-, Holz-, Papier- und Lederindustrie 148
1. Die Stein- und Erdenindustrie 148
2. Die Holz- und Papierindustrie 150
3. Die Lederindustrie 151
Zusammenfassung 152
6. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie 153
1. Die Margarine- und Ölindustrie 154
2. Die übrige Nahrungs- und Genußmittelindustrie (Konserven-, Stärke-, Schokoladen-, Brauerei-, Mälzerei- und Zigarettenindustrie) 162
Zusammenfassung einschließlich der Verwaltungsüberfremdung . . 168
7. Die Gas- und Wasserwerke 171
1. Die Gaswerke 171
2. Die Wasserwerke 178
II. Teil: Kapital- und Verwaltungsüberfremdung bei den Verkehrsanstalten Deutschlands 181
1. Die Straßen- und Eisenbahnen 181
a) Die Straßenbahnen 181
1. Periode: Belgische und englische Kapitalbeteiligungen
a) Die belgischen Kapitalbeteiligungen 182
b) Die englischen Kapitalbeteiligungen 186
2. Periode:
Kapitalbeteiligungen der deutsch-schweizerischen (deutsch-belgischen) Trustgesellschaften 191
Die Verwaltungsüberfremdung 195
b) Die Eisenbahnen 198

Seite

2. Die Schiffahrt 202
1. Die Großschiffahrtsunternehmungen 202
2. Die Kleinschiffahrtsunternehmungen
a) Seeschiffahrt 206
b) Flußschiffahrt 208
C. Gesamtbild der Kapital- und Verwaltungsüberfremdung bei der Industrie und den Verkehrsanstalten Deutschlands — Folgerungen 210
Literaturverzeichnis 221
Namen- und Sachregister 223

Digitized by the Internet Archive
in 2026 with funding from
University of Illinois Urbana-Champaign

https://archive.org/details/kapitalundverwal00legg

Zur Einführung.

Das staatswissenschaftliche Seminar der Universität Halle-Wittenberg hat eine große Tradition. Den ersten Grund dazu hat Gustav Schmoller gelegt. Zwar hat er selbst nur praktische Übungen abgehalten, es aber immerhin durchgesetzt, daß für eine besondere staatswissenschaftliche Seminarbibliothek im Haushaltsplan ein jährlicher Betrag von 600 Mark ausgeworfen wurde, so daß sein Nachfolger Johannes Conrad dann an die eigentliche Begründung des Seminars herangehen konnte. Er folgte darin dem Beispiel seines Lehrers und Schwiegervaters Bruno Hildebrand in Jena und hat, wie er in seinen Lebenserinnerungen bemerkt, die Entwicklung des von ihm gegründeten Seminars stets als den Kern seiner ganzen Dozententätigkeit angesehen.

Dabei haben sachliche wie persönliche Motive eine Rolle gespielt. Einmal die Überzeugung, daß die Anfertigung einer größeren wissenschaftlichen Arbeit, ohne Rücksicht auf eine spezifische Begabung dazu, das beste Bildungsmittel auch für diejenigen Volkswirte darstelle, die sich nach Abschluß ihrer Studien nicht der gelehrten Forschung, sondern dem praktischen Leben widmen wollen. Zweitens die Erkenntnis, daß sein Gesundheitszustand es ihm unmöglich machte, „ein größeres wissenschaftliches Buch zu schreiben, wie es nun einmal von einem deutschen Professor verlangt werde", und daß er daher, „statt selbst zu schreiben, was er nicht konnte", zu seiner Legitimierung andere zur Bearbeitung der Themata heranziehen müsse, die ihm „fortdauernd in überreicher Fülle entgegentraten". Dazu dienten ihm zunächst die von ihm herausgegebenen Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Es lag ihm daran, wie er bemerkt, nicht nur Manuskript aufzunehmen, wie es ihm gerade zuflog, sondern vor allem sich Artikel zu bestellen, sei es in Form größerer Abhandlungen über wichtigere Fragen, sei es in Form von Miszellen, um vorhandenes Material, namentlich statistisches, zu verwerten. In zweiter Linie

aber benutzte er das Seminar, soweit die Zusammensetzung der Mitglieder dieses gestattete, ohne ihnen allzu großen Zwang aufzuerlegen.

Dadurch erhielt dieses Seminar naturgemäß einen besonderen Charakter. „Ich bin dabei nie von meinen persönlichen Interessen ausgegangen", fügt er hinzu. „Doch ließ es sich häufig machen, Fragen, die ich für besonders wichtig hielt, Seminarmitgliedern zur Bearbeitung zu übergeben, wobei ich natürlich unwillkürlich darauf hinwirkte, meine eigenen Anschauungen zur Geltung zu bringen. Da aber den Dissertationen meist wenig Beachtung geschenkt wird, ich meiner Wirksamkeit auf diesem Gebiete aber mehr Dauer verschaffen wollte, begann ich 1877 die geschlossene Herausgabe der hervorragenderen Arbeiten des Seminars in der Sammlung von Abhandlungen desselben, welche von der Verlagsbuchhandlung der Jahrbücher gleichfalls übernommen wurde".

Das also war der Ursprung der bekannten Conrad'schen Sammlung, die, ähnlich wie die von Schmoller in Berlin und später von Brentano in München begründete, in einem eigenartigen Sinne als wichtiger Teil des geistigen Lebenswerkes des Herausgebers zu betrachten ist. Denn sie war nicht nur Geist von seinem Geiste, sie war geradezu Organ seiner wissenschaftlichen Persönlichkeit.

Der im April 1915 erfolgte Tod Johannes Conrads setzte diesem in seiner Art großzügigen Unternehmen ein Ziel. Es wäre voraussichtlich, wie die von Professor Waentig im Jahre 1909 begründete Sammlung sozialwissenschaftlicher Studien, wenn nicht schon während des Weltkrieges, so doch im Zeitalter der Inflation zum Erliegen gekommen. Auch wir, Conrads Nachfolger, haben uns aus dem angedeuteten Grunde lange abwartend verhalten müssen. Erst die Rückkehr zu einigermaßen gesunden Währungsverhältnissen hat es uns ermöglicht, das Werk unseres Vorgängers dort wieder aufzunehmen, wo es seinen erstarrten Händen entglitten war.

Allerdings teilen wir nicht alle Anschauungen, von denen sich Conrad bei der Begründung und Fortführung seiner Sammlung hat leiten lassen. Nicht wenige der von ihm im Laufe der Jahrzehnte herausgegebenen Abhandlungen scheinen uns darauf hinzudeuten, daß die Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Forschung unter den Studierenden seltener ist, als er anzunehmen

geneigt war; daher das an sich verständliche Streben, sich seiner Schüler als ausführender Organe bei der Lösung selbstgestellter Aufgaben zu bedienen, wie in der Kunst, so auch in der Wissenschaft nur allzu leicht zur geistigen Verwässerung führt. Wie viele der in den bändereichen Sammlungen seminaristischer Abhandlungen erfolgten Publikationen hätte ohne jeden Schaden für die Wissenschaft unterbleiben können. Ja, noch mehr, wie viele von ihnen haben infolge ihres notwendig spezialistischen Charakters selbst ihre Verfasser in ihrer Ausbildung nur sehr bedingt gefördert!

Von dieser kritischen Einstellung werden wir uns leiten lassen. Darum wird unsere Sammlung kein Kompendium zahlloser Doktordissertationen sein; auch haben wir nicht den Ehrgeiz, darin als an thematischen Einfällen unerschöpfliche Anreger einer literarischen Produktion zu glänzen, die, statt in den Köpfen zu leben, in den Bücherspinden verstaubt. Wirklichen wissenschaftlichen Talenten die Möglichkeit zu geben, sich innerhalb der Grenzen, die da naturgemäß der Jugend gezogen sind, in der breiten Öffentlichkeit ihre ersten Sporen zu verdienen, das allein ist es, was wir uns bei der Begründung dieser neuen Sammlung zum Ziele gesetzt haben.

Die Herausgeber.

Vorwort.

Die vielen Hunderte von Fragebogen, die vornehmlich das Material zu der vorliegenden Arbeit geliefert haben, sind mit dem Stempel des staatswissenschaftlichen Seminars der Universität Halle und mit meiner Unterschrift versehen hinausgegangen. So ist es auch meine Pflicht, allen denen, die sie beantwortet haben, an dieser Stelle öffentlich Dank zu sagen.

Nicht nur die Zahl der Antworten hat alle Erwartungen übertroffen. Entgegen vielfachen Erfahrungen, die sich an derartige Privatenqueten knüpfen, ist auch die Ausführlichkeit der Beantwortung oft eine so weitgehende gewesen, daß wir uns nicht für berechtigt gesehen haben, jede einzelne Angabe wiederzugeben. Denn die Befürchtung lag nahe, daß mancher Auskunfterteilende seine Weitherzigkeit bereuen würde, wenn er seine Worte schwarz auf weiß vor sich sieht.

Zu diesen durch unseren Willen nur mittelbar verwendeten Angaben traten dann jene ebenfalls sehr zahlreichen anderen, in mündlicher oder schriftlicher Form mitgeteilten, hinzu, die von vornherein nur zu diskreter Verwendung bestimmt worden sind. Sie entstammen begreiflicherweise vor allem dem Kreise der Einzelunternehmungen und den noch familienhaft gebundenen gesellschaftlichen Unternehmungsformen. So stützen sich namentlich die zusammenfassenden Teile der Untersuchung, die das Kennzeichnende dieser oder jener Bewegung herauszuheben versuchen, meist auf ein viel umfangreicheres Material, als es die namentlich angeführten Beispiele vermuten lassen.

Wenn auch die Arbeit nach möglichst vollständiger Erfassung der Beobachtungsobjekte strebt, so sind wir uns doch voll bewußt, von der Erreichung dieses Zieles noch ein gutes Stück Weges abgeblieben zu sein. Freilich wird sich jeder, dessen Untersuchungen sich auf dem gleichen Gebiete bewegen, mit Annäherungswerten begnügen müssen. Doch glaube ich, daß

es gelungen ist, so viel Einzelfälle zu sammeln, daß die großen Linien der Entwicklung, daß die nach Produktionszweig und kapitalgebendem Lande wechselnde Form der Anteilnahme des Auslandes am Aufbau der deutschen Wirtschaft mit Sicherheit erkannt und dargestellt werden konnte.

Das Verdienst der mühe- und entsagungsvollen Arbeit kommt Herrn Dr. Legge zu, der auch die Verantwortung für die Darstellung trägt. Mein Anteil beschränkt sich, abgesehen von der formellen Unterstützung des Werkes, auf jene Hilfe, die der in den wirtschaftlichen Tatsachen und im Schrifttum erfahrenere Ältere dem Jüngeren zu gewähren vermag.

Halle (Saale), im Mai 1924.

Prof. Dr. G. Aubin.

A. Veranlassung zur Arbeit und ihr Zweck.

Die nach dem Kriege in allen Ländern so oft geforderte nationale Orientierung des Wirtschaftslebens, die alles einer einheitlichen nationalen Zweckbestimmung unterordnen oder dienstbar machen soll, ist gewiß auch einer der vielen niemals realisierbaren Wünsche, wie sie durch die Kriegsverhältnisse geboren wurden. Das seiner Natur nach internationale Kapital kennt keine Grenzen und gerade Deutschland bestätigt diese Tatsache in der allerjüngsten Zeit von neuem.

Seit dem Sommer des Jahres 1919 wird in den an der Entwicklung der deutschen Industrie interessierten Kreisen viel von der „Überfremdung" des deutschen Wirtschaftslebens gesprochen, worunter das Eindringen fremdländischen Einflusses verstanden wird. Obwohl die ausländische Kapitalbeteiligung bei der deutschen Industrie schon im vorigen Jahrhundert eine bedeutende Rolle spielte und man in der Gegenwart dieser Frage ein lebhaftes Interesse entgegenbringt, ist sie bis jetzt noch nicht für das hier untersuchte Gebiet zum Gegenstand einer größeren wissenschaftlichen Erörterung gemacht worden[1]). Bisher wissen wir noch nicht, wie sich die ausländischen Kapitalbewegungen bei der deutschen Industrie in den früheren Jahrzehnten vollzogen haben, welches die bestimmenden Faktoren für sie waren

[1]) Zu gleicher Zeit, in der der wesentlichste Teil dieser Arbeit zustande kam, hat die Frage der Überfremdung noch zwei weitere Bearbeiter gefunden. Gleichfalls im Staatswissenschaftlichen Seminar des Prof. Dr. Aubin in Halle (Saale) schrieb Hans Beyer eine mehr theoretische Arbeit über „Das Problem der wirtschaftlichen Überfremdung mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Gegenwart" (1921). — Hans Jürgen v. Kleist's Arbeit: „Die ausländische Kapitalbeteiligung in Deutschland" ist im November 1921 im Verlage von Reimar Hobbing in Berlin erschienen. — Es sei bemerkt, daß alle drei Arbeiten unabhängig von einander entstanden sind und gerade vorliegende Arbeit in Form und Inhalt wesentlich von den beiden vorgenannten Arbeiten abweicht. — Der größte Teil des vorliegenden Werkes ist die Wiedergabe meiner Arbeit, auf Grund der ich am 7. Mai 1921 an der Universität Halle zum Doktor der Staatswissenschaften promovierte.

und in welchem Verhältnis die Kapital- und Verwaltungsüberfremdung[1]) zu einander stehen. Wohl ist die internationale Kapitalfrage theoretisch behandelt worden, aber diese Erörterungen beschränkten sich im wesentlichen auf die sogenannten Leihkapitalien (Staatsanleihen usw.) und selbst das bedeutsamste Werk über die ausländischen Kapitalanlagen, nämlich das von Sartorius von Waltershausen[2]) [3]) geht kaum darüber hinaus.

Die vollständige Vernachlässigung der für uns Deutsche heute so wichtigen Frage der ausländischen Kapitalbeteiligung mag anfangs befremdend erscheinen, ist es jedoch ganz und gar nicht, wenn man bedenkt, daß dies in der Natur der Sache begründet liegt. Zwei Gründe sind vor allem maßgebend: Einmal fand die Frage der internationalen Kapitalbewegungen überhaupt erst seit nicht allzu langer Zeit größere Beachtung, dann aber — und das ist wohl das Entscheidende — ist eine Materialsammlung, die über die finanziellen Verhältnisse von Unternehmungen etwas erforschen will, mit größeren Schwierigkeiten verknüpft, als sie sonst bei der Materialbeschaffung zu wissenschaftlichen Arbeiten zu überwinden sind. Bei dem Fehlen jeder speziellen Literatur für die vorliegende Arbeit mußte deshalb versucht werden, zu einer möglichst engen persönlichen Fühlungnahme mit der Industrie und den sonstigen interessierten Kreisen zu kommen. Es galt ein Material zusammenzubringen, das derjenige, der es besitzt, nicht gern aus den Händen gibt. Aber durch das besondere Entgegenkommen vieler Behörden und

---

[1]) Unter dem Begriff „Verwaltungsüberfremdung" soll hier die Aufnahme von Ausländern in die Verwaltung irgendwelcher Unternehmen verstanden sein.

[2]) Sartorius von Waltershausen: Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande. Berlin 1907.

[3]) An sonstiger Literatur ist u. a. zu nennen: Paul Arndt: Neue Beiträge zur Frage der Kapitalanlage im Auslande. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1915. — C. K. Hobson: The export of capital. London 1914. — Inhülsen: Deutsche Bankniederlassungen und Kapitalanlagen in England. Conrads Jahrbücher 1918. — Charlotte Leubuscher: Die ausländische Kapitalbeteiligung an der deutschen Industrie. Schmollers Jahrbuch 1917, S. 329–347. — Fr. Moos: Die französischen Kreditinstitute und die französischen und englischen Kapitalanlagen im Auslande. Conrads Jahrbücher 1910. — Walter Zöllinger: Internationale Wertübertragung und Kapitalanlage im Auslande. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1913. — Besonders verwiesen sei ferner auf die Zeitschriften Weltwirtschaftliches Archiv (Bernhard Harms) und Plutus (Georg Bernhard).

Kammern, Gesellschaften und Industrieller konnte die Materialsammlung soweit durchgeführt werden, daß ein Versuch zur zusammenfassenden Darstellung jener so eigenartigen und verschiedenen ausländischen Kapitalbewegungen bei der Industrie und den Verkehrsanstalten Deutschlands gewagt werden durfte. Dabei sei nicht unerwähnt, daß das gesammelte Material nicht in allen Einzelheiten aus direkten Quellen stammt, so daß also die Möglichkeit eines Irrtums nicht ausgeschlossen ist; immerhin dürfte aber im wesentlichen das Mitgeteilte den tatsächlichen Verhältnissen sehr nahe kommen.

Bei der Materialsammlung und Bearbeitung fand ich wohlwollende und wertvolle Unterstützung insbesondere der Herren Professor Dr. G. Aubin, stellvertretenden Berghauptmann, Oberbergrat Duszynski, Direktor C. Thieme, Industrieanwalt Dipl.-Ing. K. Viegener und Rechnungsrat Wuthenau, sämtlich in Halle (Saale), sowie der Herren Dipl.-Ing. Dr. P. Denso in Hellerau b. Dresden, Professor Dr. W. Hoffmann in Freiberg, Bergwerksdirektor Kaempffe in Herne i. W., Oberbergrat Dr. W. Schlüter in Dortmund und Direktor E. Steiner in Herste bei Brakel, Kreis Höxter i. W. Für das mir durch Rat und Tat bewiesene Interesse sage ich allen meinen verbindlichsten Dank. Zu besonderem Dank bin ich Herrn Professor Dr. Aubin verpflichtet. Er ist dem ganzen Werden des Werkes mit solchem Interesse gefolgt, daß er jederzeit bereit war, das hier zur Erörterung stehende Problem auf Grund des zur Verfügung stehenden Materials mit mir durchzusprechen. Es ist mir eine besondere Freude, feststellen zu können, daß manche von ihm gegebene Anregung in der Arbeit selbst ihren Niederschlag gefunden hat. Herr Professor Dr. Aubin hat auch die Anregung zu dieser Arbeit gegeben und in freundlichster Weise die Vermittlung mit dem Verleger veranlaßt. Der Verleger selbst hat alsdann in großzügiger Weise die Drucklegung übernommen und so an einem Werke mitgeholfen, das hoffentlich sowohl in seiner äußeren Form als auch durch seinen Inhalt in den interessierten Kreisen eine gute Aufnahme finden wird. Mein Dank beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Vorgenannten, sondern gilt in gleicher Weise auch den vielen, hier nicht Genannten, die mich bei meiner Arbeit unterstützt haben. Ein jeder möge überzeugt sein, daß ich mich stets in Dankbarkeit seiner erinnern werde.

Die vorliegende Arbeit will nicht nur wirtschaftshistorische Untersuchungen anstellen, sondern vor allem zur besseren wirtschaftstheoretischen Erkenntnis bestimmter, jetzt so hochbedeutsamer Wirtschaftsfragen beitragen. Als erste spezielle Arbeit über die Geschichte der ausländischen Kapitalbeteiligungen bei der Industrie und den Verkehrsanstalten Deutschlands kann hier wegen der erwähnten Schwierigkeit der Materialbeschaffung nur ein Beitrag zu dem großen Problem des internationalen Kapitalverkehrs geliefert werden. Es wäre eine große Vermessenheit, erklären zu wollen, daß hier mehr als ein bloßer Versuch gemacht wird, den ausländischen Kapitalimport bei der deutschen Industrie und den Verkehrsanstalten geschichtlich in systematischer Bearbeitung darzustellen. Quantitativ wie qualitativ ist das gesammelte Material beschränkt, weshalb die Arbeit keinen Anspruch auf Vollständigkeit macht, sondern nur versuchen will, die tieferen Zusammenhänge der Kapital- und Verwaltungsüberfremdung zu erforschen und die scharfe Trennung zwischen Kapital- und Verwaltungsüberfremdung nachzuweisen.

B. Kapital- und Verwaltungsüberfremdungen bei der Industrie und den Verkehrsanstalten Deutschlands.

1. Teil.

Kapital- und Verwaltungsüberfremdungen bei der deutschen Industrie.

1. Bergbau- und Hüttenwesen

(ausschließlich Braunkohlenindustrie).

Bei einer Betrachtung der Entwicklung des Bergbaues läßt sich die zunehmende Intensivierung des deutschen Wirtschaftslebens in der Mitte des 19. Jahrhunderts klar erkennen; zugleich wird aber die genauere Untersuchung zeigen, daß es gerade ausländisches Kapital war, das diese Entwicklung mit einer erstaunlichen Energie veranlaßte. Wohl kaum sind in einer anderen deutschen Industrie jemals — vielleicht mit Ausnahme der heutigen Zeit — solch hohe Kapitalsummen des Auslandes investiert gewesen, wie gerade beim west- und südwestdeutschen Bergbau gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts. Mit seltener Rührigkeit hat damals der vorwärtsstrebende hoch entwickelte Privatkapitalismus des Auslandes seine Tätigkeit begonnen und ein buntes Bild ausländischer Finanzierung in unserem Vaterlande geschaffen. Um dieses Bild möglichst scharf zu erfassen, sollen zwei Fragen den Grundton der ganzen Darstellung geben:

1. Welches waren die Bewegungen der ausländischen Kapitalbeteiligungen und
2. Welches waren ihre Ursachen?

a) Der Erzbergbau Süd- und Westdeutschlands

(einschließlich des badischen Steinkohlenbergbaues).

Der soeben angedeuteten großen ausländischen Kapitalbewegung der 50er Jahre, insbesondere bei dem westdeutschen Bergbau, gingen zum Teil in einzelnen anderen Bezirken noch einige kleinere voraus. Auch sie haben Bedeutung für die Frage

der ausländischen Kapitalbeteiligung, und zwar einmal schon aus rein historischem Interesse und zum anderen, weil sie gerade die Ohnmächtigkeit und Abhängigkeit unseres damaligen Wirtschaftslebens mit voller Schärfe zeigen und in weiterer Folge in mancher Hinsicht, wie erst später klarer werden wird, Pfadfinderdienste zur Erforschung der Ursachen jener ausländischen Kapitalbewegungen leisten. Es ist ja eine Zeit noch völliger wirtschaftlicher Brache, für den deutschen Bergbau gewiß noch die Zeit der Kinderjahre, während damals doch schon in Frankreich, Belgien und besonders in England eine Montan-Industrie bestand, wie wir sie bei uns erst etwa in den 60er Jahren hatten. Wir sehen im Auslande eine Industrie, die bereits auf eigenen Füßen stand, im Bergbau den Tiefbau anwandte und im ganzen durch die Art und Weise ihres Aufbaues und ihrer Organisation zweifellos den damaligen Verhältnissen Rechnung zu tragen verstand. Bei solcher Lage der Dinge ergab sich für manche ausländische Kapitalisten und Unternehmer die Möglichkeit, ohne sich an altüberkommene, jedoch durch die Zeitverhältnisse überholte deutsche Verhältnisse des Wirtschaftslebens zu kümmern, den Kampf mit allem Rückständigen nach den Erfahrungen in ihrer Heimat aufzunehmen, Erz- und Kohlenfelder in Deutschland mit ihrem Kapital, das ihnen zumeist hinreichend zur Verfügung stand, zu erschließen, Hochöfen anzulegen und Fabriken zu erbauen; kurz gesagt, den Industriealisierungsprozeß Deutschlands zu beginnen bzw. zu unterstützen. An anderer Stelle wird hierüber noch eingehender zu reden sein. Hier mag zunächst dieser generelle Hinweis auf die Bedeutung des jeweiligen Entwicklungsgrades des in- und ausländischen Wirtschaftslebens für die Frage der ausländischen Kapitalbeteiligung genügen, ohne daß es schon jetzt nötig wäre, die nun nachfolgenden Einzelberichte zugleich in engere Wechselbeziehung zur damaligen Wirtschaft zu stellen.

In Baden ging die französische Kapitalbeteiligung, soweit sie für unsere Betrachtung von Interesse ist, bei einigen Bergwerken bis ins 18. Jahrhundert zurück. Eine französische Gesellschaft hatte das Steinkohlenfeld von Hagenbach etwa 1770 in ihre Hand bekommen und erweiterte ihren Grubenbesitz 1825 durch Ankauf des Grubenfeldes von Diersburg. In den 40er bis 50er Jahren wurden französische Kapitalien bei der Steinkohlen-

Bergwerksgesellschaft zu Offenburg und der A.-G. Steinkohlengruben Berghaupten, deren Kapital etwa je 500 000 Frs. betrug, investiert. In der Mitte des Jahrhunderts kamen dann zu den französischen Kapitalisten englische Kapitalisten im Erzbergbau hinzu, während belgisches Kapital zu gleicher Zeit im Erzbergbau durch die Altenberggesellschaft tätig wurde.

Ein Versuch, mit größeren Mitteln den Kinzigtäler Bergbau zu erschließen, wurde 1847 durch die Kinzigtal-Mining Association, genannt Kinzigtäler Bergwerksverein, gemacht. Diese A.-G. wurde mit einem Kapital von 100 000 £ = 2 Mill. M. — von denen allein $^2/_3$ die englischen Direktoren dieser Gesellschaft besaßen, in 5000 Aktien zu je 20 £ gegründet. Wirklich eingezahlt wurden auf die Aktien aber nur je 5 £, so daß ein Kapital von $^1/_2$ Million Mark hätte zur Verfügung stehen müssen. Doch die Gesellschaft scheint, wie O. Föhrenbach[1]) schreibt, nicht glücklich geleitet gewesen zu sein. Sie machte große Aufwendungen für Aufschlußarbeiten, Grubenausbau, Hilfs- und Vorrichtungsbauten, Maschinen, Hütteneinrichtungen und dergl., doch waren zur vollen Betriebsaufnahme 1857 noch immerhin 57 000 fl. nötig. Das Direktorium zeigte aber keine Lust, hierzu seine Aktieneinzahlung zu vervollständigen, sondern wollte durch Herabsetzung des Aktienkapitals auf 50 000 £ und Ausgabe von 5 000 Prioritätsaktien die Mittel aufbringen. Dieser Statutenänderung versagte die Regierung, da man an einen Aktienschwindel glaubte, die erforderliche Genehmigung. Die Gesellschaft stellte darauf den ganzen Betrieb sofort 1857 ein, um aber erst 20 Jahre danach sich vollständig aufzulösen. Dabei ist es nicht ohne Interesse, zu wissen, daß in den 40er und 50er Jahren diese englische Gesellschaft in Baden nahezu 70 Gruben betrieben hatte, die dann mit Einstellung des Betriebes, zum Teil unter Beibehaltung der englischen Bezeichnung, in Pacht einer französischen Gesellschaft übergingen. Später, mit Beginn der 80er Jahre, haben nochmals englische Kapitalisten gleichfalls ohne Erfolg versucht, die Ausbeutung der Kinzigtal-Gruben in Angriff zu nehmen.

Auch im Weinheimer Tale wollten 1854 englische Kapitalisten die dortigen Silber- und Bleierzgänge erschließen. Als man je-

[1]) O. Föhrenbach: Der badische Bergbau in seiner wirtschaftlichen Bedeutung vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart. (1910) S. 19.

Vgl. fernerhin: Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogtums Baden (1865).

doch die mangelhafte wirtschaftliche Ergiebigkeit erkannt hatte, wurde das Projekt sofort fallen gelassen.

Zweifellos stand über dem badischen Bergbau kein günstiger Stern; denn ebenso erfolglos wie in jenen Tälern, verlief die Ausbeute im Münstertale. Das Unternehmen des 1834 gegründeten Badischen Bergwerksvereins[1]) war anfangs über Erwarten vom Glück begünstigt. Als man jedoch tiefere Gänge in Angriff nehmen mußte, stellten sich Kapitalschwierigkeiten ein. Da kam englisches Geld zu Hilfe. Man gründete die Grand Duchy of Baden Chartered native silver and silver lead mines, genannt Deutsch-englischer Bergwerksverein oder offiziell Konzessionierte Gesellschaft für den Abbau der Silber- und Bleiminen im Großherzogtum Baden. Die Statuten dieser Gesellschaft wurden am 10. Oktober 1852 vom Ministerium des Innern genehmigt und ihr die Rechte und die Befugnisse des Badischen Bergwerkvereins eingeräumt. Das Kapital bestand in 71 400 Aktien zu je 1 £ und zwar wurden auf 43 500 dieser Aktien je 1 £ eingezahlt, während der Rest dieser 71 400 Aktien als bereits voll eingezahlte Aktien ausgegeben wurden. Die Aktien des Badischen Bergwerkvereins wurden zu 30% eingelöst und zugleich auch für 7 Monate 6 000 fl. rückständige Löhne gezahlt. Kurz nach ihrer Gründung mutete die Gesellschaft etwa 60 Gruben, so daß man im ganzen Schwarzwald große Hoffnungen hegte. Die englische Gesellschaft konzentrierte aber bald wieder ihre Tätigkeit auf das Münstertal, wo sie anfangs 150, im Jahre 1852 schon 260 Personen beschäftigte. Als jedoch die Preise des gewonnenen Bleies fielen und ein Walzwerk, das man zur Selbstverarbeitung erbaut hatte, die Hoffnungen eines nur einigermaßen wirtschaftlichen Betriebes nicht erfüllte, stellte die Gesellschaft den Betrieb ihrer letzten Münstertäler Grube bereits 1861 wieder ein, um dann schließlich schon 1865 wieder zu liquidieren. Die Firma Karl Mez in Freiburg kaufte alsdann für 24 000 fl. die Werke im Münstertal und verwandte die Maschinen anderweitig in industriellen Unternehmungen.

Aber auch den Zinkbergwerken und Zinkhütten im Wieslochtale ist das Glück noch nie recht hold gewesen. Die in den 40er Jahren entdeckten Galmeilager bei Wiesloch gingen wegen zu hoher Unkosten von dem bisherigen Besitzer, Bankier Reinach

[1]) O. Föhrenbach a. a. O.

in Frankfurt a. M., zum Teil 1852 an die belgische Gesellschaft Vieille Montagne à Angleur (Altenberggesellschaft), zum Teil 1856 an die Badische Zinkgesellschaft in Mannheim, deren Kapital 3 Millionen fl. betrug, über. Die badische Gesellschaft veräußerte ihren Besitz bei ihrer Liquidierung im Jahr 1876 an die Stolberger Zinkgesellschaft, bei der bekanntlich auch wieder starke belgische Kapitalinvestierungen bestanden bzw. zum Teil noch heute bestehen.

Der Ertrag all dieser Bergwerke entsprach, wie schon angeführt wurde, nicht den gehegten Erwartungen, sodaß das ausländische Kapital schon nach wenigen Jahren seine Tätigkeit einstellte. Die blinkenden und glitzernden Edelmetalle, sowie die erhofften großen Kohlenfunde Badens hatten sich den ausländischen Kapitalisten eben als ein Danaergeschenk entpuppt und so ihre Spekulationen eigentlich von vornherein zum Scheitern gebracht.

Diese stete, in der Mitte des 19. Jahrhunderts fast chronisch wiederkehrende Überfremdung des süddeutschen Erzbergbaues findet in irgendwelchen besonderen wirtschaftlichen oder finanziellen Gründen keine Stütze. Ja, gerade der süddeutsche Erzbergbau ist in seiner eigenartigen Entwicklung in Bezug auf die Überfremdungsfrage ein klassisches Beispiel dafür, wie sehr die ausländischen Kapitalsanlagen allzuhäufig ausschließlich der Gewinnerzielung dienen sollten. In dieser Verblendung ward vielen ausländischen Kapitalisten die geschichtliche Entwicklung der einzelnen Gruben kein Ratgeber und Wegweiser, sondern irgendwelche lose Anhaltspunkte technischer, wirtschaftlicher oder finanzieller Natur, die die Entwicklung ähnlicher, aber gar nicht zu vergleichender Verhältnisse ihrer Heimat ihnen boten, wurden die Hoffnungssterne, unter denen die ausländischen Kapitalisten ihr Glück versuchten. Nur zu oft sind die ausländischen Kapitalbeteiligungen von einem Optimismus, das will sagen, Mangel an realer Überlegung, begleitet, der wirklich seinesgleichen sucht, wie das eine oder andere Beispiel in diesem oder den nachfolgenden Kapiteln noch deutlicher hervortreten lassen wird.

Es wäre jedoch verfehlt, diesen Grundzug mancher ausländischen Kapitalanlagen zu verallgemeinern oder ihm eine über das zulässige Maß hinausgehende Bedeutung zuzuerkennen. Da-

für ist das Problem der ausländischen Kapitalbeteiligungen auch zu verschiedenartig, wie ja alle internationalen Geldfragen sowohl theoretisch wie praktisch stets von — fast möchte man sagen — nie zu Ende gehenden neuen Gesichtspunkten aus zu betrachten sind. Die ferneren Berichte und Ausführungen, wie sie sowohl hier für die Montanindustrie als im besonderen späterhin für die anderen Industriezweige wiedergegeben bzw. gemacht werden, bestätigen dies recht deutlich.

Die zuvor erwähnten ausländischen Kapitalbeteiligungen des süddeutschen Bergbaues stehen zum Teil im gewissen Zusammenhang mit den nachfolgend erwähnten oder nicht erwähnten Beteiligungen in den übrigen deutschen Gebieten, wo die ausländischen Kapitalisten im allgemeinen mit mehr Glück ihrem Ziele zustreben konnten. Insbesondere gilt das für den Erzbergbau in den hessen-nassauischen und rheinischen Bergrevieren. Bald waren es Belgier, bald waren es Engländer, bald Franzosen, die ihre Kapitalien dort investierten, neue Felder erschlossen oder alte zur Ausbeute brachten. So lockten denn auch hessen-nassauische Silber-, Blei-, Kupfer- und Eisenbergwerke 1838 englische Kapitalisten herbei und brachten auf diese Weise diese Metallbergwerke unter ihren Einfluß, wohingegen im Dillenburger Revier[1]) englische Kapitalisten den Bergbau im Verein mit deutschem Kapital betrieben.

Von einer englisch-deutschen Bergwerksgesellschaft wurde etwa 1840 eine englische Kupferhütte zur Verschmelzung der Kupfererze jener Gruben angelegt und nach dem gewöhnlichen englischen Flammofenprozeß betrieben. Im Jahre 1856 ging jedoch die Hütte schon wieder in andere Hände über.

Im Köln-Deutzer Bergbau war[2]) gleichfalls schon Ende der 30er Jahre englisches Kapital tätig, dem alsbald Pariser Kapital folgte, während in den 50er Jahren abermals französisches Kapital die Ausbeute anderer Bergwerke, die dann später von der bekannten Altenberg-Gesellschaft erworben wurden, begann. Im Bensberger Bezirk gehörten 1840 etliche Bergwerke der Gesellschaft Rochaz & Comp. à Paris und Th. de Waldner de Freund-

[1]) F. Obernheimer: Das Berg- und Hüttenwesen im Herzogtum Nassau. 2. Band 1867.

[2]) Leopold Kinne: Beschreibung des Bergreviers Ründeroth.

stein à Paris. — Der Bergbau der Bleigruben Gertraudensegen, Emanuel, Antoniusstollen und anderer Gruben wurde seit Mitte der 40er Jahre von der Société de l'Antonius et des mines réunies wieder aufgenommen, während die Schächte und Stollenbauten am Goldknippen um die Mitte der 50er Jahre von der Altenberg-Gesellschaft, sodann von der Gewerkschaft Gertraudensegen, die das Werk gepachtet hatte, fortgeführt wurden.

Die Grube Wildberg im Bergrevier Ründeroth mit ihrem großen Bleierzvorkommen gelangte 1853 in den Besitz der Great consolidated mining company limited in London. Der Besitz gewann bedeutend an Umfang und die Jahresproduktion stieg in den 50er Jahren bis auf 2500 t, um dann aber schnell wieder zu fallen. Das Stammkapital der englischen Gesellschaft betrug 130000 Pfd., außerdem waren 20000 Prioritätsaktien zu je 2 Pfd. ausgegeben worden[1]). Von einer Pariser Gesellschaft wurde 1855 der Betrieb der Bleigrube Heidberg im Bergrevier Ründeroth wieder aufgenommen, ohne daß es jedoch zu einer energischen Durchführung des Betriebes gekommen wäre, da nur alte Halden aufbereitet wurden. Erst in den 60er Jahren wurden von dem späteren Besitzer Ed. Lambelet à Paris die noch liegen gelassenen Erzgänge abgebaut. Seit 1870 war die Grube im Besitz der West prussian mining company limited in London, welche alsbald mit der Tiefbauanlage vorging und die Jahresproduktion nahezu auf 2000 t Bleierz brachte. — Im Kölner Bezirk war in den 50er Jahren noch die englische Gesellschaft Cologne mining company tätig.

Die Gewerkschaft Lintorfer Erzbergwerke kam 1893 zum Teil unter ausländischen Einfluß. In dem genannten Jahre wurde das Unternehmen für 343465 Mark an die Firmen Haniel & Lueg in Düsseldorf und Brockmann-Honders in Amsterdam verkauft, wobei erstere Firma 53%, letztere 47% Anteil an den Kuxen erhielt. Im Jahre 1904 liquidierte das Unternehmen wegen zu hoher Wasserhaltungskosten[2]).

---

[1]) Der Berggeist 1858, Seite 120. Im übrigen vergleiche Kinne a. a. O.

[2]) Vergleiche Jahrbuch des O.-B.-A. Dortmund, Jahrgang 1904. Die Jahrbücher des O.-B.-A. Dortmund, bekannt unter dem Namen „Baedeker's Jahrbücher" haben mir manches Material zu diesem Kapitel geliefert. Genaue Literaturangaben wurden aber nur dort gemacht, wo wörtlich entlehnt wurde. Außer den genannten Jahrbüchern benutzte ich vornehmlich Bücher, Zeitungen

Die Erzvorkommen an der Mosel waren ein nicht minder beliebtes Ausbeutungsfeld für das ausländische Kapital. Hier waren besonders französische Kapitalisten seit vielen Jahren tätig, bis 1860 der Bergwerksverein von Zell & Altlay, der 1861 gegründet wurde, durch seine zukünftigen Mitglieder 1860 die Blei-, Silber-, Zink- und Kupfergruben bei Zell und Altlay a. d. Mosel von der aufgelösten französischen Gesellschaft Lesourd ankaufen ließ.

Heute gehören die bisher genannten Erzbergwerke im Rheinland, in Hessen-Nassau und Baden zum großen Teil den drei bekannten deutsch-belgischen Bleiminenbesitzern: Der Altenberg-Gesellschaft, der Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen mit dem Sitz in Aachen und der Rheinisch-Nassauischen Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft in Stolberg. Da die Kapitalien dieser Gesellschaften aber zum Teil ausländisch waren bzw. noch sind, so steht auch heute noch ein großer Teil der Silber- und Bleierzvorkommen Süd- und Westdeutschlands indirekt unter ausländischem Einfluß. Die Gründe hierfür sind gleichfalls in der zum Teil recht eigenartigen geschichtlichen Entwicklung dieser drei zuletzt genannten Unternehmungen zu suchen. In Kürze sei folgendes mitgeteilt:

Napoleon I. erklärte während seiner Regierungszeit alle Besitzungen der bisherigen deutschen Landesherren als französischen Staatsbesitz. Mehrere Bergwerke des Rheinlandes und des Saargebietes wurden somit von der Administration des domaines à Paris verwaltet. Einige dieser deutschen Bergwerke wurden an Pariser Gesellschaften verpachtet, andere wurden an Meistbietende verkauft. Etliche Grubenfelder der späteren Altenberg-Gesellschaft, bekannt auch unter dem Namen Vieille Montagne à Angleur, kamen auf letztere Weise in belgische Hände[1]). „Ein kaiserliches (napoleonisches) Dekret vom 21. Juni 1805 stellte die Grenzen der künftigen Konzession Altenberg (les mines de

---

und Zeitschriften aus damaliger Zeit, ohne auch hier in jedem einzelnen Falle bei der Vielseitigkeit der benutzten Literatur genaueres angegeben zu haben, zumal sie häufig genug selten mehr als Hinweise (Namen usw.) lieferten, auf Grund deren dann weitergeforscht werden konnte. Die wertvollste Ergänzung bildeten hier wie auch in den anderen Industrien mündliche und schriftliche Auskünfte der Unternehmungen und sonstiger Stellen.

[1]) Die Ausführungen über die Altenberggesellschaft sind zum größten Teil der „Beschreibung des Bergreviers Düren“ (1902) entnommen (S. 211 fg.).

calamine dites de la vieille Montagne)[1] fest, während in dem beigeschlossenen Lastenheft die Bedingungen der Veräußerung näher angegeben waren. Hiernach sollte die Konzession den Bestimmungen des Berggesetzes vom 28. April 1791 gemäß 50 Jahre dauern und dem Konzessionär ein genauer Betriebsplan seitens der Verwaltung vorgeschrieben werden; als Minimalangebot war eine jährliche Abgabe von 40 000 Frs. festgesetzt. Daneben aber sollte der Konzessionär noch den zwanzigsten Teil des Bruttoertrages von dem bis 28 m Tiefe, ferner den sechzigsten Teil von dem bis 50 m Tiefe und endlich den hundertsten Teil von dem bei größerer Tiefe geförderten Galmei an die Staatskasse entrichten und zur Sicherstellung des Staates eine Kaution von 80 000 Frs. bestellen. Der Belgier Abbé Jean Jacques Daniel Dony[2]) bot 40 500 Frs. als jährliche Abgabe und erhielt infolge dieses Meistangebotes die Konzession. Bei den schweren Lasten hatte aber Dony schon in wenigen Jahren seine Hilfsmittel erschöpft und sah sich zu einer Anleihe von 300 000 Frs. genötigt, welche er unter der Bedingung von einem gewissen Chaulet erhielt, daß er diesen auf 12 Jahre an dem Gewinn seines Unternehmens beteiligte. Jedoch auch diese Hilfe sowie der Verkauf von drei Vierteilen seiner Konzession waren nicht ausreichend, ihn vor dem Untergang zu retten und so ging von 1813 an das Eigentum am Altenberg nach und nach in die Hände eines gewissen Mosselmann aus Lüttich über". Im Jahre 1837 endlich erwarb die Société anonyme des mines et fonderies de zinc de vieille montagne das Konzessionsfeld. Heute haben die Grubenfelder der Altenberg-Gesellschaft einen ganz gewaltigen Umfang angenommen und verteilen sich über ganz Europa und Afrika. In Deutschland gehören der Altenberg-Gesellschaft im besonderen die Erzgrubenfelder im Benzberger und Altenberger Bezirk sowie die Borbecker Hütte. Die Gesamtproduktion an Zink seitens dieser Gesellschaft beträgt jährlich 100 000 t, wovon 12 000 t Jahresproduktion auf die Borbecker Hütte entfallen, 80 000 t Zink hingegen jährlich in Belgien hergestellt werden. Das Gesamt-Aktienkapital der Gesellschaft be-

[1]) Der Name Vieille Montagne findet sich schon in einer Verleihungsurkunde vom 3. Dezember 1455.

[2]) Durch Dony wurde der Galmei zum ersten Mal zur Zinkherstellung verwendet; früher verwandte man ihn bloß zur Fabrikation von Messing.

trug vor dem Kriege 9,2 Millionen Mark, wobei zu bemerken ist, daß in dieser auf internationaler Grundlage finanzierten Altenberg-Gesellschaft die belgischen Kapitalien noch heute vorherrschend sind. Das ist bei der größten Zinkproduzentin und Zinkverarbeiterin der Welt wirtschaftspolitisch nicht ohne Bedeutung, und zwar heute umsomehr, als durch das Oberschlesien-Diktat nunmehr auch in Oberschlesien von den 16 Betrieben der Zink- und Bleierzgruben nur noch 4 in deutschem Besitz geblieben sind, so daß in Oberschlesien von der bisher jährlichen Bleierzförderung von 226 000 t nur 39 000 t, von den Zinkerzen der jährlich 22 000 t betragenden Förderung nur 5 000 t bei Deutschland verblieben sind. Wir verlieren von den oberschlesischen Zinkerzen mindestens 86% und von den Bleierzen 77%. Was ein solcher Verlust bei der sowieso stark überfremdeten deutschen Blei- und Zinkhüttenindustrie bedeutet, ist überhaupt nicht zu schätzen.

Als weiteres bedeutendes Unternehmen der Zinkproduktion ist sodann die A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen mit dem Sitz in Aachen zu nennen. Auch ihre Gründung geht direkt auf belgische Kreise zurück. Die Metallurgische Gesellschaft, eine Gesellschaft, die fast ausschließlich aus belgischen Kapitalisten bestand, errichtete im Jahre 1834 auf Münsterbusch bei Stolberg eine Zinkhütte und verhüttete darin den in den umliegenden Bergwerken gewonnenen Galmei. Diese Hütte ging im Jahre 1845 durch Kauf auf die Kommanditgesellschaft de Sassenay & Cie. über, welche der Marquis de Sassenay am 8. April 1841 im Verein mit einigen Pariser Kapitalisten gegründet hatte. Bereits im Jahre 1843 war auch durch die Gründer jener Hütte das gleichfalls auf Münsterbusch gelegene, heute außer Betrieb gesetzte Kohlenbergwerk „Jamesgrube" von den Erben des belgischen Großindustriellen James Cockerill erworben worden. Durch notariellen Vertrag vom 5. Juli 1845 wurde die Firma de Sassenay & Cie. in die Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation mit einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark umgewandelt und das ganze Aktivvermögen auf die Gesellschaft übertragen. Drei Jahre, nachdem die königliche Bestätigung durch Urkunde vom 31. Dezember 1845 erfolgt war, kaufte sodann die Gesellschaft von einer belgischen Firma die auf Münsterbusch errichtete

Bleihütte. Laut Vertrag vom 11. August 1853 erwarb die Gesellschaft durch Verschmelzung mit dem Rheinisch-Westfälischen Bergwerksverein zu Arnsberg i. W. deren ausgedehnten Bergwerksbesitz in Westfalen und nahm infolgedessen den Namen „Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen" an. Zugleich wurde das Aktienkapital auf 12 Millionen Mark erhöht, von dem bis zu Kriegsbeginn die Hälfte in belgischen Händen war. Vor dem Kriege waren die Mitglieder des Aufsichtsrates teils deutscher, teils belgischer und französischer Staatsangehörigkeit; heute setzt sich der Aufsichtsrat nur noch aus deutschen Mitgliedern zusammen.

Zwischen dieser Stolberger Zinkgesellschaft und der 1873 gegründeten Rheinisch-Nassauischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft in Stolberg, bei der englisches, französisches und belgisches Kapital früher eine große Rolle spielte, kam im Herbst des Jahres 1922 ein Interessengemeinschaftsvertrag zustande. Letztere Gesellschaft ist seit 1873 aus einer Verschmelzung der zur Hälfte von ausländischem Kapital finanzierten „Eschweiler Gesellschaft für Bergbau und Hüttenwesen in Stolberg" und der fast ausschließlich von französischen Kapitalisten beherrschten „Holzappeler Gesellschaft in Holzappel (Nassau)" entstanden. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands hatte es jedoch mit sich gebracht, daß seit Ende der 80er Jahre kaum nennenswerte ausländische Kapitalbeträge beteiligt blieben. Wurden vor 1873 Vorstand und Aufsichtsrat vorwiegend von Franzosen und Belgiern gebildet, während die Betriebsleiter Deutsche waren, so wurden in den späteren Jahren fast sämtliche führenden Stellen mit Deutschen besetzt.

Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß fast jedes ältere Silber- und Bleibergwerk in den südlichen und westlichen Gebieten des deutschen Reiches zu irgendeiner Zeit des letzten Jahrhunderts einmal von ausländischen Kapitalisten betrieben worden ist. Dieses verdient umso größere Beachtung, weil noch heute durch die oben genannten Gesellschaften der ausländische Einfluß z. T. kein geringer ist. Es verdient gerade hier hervorgehoben zu werden, daß das belgische Kapital beim deutschen Bergbau im Laufe der Jahre sich nicht unerheblichen Einfluß verschaffte und sehr lange behielt, während die englischen Kapitalisten sich im

wesentlichen nur in der Mitte des vorigen Jahrhunderts betätigten. Diese Eigenart wird auch im folgenden Abschnitt, welcher der Betrachtung der ausländischen Kapitalbeteiligung beim rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau gilt, klar erkennbar werden.

b) Der rheinisch-westfälische Steinkohlenbergbau.

Wenn man in den Quellen, die über die Wirtschaftslage Deutschlands in den 30er und 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts berichten, blättert, kann man leicht feststellen, daß einem deutschen Kapitalmarkt, wenn man überhaupt schon von einem solchen sprechen will, damals noch keine Bedeutung beizumessen war, während die ausländische Industrie eine ganz wesentliche, kaum hoch genug zu bewertende Unterstützung durch einen weitverzweigten und wohlorganisierten Kapitalmarkt gefunden hatte. Ist diesem Faktor bei dem bisher besprochenem Gebiet eine nicht zu verkennende Bedeutung für die Bewegung des ausländischen Kapitals zuzumessen, so trifft dies für das rheinisch-westfälische Bergbaugebiet vielleicht weit mehr zu. Gerade wegen ungenügender Kapitalorganisation fehlte in Deutschland billiges Geld. Der Zinsfuß war hoch und Kredit schwer oder garnicht zu bekommen. Deutsches Bankkapital stand zur Erschließung des riesigen rheinisch-westfälischen Kohlenbeckens längst nicht hinreichend zur Verfügung. Betrug doch zudem das Volksvermögen in Deutschland um das Jahr 1848 auf den Kopf der Bevölkerung schätzungsweise rund 720 M., in England hingegen 2860 M.[1]). Sollte also der Industriealisierungsprozeß möglichst schnell erfolgen, so mußte man den ausländischen Kapitalisten wohl oder übel deutsches Bergwerkseigentum zugestehen. Die Privatkapitalien der deutschen Großindustriellen waren ein Nichts gegenüber dem, was nötig war, um das ungeheure Industriegebiet des Rheinlandes und Westfalens zu erschließen. England besaß 1838 bereits 180 Aktienbanken, Frankreich 20. Der deutsche Kapitalmarkt begann aber erst sich zu orientieren und zu organisieren. Was ein organisierter Kapitalmarkt aber bedeutete, mag an der belgischen Industrie gezeigt werden.

[1]) Vgl. Rießer: Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken. S. 24.

Gehen wir nur kurz auf die Entwicklung des belgischen Wirtschaftslebens ein, so stellen wir fest, wie die ungemein rasche Entwicklung des Assoziationsgedankens zur Belebung des Handels und der Industrie während der 30er Jahre gerade durch die damals neu gegründeten Banken gefördert wurde. Obenan stand die Allgemeine Gesellschaft zur Förderung der Nationalindustrie in Brüssel (Société générale pour favoriser l'industrie nationale, gegr. 1822) mit 50 Mill. fl. Kapital[1]). Ihr folgte die Brüsseler Handelsgesellschaft (Société de Commerce de Bruxelles) mit 10 Mill. fl. Kapital, sowie die Belgische Bank (Banque de Belgique, gegr. 1835 von der belgischen Regierung mit 20 Mill. Frs. Kapital). Von diesen Gesellschaften floß viel Kapital nach allen Richtungen hin, um durch vereinigte Kräfte da aufzuhelfen, wo Mittel und Bestrebungen der Einzelnen nicht ausreichen wollten[2]). Die daraus entspringenden Vorteile leuchten von selbst ein. Es ist berechnet worden, daß allein in den Jahren 1833 bis 1838 die Société générale über 30 industrielle Unternehmungen mit einem Kapital von mehr als 100 Mill. Frs. und die Belgische Bank mehr als 20 große Gesellschaftsunternehmungen mit wenigstens 50 Mill. Frs. Aktienkapital ins Leben gerufen hat. Auch soll durch diese beiden Bankanstalten damals besonders französisches Kapital nach Belgien gezogen worden sein[3]).

In Deutschland wurde erst durch das Aufkommen der Aktiengesellschaften und ihrer rechtlichen Regelung in den 40er und 50er Jahren auch in- und besonders ausländisches Kapital flüssig. So wurde die erste Aktiengesellschaft des Ruhrgebietes[4]) 1838 von Kapitalisten aus Lille, Douai, Valenciennes und einigen anderen nordfranzösischen Industriestädten mit einem Grundkapital von 540000 Frs. gebildet. Die Gesellschaft der Hardenberg'schen Kohlenbergwerke in Duisburg wurde damit das erste großangelegte Unternehmen ausländischer Kapitalisten im rheinisch-westfälischen Bergbaugebiet. 1840 erhielt die Hardenberggesellschaft die landesherrliche Bestätigung.

[1]) R. Liefmann: Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften 1913, S. 113 fg.

[2]) Gewerbeblatt für Sachsen, Jahrgang 1838, S. 362.

[3]) F. v. Steinbeiß: Die Elemente der Gewerbeförderung, nachgewiesen an den Grundlagen der belgischen Industrie 1853, S. 19 ff.

[4]) Die älteste aller preußischen Aktiengesellschaften ist der 1834 gegründete Eschweiler Bergwerksverein. Vgl. Oskar Stegmann: „Der Eschweiler Bergwerksverein". Auch an dieser Gesellschaft war das ausländische Kapital stark interessiert.

Der Gründung dieser soeben genannten Gesellschaft folgten bald weitere; ja, ihre Zahl stieg mit Beginn der 50er Jahre recht beträchtlich, als durch das lang erhoffte sogenannte Miteigentümergesetz von 1851 mit seiner Aufhebung des Direktionsprinzipes den ausländischen Kapitalisten nunmehr wenigstens einigermaßen der Weg zur freien Betätigung geöffnet wurde. Der erwartete Umschwung trat zwar nicht mit einem Schlage ein, aber die Gesetze vom 12. Mai 1851 bedeuteten doch den Wendepunkt in der Gesamtentwicklung und den Anfangspunkt der Neuentwicklung. Denn jetzt erst war es dem Schaffenstriebe der Gewerkschaften und ihrer sachverständigen Leiter möglich geworden, erleichtert in den Abgaben und selbständig in allen Angelegenheiten des Betriebes — mit nur unwesentlichen, hauptsächlich polizeilichen Beschränkungen — zu disponieren. Und die bei Beginn dieser Periode vorhandene Gesamtlage war der Betätigung der jetzt hervortretenden schaffensfreudigen Tätigkeit und Spekulation so günstig wie nur irgend möglich.

Darum ließen England, Frankreich, Belgien und Holland ihre Kapitalien zur Erlangung hoher Gewinne in dem nun so zukunftsreichen rheinisch-westfälischen Industriegebiet in Millionen arbeiten. Ein leistungsfähiger heimischer Geldmarkt kam den ausländischen Kapitalisten zudem insofern zu Hilfe, als ihnen dadurch ein sicherer und billiger Kapitalzufluß gesichert wurde. Gleichfalls hinreichend zur Verfügung standen den Kapitalisten dieser Länder Erfahrungen, Technik und geschulte Arbeitskräfte. Alle diese Umstände waren für die Erschließung der Bergwerke von gleich hoher Bedeutung, zumal man gerade jetzt in Deutschland vom Stollen- zum Tiefbau überging. Die Anwendung dieser in Deutschland neuen Arbeitsmethode kam in der Arbeitsleistung bei den Auslandsunternehmungen vielfach recht deutlich zum Ausdruck. Nach einer Darstellung aus damaliger Zeit[1]) heißt es von den englischen Arbeitern, die von den englischen Kapitalisten herangezogen waren, daß sie 27 Scheffel je Schicht und Mann förderten, während sonst allgemein die einheimischen Bergarbeiter nur 12 bis 15 Scheffel Kohlen zu Tage brächten. Ist es da verwunderlich, wenn trotz höherer Löhne für die Arbeiter des Heimatlandes den ausländischen Kapitalisten oft genug ein ansehnlicher Gewinn

[1]) Zeitschrift: Der Berggeist, Jahrgang 1859, S. 346.

verblieb? Natürlich übte dies einen großen Reiz auf andere ausländische Kapitalisten aus, und es ist anzunehmen, daß aus den Verwandten- und Bekanntenkreisen jener ausländischer Kapitalisten, die bereits Kapitalien im rheinisch-westfälischen Bergbau angelegt hatten, gleichfalls weiteres Kapital investiert wurde.

Was nun den soeben erwähnten Bericht über die hohe Arbeitsleistung in den Betrieben mit gelernten ausländischen Häuern anbetrifft, so bezieht sich dieser in erster Linie auf die Hibernia and Shamrock-Company limited, deren ehemalige Grubenfelder der heutigen Bergwerksgesellschaft Hibernia in Herne i. Westf. gehören. Zur Geschichte der ausländischen Kapitalbeteiligung über diese Unternehmungen sei folgendes bemerkt:

a)[1]) Zu Anfang der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts erwarb der Irländer William Thomas Mulvany[2]), veranlaßt durch seinen Freund und Kapitalgeber Corr. van der Maeren, das in der Nähe des damaligen Dorfes Gelsenkirchen gelegene, dem Rechnungsführer Franz Hilgenstock aus Recklinghausen verliehene und von diesem an den Rentner von Oven aus Düsseldorf weiter veräußerte Feld Ludwigsglück. Auf Grund eigener Mutung erwarb Mulvany die Felder Christianenglück und Neu-Christianenglück hinzu und vereinigte diese Mutungen im Jahre 1857 zu dem Felde „Hibernia", d. h. Irland. Es wurde alsbald mit dem Abteufen zweier Schächte begonnen

[1]) Soweit möglich, wurde der frühere Besitz ausländischer Kapitalisten bis auf den heutigen Inhaber hinaufgeführt. Durch die sich in den Jahrzehnten vollzogene Konzentration des Bergbaues erscheint deshalb der frühere Besitz mehrerer ausländischer Gesellschaften hier bei ein und demselben Unternehmen. Zur schärferen Hervorhebung werden bei den betreffenden Großunternehmungen die einzelnen Erwerbungen mit Buchstaben laufend numeriert.

[2]) Wm. Th. Mulvany, geboren 11. März 1806 im Sandymount Dublin, gestorben 30. Oktober 1885 in Düsseldorf. Näheres über ihn und sein Lebenswerk, das für die Entwicklung der rheinisch-westfälischen Montanindustrie von so großer Bedeutung geworden ist, ist in dem recht interessanten mit viel Geschick und großer Mühe fertiggestellten Buche von Kurt Bloemers „William Thomas Mulvany (1806—1885). Ein Beitrag zur Geschichte der rheinisch-westfälischen Großindustrie und der deutsch-englischen Wirtschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert" zu finden. (Veröffentlichungen des Archivs für Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsgeschichte Band VIII: Baedeker's Verlag, Essen a. d. R., 1922).

und die Kohlenförderung um die Mitte des Jahres 1858 aufgenommen. Neben Mulvany waren mehrere seiner Landsleute an dem Unternehmen beteiligt. Die ersten Gewerken der damaligen Gewerkschaft Hibernia waren:

Schiffsreeder Joseph Malcomson	zu Mayfield (Irland)	mit	40	Kuxen
Fabrikant Wm. Malcomson	„ Portland (Irland)	„	8	„
Rentner Wm. Thomas Mulvany	„ Düsseldorf	„	16	„
Mich. Corr. van der Maeren	„ Brüssel	„	16	„
David Malcomson	„ Mayfield (Irland)	„	8	„
James Perry jun.	„ Kingston b. Dublin	„	8	„
James Perry sen.	„ Obelisk Park Dublin	„	32	„
		zusammen	128	Kuxen

Die Seele des Unternehmens war Wm. Th. Mulvany, während die übrigen irländischen „Kapitalisten" kaum ihren Fuß auf das Festland setzten.

b) Dasselbe Konsortium gleichfalls unter Führung von Wm. Th. Mulvany erwarb Ende der 1850er Jahre die in den Jahren 1855—56 einem gewissen W. Endemann verliehenen Felder Markania I, Markania II, Markania Bochumia und Barbara b. Herne. Sie wurden 1857 unter dem Namen Shamrock, d. h. Dreiblatt-Kleeblatt (Wahrzeichen von Irland) konsolidiert und die ersten Gewerken der Shamrock-Gesellschaft wie folgt verteilt:

Fabrikant Wm. Malcomson	zu Portland (Irland)	mit	16	Kuxen
Wm. James Perry	„ Obelisk Park Dublin	„	8	„
James Perry sen	„ Obelisk Park Dublin	„	24	„
James Perry jun.	„ Kingston Dublin	„	8	„
Wm. Th. Mulvany	„ Düsseldorf	„	8	„
Eisenbahndirektor Patric C. Roney	„ London	„	8	„
Mich. Corr. van der Maeren	„ Brüssel	„	8	„
David Malcomson	„ Mayfield (Irland)	„	8	„
Joseph Malcomson	„ Mayfield (Irland)	„	40	„
		zusammen	128	Kuxen

Nach dem Herunterbringen zweier Schächte und Erwerb des Feldes Schöngelegen wurde die Kohlenförderung im Jahre 1860 aufgenommen.

Wieviel Kapital allmählich auf die beiden Unternehmen verwandt worden ist, läßt sich bei der sehr mangelhaften Buchführung der sogenannten englischen Zeit nicht mit Sicherheit feststellen. Die zum 25jährigen Jubiläum herausgegebene Festschrift der Hibernia schätzt

die in dem Unternehmen angelegte Auslandssumme auf 10 Millionen Mark und den jährlichen Reinertrag der Hibernia und Shamrock-Unternehmungen auf durchschnittlich 554 000 Mark.

Am 11. März 1873 wurde dann zu Düsseldorf zwischen den Gewerkschaften Hibernia und Shamrock einerseits und der Aktiengesellschaft Hibernia und Shamrock-Bergwerksgesellschaft zu Berlin andererseits ein Vertrag abgeschlossen, wonach erstere der letzteren ihre Zechen „nebst allen Sachen und Rechten in dem Umfange, wie sie derzeit von den Gewerkschaften besessen wurden, allen Konzessionen, Pertinenzien und Inventarien" für den Gesamtkaufpreis von 5 386 000 Talern = 16 158 000 M. nebst 4% Zinsen vom 1. Januar 1873 ab käuflich übertrug. Das am 6. März 1873 in Berlin vereinbarte Gesellschaftsstatut setzte das Grundkapital auf 5 600 000 Taler = 16 800 000 M. fest, welches in 28 000 Aktien zu je 200 Talern = 600 M. zerlegt wurde. Der erste Aufsichtsrat bestand aus den Herren:

Rentner Wm. Mulvany	zu	Düsseldorf
Rittergutsbesitzer Carl Overweg	„	Letmathe
Rentner Th. John Mulvany	„	Düsseldorf
Geh. Kommerzienrat Gerson v. Bleichröder	„	Berlin
Geh. Kommerzienrat W. Konrad	„	Berlin
Bankier Schwabach	„	Berlin
Kaufmann Julius Eppinghaus	„	Berlin
Kommerzienrat Caesar Wollheim	„	Berlin
Bankier F. R. Gelpke	„	Berlin
Rentner Karl Hobrecker	„	Hamm.

Die Zusammensetzung dieses Aufsichtsrates läßt darauf schließen, daß bei der neuen Aktiengesellschaft Hibernia höchstens nur noch wenig irisch-englisches Kapital vertreten war. Allmählich ist das gesamte Aktienkapital in deutsche Hände übergegangen. Das Gesellschaftskapital befindet sich heute bis auf geringe Beträge ausschließlich im Besitz des preußischen Staates.

c) Die der Bergwerksgesellschaft Hibernia gehörige Zeche Alstaden wurde im Jahre 1856 von der belgischen Kommanditgesellschaft Albrecht de Gruyter & Co. in

Betrieb genommen und im Jahre 1869 von der belgischen Gesellschaft Société minière par actions à Alstaden erworben. Das ursprünglich 2 520 000 M. betragende Aktienkapital dieser Gesellschaft wurde im Jahre 1889 auf 1 440 000 M. zusammengelegt. Der Aufsichtsrat wurde von Deutschen und Belgiern gebildet.

d) Im Jahre 1904 wurde die Aktiengesellschaft Alstaden, deren Aktien noch immer vorzugsweise fest in belgischen Händen waren, von der Bergwerksgesellschaft Hibernia gegen Gewährung von 1 500 000 M. Hibernia-Aktien erworben. Mit Übernahme des Aktienbesitzes durch den preußischen Staat im Jahre 1905 wurde auch diese Summe, soweit bekannt, wieder deutsch. — In den 50er und 60er Jahren waren Hibernia und Shamrock die bedeutendsten Bergwerksunternehmungen Westfalens und haben durch die vorbildliche Tätigkeit ihres Führers W. Th. Mulvany in hervorragendster Weise zur fortschrittlichen Entwicklung des rheinisch-westfälischen Bergbaues beigetragen.

Das gleiche Verdienst darf man auch der Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Hörde, bei der bis in die 60er Jahre hinein französisch-belgische Kapitaleinlagen vorherrschend waren, zuerkennen. Auch das heute so bedeutende Unternehmen hat sich aus kleinen Anfängen bei stärkster ausländischer Kapitalbeteiligung, wie nachfolgend noch näher dargelegt wird, entwickelt und ist, ähnlich wie die Hibernia Akt.-Ges., von Anfang an in ziemlich gleichmäßiger und einheitlicher Entwicklung fortgeschritten.

a) Schon 1841 wurde das Walzwerk Phönix zu Eschweiler Aue von der belgischen Kollektivgesellschaft T. Michiels et Compagnie erbaut und in den ersten Jahren ausschließlich durch belgische Beamte und Arbeiter betrieben. 1852 wurde das Unternehmen in die Phönix, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Eschweiler Aue umgewandelt.

b) Drei Jahre später fand die Verschmelzung des Grubenbesitzes der Société des mines et fonderies du Rhin Detillieux & Co. sowie deren 4 Hochöfen in Bergeborbeck samt ihrem bedeutenden Eisensteinbesitz in Nassau statt.

c) Die Zeche Holland bei Wattenscheid, die seit etwa 1855 von der Bergbaugesellschaft Holland[1]) betrieben wurde, kam 1897 an die Aktiengesellschaft Nordstern durch Umtausch des 3678000 Mark betragenden Aktienkapitales der Bergbaugesellschaft Holland gegen den gleichen Nominalbetrag neu zu schaffender Aktien der Gesellschaft Nordstern. Wie lange holländisches Kapital noch beteiligt war, konnte nicht ermittelt werden.

d) Die Zeche Nordstern bei Horst an der Emscher, die 1907 von der Phönix A.-G. erworben wurde, war 1857 von belgisch-französischen Kapitalisten begründet worden. Viele Jahre waren die Ausländer beteiligt, ja sogar der Geschäftsbericht der Gesellschaft Nordstern erschien erst 1888 zum ersten Mal in deutscher, bis dahin in französischer Sprache; doch auch von diesem Zeitpunkt ab war das Auslandskapital noch lange vorherrschend.

e) Die Grube Westende wurde 1851 mit englischem Kapital begründet (vergleiche Bergwerksgesellschaft Collingwood Lindsay Wood & Comp.), kam 1860 anscheinend wieder in ausländische Hände und ging dann 1870 in französischen Besitz über. Als sie in den 80er Jahren von der Akt.-Ges. Meidericher Steinkohlenbergwerke erworben wurde, gelangte sie unter deutschen Einfluß. Von der Phönix A.-G. wird sie seit 1896 betrieben.

f) Nach dem Kriege ist bei der Phönix A.-G. wiederum eine starke holländische Kapitalbeteiligung eingetreten und zwar ist eine holländische Finanzgruppe, die im besonderen durch die Firma Koninklike Nederländsche Hoogovens en Staalfabrieken im Haag vertreten wird, etwa mit $^1/_3$ am gesamten Grundkapital beteiligt, ein Umstand, der zur Folge hatte, daß nunmehr in den Aufsichtsrat der Phönix A.-G. auch niederländische Großaktionäre Einzug gehalten haben[2]).

---

[1]) 1856 bestand ein deutsch-holländischer Aktienverein für Hüttenbetrieb und Bergbau, der u. a. die Johanneshütte bei Duisburg betrieb. Ob diese Gesellschaft mit obiger identisch ist, konnte nicht bestimmt festgestellt werden.

[2]) Zu der gemeinten holländischen Finanzgruppe gehört weiterhin u. a. der von der Rotterdamer Firma William Müller & Co. gebildete Konzern, der 1920 zeitweilig auch an dem Eisenwerk Kraft in Stettin beteiligt war.

Die Beteiligung ausländischer Finanz- und Industriekreise bei den deutschen Bergbauunternehmungen ist nach dem Kriege wieder häufiger in Erscheinung getreten; u. a. sollen auch bei der Harpener A.-G. in Dortmund im Sommer 1922 mehrere Millionen Mark Aktienkapital erneut in französischen Besitz übergegangen sein.

a) Französisches Kapital war ja bereits vor dem Kriege, als die Harpener Aktien in Paris notiert wurden, schätzungsweise mit ungefähr 25 Millionen Mark beteiligt. Man wird vielleicht nicht fehl gehen, den heute in ausländischen Händen befindlichen Aktienposten auf etwa $^1/_3$ des Gesamtkapitals anzunehmen. Die Verwaltung der Unternehmen hat sich jedoch durch Ausgabe von Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht ihren deutschen Charakter gesichert. Im übrigen sind auch schon früher bei den jetzt zur Harpener A.-G. gehörigen Besitzungen ausländische Kapitalisten beteiligt gewesen.

b) „Am 1. November 1889 wurde das gesamte Bergwerks- und Grundeigentum der im Jahre 1863 gegründeten Société anonyme Belge des Charbonnages de Herne-Bochum in Brüssel (Belgische Aktiengesellschaft der Steinkohlengruben von Herne-Bochum in Brüssel), bestehend aus den Zechen v. d. Heydt, Julia, Recklinghausen I, Recklinghausen II und den 4 Schächten Providence, Barillon, Clerget und Schacht IV, nebst 46 Arbeiterhäusern, Menagen usw. angekauft“ [1]).

c) Die 1896 erworbene Zeche Hugo war 1873 von französischen Kapitalisten angelegt worden.

d) Die mit belgischem Kapital im Jahre 1872 gegründete Bergwerksgesellschaft Gneisenau zu Altenderne, deren Kapital 3500000 Frs. betrug, war im Jahre 1891 von der Harpener A.-G. erworben worden.

So wie bei den zuletzt genannten Unternehmen waren ausländische Kapitalisten auch an den Besitzungen der heutigen Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft in hohem Maße durch Kapitaleinlagen interessiert.

a) Die zum Betriebe der Gesellschaft gehörige Eisenhütte Rote Erde wurde seit 1845 unter Mitbeteiligung von

[1]) Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund. Jahrg. 1905/06, S. 271.

englischem Kapital von Aachener Industriellen betrieben. Von den drei Erzbergwerken St. Michel, St. Pierre und St. Jeanne, die zu dem Werke gehörten, waren 100 ha im Besitz der Société anonyme des acières d'Angleur. 1919 ist Rote Erde an den Konzern Vereinigte Hüttenwerke Burbach-Eich-Dudelingen, bei dem zumeist belgisches Kapital beteiligt ist (vergleiche Die Burbacher Hütte), übergegangen.

b) Die Zechenanlage Rhein, Elbe und Alma wurde seit 1853 von der französisch-belgischen Kommanditgesellschaft auf Aktien Charles Detillieux et frères betrieben. Im Jahre 1873 wurde sie, ausschließlich Magazin und Beständen, von der Gelsenkirchener Akt.-Ges. für 12720000 Mark erworben.

c) Von derselben französisch-belgischen Gesellschaft erwarb Gelsenkirchen 1881 für 7200000 Mark nebst einer auf Fürst Hardenberg beruhenden Anleihe von 600000 Mark die Zechenanlagen Minister Stein und Fürst Hardenberg.

d) Die Zeche Erin (keltische Bezeichnung für Irland) war in den 60er Jahren von irisch-englisch-deutschen Kapitalisten unter Leitung des schon erwähnten Mulvany von der Prussian mining and iron works Company, die anfangs über ein Aktienkapital von 120000 Pfund Sterling, seit 1873 von 540000 Pfund Sterling verfügte, angelegt worden. Sie kam 1877 wegen großer Wasserdurchbrüche zum Erliegen und gelangte 1883 in den Besitz des Großindustriellen Fr. Grillo, von dem sie Gelsenkirchen für 7559600 Mark einschließlich der Bestände erwarb. Seit 1885 ist die Zeche vollständig ersoffen.

e) Die Zechenanlage Hansa bei Huckarde kam 1860 wegen sehr ungünstiger Konjunktur in den Besitz der schon genannten englisch-deutschen Prussian mining and iron works company (Preußische Bergwerks- und Hütten-A.-G.) und gelangte 1897 von der Akt.-Ges. Westfälischer Grubenverein an Gelsenkirchen.

Als fünfte der großen rheinisch-westfälischen Bergbaugesellschaften, an der in bedeutendem Maße ausländische Kapitalisten beteiligt waren bzw. noch sind, ist die Bergwerksgesellschaft Dahlbusch zu Rotthausen bei Essen zu nennen. Sie ist zu-

gleich dasjenige Unternehmen, bei dem am längsten von allen westfälischen Kohlengruben der Auslandscharakter sich erhalten hat; denn von 1847 bis heute waren ununterbrochen zumeist belgische Kapitalisten Inhaber der Aktien. — Wie die älteste, im Archiv der Gesellschaft vorhandene Urkunde vom 29. Dezember 1849 berichtet, wurden im August 1847 die Mutungen beim Dorfe Rotthausen an die Société anonyme Anglo-Belge des charbonnages à Düsseldorf (englisch-belgische Gesellschaft der Rhein. Kohlenbergwerke) verkauft. Am 21. September 1848 erhielt die Gesellschaft die landesherrliche Genehmigung. Das gezeichnete Aktienkapital von 2500000 Frs. = 2 Millionen Mark gelangte wegen der allgemeinen plötzlichen Geldnot des Jahres 1848 nicht in hinreichendem Maße zur Einzahlung, sodaß die Gesellschaft durch Generalversammlungsbeschluß am 27. Dezember 1849 liquidierte. Mehrere Aktionäre dieser Gesellschaft hatten in der Voraussicht der bestimmten Liquidation bereits vor ihrer Auflösung die neue „Aktiengesellschaft des belgisch-rheinischen Kohlenbergwerkes" mit einem Kapital von 2500000 Mark gegründet. Die Regierung versagte ihr aber in Anbetracht des mißlichen Geschickes der früheren Gesellschaft die Konzession, sodaß auch ihr Schicksal besiegelt war. Die Société anonyme Belge Rhénane des charbonnages de la Ruhr (Belgisch-Rheinische Gesellschaft der Kohlenbergwerke an der Ruhr) übernahm ihren Besitz. Das Kapital dieser Gesellschaft betrug 2 Millionen Frs. = 1600000 Mark. Die königliche Genehmigung wurde ihr am 10. März 1852 erteilt. „Die Gründer waren folgende: Joseph Chaudron aus Mons, Payen-Allard, Edmund Triest, François Desmede, Jean François Geens aus Brüssel, Emile Derousseaux aus Roubaix, Henry Thies aus Essen, Els-Kamp-Geens aus Antwerpen, Emile François van der Elst, Camille Payen, Alfred Payen aus Brüssel, Wilhelm Eigen aus Schuir, Theodor Wagner, Friedrich Büscher, Georg Friedrich Wülbern aus Essen und Wilhelm Kemper aus Schonnebeck. Unter ihnen ist die bedeutendste Persönlichkeit Joseph Chaudron, der von 1851—1872 dem Verwaltungsrat der belgisch-rheinischen Gesellschaft angehörte und seit 1873 als Präsident des Aufsichtsrates der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch fungierte" [1]).

---

[1]) Oskar Stillich: Steinkohlenindustrie (1906), S. 264.

Diesem hier ersichtlichen starken belgischen Einfluß ist es auch zuzuschreiben, daß seit Bestehen der Gesellschaft fortlaufend Anleihen im Auslande, insbesondere in Brüssel, begeben wurden. Auch heute noch bestehen nahe Beziehungen zum Auslande, sodaß insbesondere wegen der starken belgischen Kapitalbeteiligung die Gesellschaft während des Krieges unter staatliche Zwangsaufsicht gestellt wurde. Zu einer zwangsweisen Liquidierung der Auslandskapitalien ist es hier nicht gekommen[1]).

Die A.-G. Westfälische Kohlenwerke, deren Gründung 1899 mit einem Kapital von 2,5 Millionen Frs. durch belgische Kapitalisten erfolgt war, hat eine wenig rühmliche Geschichte aufzuweisen. Sie hatte seit ihrer Gründung nur Verluste zu verzeichnen gehabt und wurde deshalb im Herbst 1905 unter Zwangsverwaltung gestellt. Im Subhastationstermin vom 25. September 1905 wurde darauf das gesamte Bergwerk und das dazugehörige Grundeigentum der Gesellschaft von der neugebildeten Gewerkschaft Johannessegen erworben. Sämtliche Kuxe dieser Gewerkschaft sind im Besitz der Société anonyme des charbonnages de Hattingen sur Ruhr (Hattinger Kohlenwerk Akt.-Ges., Brüssel), deren Gründung mit einem Kapital von 3950000 Frs. (7900 Aktien à 500 Frs.) am 28. April 1906 zu Brüssel zwecks Übernahme der Westfälischen Kohlenwerke Akt.-Ges. stattgefunden hatte. Diese hatte der Rentner Georges Neef in Verviers als Vertreter der Société Générale de Belgique und der Banque d'Outremer in Brüssel in dem schon vorerwähnten Versteigerungstermine für das Höchstangebot von 1283000 Mark erworben. Bis auf einen geringen Rest, nämlich 1000 Aktien à 500 Frs., die den unbefriedigten Gläubigern der Westf. Kohlenwerke Akt.-Ges. zum Nennwert angeboten waren, sind die Aktien sämtlich in den Händen der Brüsseler Banken: Banque d'Outremer und Société Générale de Belgique. Die einzigen Aktien der Société anonyme

---

[1]) Von besonderem Interesse dürfte es sein, gerade hier festzustellen, daß sowohl die Bergwerksgesellschaft Dahlbusch als auch die gleichfalls von französisch-belgischem Kapital finanzierte Steinkohlenwerke A.-G. Friedrich Heinrich und die de Wendel Zechen bei Hamm i. W. dem neuen Kohlensyndikat nicht wieder beigetreten sind, um, wie sie erklären, hinsichtlich der Verwendung und des Verkaufs ihrer Produkte in jeder Hinsicht freie Hand zu behalten. Sollte dies wirklich der tiefere Grund sein?

des charbonnages de Hattingen sur Ruhr à Brüssel bilden die 100 Kuxe der Gewerkschaft Johannessegen[1][2]).

Die bisher genannten Unternehmungen lagen mit ihren Hauptbesitzungen durchweg im rechtsrheinischen Gebiet. Für eine Betrachtung der ausländischen Kapitalbeteiligung ist jedoch auch der Steinkohlenbergbau links des Rheins von einiger Bedeutung. Mit Ausnahme des Aachener Reviers ist dieser während des 19. Jahrhunderts nur wenig betrieben worden. Als sich jedoch das deutsche Kapital seit der Jahrhundertwende mit größerer Intensität der Erschließung der linksrheinischen Kohlenablagerungen, die viele Jahre hindurch allein durch die Gewerkschaft Rheinpreußen erschlossen worden waren, zuwandte, beteiligte sich bei der 1906 gegründeten Steinkohlenbergwerke A.-G. Friedrich-Heinrich in Lintfort Krs. Moers auch belgisches und französisches Kapital. Welchen Anteil es an dem damals 14 Millionen Mark betragenden Gesellschaftskapital hatte, ließ sich nicht genau feststellen, doch dürfte die Summe nicht unbedeutend gewesen sein. Noch heute ist das Auslandskapital trotz Zwangsliquidierung im Kriege stark vertreten. In letzter Zeit hat sich de Wendel wieder stärker bei ihr beteiligt, wie denn gleichfalls die neugegründete deutsch-französisch (de Wendel)-holländische Kohlengesellschaft N. V. Import-en Export-Mij. Orange-Nassau im Haag eine größere Beteiligung erreicht hat[3]).

Während es bei den bisher genannten Gesellschaften möglich war, ihren Besitz, soweit er für diese Betrachtung von Interesse ist, in seiner geschichtlichen Entwicklung wiederzugeben, seien in nachfolgendem noch einige Unternehmungen genannt, bei denen gleichfalls starke Finanzkräfte des Auslandes beteiligt waren, ohne daß es möglich gewesen ist, näheres hierüber in Erfahrung zu bringen und den Besitz dieser Gesellschaften bis auf den heutigen Inhaber zu verfolgen. Zum Teil sind diese Besitzungen jener ausländischen Gesellschaften, wie z. B. die der Bergwerksgesellschaft Collingwood Lindsay Wood & Co. später auf mehrere

---

[1]) Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund, Jahrg. 1905/06, S. 333/36.

[2]) Heute bedürfen ausländische Aktiengesellschaften zum Erwerb von Bergwerkseigentum unbeweglicher Bergwerksanteile, selbständiger Abbaugerechtigkeiten und Grundstücke jeden Wertes der Genehmigung der Regierung (Art. 7 § 2 II Pr. G. 23. Juni 1909).

[3]) Kölnische Volkszeitung Nr. 76 vom 29. Januar 1924.

Unternehmungen übergegangen. Diese anfangs der 50er Jahre errichtete Gesellschaft englischer Kapitalisten hatte bei ihrer Liquidierung im Jahre 1860 innerhalb der Gemeinden Meiderich, Duisburg allein folgenden ansehnlichen Besitz: Die Steinkohlenbergwerke Westende I und Westende II, Duisburg, Fortschritt, Borussia, Deutschland, Ruhr, Zufriedenheit, Bielefeld und Gute Hoffnung, sowie die beiden daselbst belegenen Steinkohlenmutungen Ernst und Amicitia. Zur Übernahme dieser 1859 liquidierten Unternehmen bildeten sich mehrere neue Gesellschaften, worunter sich „eine bedeutende Anzahl von Nobilitäten des Auslandes befanden, welche sich seit einigen Tagen zur Gründung und Beratung der neuen Geschäfte am hiesigen Orte“[1]) (Duisburg) aufgehalten hatten.

Hier zu erwähnen sind auch die belgischen Kapitalbeteiligungen bei der 1836 gegründeten Vereinigungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau im Wurmrevier bei Aachen und bei der Anfangs der 50er Jahre gegründeten Aachener Bergwerksgesellschaft, deren Grundkapital allein 4 500 000 Frs. betrug. — Fernerhin waren belgische Kapitalisten bei der Gesellschaft Bonifacius bei Gelsenkirchen mit dem Sitz in Kray (Rhld.) seit der Gründung im Jahre 1857 im Verein mit deutschen Kapitalisten beteiligt. — Die Gewerkschaft Britania, deren Besitzer der Engländer John Curney war, liquidierte 1856, wobei ihr Besitz vermutlich wiederum in englische Hände überging. — Bei dem Mechernicher Bergwerks-Aktienverein, der 1859 gebildet wurde, waren besonders französische Kapitalisten interessiert.

Gewiß waren bei all diesen Unternehmungen Millionenbeträge des Auslandes tätig. Solch hohe ausländische Kapitalien wären aber sicherlich nicht im Bergbau tätig geworden, wenn nur die eingangs kurz angeführten Gründe, seien sie wirtschaftlicher, rechtlicher oder privater Natur, für die ausländischen Kapitalisten zur Anlage im deutschen Bergbau bestimmend gewesen wären. Gehen wir auf den einen oder anderen der schon erwähnten oder noch nicht erwähnten Gründe etwas näher ein.

Beachten wir z. B. die so unterschiedliche Entwicklung der damaligen Volkswirtschaften insbesondere auf dem Gebiete der

[1]) Essener Zeitung, Jahrgang 1860. Vgl. Zeitschrift „Der Berggeist“ Jahrgang 1860, S. 566 und S. 242.

Technik, so werden wir erkennen, daß für viele ausländische Kapitalisten die Ausnutzungsmöglichkeit der besseren Bergbautechnik ihres Heimatlandes, die ihnen eine erhöhte Gewinnsteigerung gegenüber den deutschen, technisch noch zurückgebliebenen Werken erhoffen ließ, von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die ausländischen Kapitalinvestierungen beim deutschen Bergbau wurde. Wir können feststellen, daß die Ausländer, — zumeist wohl nur aus diesen privatwirtschaftlichen Gründen — es nicht unterließen, den Bergbau in technisch möglichst vollkommener Weise zu betreiben. Manche wertvolle Erfindung ist damals von den Ausländern auch in Deutschland eingeführt worden. Besonders erwähnt sei hier das von Wm. Th. Mulvany zuerst bei der Grube Hibernia zur Anwendung gebrachte Tubbingschachtausbauverfahren sowie das Kind-Chaudron'sche Abteufverfahren des belgischen Ingenieurs J. Chaudron bei der Bergbaugesellschaft Dahlbusch: zwei bergbautechnische Neuerungen, deren Wert am besten darin zum Ausdruck kommt, daß sie später im deutschen Bergbau eine allgemeine Verbreitung gefunden haben.

Auch sonstige vergleichende Wirtschaftsbetrachtungen über den Entwicklungsgrad und die Entwicklungsmöglichkeit des in- und ausländischen Kohlenbergbaues mußten gerade den ausländischen Kapitalisten auf Grund ihrer in der eigenen Heimat gewonnenen praktischen Erfahrungen eine Kapitalanlage beim deutschen Bergbau besonders günstig erscheinen lassen. Sagt doch der Ire Mulvany selbst: „Ich hatte nach meinem kurzen Besuch auf dem Oberbergamt (in Dortmund) die geognostische Karte nachgesehen und auf der Stelle erkannt, welche wunderbaren ausgedehnten Reichtümer unter der Erde waren. Ich hatte gesehen, wie mangelhaft in jenen Tagen ihre Eisenbahnen, wie unvollständig die Kanäle und die Transportmittel belastet waren, und ich sagte auf der Stelle: diese Leute verstehen nicht, was sie hier haben“[1]). Er, der ausländische Unternehmer aber erkannte mit seinem gewohnten Scharfblick „welche gewaltigen, von der Natur gebotenen Hilfsmittel in Bewegung gesetzt werden konnten, um die Anfänge der Industrie in Rheinland-Westfalen in mächtigem

[1]) Die Jubelfeier des Herrn Präsidenten Wm. Th. Mulvany in Düsseldorf am 17. März 1880, dem 25. Jahrestag der Aufnahme seiner Tätigkeit in Deutschland. Sonderabdruck S. 30.

Umfange zu entfalten“ [1]). In Erkenntnis einer solchen Lage machten sich Mulvany und manch anderer Ausländer an die Arbeit und wurden die Vertreter der modernen Wirtschaftsmenschen, wohlbekannt mit den neuesten kapitalistischen Betriebsformen, stets dem Fortschritt zugetan. Sie wurden „in dem neuen Lande nun selbst bahnbrechend oder ergänzten die eingesessenen Industriellen und Unternehmer in wertvoller Weise“ [2]).

Andere beachtenswerte Vergleichsmomente boten sich immer wieder in mannigfacher Zahl, und es ist gewiß, wie wir es auch schon feststellten, daß die Pläne der ausländischen Kapitalisten hiervon stets aufs neue stark beeinflußt wurden. Verwiesen sei hier z. B. nur darauf, daß in England die Eisenerze um 1800 schon zu 97% mit Koks verhüttet wurden, während die deutschen Hochöfen hingegen 1842 noch zu 89% Holz benutzten. Es sind dies Zahlen, die jedem Interessenten den Weg zeigen mußten; der Kohlenverbrauch Deutschlands mußte allein durch die billigere Kohlenverwendung in der Eisenindustrie gewaltig steigen. Hier eröffneten sich ungeahnte Perspektiven. Darum galt es für die ausländischen Kapitalisten zuzugreifen, zumal nicht nur Kapital und Arbeitskräfte ihnen hinreichend zur Verfügung standen, sondern ihnen auch ihre allgemeine bessere Wirtschaftskenntnis Ziel und Richtung für die Anlage ihrer Kapitalien angab.

Wenn trotzdem die ausländischen Kapitalisten bis zum Beginn der 50er Jahre eine außergewöhnliche Zurückhaltung übten, liegt es nahe, nach besonderen Gründen zu forschen, die hierfür von Bedeutung gewesen sein können. Dabei läßt sich bald feststellen, wie gerade eine Bestimmung des deutschen Bergrechtes den ausländischen Kapitalisten die Kapitalanlage in Deutschland verleidete. Während nämlich die Engländer und Belgier von ihrer Heimat aus an ein freies Wirtschaftsrecht gewöhnt waren, waren die rechtlichen Grundlagen beim deutschen Bergbau alles andere als freiheitlich gestaltet, sondern vielmehr noch bis 1851 ganz und gar der überkommenen selbstherrlichen Stellung des Staates angepaßt. Die Wirtschaftsführung des Bergwerkseigentümers war einer weitgehenden staatlichen Aufsicht und Leitung unterstellt. Die Bergbehörden konnten über Annahme und Entlassung der Arbeiter, über Festsetzung der Löhne, über die Gewinn- und Verlust-

[1]) Desgl. S. 2.

[2]) Kurt Bloemers a. a. O. S. 54.

rechnung, sowie über die Anlegung neuer Gruben ausschließlich entscheiden. In die Ausübung dieser Befugnis mischten sich dann nur zu leicht fiskalische Interessen hinein und hinderten häufig die freie Entwicklung und Regelung der Produktion und des Absatzes[1]). Es ist deshalb durchaus nicht verwunderlich, wenn die Hauptmasse des ausländischen Kapitals erst nach 1851 beim Bergbau des Ruhrreviers ihre Tätigkeit begann. Denn das Gesetz vom 12. Mai 1851 ließ die Bergwerksbesitzer wenigstens über ihr Eigentum frei verfügen, obschon die Anstellung und Entlassung von Arbeitern, sowie die Feststellung des Lohnes bis zum Jahre 1860 in der Hand des Staates verblieb.

Obgleich solche rechtliche Institutionen gerade den ausländischen Kapitalisten die Betätigung im deutschen Bergbau vor 1851 verleideten, war es wiederum eine andere Rechtsbestimmung des Berggesetzes, die den ausländischen Kapitalisten zur Kapitalanlage im deutschen Bergbau anlockte. Diese Wirkung war umso stärker, als die erste Bestimmung aufgehoben, die zweite: die Bergbaufreiheit, aber bestehen blieb und infolgedessen den ausländischen Kapitalisten die Möglichkeit gegeben war, nach Erfüllung gewisser Formalitäten leicht in den unentgeltlichen Besitz großer Kohlenfelder zu gelangen.

Doch nicht alle ausländischen Kapitalisten erzielten bei ihren Kapitalanlagen den erhofften Gewinn, sondern sie mußten z. T. gar bald wegen ihrer überstürzten Operationen die Grubenfelder anderen überlassen. Sie hatten die Erfolge anderer gesehen und glaubten, mit ihren Kapitalmassen dasselbe zu erreichen. Ihr Kapital aber blieb machtlos, da die nötige Sachwaltung und Umsicht fehlte. Jene so häufig zu beobachtende Leichtgläubigkeit des Ausländers: mit Kapital lasse sich alles erreichen, wie es in diesem Kapitel, insbesondere beim badischen Erzbergbau so deutlich zum Ausdruck kam, ist eben zu allermeist sehr teuer bezahlt worden. Dagegen ist andererseits zugleich zu beobachten, daß dort, wo Persönlichkeiten hervortraten, das ausländische Kapital eine fast unbegrenzte Lebensdauer erhielt, während bei den übrigen Bergwerken der allmählich erstarkte deutsche Kapitalmarkt schon in den 60er Jahren die Nationalisierung der Bergwerke in hohem Maße erreichte, um dieselbe in den 70er

[1]) Vgl. S. Reisert: Die rechtlichen Verhältnisse im deutschen Braunkohlenbergbau, S. 247.

Jahren mit den aus der Verstaatlichung der Eisenbahnen frei werdenden deutschen Kapitalien zu vollenden.

Bei dieser Gelegenheit sei nicht unerwähnt, daß an der Nationalisierung des rheinisch-westfälischen Bergbaues vor allem der 1848 gegründete Schaaffhausen'sche Bankverein in Köln in hohem Maße Anteil genommen hat. Seiner intensiven Tätigkeit hat die westdeutsche Industrie sehr viel zu verdanken.

Begünstigt wurde die Bewegung der Nationalisierung des rheinisch-westfälischen Bergbaues auch durch die starke Konzentration der rheinisch-westfälischen Bergbau-Unternehmungen, wie sie ja schon in den Einzelberichten ersichtlich wurde, ferner durch die gute finanzpolitische Führung etlicher deutscher Gesellschaften, die Millionenausgaben für Neubauten, Betriebsänderungen, Ankäufe usw. vielfach vollständig aus eigenen Betriebsüberschüssen selbst unter Verzicht auf Dividende aufbrachten. Wie sehr mit Riesenschritten in den 60er bis 80er Jahren die Nationalisierung des Bergbaues voranschritt, obschon auch noch neue Auslandskapitalien sich investierten, ist bereits aus den zuvor mitgeteilten Berichten ersichtlich geworden.

Will man von den Lintorfer Erzbergwerken, der Altenberggesellschaft, der Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen sowie den Kohlengrubenbesitzungen der Aktiengesellschaft Dahlbusch und Alstaden absehen, so kann vom rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau gesagt werden, daß er in den 90er Jahren wieder allein dem deutschen Kapital gehörte. Erst um 1900 begannen neue ausländische Kapitalinvestierungen, die, soweit sie durch die Grubenankäufe einiger vom ausländischen Kapital finanzierten Hüttenwerke indirekt bewirkt wurden, später in anderem Zusammenhange noch behandelt werden sollen. Hier seien von diesen neuen ausländischen Kapitalbeteiligungen nur die Westfälischen Kohlenwerke A.-G. bzw. deren Rechtsnachfolger, die Gewerkschaft Johannessegen und die Steinkohlen-Bergwerksgesellschaft Friedrich-Heinrich erwähnt, über die Einzelheiten schon zuvor mitgeteilt wurden.

Diese beiden zuletzt erwähnten ausländischen Kapitalinvestierungen haben für die deutsche Volkswirtschaft eine ganz andere Bedeutung als die ausländischen Kapitalbeteiligungen in den 50er und 60er Jahren. Wurde hier die ungünstige Beeinflussung der

deutschen Zahlungsbilanz sicherlich dadurch bei weitem wett gemacht, daß die ausländischen Kapitalien mit der Erschließung deutscher Kohlenfelder dem deutschen Wirtschaftsleben in hervorragendem Maße dienten, so wird man von jenen letzten ausländischen Kapitalbeteiligungen bei dem damaligen Stande unserer Kohlenwirtschaft doch wohl sagen müssen, daß ihr volkswirtschaftlicher Wert für Deutschland zum mindesten recht zweifelhaft war. Heute liegen vielleicht die Verhältnisse wieder anders. Gerade im Hinblick auf die notwendige verschiedenartige Bewertung der ausländischen Kapitalbeteiligungen bei ungleichmäßig fortgeschrittenen Volkswirtschaften verdient die Tatsache hier hervorgehoben zu werden, daß das Auslandskapital, soweit es im 5. und 6. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts im deutschen Bergbau tätig war, ohne Zweifel zum Segen unserer wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen hat und mit zu den Kräften gehört, die den Grundstein zu Deutschlands Aufstieg gelegt haben. So eigenartig diese Tatsache an sich ist, und von der Perspektive unserer heutigen Verhältnisse aus gesehen auch erscheint, die objektive Forschung wird dies stets hervorheben müssen. Hierauf hinzuweisen ist aber auch umsomehr recht und billig, als gerade hierdurch die ungeheure Wandlung in der wirtschaftlichen Entwicklung der folgenden Jahrzente in bedeutungsvoller Weise gekennzeichnet wird, zumal wenn man bedenkt, daß an der Wende des Jahrhunderts das finanzielle Kräfteverhältnis sich bereits so gestaltet hatte, daß der rheinisch-westfälische Bergbau fast ausschließlich in deutschen Händen war. Die wirtschaftspolitisch so bedeutungsvolle Verschiebung beim rheinisch-westfälischen Bergbau in der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts ist ein Ruhmesblatt in der deutschen Wirtschaftsgeschichte.

Hiermit soll die Studie über die ausländische Kapitalbeteiligung im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ihren vorläufigen Abschluß finden, doch wird uns die Frage, wie es mit der ausländischen Kapitalbeteiligung bei den Hütten- und Stahlwerken Deutschlands steht, bald zum Rhein- und Ruhrgebiet zurückführen.

c) Die übrigen deutschen Steinkohlengebiete.

Was die übrigen Steinkohlengebiete Deutschlands anbetrifft, so ließ sich, abgesehen von der Nachkriegsentwicklung in Ober-

schlesien, eine ausländische Kapitalbeteiligung bei ihnen nicht feststellen. Nur bei den nicht bedeutenden Steinkohlenlagerungen in Oberbayern, in deren Nähe auch Braunkohlenflöze liegen, trat für kurze Zeit eine ausländische Kapitalbeteiligung auf. Hier, d. h. in den Landgerichtsbezirken Rosenheim und Prien beutete Anfang der 50er Jahre die belgische Gesellschaft „Société des mines de Houille et des mines metalliques de l'Inn" die Stein- und Braunkohlenlager aus. Sie mutete verschiedene Flöze und erhielt im Mai 1855 auf ihr Ansuchen gleichfalls ein privilegiertes Distriktsfeld auf 50 Jahre zum ausschließlichen Bauen auf Stein- und Braunkohlen innerhalb der zwei genannten Gerichtsbezirke, kaufte dann Ende 1858 von der Witwe Anna Stegmayer ein dieser im gleichen Jahre erst verliehenes kleines Distriktsfeld bei Gmund am Tegernsee für 20 000 fl. und erhielt am 26. März 1859 das Gebiet zwischen Mangfall und Isar als weiteres privilegiertes Distriktsfeld zur Gewinnung fossiler Kohle[1]). Nachdem die belgische Gesellschaft keine bleibenden Erfolge von Belang erreicht hatte, wurde sie Anfang der 60er Jahre in die Tegernseer Steinkohlenbergwerksgesellschaft, deren Besitz heute die Oberbayrische Akt.-Ges. für Kohlenbergbau in München inne hat, umgewandelt. Näheres über die damalige ausländische Kapitalbeteiligung ist aus Mangel an authentischen Aufzeichnungen nicht bekannt geworden.

Ein erhöhtes Interesse für diese Arbeit gewinnt neuerdings die ausländische Kapitalbeteiligung bei der oberschlesischen Industrie. Seitdem die Genfer Entscheidung einen großen Teil Oberschlesiens den Polen zugesprochen hat, haben insbesondere englische und französische Kapitalisten den Wettlauf um die oberschlesische Industrie begonnen; ein Kampf, der weit mehr politischen als wirtschaftlichen Charakter anzunehmen scheint, zumal Oberschlesien nunmehr vielen Staaten ein willkommenes Sprungbrett ihrer Osteuropa-Politik ist.

Wieviel ausländisches Kapital überhaupt bereits beteiligt ist, entzieht sich der genauen Kenntnis. Bekannt geworden ist u. a. die Übertragung der sehr umfangreichen Besitzungen der Grafen Hugo, Arthur und Lazy Donnersmarck auf eine

[1]) K. A. Weithofer: Das Pechkohlengebiet des bayerischen Voralpenlandes und die Oberbayrische A.-G. für Kohlenbergbau 1870–1920 (1920, S. 15).

deutsch-englische Gesellschaft mit einem Kapital von angeblich 500 000 £. Was allein dieser Übergang großer Bergwerksanteile an das ausländische Kapital bedeutet, mag durch den Hinweis erläutert werden, daß auf den in diese Gesellschaft eingebrachten Gruben im Frieden etwa jährlich rund 2 Millionen t Steinkohlen gefördert wurden, gewiß eine Summe, die bei der heutigen Kohlenwirtschaft und der verschiedenartigen Verschmelzung und Abhängigkeit von Kohle und Eisen besonders ins Gewicht fällt. Es dürfte auch gewiß sein, daß sich heute noch manche andere Transaktionen des ausländischen Kapitals vollzogen haben. Beispielsweise wurde im Juli 1922 bei den Hohenlohe Werken in Hohenlohehütte bei der Ausgabe neuer Aktien in Höhe von 15 Millionen Mark diese einer Gruppe französisch-polnischer Eisen- und Kohlenindustrieller, die nunmehr gleichzeitig drei Mitglieder in den Aufsichtsrat entsendet, übergeben. Ebenfalls war davon die Rede, daß der böhmische Braunkohlenindustrielle Weinmann seinen nicht unbedeutenden Besitz an Aktien der Ver. König- und Laurahütte A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Berlin im Frühjahr 1922 an eine englische Gruppe verkauft habe. Neuerdings[1]) wird berichtet, daß durch Vermittlung der beiden Großkapitalisten Weinmann und Bosel (Wien) etwa 80% des gesamten Grundkapitals der letztgenannten Gesellschaft in holländischen Besitz übergegangen sind. Auch hier haben anscheinend, wie es in letzter Zeit wieder stärker in Erscheinung tritt, geldliche Nöte die Verwaltung der Laurahütte gezwungen, eine ausländische Kapitalbeteiligung herbeizuführen, da die Verhältnisse am deutschen Geldmarkt Deckung des bedeutenden Geldbedarfes unmöglich gemacht haben sollen. Als Kapitalgeber sind die Rotterdamsche Bankvereenigung und die Hollandsche Bank voor de Middellandsche Zee in Amsterdam aufgetreten. Je ein Vertreter dieser Bankengruppe wurde in den Aufsichtsrat der Laurahütte gewählt. Bei der Schlesischen A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Lipine soll eine französisch-belgische Gruppe bei entsprechender Vertretung im Aufsichtsrat beteiligt sein.

Gewiß sind all dies Transaktionen, denen für beide Teile eine nicht zu unterschätzende wirtschaftliche wie politische Be-

---

[1]) Kölnische Volkszeitung Nr. 73 vom 28. Januar 1924.

deutung zukommt. So hoffen insbesondere die deutschen Industriellen, sich durch die ausländischen Kapitalisten einen größeren Einfluß bei der polnischen Regierung zu sichern, damit diese ungerechtfertigte Liquidationsansprüche und sonstige Gewaltmaßnahmen gegen Deutsche auf das Mindestmaß beschränkt. Für die ausländischen Kapitalgeber selbst aber kommt neben den rein privatwirtschaftlichen Interessen das politische Prestige ihres eigenen Landes in Frage; gewiß ein Moment, das der besonderen Beachtung wert ist. Den Einfluß gerade der Politik aber auf all die verschiedenen Bewegungen des ausländischen Kapitals hier zu verfolgen und umgekehrt das Verhältnis zwischen Auslandskapital und Politik klarzustellen, dürfte jedoch erst späteren Zeiten vorbehalten sein.

d) Die Hütten- und Stahlwerks-Industrie.

Kehren wir nunmehr nach Westdeutschland zurück, um dort im einzelnen der Entwicklung der heute so bedeutenden Hütten- und Stahlwerksindustrie und ihrer Zechenangliederungspolitik zu folgen, soweit sie hier für die ausländische Kapitalbeteiligung in Frage kommt, die entweder eine direkte war oder eine indirekte insofern, als sie im Ankauf deutscher Bergwerke durch vom Ausland finanzierte deutsche oder lothringisch-französische Hüttenwerke bestand.

Das Hüttenwesen begann in Westdeutschland durch die fortschreitende Koksverwendung erst seit der Mitte der 50er Jahre eine schwunghafte Entwicklung zu nehmen. So bedeutenden Unternehmungen wie: Bochumer Verein, Gute Hoffnungshütte u. a. gebührt das Verdienst, mit alleinigem deutschen Kapital Deutschlands angesehene Stellung auf dem Gebiete der Schwerindustrie mitbegründet zu haben. So oft man in den Berichten liest, wird man die Größe, Energie und Umsicht jener Männer, die den Namen der deutschen Schwerindustrie in der Welt zu Ansehen gebracht haben, bewundern können.

Ein Werk, das ebenfalls reichsten Anteil an dem glänzenden Aufstieg der deutschen Hüttenindustrie hat, ist die von belgischem und luxemburgischem Kapital beherrschte Luxemburger Bergwerks- und Saarbrücker Eisenhütten A.-G. Burbacher Hütte in Saarbrücken-Burbach, an der nunmehr, durch die

Eigenart der Verhältnisse veranlaßt, auch die französische Firma Schneider & Co., Creusot, beteiligt ist[1]). Während die übrigen großen industriellen Werke des Saarreviers zumeist alten Familien- oder Staatsbesitz darstellen, ist die Burbacher Hütte ein von belgischen Industriellen und Parlamentariern gegründetes Werk, das neben den übrigen Werken eine ganz außerordentliche Entwicklung genommen und sich namentlich durch eine vorsichtige und erfolgreiche Finanzpolitik ausgezeichnet hat. Der Plan zu dem Werk stammt von einem geborenen Luxemburger, dem Arloner Landesgerichtspräsidenten Nikolaus Berger, der sich mit dem früheren belgischen Justizminister Viktor Tesch (Tesch ist der Begründer der Eisenbahnlinie Brüssel-Luxemburg) und einigen anderen belgischen Industriellen zur Ausführung derselben vereinigte. Das Unternehmen wurde 1856 zunächst als Kommanditgesellschaft nach belgischem Recht gegründet. Der durch den Zollverein geschützte deutsche Markt bot den belgischen Kapitalisten bessere Geschäftsaussichten als der belgische Markt, während der ungenügend geschützte belgische Eisenmarkt den Konkurrenzkampf in Belgien selbst recht schwierig gestaltete.

Die finanziellen Mittel der Burbacher Hütte waren im Verhältnis zu dem großen Projekt nur sehr gering; zudem fühlten sich bei der anfangs bedrängten Lage des Werkes die Gründer auch nicht mehr bewogen, neue Mittel herzugeben. So kam man dazu, schon bald die Form einer A.-G. nach belgischem Recht zu wählen. Am 17. September 1861 faßte die Generalversammlung einen entsprechenden Beschluß. Die neue belgische A.-G. begann mit einem Grundkapital von 6 Millionen Frs., und dieses verhältnismäßig sehr geringe Kapital hat während des langen Bestehens der Gesellschaft für ihre Zwecke ausgereicht, da die Verwaltung mit großer Energie an dem Grundsatz festhielt, sämtliche Bedürfnisse des Betriebes aus Betriebsüberschüssen zu decken. Aber schon wenige Jahre nach Begründung der Gesellschaft ergab sich die Notwendigkeit, dem Werke eine deutsche Verwaltung zu geben, da der ganze Betrieb und der Absatz des Werkes vollständig mit den deutschen Verhältnissen verwachsen waren. Unter fachmännischer deutscher Leitung wurde nun die Burbacher Hütte ein Hüttenwerk ersten Ranges.

[1]) Die Gruppe nennt sich abgekürzt: „Arbed“ (Acieries réunies Burbach-Eich-Dudelange).

Nach dem Eintritt Elsaß-Lothringens in das deutsche Zollgebiet wurde von der Burbacher Hütte, zusammen mit der Firma A. Metz & Co. in Esch, mit der sie seit langem in Geschäftsverbindungen stand, unmittelbar auf dem lothringischen Minetteerz ein Hochofenwerk errichtet. Waren anfangs die Maschinen nur aus Belgien bezogen worden, so wurde mit den Jahren Deutschland alleiniger Lieferant. 1912 fusionierte sich die Burbacher Hütte mit der Dudelinger- und Eicherhütte, um dadurch der Übermacht anderer Werke, jedenfalls in erster Linie der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft entgegenzuarbeiten. Obschon sich der deutsche Charakter dem Werke durch die deutsche Leitung immer mehr aufprägte, blieb das belgisch-luxemburgische Kapital — wohl gerade wegen der guten Entwicklung des Unternehmens — fest im Sattel. So kam es auch, daß erst der Geschäftsbericht des Jahres 1906 in deutscher Sprache erschien.

Folgen wir der zeitlichen Entwicklung weiter, so sind u. a. die Rheinischen Stahlwerke zu Duisburg-Meiderich zu nennen. Das Unternehmen wurde von Franzosen, Belgiern und zwei Deutschen als A.-G. der Rheinischen Stahlwerke am 27. Mai 1870 am Zusammenfluß des Rheines und der Ruhr wegen der dort sehr günstigen Kohlen- und Erztransportverhältnisse gegründet. Besondere Gründe lagen für die ausländische Kapitalbeteiligung, die etwa 100000 Frs. ausmachte, nicht vor. Bei der heutigen Größe dieses Unternehmens würde diese Summe garnicht ins Gewicht fallen, während die 100000 Frs. als Gründungskapital wohl Beachtung verdienen. Ob seit dem Jahre 1887, in dem die ausländischen Gründungskapitalien zurückgezogen wurden, noch ausländisches Kapital beteiligt war, ist nicht feststellbar. Anscheinend ist es nicht der Fall. Vor etwa zwei Jahren interessierte sich wiederum eine ausländische Exportfirma, ohne daß es jedoch zu einer Beteiligung des Auslandes gekommen wäre.

Eine um ein Vielfaches größere Kapitalsumme als bei den Rheinischen Stahlwerken ist bei der ehemaligen Aktiengesellschaft für Eisen- und Kohlenindustrie Differdingen-Dannenbaum (Société anonyme des hauts fournaux, forges et charbonnages Differdange-Dannenbaum) festzustellen. Diese Gesellschaft „war 1896 mit 4 Millionen Frs. Aktienkapital gegründet und hatte nach Erhöhung des Aktienkapitals auf 25 Millionen Frs.,

nach Ausgabe von 9 Millionen Frs. Obligationen sowie Übernahme von 1,1 Millionen Mark Dannenbaum-Grundschuldbriefen und 1,25 Millionen Mark Prinzregent-Obligationen am 12. August 1899 die Zeche Dannenbaum bei Bochum angekauft“ [1]).

Im Jahre 1901 wurde die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft in Bochum Rechtsnachfolgerin obiger liquidierten belgischen Gesellschaft, wobei die Aktionäre von Dannenbaum in Aktien der neuen Gesellschaft ausgezahlt wurden. Dadurch, daß das Aktienkapital der Differdingen-Dannenbaum-Aktiengesellschaft zumeist in belgischen Händen gewesen war, war nun auf indirekte Weise auch weiterhin belgisches Kapital bei der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft tätig. Heute arbeitet sie, soweit feststellbar, nicht mehr mit ausländischem Kapital [2]).

Bedeutungsvoll für das indirekte Eindringen ausländischen Kapitals sind auch die Kohlengrubenankäufe der Fentscher Hütten Akt.-Ges. und der Lothringer Hüttenverein Aumetz-Friede Aktiengesellschaft, Brüssel, Zweigniederlassung Kneuttingen i. Lothr.[3]). In beiden Gesellschaften ist das französisch-belgische Kapital vorherrschend. „Die Fentscher Hütten Aktiengesellschaft (Société anonyme des Hautes Fourneaux de Fontoy), deren Aktienkapital 7 Millionen Frs. betrug, beschloß am 18. Oktober 1899 den Ankauf der Steinkohlenzeche Crone in Hacheney bei Hörde in Westfalen für 1 Million Mark (1 175 237 Frs.), von denen 100 000 Mark in bar an die Gewerken ausgezahlt wurden, während für die restlichen 900000 Mark 5%ige hypothekarisch eingetragene, in jährlichen Raten von 100000 Mark zu tilgende Obligationen der Zeche Crone gewährt wurden . . . Die außerordentliche Generalversammlung vom 29. März 1904 genehmigte die Veräußerung eines Teiles der im Besitz der Gesellschaft befindlichen Kuxe (Glückaufsegen, Franz und Marianne) und die dadurch ermöglichte Verminderung der Schuld der Gesellschaft bei der Lothringer

[1]) Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund, Jahrg. 1901/04, S. 143.

[2]) 1920 wurde zwischen der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges., der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G., der Siemens & Halske A.-G. und der Elektrizitäts A.-G. vorm. Schuckert & Co. der Elektromontankonzern, genannt Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union, geschlossen.

[3]) Die Gesellschaft ist 1897 hervorgegangen aus der Vereinigung der 1896 gegründeten A.-G. Hochöfen Friede und der 1897 gegründeten A.-G. Aumetz belgisch-lothringischer Gruben- und Hüttenverein.

Hüttenverein Aktiengesellschaft“ [1]). 1908 bildete sich die deutsche Bergwerksgesellschaft Glückaufsegen m. b. H., die von dem Lothringer Hütten-Aktienverein die Zeche Crone und die Grubenfelder Glückaufsegen, Marianne und Franz erwarb. Der Lothringische Hüttenverein hatte in Westfalen aber auch noch andere Besitzungen erworben. Im Jahre 1900 kaufte die Gesellschaft die Steinkohlenzeche General in Weitmar bei Bochum. Alle Kuxe der hundertteiligen Gewerkschaft mit einem Buchwerte von 2 Millionen Mark gingen in ihren Besitz über, wobei das Unternehmen jedoch als Gewerkschaft der Steinkohlenzeche Vereinigte General und Erbstollen bestehen blieb. – 1910 wurden die Steinkohlenzechen Viktor und Ickern bei Rauxel in Westfalen erworben. Auch hier bestehen die Zechen als selbständige Unternehmen weiter. Die Anteile sind aber ausschließlich in den Händen der genannten Aktiengesellschaft.

Jählings unterbrochen wurde diese Zechen-Angliederungspolitik der Lothringer Hüttenwerke durch den Krieg, in dessen Gefolge der größte Teil der den Ententeländern entstammenden Kapitalien zwangsweise liquidiert wurde.

Schnell aber strömen heute wieder unter der Ungunst der mißlichen deutschen Wirtschaftslage und als Folge der deutschen Markentwertung neue Kapitalien der Ententeländer und der Neutralen zum deutschen Bergbau und der Montanindustrie. Waren bei den bisherigen Betrachtungen hauptsächlich privatwirtschaftliche Interessen für das Eindringen des ausländischen Kapitals maßgebend, so muß für einen Teil der neuesten Erwerbungen deutscher Besitzungen oder Industrieanteile durch ausländische Kapitalisten jedoch festgestellt werden, daß hier die Politik in übelster Weise unseren deutschen Industriellen, vor allen denen im Saargebiet mitgespielt hat. Die Familie Stumm und viele andere saarländische Industrielle haben, ganz abgesehen von den Gruben, wesentliche Besitzobjekte an ausländische Interessenten, vorwiegend Franzosen, abgeben müssen.

So ist nunmehr u. a. an der Dillinger Hüttenwerke A.-G. eine französische Gruppe unter Führung der Société des Mines et Usines de Redange-Dillingen mit 60% beteiligt, und an die Société des Forges et Acieries du Nord et de Lorraine gab die

[1]) Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund, Jahrg. 1905/06, S. 183.

Firma Gebr. Stumm gleichfalls 60% des Kapitals des Neukirchener Hüttenwerkes und 40% der Homburger Pfalzwerke ab. Doch damit war es noch nicht genug, denn 60% des Kapitals der Halberger Hütte gingen gleichfalls aus dem Besitz der Stumm-Gruppe an die Société des Hauts Fourneaux et Fondéries de Pont à Mousson über.

Dem bekannten saarländischen Großindustriellen Kraemer ging das schöne Eisenwerk St. Ingbert an die je zur Hälfte mit belgischem und französischem Kapital finanzierte Gesellschaft Société luxembourgoise des Hauts Fourneaux et Acieries Differdange-St. Ingbert-Rumelange verloren.

Am Eisenwerk Fraulautern ist die französische Gesellschaft Emailleries Réunies et Forges et de la Creil et de la Sarre à Paris beteiligt.

Gewiß wären aber all diese und noch viele andere halb amtlich genötigten, halb freiwilligen Verkäufe der saarländischen Industrie nicht erfolgt, wenn kein Zwang vorgelegen hätte. Stellen doch die gemeinten Besitzungen einen zum Teil mehr als hundertjährigen Familienbesitz[1]) dar. Die politische Kräfteverschiebung zugunsten Frankreichs entreißt uns Deutschen hier im Saargebiet so gewaltige Zeugen einer weithin herrschenden Montanindustrie, wie eine solche nur in vielen Jahrzehnten organischer Arbeit aufgebaut werden konnte.

Während nun im Saargebiet gewaltsam deutscher Industriebesitz[2]) in die Hände ausländischer Kapitalisten gebracht wurde, kommt bei anderen Werken der Hüttenindustrie und des Bergbaues die wirtschaftliche Kräfteverschiebung in Europa zugunsten

---

[1]) Die landesherrlichen Hütten des Fürstentums Nassau-Saarbrücken und der Grafschaft Blieskastel wurden von der napoleonischen Regierung zunächst an den bisherigen Pächter der Pariser Gesellschaft Equer nach und nach veräußert; so 1805 das längere Zeit zur Dotation der französischen Ehrenlegion gehörige Neunkirchener Hüttenwerk, das dann 1806 von der Gesellschaft A. Maes zu Paris an die Gebr. Stumm verkauft wurde. Die Fischbacher Schmelze wurde 1809 von den Gebr. Stumm erworben.

(Vgl. A. Haßlacher: Das Industriegebiet an der Saar und seine hauptsächlichsten Industriezweige).

[2]) Sämtliche Gruben des Saarbeckens mußten bekanntlich dem französischen Staatsfiskus zur Ausbeute überlassen werden. Vgl. hierzu die Artikel 45–50 des Versailler Friedensvertrages.

der Neutralen verschiedentlich in den Anteilskäufen solcher Staatsangehöriger zum Ausdruck.

Die ungeheuren Kosten, die die Firma Friedrich Krupp A.-G. für die Umstellung von der Kriegs- zur Friedensproduktion aufwenden mußte, hatten es notwendig gemacht, holländisches[1]) Bankkapital an ihrem Unternehmen zu beteiligen.

Schon seit Jahren ist im rheinischen Bergbau holländisches Kapital investiert gewesen und hat seit dem Frühjahr 1919 durch Ankauf von Grubenfeldern nahe der holländischen Grenze seinen Besitz sogar noch bedeutend erweitert. Neuerdings hat es den Anschein, als ob das holländische Kapital ein größeres Interesse an unserer Montanindustrie gewonnen habe, wie überhaupt eine erhöhte Aktivität der holländischen Kapitalisten in allen Zweigen der deutschen Industrie zu verzeichnen ist. Die starke Konzernbildung der holländischen Industrie und der in ihrem Gefolge notwendige Ausbau der Auslandsbeziehungen und Außenhandelsinteressen hat hier eine Entwicklung angebahnt, die in ihrer späteren Folge weit über den Rahmen einer gewöhnlichen Wirtschaftspolitik hinauszugehen scheint.

Nicht unwesentlich, in ihrer praktischen Auswirkung jedoch ohne allzu überragende Bedeutung, ist heute die ausländische

---

[1]) Des allgemeinen Interesses wegen sei hier auch erwähnt, daß holländisches Kapital ziemlich stark beim Eisenwerk Kraft in Stettin beteiligt war; denn durch den Verkauf ihres Aktienbesitzes am Eisenwerk Kraft seitens des Fürsten Henckel zu Donnersmarck und anderer Großaktionäre an die Rotterdamer Firma William Müller & Co., bekam dieser Müllerkonzern etwa 24 000 000 M. des Aktienkapitals in seine Hände. Der Müllerkonzern veräußerte seine Beteiligung am Eisenwerk Kraft bis auf einen geringen Rest wieder an die Stummgruppe, so daß von einer ausländischen Kapitalbeteiligung heute kaum noch die Rede sein kann.

Da der Müllerkonzern für Deutschland von Interesse ist, so sei aus dem Prospekt, der s. Zt. angesichts der Ausgabe von 6 Mill. fl. Vorzugsaktien ausgegeben wurde, einiges mitgeteilt. Danach setzt sich der Konzern u. a. aus folgenden Einzelunternehmungen zusammen: William Müller & Co., Allgemeine Erzbaugesellschaft (Kapital 10 Mill. fl.), William Müller & Co. und Schiffahrtsgesellschaft (4 Mill. fl.), Compagnie Mercantiel Argentinia (12 050 000 fl.). Außerdem ist der Konzern an einer Anzahl anderer Unternehmungen beteiligt, von denen besonders die Eisen- und Stahlfirmen Ferrostahl i. Haag, die zusammen mit großen ausländischen Stahlunternehmungen gebildet worden ist, zu nennen wäre. Von dem Aktienkapital des Konzerns Müller sind 10 Mill. fl. Vorzugskommandit-Anteile vorhanden, 5 Mill. fl. des Aktienkapitals sind im Besitz der beiden Begründer des Unternehmens. Die offenen Reserven der Gesellschaft lauten auf 7,5 Mill. fl., wovon 4 Mill. fl. noch nicht eingezogen sind.

Kapitalbeteiligung bei der Steinkohlenwerke Becker Aktiengesellschaft in Bochum. Hierzu sei folgendes bemerkt:

Als s. Zt. die Gründung der Stahlwerk Becker A.-G. in Willich/Rhld. von der deutschen Konkurrenz u. a. durch Beeinflussung der deutschen Banken erschwert wurde, bediente sich die Gesellschaft besonders im Anfang der Entwicklung ausländischer Banken. So übernahmen schweizer Banken auch die erste Erhöhung des Aktienkapitals von 500 000 M. auf 2 Millionen Mark und beteiligten sich nachher weiterhin sehr stark an den Emissionen von Aktien und Obligationen. Beispielsweise übernahm eine schweizerische Bankengruppe im Jahre 1913 3 Millionen Mark der damals ausgegebenen 5 Millionen Mark Obligationen. Über die Höhe der jetzt noch in ausländischem Besitz befindlichen Aktien und Obligationen lassen sich bestimmte Angaben nicht machen. Auf jeden Fall ist die Beteiligung des Auslandes nicht ausschlaggebend, obschon nach dem Kriege das Stahlwerk Becker abermals 50 Millionen Mark aus der Schweiz für den Ausbau seiner eigenen Zechen und zum Ankauf der in Konkurs geratenen Bochumer Steinkohlenbergwerk Aktiengesellschaft gegen die Verpflichtung erhielt, einen Teil der durch den Ausbau erzielten Mehrförderung auf Grund eines Kohlenlieferungsvertrages mit der Continentalen Handels-Aktiengesellschaft in Zürich nach der Schweiz zu liefern[1]). Immerhin sah sich das Stahlwerk Becker veranlaßt, um für alle Fälle auch künftighin einen maßgebenden Einfluß der jetzigen deutschen Hauptaktionäre zu sichern, im Jahre 1920 5 Millionen Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht, die nur mit Genehmigung des Aufsichtsrates den Besitzer wechseln können, auszugeben. Zudem ist noch zu betonen, daß der Vorstand wie die übrige Verwaltung beim Stahlwerk Becker bzw. der Steinkohlenwerke A.-G. in Bochum, in deren Besitz die Gruben der Stahlwerk Becker A.-G. übergegangen sind, ausschließlich deutscher Nationalität ist und das Ausland nur einen Herrn

[1]) Im Berichtsjahre 1921/22 wurde von der Steinkohlenwerke Becker A.-G. in Bochum 15 615 t Kohlen und 86 040 t Koks zur Schweiz versandt. Der Vertrag läuft bis Ende 1939. – Das Aktienkapital der Steinkohlenwerke Becker A.-G. beträgt 20 Millionen Mark Stammaktien und 5 Millionen Mark 10stimmige Vorzugsaktien. Das Aktienkapital wurde der schweizerisch-französisch-deutschen Gruppe abgetreten, weil es den Anschein hatte, als ob die zwischen der deutschen Regierung und der Becker-Gruppe entstandenen Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeglichen werden könnten.

luxemburgischer Nationalität in den Aufsichtsrat entsendet. Gerade letzteres ist für das Problem der Verwaltungsüberfremdung von besonderer Bedeutung; es wird sich Gelegenheit ergeben, an anderer Stelle hierauf zurückzukommen.

Im ganzen betrachtet, vollzieht sich heute eine neue Aufwärtsbewegung der ausländischen Kapitalbeteiligung bei dem Bergbau und der Montanindustrie Westdeutschlands, die wirtschaftlich und politisch besonders beachtenswert ist, wobei, abgesehen von der französischen Saarpolitik, vielfach ein gegenseitiges Interesse des In- und Auslandes die Ursache der Beteiligung ist, indem den Ausländern u. a. an regelmäßigen Kohlenzufuhren, den Deutschen an gesicherten Roherz-Lieferungen und dergl. gelegen ist. Kann es so verwunderlich sein, daß heute viele Aktien, Kuxe usw. sich in ausländischen Händen befinden? Doch wenn heute im deutschen Bergbau und der Montanindustrie Westfalens, des Rheinlandes und Saargebietes durch Ankauf oder Beteiligung das ausländische Kapital bei weitem zahlenmäßig größer ist als das bisher überhaupt investiert gewesene, so ist immer zu bedenken, daß die heutige Kapitalsumme noch Papierwerte darstellt, während früher der wirkliche Goldwert der Mark in der Summe zum Ausdruck kam. In Goldmark gerechnet dürften heute die ausländischen Kapitalbeteiligungen bei der westdeutschen Montanindustrie einschließlich der im Saargebiet investierten ausländischen Kapitalien nicht wesentlich größer sein als sie den ausländischen Beteiligungen beim rheinisch-westfälischen Bergbau Mitte der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts entsprachen. Die jetzige ausländische Kapitalbeteiligung nur bei der rheinisch-westfälischen Montanindustrie scheint in Goldmark gerechnet die um die Wende des 20. Jahrhunderts vorhandene nicht bedeutend zu übersteigen. An anderer Stelle soll, nachdem wir uns zuvor noch kurz mit den ausländischen Kapitalbeteiligungen beim deutschen Kalibergbau befaßt haben, hierüber zusammenfassend noch näher berichtet werden.

e) Der Kalibergbau.

Eine sehr exponierte Stellung für die ausländische Kapitalanlage in der deutschen Volkswirtschaft nahm von jeher der Kalibergbau ein. Die Weltmonopolstellung der deutschen Kali-

salze gibt hierzu den ganz natürlichen Anlaß, weshalb es auch nicht verwunderlich ist, daß seit der Erschließung der deutschen Salzlagerstätten das Ausland für sie Interesse zeigte.

Als in den 60er Jahren die Ausbeutung der Kaliablagerungen hauptsächlich von deutschen Kapitalisten erfolgte, blieb auch das Auslandskapital nicht untätig[1]).

Im Jahre 1876 wurden von einer englischen Gesellschaft, der Continental Diamond Rock-Boring Comp. Limited London bei Güsten, Aschersleben und Winningen Bohrungen auf Kalisalze vorgenommen; 7 Bohrungen wurden von ihr allein in der Gegend von Aschersleben niedergebracht. Zur bergmännischen Ausbeutung dieser erschlossenen Kalisalzlager wurde die Mineral Salts Produktion and Moorlands Reklamation Company, Limited, London, gegründet und auf diese die Gerechtsame jener englischen Bohrgesellschaft übertragen. In den Jahren 1883—84 wurden zur weiteren Aufklärung des Feldes und Arrondierungen der Gerechtsamen noch 2 Bohrungen niedergebracht.

Lange sollten die ausländischen Kapitalien jedoch nicht mehr tätig sein, denn die große Entfernung vom Sitze der Gesellschaft in London, die mangelnde Vertrautheit der englischen Beteiligten mit den deutschen Verhältnissen und die Schwierigkeit, dort für die unausbleiblichen Wechselfälle eines großen Bergwerksunternehmens jederzeit das volle Verständnis und die Rückendeckung für rasch auszuführende Maßnahmen zu finden, veranlaßten, auf eine Nationalisierung der Kapitalien hinzuwirken. Nicht minder war es die Erkenntnis und der Wunsch jener leitenden Persönlichkeit dieser englischen Gesellschaft, nämlich des Deutschen Schmidtmann, der ja späterhin bei der Bildung des Kali-Syndikats noch eine besondere Rolle spielte, das Unternehmen als Teil der deutschen Kaliindustrie im gemeinsamen Rahmen mit dieser weiter zu entwickeln. In freundschaftlicher Vereinbarung mit den englischen Kapitalisten gelang es ihm, die Gruben sowie einige neu erbaute chemische Fabriken zu übernehmen und für die weitere Ausgestaltung des Betriebes als mächtige und erprobte Stütze die Direktion der Diskonto-Gesell-

[1]) Da die Kalisalze anfangs in erster Linie der chemischen Produktion dienten, so sei auch auf die weiteren Ausführungen bei der chemischen Industrie verwiesen.

schaft in Berlin zu gewinnen. Diese übernahm 6 Millionen Mark in Obligationen der neuen Gewerkschaft, welch letztere Schmidtmann mit der Diskonto-Gesellschaft im Mai 1883 unter der Firma Kaliwerke Aschersleben mit einem Aktienkapital von 12 Millionen Mark bildete[1]).

Ende 1920 ist durch Vermittlung der Diskonto-Gesellschaft ein geringer Teil Aktien der Aschersiebener Kaliwerke wieder in den Besitz amerikanischer Kapitalisten übergegangen.

Bekannter als diese Bohrungen jener ausländischen Gesellschaft sind die der „Kommanditgesellschaft Solvay & Co. in Ixelles bei Brüssel", deren Besitz heute die Deutsche Solvaywerke A.-G. inne hat. Das Solvay-Konsortium hatte in den 70er Jahren bedeutende Bohrungen bei Bernburg veranlaßt, um die dortigen Kalisalze für die chemische Produktion zu verwenden. 1885 übernahm den Besitz der Kommanditgesellschaft Solvay die neugebildete A.-G. Deutsche Solvay-Werke Bernburg, die ihr als Vergütung 8 800 000 M. als voll bezahlte Aktien aushändigte, während weitere 1 200 000 M. von anderen Zeichnern übernommen wurden. Die Gesellschaft besitzt Kaliwerke, Sodafabriken und Salinen bei Bernburg, Wyhlen, Wurselen, Borth, Peißen, Plömnitz und Rheinberg und hat zur leichteren Kohlenversorgung auch noch Braunkohlenwerke in ihren Besitz gebracht. Dieser recht ansehnliche Besitz ist gerade hier umso bemerkenswerter, als noch heute die Solvaygesellschaft fast ausschließlich vom belgischen Kapital finanziert wird. (Vgl. auch das Kapitel über die chemische Industrie.)

Zu erwähnen sind außer diesen belgischen Beteiligungen bei den Kalisalzlagerungen in den Bernburger und Aschersiebener Bezirken noch englische Kapitalbeteiligungen beim hannoverschen und mecklenburgischen Kalibergbau, doch haben diese keinen größeren Umfang angenommen.

Der Freiherr Gustav v. Overbeck in London tätigte mit Landwirten zu Steinförde und Umgebung im Jahre 1889 notariell sogenannte Kaligewinnungsverträge. Dasselbe geschah zwischen der Firma André, Mendel & Co. in London und Grundbesitzern zu Steinförde. Bei der weiteren Gründung der Aktiengesellschaft Kaliwerk Steinförde wurden sämtliche Rechte und

[1]) Vgl. Jubiläumsschrift zum 25jährigen Bestehen des Kalisalzbergwerkes Schmidtmannshall 1878–1903.

Pflichten von 4 deutschen Firmen für den Preis von 2 Millionen Mark eingebracht. Als Entgelt erhielten diese Firmen gemeinschaftlich 1000 durch die Einlage als voll bezahlt geltende Inhaber-Aktien zu je 1000 M. Für den Rest des Preises der Einlage wurde in Höhe von 1 Million Mark nebst 4% Zinsen seit dem Tage der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister zugunsten der Firma André, Mendel & Co. in London eine Hypothek mit dem Grundbesitze der Gesellschaft zur ersten Stelle bestellt. Auch wurden dieser Firma für diese Forderung von 1 Million Mark nebst den gedachten Zinsen die eingetragenen dinglichen Rechte aus verschiedenen Verträgen, soweit dies zulässig war, verpfändet. Die A.-G. verpflichtete sich, über den Betrag von 1 Million Mark, d. h. von 33 1/3 % der auf die Zahlaktien zu leistenden Einzahlungen, nur zum Zwecke der Befriedigung André, Mendel & Co. zu verfügen, und zwar mußte die A.-G. die Hälfte von allen Einzahlungen auf die 3 Millionen Mark Zahlaktien, mit Ausnahme der Einzahlungen der ersten 25% sofort nach Eingang an die Firma André, Mendel & Co. auszahlen, soweit dies zur Tilgung des Restbetrages von 1 Million Mark nebst Zinsen erforderlich war[1]). Das gesamte Aktienkapital betrug 1920/21 3 900 000 M., wovon mehr als 2/3 in den Besitz der Gewerkschaft Einigkeit in Ehmen, an der gleichfalls englisches Kapital beteiligt war, übergegangen sind. Die führenden Stellen waren auch während der englischen Kapitalbeteiligung nur von Deutschen besetzt. 1916 erfolgte die Zwangsliquidierung des englischen Kapitals. Neuerdings soll bei der Gewerkschaft Einigkeit wieder amerikanisch-englisches Kapital beteiligt sein.

Sonst ist noch des öftern seitens ausländischer Kapitalisten der Versuch zur Beteiligung am deutschen Kalibergbau gemacht worden, ohne daß es ihnen gelungen wäre, nennenswerte Aktienbeträge in ihren Besitz zu bringen. Wenn diese Eroberungspolitik ausländischer Kapitalisten bei der deutschen Kaliindustrie in den früheren Jahrzehnten nicht zum Ziele führte, so ist es in allererster Linie darauf zurückzuführen, daß die Führer der deutschen Kaliindustrie im allgemeinen sie bewußt von vornherein als eine rein deutsche Industrie betrachteten und für ihre Deutscherhaltung unentwegt stritten.

[1]) § 6 des Gesellschaftsvertrages.

Aber auch ein staatliches Eingreifen gegen die Entnationalisierung des deutschen Kalibergbaues ist im Jahre 1909 festzustellen, als vom amerikanischen Kapital der Versuch unternommen wurde, deutsche Kaliaktien zu erwerben. Die Regierung kam dieser Gefahr durch Festsetzung von Mindestpreisen für Kali an das Ausland im Reichskaligesetz zuvor, indem dadurch den Ausländern der billige Bezug deutscher Kalisalze unmöglich gemacht und so den ausländischen Kapitalisten das Interesse an der Erwerbung deutscher Kaliaktien genommen wurde[1]).

Auch amerikanisch-russisches Kapital ist es, das seit einiger Zeit einen nicht unerheblichen Teil Kuxe der Gewerkschaft Wintershall erworben hat. Wenn die in Fachkreisen der Kaliindustrie mir genannten Zahlen richtig sind, dann ist, da in dem Wintershallkonzern etwa 40% der gesamten deutschen Kaliproduktion vereinigt sind, eine nicht unwesentliche Kapitalüberfremdung der deutschen Kaliindustrie gegeben.

Auf jeden Fall ist heute eine erneute Überfremdungsgefahr der deutschen Kaliindustrie nicht von der Hand zu weisen, nachdem einmal das Ausland durch den Verlust unserer Kalibergwerke im Elsaß die Möglichkeit erlangt hat, sich dort entsprechende Kenntnisse zu erwerben und so das deutsche Kalimonopol leichter anzugreifen in der Lage ist und zum andern die große Absatzstockung auf dem Düngermarkt eine starke Kapital- und Kreditnot bei dem größten Teil der Kaliindustrie hervorgerufen hat.

f) Gesamtüberblick über die Kapitalüberfremdung.

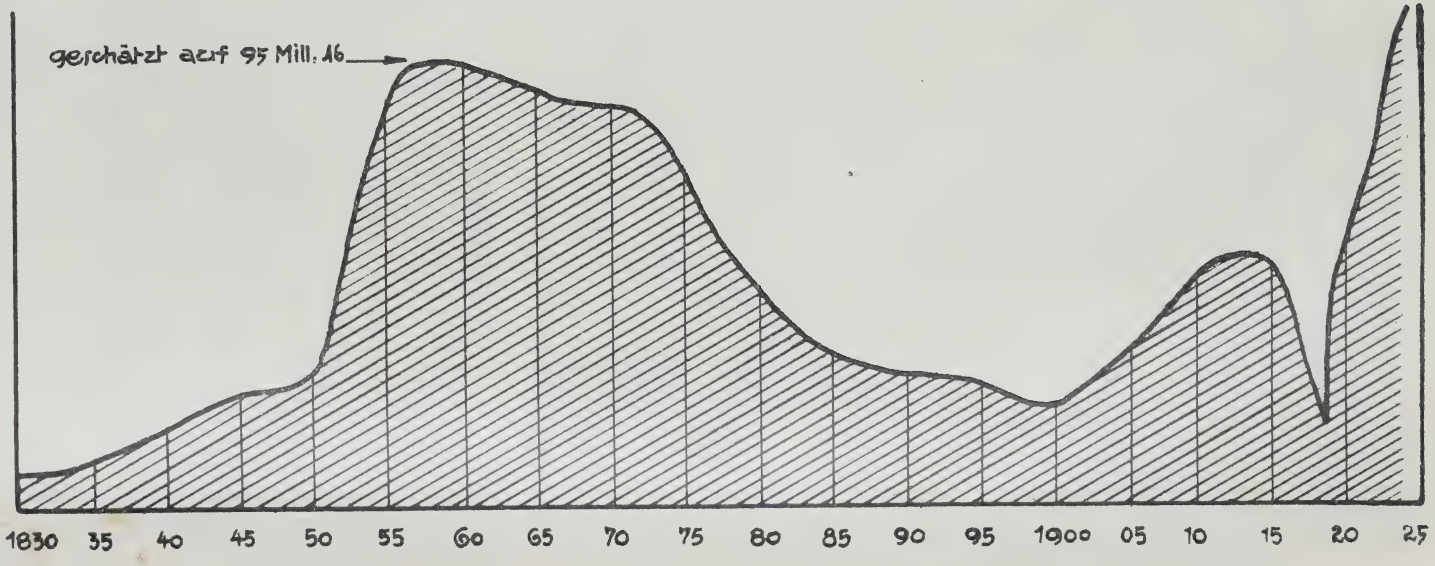
Eine Gesamtdarstellung der bisher investiert gewesenen ausländischen Kapitalien, so gut sie auf Grund vorliegender Untersuchung gegeben werden kann, dürfte nunmehr am Platze sein. Danach waren bis 1914 insgesamt 49 Gesellschaften, deren Produktion in erster Linie vom Auslande kontrolliert wurde, allein im Bergbau und der Montanindustrie West- und Süddeutschlands tätig. Hiervon hatten 26 Gesellschaften vorzugsweise belgisches Kapital und begannen ihre Tätigkeit besonders nach 1851. Englische Kapitalisten waren in stärkster Weise bei 13 Gesellschaften interessiert, von denen einige bereits vor 1851 insbesondere im Edelmetallbergbau tätig waren. Französische Kapitalisten waren teilweise bei den vom belgischen Kapital

[1]) Charlotte Leubuscher: a. a. O., S. 343.

kontrollierten Gruben- und Hüttenwerken mit beteiligt; das Übergewicht hatte das französische Kapital nur bei 6 Unternehmungen. Holländisches Kapital war bei 4 Großunternehmungen feststellbar, doch dürfte sein Anteil größer gewesen sein. Nach einer vorsichtigen Durchschnittsschätzung wird man das im westdeutschen Bergbau und in der Montanindustrie bis zum Weltkriege in Aktien, Stammanteilen oder Kuxen usw. angelegt gewesene Kapital des Auslandes auf rund 140 Millionen Goldmark schätzen können, was im Hinblick darauf, daß der größte Teil dieser Summe in den 50er und 60er Jahren investiert war, in denen das Geld noch einen höheren Realwert hatte, eine sehr große Kapitalsumme darstellt. Zur Veranschaulichung, in welcher Weise sich diese Summe auf die einzelnen Zeitabschnitte ungefähr verteilt, mag die hier beigefügte Skizze 1 dienen. Lediglich die Tendenz der Entwicklung soll durch sie charakterisiert werden:

Die graphische Darstellung beginnt, wie ersichtlich, mit dem Jahre 1830. Für diese Zeit ist bereits ausländisches Kapital beim rheinisch-westfälischen Bergbau festzustellen. Um 1835 begann allmählich mit dem Aufkommen der ersten Aktiengesellschaften das ausländische Kapital stärker einzuwandern. Die Neuinvestierungen wurden Anfang der 40er Jahre beträchtlich, bis schließlich 1848 eine allgemeine unsichere Lage auch für die Zu- und Abwanderung der ausländischen Kapitalien festzustellen ist. Als dann 1851 das bekannte Miteigentümer-Gesetz mit der Aufhebung des Direktionsprinzipes erlassen wurde, war für die ausländischen Kapitalisten der Weg zur kapitalistischen Wirtschaftsform freigemacht. Das ausländische Kapital strömte vor allem aus Belgien und England in das Ruhrgebiet und begann mit voller Kraft die Erschließung der dortigen Kohlenfelder. Nach Abschluß des Pariser Friedens, in der Zeit von etwa 1856—1860 dürfte das ausländische Kapital den Höhepunkt seiner Tätigkeit erreicht haben. Im nächsten Jahrzehnt regte sich neues deutsches Leben, neue Gruben wurden mit deutschem Kapital erschlossen, nachdem noch einmal 1857 leichte Erschütterungen als Folge der von Amerika ausgehenden Geldkrise im Zu- und Abfluß ausländischer Kapitalien sich bemerkbar gemacht hatten. Die 60er Jahre brachten bereits langsam den Beginn der Nationalisierung der Bergwerke, die dann in den 70er Jahren recht schnell fortschritt und im achten Jahrzehnt nur noch wenige

Die ausländischen Kapitalbewegungen beim Bergbau und der Montanindustrie Westfalens, Rheinlands und des Saargebiets von 1830 – 1923/24.



Dr. Legge.

Millionen ausländischer Kapitalien nicht erfaßt hatte. Um die Wende des Jahrhunderts traten durch die Zechenankäufe jener Hüttenwerke, die mit belgisch-französischem Kapital arbeiteten, und durch die Einführung deutscher Bergwerksaktien an ausländischen Börsenplätzen neue ausländische Kapitalbeteiligungen ein, die sich dann im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts noch vergrößerten. Der Krieg erst brachte 1916/18 die teilweise Liquidierung der Ententekapitalien und führte so zur abermaligen starken Nationalisierung. 1919/20 begannen neue ausländische Kapitalinvestierungen unter der Ungunst der politischen Machtverschiebung auf dem europäischen Kontinent und der so verhängnisvollen Entwertung unserer Mark beim Bergbau und der Hüttenindustrie Westfalens, des Rheinlandes und des Saargebietes. Es ist ein ganz anderes Bild wie vor etwa 70 Jahren. — Heute sind fast alle irgendwie gearteten Produktionsbeschränkungen der früheren Zeit gefallen. Horizontale und vertikale Konzentration, Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung geben jetzt der modernen deutschen Wirtschaftsentwicklung ihr unverkennbar sieghaftes Gepräge, und gestützt auf sein wissenschaftliches und technisches Können, erhofft das deutsche Volk, trotz mancher starken Bindung an das ausländische Kapital, sich recht bald die Freiheit des wirtschaftlichen Handelns und damit auch seine weltwirtschaftliche Geltung wieder zu erringen. Blüht aber erst ein neues auf eigener Kraft beruhendes Wirtschaftsleben, dann wird auch dem Kapitalmangel leichter begegnet werden und damit ist insbesondere zu gleicher Zeit auch der Überfremdung das Machtwort gesprochen.

g) Die Verwaltungsüberfremdung.

Die Einzelberichte haben Gelegenheit gegeben, auch über die Besetzung der Verwaltungsposten der vom ausländischen Kapital finanzierten Unternehmungen zu sprechen. Wenn wir nunmehr das ganze Bild überblicken, so können wir auch hier die verschiedensten Eigenarten bei der Verwaltungsüberfremdung feststellen. Wir wollen in Kürze ihnen folgen:

Bisher brachte man die Kapitalüberfremdung mit der Verwaltungsüberfremdung in so enge Verbindung, daß man glauben sollte, das Eine sei ohne das Andere nicht denkbar und umgekehrt. Man faßte die Verwaltungsüberfremdung eben als das naturnotwendige Anhängsel der Kapitalüberfremdung auf und

brachte ihr daher auch kein Sonderinteresse entgegen. Wenn wir jedoch bedenken, daß gerade die Verwaltungsüberfremdung in sehr vielen Fällen der Kern und Lebensnerv für so manches Unternehmen, ja sogar ganze Industriegruppen gewesen ist und auch in der Zukunft häufig genug werden kann, dann werden wir auch die Verwaltungsüberfremdung weit mehr in den Vordergrund unserer Forschungen ziehen müssen. Es liegt aber auch hier wieder in der ganzen Materie und der Entwicklung der ausländischen Kapitalbeteiligungen begründet, wenn die Kapital- und Verwaltungsüberfremdung als eine, man möchte sagen unlösbare Einheit aufgefaßt wird. Gerade der Bergbau bietet vielleicht weit mehr als jede andere Industriegruppe diesem Gedanken eine Stütze. Aber andererseits ist zu bedenken, daß auch im Bergbau die Verwaltungsüberfremdung ihre von der Kapitalüberfremdung ganz verschiedenen Wege geht. Insbesondere ist von Interesse, daß trotz weiterer Kapitalüberfremdung einzelner Unternehmungen die Verwaltungsüberfremdung bei ihnen immer mehr mit der fortschreitenden Entwicklung unseres Wirtschaftslebens zurückging, was insbesondere gerade in den 70er und 80er Jahren der Fall war. Es bezieht sich dieses allerdings in erster Linie zunächst auf die Besetzung der Vorstandsposten, jedoch auch häufig auf die übrige Verwaltung, insbesondere den Aufsichtsrat. Dabei ist noch zu beachten, daß verschiedentlich die bisherigen ausländischen Vorstandsmitglieder später eine führende Rolle im Aufsichtsrat inne hatten. Mit einer erstaunlichen Geschicklichkeit wußten sich gerade die führenden ausländischen Kapitalgeber den Lebensnotwendigkeiten anzupassen. Ohne sich als Ausländer zu verleugnen, versuchten manche von ihnen sich nicht nur ganz und gar nach den allgemeinen deutschen wirtschaftlichen Verhältnissen zu richten, sondern setzten sich sogar wie z. B. der Ire Mulvany und der Belgier Chaudron, mit allen ihren Kräften für eine gediegene Ausgestaltung der Verkehrs- und Transportverhältnisse, für Vervollkommnung der Bergbautechnik, für wirtschaftlichen Zusammenschluß der Unternehmer in Verbänden und Vereinen und nicht zuletzt für eine gute und schnelle Ausgestaltung der Sozialpolitik im rheinisch-westfälischen Bergbau ein. Wir finden Männer unter ihnen mit Charakter und Willen, Männer zugleich, die dem Wohl und Wehe der deutschen Wirtschaft ein solch hohes Interesse entgegen-

Die ausländ. Kapitalbeteiligungen beim Bergbau, der Hütten- und Stahlwerks-

Die ausländ. Kapitalbeteiligungen beim Bergbau, der Hütten- und Stahlwerks-Industrie Westdeutschlands von 1800 bis 1923/24 (ausschl. Braunkohlenbergbau.)

Dr. Legge.

brachten, daß es nicht allein von Privatinteressen bestimmt sein konnte. Nicht alle lockte persönlicher Geldgewinn, sondern das Interesse an ihrem Geschäft, das Streben nach ureigenster Schöpfung konkreter, wirtschaftlicher Dinge, auf die sie alle ihre Arbeit und Sorgen, ihren Stolz und ihre Wünsche häufen konnten, kurz das Streben nach ihrem Unternehmen[1]). Allerdings ist die Unterschiedlichkeit in dieser Einstellung gerade in Bezug auf die Nationalität der ausländischen Kapitalisten sehr groß. Da dies sich jedoch in den anderen Industrien noch weit schärfer ausgeprägt hat, sei an dieser Stelle nur auf die Ausführungen über die Verwaltungsüberfremdungen in den anderen Kapiteln verwiesen. Das jedoch sei schon hier mit aller Deutlichkeit hervorgehoben: Für die Frage der Verwaltungsüberfremdung ist genau so wie für die Kapitalüberfremdung nicht die Tatsache der Überfremdung an sich das Ausschlaggebende, sondern vielmehr die Frage, wie und unter welchen Umständen sich die Kapital- und Verwaltungsüberfremdung oder auch jede für sich in das gesamte wirtschaftliche Geschehen, insbesondere aber in die Wirtschaft des überfremdeten Landes einfügen. Für ein selbstbewußtes Volk wird die Verwaltungsüberfremdung immer nur als ein Mittel in Frage kommen, durch das der fortschreitenden Entwicklung des Landes gedient wird. Klarheit muß insbesondere auch darüber bestehen, daß die Verwaltungsüberfremdung nicht in unmittelbarem Verhältnis zu der Kapitalüberfremdung zu stehen braucht, sondern in stärkstem Maße von der gesamten Entwicklung und Gestaltung der Rechtsverhältnisse und des Wirtschaftslebens des Kapital empfangenden Landes mit bestimmt wird und sehr wohl das überfremdete Unternehmen, wenn nicht gleichzeitig eine vollständige Verwaltungsüberfremdung mit eingetreten ist, der eigenen Volkswirtschaft bei weitem mehr dienstbar gemacht werden kann als der ausländischen, wenn nur die betreffenden Leiter genügende Eigenkraft und Nationalbewußtsein zeigen. Gerade hier bietet die Überfremdung des rheinisch-westfälischen Bergbaues verschiedene Beispiele und bringt zugleich zum Ausdruck, daß nicht die äußere Form der Überfremdung entscheidend ist, sondern es vielmehr auf die Gesamteinstellung des überfremdeten Unternehmens als festes Glied des Wirtschaftskörpers ankommt.

[1]) Vergl. Kurt Bloemers: a. a. O., S. 44.

2. Die Metallindustrie.

a) Allgemeine Charakteristik.

Die Darstellung über die ausländischen Kapitalbeteiligungen bei dem deutschen Bergbau kennzeichnete bereits die gegensätzliche Lage der in- und ausländischen Industrie während des 19. Jahrhunderts. Auch bei der Metallindustrie war die fortgesetzte technische und wirtschaftliche Überlegenheit der ausländischen Industrie gegenüber der deutschen für viele Jahrzehnte das Charakteristische. Erst als in den 60er Jahren auch in Deutschland eine besondere Ausnutzung und Verarbeitung der Kohlen und Erze erfolgte, begann der eigentliche Aufschwung der deutschen Metallindustrie; und als dann dazu noch die Pflege der technischen Wissenschaft kam, schuf deutscher Geist und deutscher Fleiß Maschinen, Geräte u. dergl., die durch Güte des Materials, durch Vorzüge der Konstruktion und Leistungsfähigkeit sich bald auf dem Weltmarkt einen angesehenen Platz sicherten.

Als 1914 der Krieg ausbrach, hatte die deutsche Metallindustrie nicht nur eine selbständige Stellung gegenüber dem Auslande erreicht, sondern darüber hinaus andere Länder fest in ihren Geschäftskreis gezogen. Heute steht die deutsche Technik keiner andern nach, wohl aber die anderer großer Industrieländer jetzt der deutschen. Da sich aber der Fortschritt der Technik in jedem Industrielande dauernd in vollem Fluß befindet, das eine Land hierin, das andere Land darin eine neue Erfindung zeitigt und die geschickte Ausnutzung dieser Erfindungen zu einem wechselseitigen Verkehr der Länder führen muß, so ist es auch gewiß, daß bei diesem Vorgang ein Austausch der Kapitalien stattfindet. Genau, wie während der Zeit zurückgebliebener Wirtschaften das ausländische Kapital eindringt, um zu produzieren, so kommt auch heute bei der Ausnutzung neuester ausländischer Patente ausländisches Kapital ins Land, zumal wenn eine Gesetzgebung wie die Deutschlands diese noch besonders begünstigt.

Hiermit ist schon der Grundzug der ausländischen Kapitalbewegung bei der deutschen Metallindustrie wiedergegeben, wie er sich zugleich im Rahmen der allgemeinen Geschichte dieser

Industrie darstellt. Drei Perioden heben sich bei der ausländischen Kapitalbeteiligung scharf heraus. Die erste wird gekennzeichnet durch eine nicht hinreichend entwickelte Technik verbunden mit mangelnder Unternehmungslust, die zweite durch das Patentgesetz von 1891 eingeleitet und bestimmt, in der dritten ist das Streben charakteristisch, eine bereits hoch entwickelte Industrie mit Hilfe ausländischen Kapitals in ihrer Fortentwicklung sicher zu stellen. Doch ist mit der Charakterisierung der Perioden keineswegs gesagt, daß einzig und allein die diese Periode kennzeichnenden Gründe für die ausländische Kapitalbeteiligung bei der deutschen Metallindustrie maßgebend gewesen sind, wie denn die Wirkungen der Zollgesetzgebung hier wie bei allen anderen Industrien während der ganzen Zeit der industriellen Entwicklung für den ausländischen Kapitalmarkt eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Überhaupt gehen die einzelnen Perioden selbst wieder stark ineinander über; trotzdem ist unter der oben angegebenen Charakterisierung eine Einteilung in 3 Perioden sehr wohl möglich und zweckmäßig, ja, die Periodenbildung ergibt sich sogar in notwendiger Folge.

b) Die Kapitalüberfremdung.

1. Periode bis 1891.

In der ersten Periode waren besonders zwei Länder für die Entwicklung der deutschen Metallindustrie bestimmend: England und Belgien. England baute schon frühzeitig Dampf-, Gebläse-, Zylinderbohr- und Hobelmaschinen, betrieb Dampfhämmer, Nagel-, Draht- und Blechbiegewalzwerke. In Belgien hatte John Cockerill in seinem Unternehmen in Seraing bei Lüttich den Boden für eine moderne Eisenindustrie geschaffen, die durch den Dampfmaschinen- und späteren Eisenbahnbau in verhältnismäßig kurzer Zeit zur vollen Blüte kam. England und Belgien nutzten den hier einmal erreichten Vorsprung nach Möglichkeit aus und waren unablässig bemüht, ihre Betriebsmittel zu verbessern und ihre, nach dem damaligen besten Stande der Technik hergestellten Erzeugnisse selbst im Auslande abzusetzen. Zwar waren hierbei allerlei Schwierigkeiten zu überwinden, doch war es wohl allzu natürlich, daß solch hochwertige Erzeugnisse sich den Auslandsmarkt bald eroberten. Die Schwierigkeiten namentlich im Transportwesen ließen es aber den ausländischen Industriellen doch ratsam erscheinen, durch eigene Fabrikgründungen im Auslande

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY, AT URBANA-CHAMPAIGN

sich eine sichere Basis zu schaffen. Darum gründeten auch in Deutschland nach Beendigung der Freiheitskriege ausländische Industrielle, Techniker und Ingenieure, welche die in ihrer englischen und belgischen Heimat erlangten Kenntnisse nutzbringend zu verwerten suchten, mit ihrem eigenen oder von Landsleuten geborgtem Kapital, vereinzelt unterstützt durch preußische Staatsgelder, ihre Fabriken. Denn, wie wir gesehen haben, fehlten in Deutschland zu dieser Zeit fast noch jegliche Kapital- und Kreditorganisationen. Erst mit den 40er Jahren sind hier geringe Fortschritte zu bemerken. So war denn ein Auftreten ausländischen Kapitals aus diesem Grunde begreiflich.

Die Tätigkeitsgebiete jener ausländischen Industriellen waren der Dampf-, Textilmaschinen- und Kesselbau. Zu nennen sind hier u. a. die Maschinenfabrik Cockerill in Berlin, die Zinkfabriken Cockerill in Stolberg und die 1816 in Berlin gegründeten Maschinenfabriken der Engländer Benjamin Biram und J. Foster. In dem Cockerill'schen Unternehmen wurden schon 1815 Appreturmaschinen, Webstühle und vor allem Dampfmaschinen gebaut. In dieser Fabrik war auch die damals größte und vollendetste Dampfmaschine des preußischen Staates aufgestellt; sie war aus dieser Werkstatt selbst hervorgegangen.

Bedeutender als die genannten Unternehmungen jener Ausländer wurden die Gründungen von Jaques Piedboeuf. In diesen bekannten Unternehmungen der Kesselbauindustrie hat sich der Familienbesitz bis auf den heutigen Tag erhalten. Jaques Piedboeuf hatte 1812 ein Unternehmen in Jupille in Belgien gegründet. 1838 errichtete er in Aachen und 1842 in Düsseldorf das erste dortige Blechwalzwerk. Ursprünglich hieß das Unternehmen: „Offene Handelsgesellschaft Jaques Piedboeuf", wurde aber später wegen Vererbung der Beteiligungen auf zahlreiche Familienmitglieder in eine G. m. b. H. umgewandelt. Die Beteiligung des belgischen Kapitals betrug bei der Gründung $^1/_1$, am Ende des 19. Jahrhunderts $^1/_3$, ebenso hoch war die Summe vor dem Kriege, während sie heute nur noch einen geringen Betrag des investierten Gesellschaftskapitals ausmacht. Erbschaft und Kauf hatten die Veränderung bei der ausländischen Kapitalbeteiligung bewirkt. Heute sind Vorstand, Ingenieure und Betriebsleiter deutsch, während von 5 Mitgliedern des Aufsichtsrates noch einer Belgier ist.

Dieser Werdegang der ausländischen Kapitalbeteiligung bei dem Piedboeuf'schen Unternehmen charakterisiert für viele andere, nahe der Grenze gelegenen Familienunternehmungen auch ihre Entwicklung: Die Nationalisierung der betreffenden Unternehmungen schreitet nur langsam voran, aber ist trotz verwandtschaftlicher und geschäftlicher Beziehungen zum Auslande doch stetig im Fortschreiten begriffen. Die Tradition an der Beteiligung spielt hier bei der Nationalisierung eine nicht zu unterschätzende Rolle; denn die finanzielle Angliederung an die ausländischen Finanzkräfte vollzieht sich umso schwerer, je länger für solche Unternehmungen der Familiencharakter erhalten bleibt, was meistens für große Unternehmungen eine gute Kapitalfundierung, gediegene Leitung und besondere Spezialartikel voraussetzt. Gerade die Herstellung eines Spezialartikels ist vielfach ausländischen Fabrikanten und Ingenieuren Veranlassung geworden, ihr Kapital im Inlande anzulegen, insbesondere dann, wenn die Industrie noch in den Kinderjahren steckte und die inländischen Kapitalisten mit ihren Geldern zurückhielten. Letzteres ist für Deutschland fast während des ganzen 19. Jahrhunderts festzustellen; insbesondere gilt es bis etwa 1865. Der Deutsche hielt eben „jede industrielle Kapitalsanlage für ein Lotteriespiel, für halb verloren von Anbeginn; dagegen legte er sein Geld mit Behagen in den unsolidesten ausländischen Staats- und sonstigen Papieren an, die hohe Zinsen versprachen und im Frankfurter Kursblatt zu finden waren“ [1]).

Selbst um die Wende des Jahrhunderts ist eine mehr wie zaghafte Zurückhaltung seitens der deutschen Kapitalisten noch häufig genug typisch. Ich erinnere hier z. B. an die Entstehung der Kraftübertragungswerke A.-G., Badisch-Rheinfelden im Jahre 1894, als die auf der Frankfurter Ausstellung 1891 zum ersten Mal auf 150 km Entfernung praktisch vorgeführte Elektrizitäts-Fernkraftübertragung auch in Südbaden zur Anwendung kommen sollte, um hier die noch ungenützten Wasserkräfte des Rheines bei Rheinfelden und Wyhlen zur Elektrizitätsgewinnung auszunützen. Es war gewiß für damalige Verhältnisse ein scheinbar gewagtes Unternehmen. Aber eben, weil es galt, ein Wagnis zu meistern, deshalb hielt sich deutsches Kapital zurück, so daß

[1]) Ludwig Beck: Die Geschichte des Eisens in technischer und kulturgeschichtlicher Beziehung, 4. Abteilung, Das 19. Jahrhundert von 1801 bis 1860, S. 692 (1899).

schweizerisches Kapital dadurch die Oberhand erhielt und auch behielt. Heute werden bei diesem nach der Zusammensetzung des Kapitals internationalen Unternehmen allein 15 400 PS. nutzbar gewonnen. Die Elektrizität wird außer für Baden nach dem Elsaß und nach der Schweiz geliefert. Den Vorstand des Unternehmens bildete bis 1916 ein Schweizer. Jetzt wird der Vorstand durch einen Deutschen vertreten. Auch im Aufsichtsrat ist mit der Zeit eine wesentliche Nationalisierung eingetreten; nunmehr gehören ihm 10 Deutsche und 5 Schweizer an. Die bei Rheinfelden beschäftigten Ingenieure und Betriebsleiter sind gleichfalls sowohl schweizer als auch deutscher Staatsangehörigkeit.

Durch dieses Beispiel sind wir der übrigen geschichtlichen Entwicklung zeitlich ein wenig vorausgeeilt, ohne aber damit den Kerngedanken unserer augenblicklichen Betrachtung aus dem Auge verloren zu haben. Es sollte ja nur der Hinweis gegeben werden, daß sich bei einer solchen Zurückhaltung unseres eigenen Kapitalmarktes, die im 6., 7. und 8. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts noch weit mehr in Erscheinung getreten ist, unsere eigene Industrie sich keinesfalls so entwickeln konnte, wie es wünschenswert gewesen wäre. Ebenso ist es aber auch natürlich, daß andere, nämlich kapitalkräftige ausländische Unternehmer diese Gelegenheit, gut und leicht zu verdienen, durch Anlage von eigenen Fabriken zwecks Herstellung von Maschinen, Geräten u. dergl. in Deutschland ausnutzten.

So betrieb in Berlin u. a. von 1853 bis etwa 1880 die englische Firma John Aird and Son den Bau von Wasser- und Gaswerksanlagen, da für sie der deutsche Markt noch immer recht günstig war.

Unterstützt durch ein staatliches Darlehen von 1000 fl. errichtete der Erfinder der verbesserten Konstruktion des französischen Rundstuhles, Fouquet aus Troyes, auf Veranlassung des Württembergischen Präsidenten der Zentralstelle für Handel und Gewerbe, Steinbeiß, im Jahre 1852 unter der Firma d'Ambly, Nopper & Fouquet eine Fabrik zur Herstellung dieser französischen Rundstühle in Stuttgart. Der französische Major d'Ambly und der Eisenhändler Nopper schieden später aus. 1883 wurde eine ehemalige Wollspinnerei in Rottenburg a. Neckar erworben und der Betrieb bis auf den heutigen Tag unter der Firma: Maschinenfabrik Fouquet & Frauz weitergeführt, nachdem das Unternehmen im Jahre 1883 in den Besitz von Fouquet's Erben ge-

kommen war. Seit diesem Jahre ist nur noch deutsches Kapital vertreten gewesen.

Eine kleinere Gußstahl-Feilenfabrik betrieb von etwa 1855—1885 der Engländer John Watson in Magdeburg-Buckau.

Bei der Errichtung der Norddeutschen Schiffsbaugesellschaft in Kiel im Jahre 1865 beteiligte man absichtlich — in der Erwartung vom Auslande mit Aufträgen besser unterstützt zu werden — englisches Kapital. Selbst zur technischen Leitung zog man Engländer heran. Wie man darüber damals urteilte, ist aus folgender Notiz zu entnehmen:[1]) „Vom nationalen Standpunkte aus muß es getadelt werden, daß diese Gesellschaft englisches Kapital mit heranzieht und noch mehr, daß dies die technische Leitung in die Hände von Engländern legt. Ohne der Erfahrung und Tüchtigkeit der englischen Schiffsbauingenieure im geringsten zu nahe treten zu wollen, dürfte jedoch gerade bei dieser Gesellschaft erwartet werden, daß sie ausschließlich deutsche Techniker anstellen würde, umsomehr, als dieselbe ein großes Gewicht auf die Protektion des Kgl. Preuß. Marineministeriums legt“[2]).

Selbständige, von der Person losgelöste Wanderungen ausländischen Kapitals wurden stärker, als sich auch in Deutschland eine gewisse Vollkommenheit im Maschinenbau entwickelt hatte, aber die ausländische Technik ihr doch noch lange überlegen blieb und in der ausländischen Metallindustrie sich die Spezialisierung immer mehr durchgesetzt hatte. In dem Augenblick, in welchem sich die deutsche Metallindustrie dann gleichfalls spezialisierte, die inländische Industrie unter dem Zollschutz den eigenen Markt eroberte und die deutsche wissenschaftliche Technik sich zum scharfen Konkurrenzkampf gegen das Ausland stellte, wurden die ausländischen kleinen und mittleren Betriebe vom deutschen Industriemarkt aufgesogen, während große Auslandsfirmen ihren deutschen bzw. kontinentalen Markt durch Filialgründungen mit Spezialfabrikation zu erhalten suchten. Es ist dies eine mehrere Jahrzehnte umfassende Zeit, die sich von Ende der 50er bis in die 90er Jahre hinein erstreckt. Hier sind

---

[1]) Alexander Rabe: Vollständiges Adreßbuch der deutschen und österreichischen Hüttenwerke, Maschinenfabriken und mechanischen Werkstätten S. XXXI 1866.

[2]) Hier scheint die damalige Abhängigkeit der deutschen Schiffsbauindustrie vom Ausland doch sehr stark von A. Rabe unterschätzt zu sein.

auf dem Gebiete der Maschinenfabrikation vor allem zu nennen: Die von der gleichnamigen Züricher Firma 1857 gegründete Maschinenfabrik Escher, Wyss & Co. in Ravensburg i. Württ., ferner die bei ihrem Konkurse im Jahre 1905 allein 600 Arbeiter beschäftigende Maschinenfabrik englischer Kapitalisten Garret Smith & Co. in Magdeburg, dann die Maschinenreparaturanstalt mit gleichzeitigem großen Verkaufsgeschäft John Fowler & Co. in Magdeburg und die Filialgründung der Winterthurer Maschinenfabrik der Gebr. Sulzer in Ludwigshafen. In unserer Edelmetallindustrie sind u. a. vom französischen Kapital gegründet bzw. übernommen worden: Die Versilberungs- und Vergoldungsanstalt Christofle & Co. in Karlsruhe, die Goldwarenfabrik Maison Murrat in Karlsruhe und Pforzheim sowie die Nickel A.-G. vorm. Fleitmann & Witte in Iserlohn i. Westf. Über einzelne der vorgenannten Firmen soll, soweit sie für die Bewegung des ausländischen Kapitals von Interesse sind, in nachfolgendem näher berichtet werden.

Wie gerade das Emporblühen der deutschen Metallindustrie ausländische Konkurrenten zu Filialgründungen veranlaßte und dadurch große ausländische Kapitalien in diesen Unternehmungen investiert wurden, tritt bei der Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie. in Mannheim-Käfertal besonders deutlich hervor. Die Kommanditgesellschaft Brown, Boveri & Cie. in Baden i. d. Schweiz wurde im Jahre 1893 mit der Ausführung des ersten größeren Einphasen-Wechselstromwerkes in Deutschland für die Stadt Frankfurt a. Main beauftragt. Sie übernahm den Auftrag unter der ihr auferlegten Bedingung, die Herstellung eines größeren Teiles dieser Anlage in Deutschland bzw. in Frankfurt zu bewirken. Hierdurch ergab sich die Notwendigkeit der Errichtung einer Werkstätte in Frankfurt a. M., woran der Firma zur Aufrechterhaltung ihres ungehinderten deutschen Absatzmarktes, der ihr durch die deutsche Konkurrenz strittig zu werden drohte, schon längere Zeit sehr gelegen war. Die Werkstätte firmierte damals zunächst als Zweigniederlassung der bereits genannten schweizerischen Firma Brown, Boveri & Cie. in Baden. Der große Beschäftigungsstand des Unternehmens bedingte, die bis dahin noch in gemieteten Werkstätten betriebene Fabrikation alsbald in eigene Räumlichkeiten zu verlegen. Wegen günstiger Geländepreise und Arbeitsverhältnisse erfolgte im Jahre 1900 die Übersiedlung nach

Mannheim-Käfertal in die noch heute dort bestehende eigene Fabrikanlage. Da sich gleichzeitig die Kommanditgesellschaft Brown[1]), Boveri & Cie. in Baden i. d. Schweiz in eine Aktiengesellschaft umwandelte, konnte nach den damaligen Rechtsverhältnissen die Rechtsform einer Zweigniederlassung nicht bestehen bleiben; so erfolgte die Gründung einer selbständigen Aktiengesellschaft unter der noch heute gleichlautenden Firma[2]) mit einem Kapital von zunächst 6 Millionen Mark, wovon jedoch nur 3 Millionen Mark eingezahlt und von den Gründern: Der Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Cie. in Baden i. d. Schweiz übernommen wurden. Die Einzahlung der rückständigen 3 Millionen Mark erfolgte im Jahre 1905. Die günstige Entwicklung des Unternehmens bedingte im Jahre 1912 die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 Millionen Mark, weitere Erhöhungen wurden nach dem Kriege vorgenommen. In allen Fällen beteiligte sich deutsches Kapital, dessen Höhe aber nicht genau bekannt ist[3]). Nach dem bisher Gesagten betrug somit vor dem Kriege das Gesellschaftskapital 15 Millionen Mark, während es jetzt auf ein Vielfaches erhöht ist. Der größte Teil des Aktienkapitals ist in den Händen der schweizerischen Gründerfirma verblieben.

Unter ähnlichen Verhältnissen entstand die Aktiengesellschaft Gebr. Sulzer in Ludwigshafen a. Rh. Deutschland war für die schweizer Fabrikanten Gebr. Sulzer in Winterthur zu einem bedeutenden Absatzgebiet geworden. Als dann aber die deutsche Schutzzollpolitik von 1879 ihr den deutschen Markt zu versperren suchte, blieb den Gebr. Sulzer zum weiteren Mitbewerb auf dem großen konsumkräftigen deutschen Markt schließlich kaum eine andere Wahl als die Anlage einer Fabrik, die 1881 in Ludwigshafen a. Rh. errichtet wurde. Hatte man anfangs beabsichtigt, das Werk in Ludwigshafen nicht als selbständige Fabrik entstehen zu lassen, so zwangen mit der Zeit doch die Verhältnisse dazu, eine selbständige Aktiengesellschaft nach deutschem Recht

[1]) Brown ist geb. Engländer und kam 1851 als Ingenieur in die Fabrik Gebr. Sulzer nach Winterthur i. d. Schweiz.

[2]) Die Firma Brown, Boveri & Cie., Mannheim-Käfertal, ist eine der ersten Elektrizitäts-Großfirmen Deutschlands und hat sich in der in- und ausländischen Geschäftswelt durch ihre Qualitätsarbeit mit Recht einen guten Namen erworben.

[3]) Nicht uninteressant ist es, daß auch die Firma Brown, Boveri & Cie. Aktien mit 15fachem Stimmrecht gegen „Überfremdung", d. h. hier eben gegen eine Überfremdung durch die eigene Konkurrenz geschaffen hat.

zu errichten, wenn man auf eine dem deutschen Markt angepaßte Produktion bedacht sein wollte. Die Firma Gebr. Sulzer in Winterthur in der Schweiz übernahm den Aktienbesitz, in dessen Händen er unter geringer Beteiligung deutschen Kapitals auch noch heute ist.

Eine Folge der 1879 eingeleiteten deutschen Schutzzollpolitik war auch die Expansion der Aluminium-Aktiengesellschaft Neuhausen in der Schweiz, die je ein größeres Werk in Rheinfelden und Säckingen in Baden als Filialbetrieb entstehen ließ. In dem Besitze der Aluminiumindustrie Aktiengesellschaft Neuhausen, die auch die französische Bezeichnung Société anonyme pour l'industrie de l'aluminium führt, ist gleichfalls das ganze Kommanditkapital der chemischen Fabrik H. Bergius & Co. in Goldschmieden i. Schles. Das gesamte Gesellschaftskapital dieser schweizerischen Aluminiumproduzentin betrug vor dem Kriege 16 Millionen Frs.

Bei all diesen soeben genannten Firmen hatten seit langem mit Deutschland rege geschäftliche Beziehungen bestanden, so daß diese bei drohendem Verlust schließlich zur ausländischen Kapitalbeteiligung in der Form von Filialgründungen führten. Es verdient zur Ergründung der ausländischen Kapitalbeteiligung bei der deutschen Industrie immer betont zu werden, daß solche ausländische Kapitalanlagen häufig bereits durch guten Absatz gesichert waren. Doch braucht selbst ein sehr ausgedehnter Handelsverkehr einer bedeutenden ausländischen Fabrik keine ausländische Fabrikgründung unmittelbar nach sich zu ziehen, obschon dann entweder eigene Reparaturanstalten im Auslande errichtet oder mit anderen Firmen Verträge auf Leistung etwaiger Reparaturen abgeschlossen werden. Für den Bau von Lokomobilen und landwirtschaftlichen Maschinen ist gerade dieses charakteristisch.

Die englische Firma John Fowler & Co. hatte als reine Handelsgesellschaft seit 1868 ihren Handelssitz in Magdeburg, um von hier Europa mit Ausnahme von Frankreich, Spanien und Portugal mit Dampfpflügen, Dampfstraßenwalzen, Dreschkästen usw. zu versorgen. Zur Aufrechterhaltung eines ungehinderten Betriebes war eine Reparaturwerkstatt angegliedert. Das Kapital der Firma war ausschließlich englisch, die Organisation und die Beamten waren deutsch. Im Jahre 1917 wurde das Unternehmen liquidiert und eine deutsche Firma gebildet, die auch die Filialen in Breslau

und Berlin mit übernahm. Im Sommer 1920 fusionierte sich diese neue Firma mit R. Wolf Akt.-Ges. in Magdeburg-Buckau.

Eine andere Firma, die gleichfalls infolge eines ausgedehnten Geschäftsganges sich zu Kapitalinvestierungen in Deutschland veranlaßt sah, ist die bekannte englische Spezialfabrik für landwirtschaftliche Maschinen Marshall Sons & Co. in Gainsborough. Ihr Kapital ist in hohem Maße bei der Maschinenfabrik und Eisengießerei A. Lythall G. m. b. H. in Neubrandenburg vertreten, deren Gründer wieder ins Ausland verzogen ist, nachdem er vor etwa 15 Jahren das Geschäft in eine deutsche G. m. b. H. umgewandelt hatte.

Hatte England, wie ersichtlich ist, sich auf dem Gebiete des Lokomobilbaues und der Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen in Deutschland selbst durch Kapitaleinlagen Einfluß verschafft, so hat Frankreich verschiedentlich in der Industrie der Edelmetallverarbeitung Kapitalien angelegt.

Charles Christofle in Paris war der erste Industrielle, der im Jahre 1842 das damals neue Verfahren der Versilberung und Vergoldung auf galvanischem Wege auf dem Kontinent einführte, zunächst in Paris gewerbsmäßig verwertete und im Jahre 1856 infolge der hohen Einfuhrzölle auf Edelmetallfabrikate sich veranlaßt sah, unter der Firma Christofle & Co. eine Filialfabrik in Karlsruhe zu errichten. Das dazu benötigte Kapital erhielt er von seinen Landsleuten; bis auf den heutigen Tag ist das gesamte Gesellschaftskapital französisch geblieben. Während des Krieges stand das Unternehmen unter Zwangsverwaltung. In den Filialen Karlsruhe und Wien sind ausschließlich nur Deutsche, im Stammhause in Paris nur Franzosen beschäftigt.

40 Jahre später als diese Firma errichtete die Pariser Akt.-Ges. Maison Murrat Goldwarenfabriken in Karlsruhe und Pforzheim. Auch das Gesellschaftskapital dieser Filialen ist bis heute — trotz des Krieges — französisch geblieben.

Während das ausländische Kapital bei den zuletzt genannten Firmen durch die ausländischen Gründer investiert wurde, kam der Besitz der Nickel Aktiengesellschaft, vorm. Fleitmann & Witte in Iserlohn durch Kauf in den Besitz französischer Kapitalisten. Das Unternehmen war 1851 von Deutschen unter der Firma Herberg'sche Nickelfabrik gegründet worden, gelangte dann aber 1885 durch Kauf an die französische Firma: Le nickel Société

anonyme à Paris. Das Grundkapital des Iserlohner Unternehmens beträgt 1500000 Mk. und ist seit 1885 ausschließlich in den Händen obiger Pariser Firma geblieben. Welche Gründe damals für den Ankauf maßgebend gewesen sind, ließ sich nicht feststellen; jedenfalls dürfte aber auch hier die Sicherung eines geregelten und erweiterten Absatzgebietes die Veranlassung gewesen sein.

So verschieden im einzelnen die Gründe zur ausländischen Kapitalbeteiligung, wie aus den vorhergehenden Erörterungen zur Genüge hervorgeht, auch gewesen sein mögen, gewisse Grundzüge wird man für die 1. Periode immerhin feststellen können und so den Charakter der Bewegung wie folgt angeben: Anfangs zog der leicht zu gewinnende deutsche Absatzmarkt durch die zurückgebliebene industrielle Entwicklung der Metallindustrie das ausländische Kapital ins Land, die emporblühende deutsche Industrie vertrieb es jedoch bald wieder. Als dann dem Auslande durch die rasch fortschreitende deutsche Technik und durch den in Deutschland eingeführten Schutzzoll der deutsche Markt verloren zu gehen drohte, wurden aufs neue dadurch andere Auslandskapitalien in Deutschland investiert, daß sehr leistungsfähige Auslandsfirmen, die an einem gesicherten deutschen Absatzmarkte lebhaft interessiert waren, Filialfabriken in Deutschland gründeten.

2. Periode von 1891—1911.

Bei Betrachtung der ausländischen Kapitalbewegungen in der ersten Periode konnte bereits die Beobachtung gemacht werden, daß das Auslandskapital mit der zunehmenden Intensivierung des deutschen Wirtschaftslebens fast nur noch zur Herstellung hochwertiger Maschinen, die Spezial- und Qualitätsarbeit darstellten, in der deutschen Volkswirtschaft Eingang fand. Bekanntlich hat sich im 20. Jahrhundert die Spezialisierung in der Metallindustrie immer weiter herausgebildet und ist auch noch heute keineswegs zum Abschluß gekommen. Zog die Spezialisierung an sich schon das ausländische Kapital in die deutsche Industrie, so wurde die Bewegung ausländischer Kapitalbeteiligungen obendrein merkwürdigerweise auch durch Gesetzesmaßnahmen sehr begünstigt. Den Schlüssel zu dieser neuen Bewegung gaben die Vorschriften des deutschen Patentgesetzes zur Ausnutzung der in Deutschland erteilten Patente.

Der § 11[1]) des deutschen Patentgesetzes von 1891 forderte den Ausführungs- bzw. Lizenzenzwang nach dreijähriger Patenterteilung, um die Ausführung des Patentes „in angemessenem Umfange" zu sichern. Nach dieser Bestimmung waren auch Ausländer der Vorschrift unterworfen, die Ware im Inlande herzustellen. Ein Zwang zur Anlegung von Zweiganstalten bestand zwar nicht; es genügte, wenn der patentberechtigte Ausländer durch Erteilung von Lizenzen dem Inlande die Erfindung zukommen ließ. Dies war dem Ausländer denn auch meist bequemer und weniger kostspielig als die Anlegung von Zweigfabriken. Immerhin aber konnte die Art und Gestaltung des Ausführungszwanges die Anlage solcher Zweiganstalten sehr begünstigen; denn nicht selten ist das Gesetz in der Weise gehandhabt worden, daß der Patentberechtigte, wenn er vergeblich Lizenzangebote machte, Gefahr lief, das Patent zu verlieren, weil man ihm entgegenhielt, er hätte, falls die Lizenzangebote versagten, selbst Niederlassungen gründen können[2]).

Zweifellos ist die Gründung ausländischer Unternehmungen durch das Gesetz beeinflußt worden. Solche ausländischen Fabrikgründungen erfolgten jedoch noch nicht unmittelbar nach der Patentierung, sondern die Patente mußten sich erst einen konsumkräftigen Markt gesichert haben. Darum trieben die ausländischen Patentinhaber durchweg erst Handelsgeschäfte, zu welchem Zweck sie ihre patentierten Maschinen oder dergl. in ihrem Heimatlande selbst herstellten bzw. herstellen ließen. Sobald dann die betreffenden Artikel einen aufnahmefähigen Markt gefunden hatten und sich der Ausführungszwang für Deutschland nicht mehr umgehen ließ, erfolgte vielfach unter deutscher Kapitalbeteiligung die Gründung einer G. m. b. H. oder A.-G., die dann die Herstellung in eigener inländischer Fabrik bewirkte. Die meisten Auslandsunternehmungen dieser Art treten als

[1]) Er lautet: „Das Patent kann nach Ablauf von drei Jahren, von dem Tage der über die Erteilung des Patentes erfolgten Bekanntmachung gerechnet, zurückgenommen werden: 1. Wenn der Patentinhaber es unterläßt, im Inlande die Erfindung in angemessenem Umfange zur Ausführung zu bringen oder doch alles zu tun, was erforderlich ist, um diese Ausführung zu sichern. 2. Wenn im öffentlichen Interesse die Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung der Erfindung an andere geboten erscheint, der Patentinhaber aber gleichwohl sich weigert, diese Erlaubnis gegen angemessene Vergütung und genügende Sicherstellung zu erteilen".

[2]) F. Kohler: Handbuch des Patentrechtes, S. 615 (1900).

G. m. b. H. auf, wobei hauptsächlich Berlin als Sitz der Gesellschaft gewählt ist. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts nehmen diese ausländischen Kapitalbeteiligungen einen größeren Umfang an, um erst mit der Neuregelung des § 11 des Patentgesetzes im Jahre 1911[1]) durch Einführung des Lizenzzwanges in andere Bahnen gelenkt zu werden.

In welcher Form das Patentgesetz vom Jahre 1891 auf die ausländische Kapitalbeteiligung wirkte, sei an einzelnen Beispielen dargelegt; zugleich wird ersichtlich werden, worauf hier bereits hingewiesen ist, wie solche Zweigniederlassungen ausländischer Firmen vielfach auch nach Ablauf der Patente ihren Vorrang behaupteten und die Gunst des Publikums zu erwerben wußten.

Als Mitbegründerin der Triumphwerke Nürnberg A.-G. zu Nürnberg ist die Firma Triumph Cycle Co. Ltd. Coventry in England zu bezeichnen. Sie erhielt 70000 M. Aktien dafür, daß sie ihre deutsche Kundschaft abtrat, ferner Patente und Musterschutz sowie den Namen Triumph überließ und sich verpflichtete, nach Deutschland, Österreich und der Schweiz keine englischen Triumphräder zu liefern. Der Direktor der englischen Gesellschaft, Herr Bettmann, wurde gleichzeitig in den Aufsichtsrat gewählt. Seit dem Jahre 1912 gehört er dem Aufsichtsrate nicht mehr an, auch bestehen seit diesem Zeitpunkte keinerlei offene geschäftliche Beziehungen zwischen beiden Firmen, doch dürfte die englische Gesellschaft, soweit bekannt ist, ihren Aktienbesitz durch Zukauf erhöht haben. Im Jahre 1911 wurde auch die Fabrikation von Schreibmaschinen und Patentmatratzen aufgenommen.

Zur Einführung von direkt wirkenden Dampfpumpen (Duplex- wie Simplex-) in Deutschland, welche hier noch nicht gebaut wurden, gründete 1893 der Erfinder des Verfahrens, Henry R.

---

[1]) Die Neufassung des § 11 des Patentgesetzes betr. den Patentausführungszwang v. 6. April 1911: „Anstelle des § 11 des Patentgesetzes v. 7. April 1891 treten folgende Vorschriften: Verweigert der Patentinhaber einem anderen die Erlaubnis zur Benutzung der Ausführung auch bei Angebot einer angemessenen Vergütung und Sicherheitsleistung, so kann, wenn die Erteilung der Erlaubnis im öffentlichen Interesse geboten ist, dem anderen die Berechtigung zur Benutzung der Erfindung zugesprochen werden (Zwangslizenz). Die Berechtigung kann eingeschränkt erteilt und von Bedingungen abhängig gemacht werden. Das Patent kann, soweit nicht Staatsverträge entgegenstehen, zurückgenommen werden, wenn die Erfindung ausschließlich oder hauptsächlich außerhalb des Deutschen Reiches oder der Schutzgebiete ausgeführt wird. . . . . ."

Worthington von seinem Zentralunternehmen in Amerika aus die Worthington-Pumpen A.-G. in Berlin. Durch Vereinigung mit der Firma „Blake Pumpen Co. m. b. H." in Hamburg im Jahre 1907 wurde die Firma in Worthington Blake Pumpen Co. m. b. H. in Berlin geändert. 1920 erhielt das Unternehmen die Firma: Worthington Pumpen- und Maschinen-Baugesellschaft m. b. H. Berlin. Seit 1912 besitzt die Firma eine eigene Fabrik in Berlin-Hohenschönhausen, so daß seit 1914 sämtliche Erzeugnisse in dieser Fabrik gebaut werden und vom Auslande so gut wie nichts mehr eingeführt wird. Noch heute ist das Unternehmen in amerikanisch-englischem Besitz. Es sind aber auch einige tausend Mark deutsches Kapital beteiligt. Die englischen Beteiligten sind: Kaufmann C. W. Husted in London und The Trustees Executors and Insurance Corporation Ltd. London, welche den größten Aktienbesitz innehat. Das Kapital beträgt seit der Gründung 1 Million Mark. Seit 1917 stand das Unternehmen wegen der Kapitalbeteiligung von Feindstaaten unter Staatsaufsicht.

Ein Unternehmen, das Schweizern und Engländern seine Entstehung verdankt, ist die deutsche Aktiengesellschaft Turbinia in Berlin. Hier bei dieser früheren: Turbinia Deutsche Parsons Marine Akt.-Ges. in Berlin handelt es sich um die Anwendung der englischen Parsonspatente beim Bau von Schiffsturbinen. 60% des Stammkapitals wurde von der englischen Parsonsgesellschaft übernommen, 40% desselben sowie das gesamte Vorzugsaktienkapital erhielt die deutsche Tochtergesellschaft der Firma Brown, Boveri & Cie. in Mannheim-Käfertal, wodurch eine indirekte ausländische Kapitalbeteiligung eingetreten ist. Bei der Gründung beteiligten sich also Schweizer und Engländer. Heute ist infolge der Zwangsliquidierung die englische Parsonsgesellschaft nicht mehr beteiligt, hingegen gehören 60% der Stammaktien (600 000 M.) der Firma Brown, Boveri & Cie., die außerdem noch 2 Millionen Mark der zu 25% eingezahlten Vorzugsaktien besitzt. Früher waren im Aufsichtsrate 2 Engländer vertreten, Vorstand und Betriebsleiter waren deutsch. Heute ist vom Aufsichtsrat nur noch der Vorsitzende Schweizer, alle übrigen Mitglieder der Gesellschaft sind Deutsche[1]).

[1]) Durch die Turbinia A.-G. in Berlin ist die Turbine in die deutsche und russische Schiffahrt eingeführt worden. Für andere Länder hatte die englische Parsonsgesellschaft der deutschen Gesellschaft das Monopol nicht überlassen.

Eine an sich sehr eigenartige, aber in dieser Form in Deutschland nicht allein dastehende Art ausländischer Kapitalbeteiligung weist die Deutsche Babcock und Wilcox Dampfkesselwerke A.-G. in Berlin auf. Zur Selbständigmachung der Zweigniederlassung Akt.-Ges. Babcock & Wilcox Ltd. London in Berlin, deren Einbringungswert auf 1000 Stück als voll bezahlt geltende Aktien zu 1 Mill. Mk. verrechnet wurde, wurde im Jahre 1898 die Deutsche Babcock & Wilcox Dampfkesselwerke A.-G. gegründet. Die A.-G. Babcock & Wilcox Ltd. London garantierte nach Maßgabe des Vertrages vom 1. Oktober 1898 für jedes der ersten 5 Geschäftsjahre des Bestehens der A.-G. Babcock & Wilcox Dampfkesselwerke in Berlin eine jährliche Verzinsung von 6% des Aktienkapitals. 1901/1902 gewährte die englische Firma freiwillig eine Nachzahlung von 10000 $, die mit 204000 M. zur teilweisen Tilgung der hypothekarischen Schulden verwandt wurden. Das Gesamtkapital des Unternehmens betrug 1920/21 5 Mill. Mk. Die Fabrik der Gesellschaft ist in Oberhausen i. Rhld.

Auch die Nationale Radiator Ges. m. b. H. in Berlin errichtete 1902 eine eigene Fabrik in Schönebeck a. E. Die Firma ist eine unter deutschem Recht und Gesetz stehende G. m. b. H., deren Gründung anfangs der 90er Jahre durch die American Radiator Co. als Filialgründung in Hamburg zum Vertrieb der Radiatoren-(Glieder-)Kessel in Deutschland erfolgte. Das Gesellschaftskapital beträgt 1 Mill. Mk., und da es sich in amerikanischem Besitz befindet, so unterstand das Unternehmen seit 1918 der staatlichen Zwangsverwaltung. Änderungen jedoch, die für die ausländische Kapitalbeteiligung in Frage kommen, sind nicht vorgenommen worden.

War bei den bisher genannten Unternehmungen fast durchweg eine Nationalisierung des Betriebes festzustellen, so trifft für die Tubular-Werke G. m. b. H. in Harburg a. E. gerade das Gegenteil zu. Das Unternehmen wurde anfangs 1904 unter dem Namen: Amerikanische Tubular-Separatoren-Werke gegründet und zwar war das hierzu eingesetzte Kapital in jener Zeit zur Hälfte deutsch, zur Hälfte amerikanisch. Es wurden sogenannte Sharples Tubularcream Separatoren (Milchzentrifugen) hergestellt. Seit 1907 sind Kapital und Inhaber ausschließlich amerikanisch und zwar gehört das Unternehmen Herrn P. M. Sharples und

der Sharples Separatoren Co. in West-Chester. 1920/21 betrug das Gesellschaftskapital 800 000 M.

Auffallend ist, daß bei den für die zweite Periode ausländischer Kapitalbeteiligung in Frage kommenden Unternehmungen sich England und Amerika in diese Kapitalbeteiligung teilen, während merkwürdigerweise das schweizer Kapital sich zur Ausführung eines schweizerischen Patentes in Deutschland nicht investiert hat; insoweit es sich auch in dieser Periode beteiligte, wurde es durch die Ausführung eines Patentes eines anderen ausländischen Staates interessiert. Diese Eigentümlichkeit ist durch den Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz vom 13. April 1892 bestimmt. Nach diesem Vertrage haben sich beide Staaten zu einer Einheit verbunden, so daß die Durchführung eines Patentes in einem Staate für beide Staatsgebiete genügt, vorausgesetzt, daß die Erfindung in beiden Gebieten patentiert ist. — Ein gleicher Vertrag war auch zwischen Deutschland und Italien am 18. Januar 1892 abgeschlossen worden. Da jedoch Italien für die ausländische Kapitalbeteiligung in Deutschland kaum in Betracht kommt, insbesondere nicht bei der Metallindustrie, so kommt auch diesem Vertrage für die vorliegende Betrachtung keine besondere Bedeutung zu. Was das amerikanische Kapital für die 2. Periode ausländischer Kapitalbeteiligung, die ja in erster Linie durch das Patentgesetz von 1891 mit der Ausführungspflicht im Inlande (§ 11) bestimmt wurde, betrifft, so ist eine grundsätzliche Änderung durch den zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika vom 23. Februar 1909 zustande gekommenen Vertrag eingetreten, wonach nämlich — gleich wie bei Italien und der Schweiz — die Ausführung des Patentes in den Gebieten des einen vertragsschließenden Teiles der Ausführung in den Gebieten des anderen Teiles gleich zu setzen war. Noch stärker wurde die ausländische Kapitalbeteiligung bei der deutschen Metallindustrie durch die Einführung des Lizenzenzwanges anstelle der Ausführungspflicht durch die Novelle zum Patentgesetz vom 6. Juni 1911 eingedämmt. Der Lizenzenzwang hob jedoch die ausländischen Kapitalbeteiligungen nicht gänzlich auf, sondern wirkte vielmehr verschiedentlich noch in der Richtung neuer ausländischer Kapitalbeteiligungen weiter. Manchmal kann auch das gerade Gegenteil festgestellt werden, insofern nämlich für die Lizenz-

einräumung dem ausländischen Patentinhaber eine Gewinnbeteiligung ohne Kapitaleinlage zugesichert wurde, also eine Zahlungsverpflichtung nach dem Auslande entstand, wie es z. B. bei der 1920/21 in Liquidation befindlichen Apparateindustrie A.-G. in Berlin der Fall war. Diese A.-G. erwarb s. Zt. von der Allgemeinen Handelsgesellschaft m. b. H. Bock & Co. zu Charlottenburg die dieser auf Grund des Vertrages vom 2. Juni 1912 zustehenden Lizenzrechte bzw. das für die Imperial Typewriter Comp. Ltd. zu Leicester eingetragene deutsche Reichspatent betreffend Schreibmaschinen-Konstruktion, sowie das ihr zustehende Gebrauchsmuster-Schutzrecht gegen eine einmalige Zahlung von 30000 M. sowie Zahlung von Lizenzgebühren, Gewinnanteilen usw.

Demgegenüber seien aus der Automobilindustrie, deren ausländische Kapitalbeteiligung noch nicht gedacht wurde, zwei Fälle wiedergegeben, die gerade hier für die Übertragung der Patentausnutzung mit erfolgter ausländischer Kapitalbeteiligung von Interesse sind.

Die Norddeutsche Automobil- und Motoren-Akt.-Ges. in Bremen erwarb im Jahre 1906 sämtliche deutschen Patente, Rechte und Konstruktionszeichnungen der Compagnie parisienne des voitures électriques Procedès Krièger société anonyme à Puteaux sur Seine, wofür sie dieser französischen Gesellschaft von ihrem Grundkapital, das 2225000 M. betrug, 450000 M. in Aktien überließ. Seit dem Jahre 1913, in welchem die Norddeutsche Automobil- und Motoren-Akt.-Ges. an die Hansa-Lloyd-Werke A.-G. in Bremen überging, ist jedoch kein ausländisches Kapital mehr beteiligt.

Eine zunehmende ausländische Kapitalbeteiligung, die auch infolge eines Lizenzvertrages zustande gekommen war, sehen wir bei einer anderen deutschen Automobilfirma. Die gemeinte Gesellschaft schloß Ende des Jahres 1911 mit einer ausländischen Firma einen Lizenzvertrag zur Herstellung und zum Vertriebe eines besonderen Motorentyps innerhalb Deutschlands und der Kolonien ab. Um die ausländische Firma stärker zu interessieren, verlangten die deutschen Unternehmer eine Kapitalbeteiligung. Diese betrug bei der Gründung 96000 M., vor dem Weltkriege 116000 M., nach demselben 300000 M. Diese Unterschiede erklären sich durch allgemeine Kapitalserhöhungen. Im Aufsichtsrate ist ein Ausländer vertreten, das übrige Personal ist deutsch. —

Holländisches Kapital fand fernerhin in letzter Zeit bei der Automobilindustrie des Düsseldorfer Bezirkes Anlage.

Es wirken also auch weiterhin, wenn auch nicht mehr so stark wie früher, gesetzliche Bestimmungen auf die ausländische Kapitalbeteiligung bei der deutschen Metallindustrie ein. An anderer Stelle wurde schon darauf aufmerksam gemacht, daß jedoch in der zweiten Periode nicht allein patentgesetzliche Bestimmungen zur Kapitalbeteiligung des Auslandes Anlaß gaben, vielmehr die Unternehmungslust Einzelner und insbesondere ein weitverzweigtes Handelsgeschäft ausländischer Großindustriellen die Anlage von Zweigfabriken ratsam erscheinen ließ, während zugleich nicht außer Acht gelassen werden darf, daß auch bei diesen Fabrikgründungen das Patentgesetz beschleunigend gewirkt hat. In dieser Hinsicht sind charakteristisch die seit 1895 erfolgten verschiedenen Fabrikgründungen der amerikanischen The Singer manufacturing Co. in Hamburg, Wittenberge usw. und die der Westinghouse electric and manufacturing Co. in Hannover. Letztere Gesellschaft m. b. H. besaß 1920 ein Gesellschaftskapital von 2400000 M. und ist in Deutschland durch Einführung der Westinghouse-Bremsen bei den Eisen- und Straßenbahnen bekannt geworden. Späterhin baute sie jedoch auch jede Art anderer Maschinen und erweiterte dadurch ihre Fabrikation ganz bedeutend.

Eine ähnliche Erweiterung der Fabrikation solcher vom Ausland finanzierter Unternehmungen ist fast überall erfolgt und hat durch ihre Konkurrenz häufig die Erträgnisse der eigenen deutschen Metallindustrie nicht unwesentlich geschmälert. Wenn anfangs auch durch das Patentgesetz die Einführung von bedeutenden Neuerungen erzwungen wurde, so darf niemals bei Beurteilung der ausländischen Kapitalbeteiligung außer Acht gelassen werden, welche Wirkungen letzten Endes die ausländische Kapitalbeteiligung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft erzielte. Stets sollte bei Betrachtungen der ausländischen Kapitalbeteiligung das bedacht werden, was J. Rieser in seinem Buche über die deutschen Großbanken ausführt: „Internationale Geschäftsbeziehungen und internationale Emissionen dürfen immer nur Mittel zur Erreichung nationaler Ziele sein und müssen sich in den Dienst der nationalen Arbeit stellen“. Da die Auswirkungen des Patentgesetzes vom Jahre 1891 diesem Gedanken

nicht folgen, so ist die Aufhebung jenes bekannten § 11 auch mit Hinsicht auf die Wirkung für die ausländische Kapitalbeteiligung mit Recht erfolgt.

Immerhin ist auch heute noch trotz Aufhebung des Patentausführungszwanges eine für die deutsche Volkswirtschaft unerwünschte Fabrikation durch ausländische Kapitalisten möglich, aber jedenfalls wird heute eine ausländische Kapitalbeteiligung, die zumeist für die deutsche Volkswirtschaft auf die Dauer schädlich ist, nicht mehr in dem Maße wie zuvor durch gesetzliche Bestimmungen besonders begünstigt, wenn nicht gar heraufbeschworen[1]). Wohin der Patentausführungszwang führte, darüber belehrt uns schon die Durchblätterung des Handbuches der G. m. b. H. Eine große Anzahl kleiner Betriebe mit 20000, 30000, 40000 Mark Kapital stellten die dem Auslande patentierten Gegenstände her und brachte sie daraufhin in den Handel. Teurere Fabrikation und Zersplitterung der Industrie ist die notwendige Folge gewesen.

3. Periode von 1911 bis heute.

1. Abschnitt.

Die brandenden Wellen jener Kapitalüberfremdung, wie sie durch das Patentgesetz in Bewegung gebracht wurden, hatten sich noch nicht geglättet, als schon wiederum eine neue Brise folgte. Denn unter dem steigenden Drucke der Kapitalanforderungen unserer Industrie, insbesondere der Elektroindustrie, sahen sich die führenden Männer derselben in weiser Voraussicht recht frühzeitig nach neuen Kapitalquellen um und fanden diese auch in der Schweiz: denn hier waren günstigere Bedingungen der Kapitalbeschaffung zu erlangen als in Deutschland und zum anderen gestattete das schweizerische Aktienrecht auf ein nur geringes Aktienkapital verhältnismäßig große Obligationssummen auszugeben. Unter dem System Rathenau, d. h. unter dem

[1]) Die Befürchtung einer Monopolstellung des Patentinhabers war damals für das Zustandekommen des Patentgesetzes vom Jahre 1891 hauptsächlich maßgebend gewesen. Eine einsichtige Zollpolitik kann diese Monopolstellung leicht durchkreuzen, und falls die Herstellung des patentierten Gegenstandes für die deutsche Volkswirtschaft in eigener inländischer Fabrik nötig erscheint, auch auf diese indirekte Weise veranlaßt werden.

System durch Beschaffung eigenen Kredits anderen Unternehmungen Kredit gegen Einräumung eines maßgebenden Mitbestimmungsrechtes zu geben, wurden die verschiedensten Kreditgeschäfte mit dem Auslande getätigt. Welches genaue Maß ausländischer Kredite erreicht wurde, kann natürlich nicht festgestellt werden. Hier interessiert vor allem die Tatsache, daß in Verfolg dieser Kreditoperationen auch aktive ausländische Kapitalbeteiligungen stattgefunden haben und zum anderen selbst nur bei ausländischen Kreditgewährungen den ausländischen Kreditgebern verschiedentlich durch Wahl in den Aufsichtsrat ein aktives Betätigungsrecht eingeräumt wurde.

2. Abschnitt.

Neuerdings beginnen ausländische Kapitalbeteiligungen bei der deutschen Metallindustrie infolge der wirtschaftlichen Umwälzung des Krieges wieder einzusetzen. Charakterisiert wird die Bewegung des ausländischen Kapitals insbesondere durch die Wirkungen der schlechten Valuta auf die Rohstoffversorgung unserer deutschen Metall- bzw. Elektroindustrie. Im Prinzip stimmen auch die jüngsten Bewegungen mit denen des ersten Abschnittes der dritten Periode überein; denn es gilt beide Male den Fortbestand und die Entwicklung einer bereits bestehenden, angesehenen Industrie sicher zu stellen; verschieden sind nur die Formen, unter denen dies geschieht.

Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin überließ Ende 1920 25 Millionen ihrer neu ausgegebenen Aktien amerikanischen Finanzkreisen. Einzelheiten hat die Öffentlichkeit nicht erfahren, doch ist man der Meinung, daß die amerikanische General-Electric-Comp. diese Aktien gekauft hat. Bisher wurden als Käufer dieser Aktien nur die Guggenheim-Kuhn-Loeb-Gruppe genannt. Wie weit die General-Electric-Comp. hinter dieser Gruppe steht, entzieht sich der genaueren Kenntnis[1]).

Von der Siemens & Halske A.-G. wurde gleichfalls ein Teil der Aktien einem amerikanischen Konsortium besonders zur Sicherung von Rohmaterialien (Kupfer, Nickel usw.) überlassen. Um einer Majorisierung vorzubeugen, wurde ein Teil der alten Aktien in Namensaktien mit 30fachem Stimmrecht umgewandelt.

[1]) Kölnische Zeitung vom 12. Mai 1920 Nr. 437.

Ein gleiches ist auch bei der A. E. G. geschehen. In beiden Fällen wurde die amerikanische Beteiligung deutscherseits im Zusammenhang mit der Rohstoffrage absichtlich angestrebt. Darüber hinaus suchte man das Ausland als Absatzgebiet an der deutschen Industrie zu interessieren.

Rohstoffsicherungen veranlaßten auch das bekannte Kabelunternehmen Felten & Guilleaume in Köln-Mülheim zu einer Beteiligung ausländischen Kapitals. Von dem im Jahre 1921 120 Millionen Mark betragenden Gesamtkapital wurden 60 Millionen Mark dem Eisenkonzern Burbach-Eich-Dudelingen, in dem bekanntlich das französisch-belgische Kapital vorherrscht, übergeben.

Die riesenhaften und häufigen Kapitalserhöhungen unserer Gesellschaften bergen bei den augenblicklichen Verhältnissen die Gefahr in sich, daß schließlich diese nicht mehr allein vom deutschen Kapitalmarkt durchgeführt werden können, sodaß das ausländische Kapital dann erst recht eindringen wird. Bisher konnte der deutsche Kapitalmarkt im allgemeinen, wenn auch häufig unter recht schwierigen Verhältnissen, noch allein diese Kapitalserhöhungen der Industrie durchführen, sobald dies aber nicht mehr der Fall ist, kann das ausländische Kapital den deutschen Interessenten bei veränderter Lage zweifellos zum Schaden gereichen, wenn nicht frühzeitig genug Vorsorge getroffen wird. Deshalb sollte bei einer etwaigen unumgänglichen Kapitalüberfremdung, wie es verschiedentlich geschehen, zum mindesten der Weg zur Verwaltungsüberfremdung versperrt werden, damit uns Deutschen auch eine deutsche Industrie bleibt.

In diesem Zusammenhange ist es gewiß auch nicht uninteressant, die Frage zu stellen: Welchen Zweigen der Metallindustrie wandten sich die einzelnen Nationen bisher besonders zu? Jedenfalls verdient die Verschiedenartigkeit, die hier zu Tage tritt, Beachtung allein der geschichtlichen Forschung willen.

Legten die Schweizer ihre Kapitalien besonders in der Elektroindustrie an, so wurde französisches Kapital in der Edelmetall- und Automobilindustrie investiert.

Englische und amerikanische Kapitalisten wandten sich vornehmlich dem Werkzeugmaschinen-, Lokomobilen-, landwirtschaftlichen Maschinen- und Kesselbau zu und hatten sich in Nord-

deutschland mit den Hauptsitzen in Magdeburg und Berlin festgesetzt. Dabei ist noch zu bemerken, daß das amerikanische Kapital vielfach seinen Weg über England nahm, z. B. die Westinghouse-Gesellschaft in Hannover ist ein Zweigunternehmen der Aktiengesellschaft The Westinghouse Brake Co. Ltd. in London, während das Hauptunternehmen in Pittsburg in Nordamerika liegt[1]).

Die Begründung für diese Eigenarten sind in der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Staaten, wie sie durch die natürlichen Verhältnisse der Länder und der Völker bedingt sind, zu suchen. Würde die Schweiz durch ihre vielen Wasserkräfte nicht selbst indirekt auf eine Elektroindustrie hingewiesen sein und würde der anerkannte Geschmack der Franzosen die Edelmetallindustrie nicht im eigenen Lande zur größten Blüte gebracht haben, so wäre es gewiß, daß die Industriellen dieser Länder ihre Kapitalien in Deutschland nicht in den genannten Industrien angelegt hätten. Das Eine ist durch das Andere bedingt.

c) Überblick über die Kapitalüberfremdung.

Überblicken wir kurz das hier Mitgeteilte, so sehen wir, wie lange Zeit ausschließlich kapitalistisch denkende und handelnde Männer die Initiative zu den ausländischen Kapitalanlagen gaben. Die Persönlichkeit, nicht das Kapital als solches, bestimmte den Gang der Dinge. Es waren schaffende, vorwärtsstrebende Unternehmer, nicht so sehr Kapitalisten, Männer, denen die Neuerungen der Technik nicht unbekannt waren, selbst aus der Technik hervorgegangen, vielfach Erfinder. Zumeist waren sie unkundig der deutschen Sprache, unbekannt des Näheren mit den Verhältnissen unseres deutschen Vaterlandes. Wohl aber verstanden sie zu beobachten und schnell den Kampf mit allem Rückständigen, der Fortentwicklung der Industrie Unzuträglichem aufzunehmen. Was sie zu ihrem Unternehmen begeisterte, war der Drang nach freiem, privatwirtschaftlichem Unternehmertum. Mit ihrem eigenen oder auch von Landsleuten geborgten Kapital schufen sich Cockerill,

[1]) Die Westinghouse and Manufacturing Comp. in Pittsburg umfaßte 1908 bereits 21 amerikanische und 10 ausländische Unternehmungen mit rund 500 Millionen Mark jährliche Erzeugnisse, 24 Fabriken und 38000 Angestellten. Gegründet wurde das Unternehmen 1886 durch Georg Westinghouse in Pittsburg. Vergl. Zeitschrift „Technik und Wirtschaft" Jahrgang 1908, S. 454 ff.

Piedboeuf, Charlier und wie die Männer alle heißen, unterstützt von deutschen (preußischen) Kapitalien in Deutschland ihre eigenen Werke. Andere folgten ihnen, zumal noch später die deutsche Schutzzollpolitik gleichfalls ihre Wirkungen auf das Ausland nicht verfehlte und in dessen Gefolge sich der Kampf um die Erhaltung und Vergrößerung des Absatzmarktes für die am deutschen Markte interessierten ausländischen Kreise sofort einstellte. Für die meisten ausländischen Industrien gab es alsdann nur zwei Wege: entweder den deutschen Markt aufzugeben oder ihn auf dem Wege von Kapitalinvestierungen in Deutschland sich zu erhalten. In der Tat können wir beides feststellen. Was dann in den neuen, vom ausländischen Kapital gegründeten Unternehmungen produziert wurde, waren anfangs Maschinen jeder Art, später, d. h. bereits etwa vom Ende der 60er Jahre an bis auf den heutigen Tag fast nur Maschinen besonderer Konstruktion oder besondere Spezialartikel. In den letzten Jahrzehnten wurden in Deutschland mit ausländischem Kapital zumeist nur solche Industrieprodukte hergestellt, für die der ausländische Erfinder den Schutz des deutschen Patentgesetzes in Anspruch genommen hatte. Wie dieses Gesetz auf die Bewegungen des ausländischen Kapitals bei der deutschen Metallindustrie eingewirkt hat, ist bereits zuvor eingehend dargelegt worden. Bemerkenswert ist nur noch, daß in der Metallindustrie eigentlich erst mit den 80er und 90er Jahren das Unpersönlichwerden des ausländischen Kapitals stärker in den Vordergrund trat und nach dem Kriege sich Transaktionen vollzogen haben, deren erste Ursache in der notwendigen Rohstoffsicherung bestimmter deutscher Werke im Ausland begründet lagen. Für die Ausländer selbst lag kein Grund vor, solche Kapitalbeteiligungen als nicht wünschenswert anzusehen, zumal ihnen die notwendigen Rechtssicherheiten und Geschäftsmöglichkeiten durch das deutsche Recht im allgemeinen und durch die Abmachungen mit den deutschen Industriellen im besonderen gegeben waren. Das ist es gerade, was wir immer wieder feststellen müssen: der ausländische Kapitalgeber will die Sicherheit und den Erfolg seiner Anlagen verbürgt sehen. Die Mittel, die ihm hierzu im besonderen noch gegeben sind, sind verschieden; in erster Linie aber ist es die Teilnahme an der Verwaltung. Die Verwaltungsüberfremdung selbst hinwiederum gehört zu den Fragen, denen eine ganz besondere Bedeutung zukommt.

d) Die Verwaltungsüberfremdung.

Es liegt in dem Mangel geschichtlicher Erkenntnis begründet, wenn die Verwaltungsüberfremdung nur mit der Kapitalüberfremdung in Zusammenhang gebracht und ihr daher nur eine indirekte Bedeutung beigemessen wird. Untersuchen wir hier einmal kurz das Charakteristische dieser Bewegungen.

In den Kleinunternehmungen der auf Seite 61 und 68 angegebenen Art hatten meist Ausländer selbst die Geschäftsführung inne, was dagegen für die größeren, vom ausländischen Kapital getragenen Unternehmungen nicht zutrifft; vielmehr ist hier eine Mannigfaltigkeit in der Besetzung der führenden Stellen zu konstatieren. Zeitlich betrachtet, ist die Feststellung zu machen, daß mit der fortschreitenden deutschen industriellen Entwicklung auch die Besetzung führender Stellen mit Deutschen zunahm, die so stark fortschritt, daß etwa seit den 70er Jahren der Vorstand solcher Unternehmungen sich nur noch aus Deutschen bildete. Heute kann bei fast allen Unternehmungen der Metallindustrie beobachtet werden, daß die Vorstandsmitglieder seit Jahren deutscher Nationalität sind. In den technisch führenden Stellen waren zum Teil bis anfangs der 80er Jahre die englischen und schweizerischen Ingenieure, letztere vereinzelt auch noch heute vertreten. — Auch im Aufsichtsrat vollzog sich bei den vom ausländischen Kapital finanzierten Unternehmungen mit der Zeit eine Nationalisierung, die aber selbst wieder im Hinblick auf die Nationalität der ausländischen Kapitalisten sehr verschieden ist. Wir bemerken nämlich, daß der schweizerische und holländische Kapitalist dem Deutschen im allgemeinen mehr Sitze im Aufsichtsrat einräumt als der deutschen Kapitalbeteiligung entspricht. Die englischen und amerikanischen Unternehmungen haben vielfach eine internationale Mischung des Aufsichtsrates und auch vereinzelt sogar des Vorstandes, insbesondere dann, wenn der englische oder amerikanische Hauptbetrieb Filialfabriken in aller Herren Länder besitzt. Am meisten sind die Franzosen und Belgier, insbesondere erstere auf ihren Einfluß in der Verwaltung bedacht. Zwar haben auch die französischen Unternehmungen als Vorstandsmitglieder bzw. als Leiter der Filialen meist nur Deutsche angestellt, aber krampfhaft halten die Franzosen an den ihnen einmal entsprechend ihrer Kapitaleinlage eingeräumten Aufsichtsratssitzen fest.

Diese Verschiedenartigkeit der Verwaltungsüberfremdung erklärt sich wohl einmal aus dem Charakter, der die einzelnen Industrieländer beherrscht und dann im besonderen daraus, inwieweit das betreffende ausländische Hauptunternehmen bereits mit dem deutschen Markt verwachsen ist und an einem großen deutschen Absatzmarkt Interesse hat. Die englischen und amerikanischen Industriellen zeigen fast stets etwas großzügiges, der französische Industrielle denkt streng national und traut dem Deutschen nicht recht über den Weg. Der schweizerische Kapitalist hingegen ist als Ostschweizer garnicht so ängstlich, zumal seine Interessen mit dem deutschen Markt eng verknüpft sind.

So wird die Verwaltungsüberfremdung bei der deutschen Metallindustrie mitbestimmt von wirtschaftlichen und nationalen Eigenheiten der kapitalgebenden Länder.

3. Die Textilindustrie.

Allgemeine Charakteristik der ausländischen Kapitalbeteiligungen bei der deutschen Textilindustrie.

Der Beginn des 19. Jahrhunderts sah das deutsche Textilgewerbe fast vollständig noch in der Betriebsform des Handwerks und Verlages. Die Umstellung zum fabrikmäßigen Großbetrieb setzte, soweit dies überhaupt schon durch die Gestaltung der Absatzbedingungen ermöglicht war, entwickelte Maschinentechnik, erfahrene Produktionsleiter, geschulte Arbeiter und große Kapitalien voraus. In allen diesen Punkten aber stand Deutschland seinen westlichen Nachbarn Frankreich, England und der Schweiz bei weitem nach. England vor allem hatte sich eine gewisse Monopolstellung im Textilmaschinenbau geschaffen und suchte sich diese durch Erlaß der strengsten Ausfuhrverbote zu erhalten. Erst in den 40er Jahren gab England die Ausfuhr frei und hat sich in der Folgezeit trotzdem durch vollkommenste Ausgestaltung seiner Textilmaschinen eine einflußreiche Stellung in der Textilindustrie gewahrt. Allerdings waren die englischen Spinnmaschinen trotz aller Sperrmaßnahmen schon vor dem Ende des 18. Jahrhunderts auf dem Kontinent eingeführt worden. Immerhin wurde der Industrialisierungsprozeß im deutschen Textilgewerbe durch das englische Vorgehen verlangsamt. Soweit Deutschland damals Spinnmaschinen, mechanische Webstühle u. dergl. erhielt, waren diese entweder durch englische Ingenieure, die einige deutsche Kaufleute angeworben hatten [1]) oder durch schweizer bzw. elsässisch-französische Industrielle eingeführt worden.

Erst ganz allmählich bildeten sich auch in Deutschland seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts mit der fortschreitenden Konzentration und der Aufhebung der lokalen Gebundenheit durch den Großbetrieb aus der Hausindustrie als wichtigste Industrie-

[1]) Vgl. Ludwig Bein: „Die Industrie des sächsischen Vogtlandes". Erwähnt werden von Bein besonders die Kaufleute Friedrich Bernhardt und Konrad Wöhler aus Chemnitz, die, unterstützt durch staatliche Gelder, sich um den Bau englischer Spinnmaschinen sehr verdient gemacht haben.

zentren des Textilgewerbes: Das badisch-württembergisch, bayrisch-oberfränkische, rheinisch-bergische, thüringische, sächsische und brandenburgisch-niederschlesische Gebiet heraus. In allen diesen Gebieten waren z. T. große Summen ausländischen Kapitals bei der Textilindustrie tätig. In erster Linie beteiligten sich drei Nationen an der deutschen Textilindustrie und jede von ihnen sicherte sich ein fast geschlossenes geographisches Wirtschaftsgebiet.

Die süddeutsche Textilindustrie wurde im besonderen vom schweizerischen Kapitalmarkt befruchtet. Noch heute sind schweizerische Industrielle und Kapitalisten an ihr durch Kapitaleinlagen stark interessiert. Während für die Spinnerei und Weberei der Baumwollfabrikation Badens und Württembergs hauptsächlich das Kapital aus Basel[1]), dem Stapelplatz des schweizerischen Welthandels und Sitz alter Gewerbetätigkeit, wie aus St. Gallen, Zürich, Aargau, Glarus, Schwyz und Schaffhausen[2]) tätig war, wurde die süddeutsche Seidenindustrie vom Züricher und Baseler Kapital beherrscht. Elsässisch-französische Kapitalisten, insbesondere diejenigen von Mühlhausen, Paris und Lyon, hatten hier das schweizerische Kapital in hervorragendem Maße bei der Industrialisierung Süddeutschlands unterstützt und infolgedessen im Verein mit den Schweizern in Baden und Württemberg eine Industrie geschaffen, die weit über die Grenzen des deutschen Reiches hinaus Ruf hat. Zu einem nicht unerheblichen Teil sind diese schweizer.-elsäss.-französischen Kapitalisten noch heute dort tätig.

Einen zweiten Kreis ausländischer Kapitalbeteiligungen bei der deutschen Textilindustrie bildet ein Teil des holländisch-westfälischen Grenzgebietes mit den Industriezentren Gronau und Rheine. Das holländische Kapital ist hier besonders seit den 80er Jahren investiert.

---

[1]) Die mechanische Baumwollspinnerei wurde in Basel erst 1822 heimisch, vgl. J. B. Trenkle: „Die Geschichte der Schwarzwälder Industrie von ihrer frühesten Zeit bis auf unsere Tage". (1848).

[2]) Die Zahl der in diesen und anderen schweizerischen Gebieten tätigen Spindeln, sowohl der Baumwollwebereien und Spinnereien als auch der Seidenindustrie einiger verglichener Jahre ist aus dem in knapper, aber sehr instruktiver Darstellung von Traugott Geering und Rudolf Hotz herausgegebenen Buche: „Wirtschaftskunde der Schweiz" S. 60 ff. zu ersehen. Die Zahl der Spindeln in der Schweiz hat danach seit Ende der 70er Jahre vor allem durch die Schutzpolitik der einzelnen Länder beträchtlich abgenommen und manche Filialen im Auslande entstehen lassen.

In diesen beiden Gebieten, dem Süden und Westen des deutschen Reiches, hat sich das ausländische Kapital bis heute erhalten. In den sächsischen, niederlausitzischen, brandenburgischen und schlesischen Gebieten der Textilindustrie dagegen ist das ausländische Kapital bis auf geringe Reste durch den geweckten deutschen Unternehmungsgeist verdrängt worden. Für diese sächsischen und preußischen Industriegebiete, welche den dritten geographischen Kreis ausländischer Kapitalbeteiligung bei der deutschen Textilindustrie bilden, wurde hauptsächlich England eine bedeutende Kapitalquelle.

1. Teil.

Schweizerische Kapital- und Verwaltungsüberfremdungen.

Die hervorragende Stellung, welche die Schweiz in den verschiedensten Zeiten des 19. Jahrhunderts bis auf den heutigen Tag als Darlehngeber und Aktionär für unsere deutsche Industrie eingenommen hat, findet ihre Erklärung nur dann, wenn man sich bewußt ist, daß die Schweiz bereits seit dem 17. Jahrhundert für den europäischen Kapitalmarkt besondere Bedeutung gewann. Während durch die fortgesetzten Kriege alle anderen europäischen Völker mehr oder weniger hart betroffen wurden und ihre Wirtschaft für viele, viele Jahre dadurch zum Stillstand oder gar Rückgang verurteilt wurde, vollzog sich in der Schweiz in allmählicher, aber stets fortschreitender Entwicklung der Übergang von der zünftlerischen Gewerbeverfassung zur kapitalistischen Wirtschaftsform. Den französischen und italienischen Glaubensflüchtlingen kommt hierbei für die schnelle Reichtumsbildung der Schweiz große Bedeutung zu. Bereits am Ende des 17. Jahrhunderts konnten die Anleihen deutscher Fürsten sowie des holländischen und englischen Staates in der Schweiz untergebracht werden, und soweit die Schweiz die Gelder selbst nicht flüssig hatte, vermochte sie es, sich im Wege des Kredites neue Mittel zu verschaffen. So wurde die Schweiz im 18. Jahrhundert als Kapitalexporteur und Vermittler im internationalen Kapitalverkehr einer der wichtigsten Akkumulationszentren des freien Kapitals[1]). Die Zinserträgnisse kamen wieder der aufblühenden schweizerischen

[1]) Vergl. Julius Landmann: „Der schweizerische Kapitalexport“ in Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft 1916, S. 389—393.

Industrie zu gute. Vor allem war es die Baumwoll- und Seidenindustrie, welche in der Schweiz seit der Mitte des 18. Jahrhunderts zu einer immer steigenden aktiven Kapitalexpansion drängten. Bei der süddeutschen Textilindustrie nahm die schweizerische Kapitalbeteiligung seinen Ausgangspunkt um etwa 1730. Doch war diese grundverschieden von der 100 Jahre später einsetzenden, noch heute so bedeutungsvollen schweizerischen Kapitalinvestierung. Jene war bedingt durch die damals gebräuchliche hausindustrielle Verlags- und Exportorganisation einiger kapitalkräftiger schweizerischer wie elsässischer Kaufleute. Schon damals wurde für viele ausländische Industrielle der Boden für ihre spätere Tätigkeit geebnet.

Ein besonderes Verdienst für die in der Mitte des 18. Jahrhunderts mit Hilfe des schweizerischen Kapitals einsetzende Industrialisierung Süddeutschlands kommt zweifellos der badischen Regierung zu. Sie unterließ es nicht, das Ausland für die Gründung einer Industrie in den Schwarzwaldtälern wachzurufen und ihr große Privilegien einzuräumen. Oft wurde den ausländischen Industriellen sogar die Zusage gemacht, innerhalb der nächsten 20 Jahre in dem den Fabrikanten zugesprochenen Bezirke keine andere Fabrik oder Verlag entstehen zu lassen[1]).

Doch diese Unterstützung durch die badische Regierung war es nicht allein, welche der badischen Textilindustrie zu gute kam. Wirkte im nördlichen Teil des badischen Landes auf die Entwicklung der Textilindustrie der württembergische Einfluß, insbesondere der der Stadt Calw durch ihre vorbildliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Textilindustrie, so machte sich im südlichen

---

[1]) Das Emporblühen der 1753 vom Berner Fabrikanten Kupfer errichteten Indiennefabrik in Lörrach veranlaßte die Markgräflich Baden-Durlach'sche Kanzlei im Jahre 1756 eine in deutscher und französischer Sprache gehaltene Bekanntmachung zu erlassen, in welcher sie die günstige Lage Lörrachs hervorhob und zur Errichtung von Fabriken aufforderte. Eine ganze Reihe schweizer und elsässer Fabrikanten betrieben daraufhin im Wiesental eigene Niederlassungen. Von all diesen damals gegründeten Unternehmungen hat sich aber nur die Kupfer'sche Fabrik, heute: Köchlin, Baumgartner & Co. in Lörrach erhalten. In diesem Unternehmen ist seit über 100 Jahren ausländisches Kapital, insbesondere französisches, sehr stark vertreten. 1917 fand die Liquidierung des französischen Kapitals durch den Staat statt; größere Transaktionen mit ausländischem Kapital haben jedoch bei der Firma nach Friedensschluß wieder eingesetzt.

Baden besonders seit der Mitte des 18. Jahrhunderts der unmittelbare schweizerische Einfluß durch die Zuwanderungen von Schweizern geltend. Manch reicher Fabrikanten- und Ratsherrensohn ging damals wegen der Religionswirren außer Landes, um in Baden sich eine neue Heimat zu suchen[1]). Durch diese Seßhaftmachung reicher Baseler in Baden haben sich, insbesondere seit jener Zeit, viele verwandtschaftliche und persönliche Beziehungen zwischen hüben und drüben entwickelt und für die schweizerische Kapitalbeteiligung Bedeutung erlangt.

In der Folgezeit sollte immer mehr die Expansionstendenz der schweizerischen Industrie das Kapital von Basel und den anderen schweizerischen Orten gerade wegen der relativen Übervölkerung der Schweiz und der billigen Arbeitskräfte Süddeutschlands für die Begründung und Entwicklung der badischen, württembergischen und bayerischen Textilindustrie von Einfluß werden. Schließlich wurde die schweizerische Kapitalexpansion durch den Anschluß Badens an den deutschen Zollverein im besonderen gestärkt; denn damit war für die Entwicklung der Industrie eine ganz neue Lage geschaffen. Die Aufrichtung der Zollschranken, die vornehmlich in Süddeutschland gegen die Schweiz zur Wirkung kamen, veranlaßten einen schweizerischen Kapitalexport in das angrenzende deutsche Gebiet, und mit einer erstaunlichen Intensität begann das schweizer Kapital die Gründung großer Betriebe der Textilfabrikation. Neben der schwarzwäldischen Hausindustrie der Spinn- und Gewebeanfertigung erhoben sich nun durch die Hilfe des schweizerischen Kapitals, insbesondere in den badischen Grenzbezirken der Kreise Lörrach, Schopfheim und Säckingen zum Teil noch heute bestehende größere Textilfabriken. Mit dem Anschluß Badens an den deutschen Zollverein begann erst recht der eigentliche Aufschwung der badischen Industrie.

E. Gothein[2]) urteilt in treffender Weise: „Mit einer Schnelligkeit, die niemand erwartet hatte, machte der Zollverein seine

---

[1]) Vgl. E. Gothein: „Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes". (Durchgeführt bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts).

[2]) Eberhardt Gothein: Vortrag: „Die geschichtliche Entwicklung der badischen Industrie", abgedruckt in der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure, Band 33, Jahrgang 1889, S. 997 ff.

ökonomischen Erfolge geltend. Das erste war, ... daß ein beträchtlicher Teil der schweizerischen Industrie auf badischen Boden übersiedelte. Allerdings waren ihre Träger nicht gewillt, den alten Zusammenhang abzubrechen, sie hielten sich so nahe als möglich an der Grenze; und der Baseler blieb noch immer in der angenehmen Lage, von seinem Kontor aus in einhalbstündiger Entfernung Fabriken in Deutschland und Frankreich, hier in Lörrach, dort in St. Ludwig leiten zu können. Aber es bedeutete doch etwas, wenn sich nun in rascher Folge an der Grenze von Konstanz und Singen bis Schopfheim und Waldkirch eine Spinnerei und Weberei nach der andern erhob. Unberechenbare Vorteile dankt unsere (die badische) Industrie der schweizerischen Intelligenz; aber der Zollverein hat sie erst fruchtbar für uns (Baden) gemacht".

a) Die Kapitalüberfremdung.

1. In Baden.

a) **bis 1851.** So entstanden mit schweizerischem Kapital damals u. a. die jetzigen heute noch vielfach mit schweizerischem Kapital arbeitenden Fabriken: Baumwoll-Spinn- und -Weberei Merian & Co., Höllstein, Mechan. Baumwollweberei, -Bleicherei, -Färberei und Appreturenanstalt Gebr. Großmann Akt.-Ges., Brombach, Baumwoll-Spinn- und Weberei Akt.-Ges., Arlen, die Spinnereien Haagen & Rötteln, A.-G., Haagen, Spinnerei und Weberei Schönau, A.-G., Zell i. Wiesental, Spinnerei Atzenbach, Schopfheim, Tuchfabrik Lörrach, A.-G., Lörrach und die Schappespinnerei Zimmerlin, Forcart & Co., G. m. b. H., Zell i. Wiesental. Bei diesen genannten Unternehmungen sind insbesondere die schweizerischen Fabrikanten und Kaufleute: Merian, Sarasin, Heusler, Iselin, Stehelin, Kaufmann, von Hove, Geigy und Bölger-Huber beteiligt gewesen. Sie haben in den 30er Jahren den Grundstein zu der modernen Entwicklung der badischen Textilindustrie gelegt.

Mit einer merkwürdigen Schnelligkeit hat sich damals die Entwicklung der badischen Industrie vollzogen. Wie sehr gerade durch den Anschluß Badens an den deutschen Zollverein der Industrialisierungsprozeß voranschritt, zeigt nachfolgende Statistik: Vor Eintritt des badischen Landes in den Zollverein im Jahre 1835 zählte Baden

I. In der Seidenfabrikation: 1 Spinnerei und 5 Webereien mit 305 Arbeitern.
II. In der Wollfabrikation: 2 Spinnereien mit 50 Arbeitern und 4 Webereien mit 196 Arbeitern.
III. In der Baumwollindustrie: 7 Spinnereien, 3 Färbereien, 36 Webereien, 1 Bleicherei und 1 Wattefabrik mit 3840 Arbeitern.

3 Jahre nach Eintritt, also im Jahre 1838 aber:

I. In der Seidenfabrikation: 1 Färberei, 2 Spinnereien und 10 Webereien mit 584 Arbeitern.
II. In der Wollindustrie: 3 Spinnereien und 5 Webereien mit 283 Arbeitern.
III. In der Baumwollfabrikation: 14 Spinnereien, 6 Druckereien, 48 Webereien, 1 Bleicherei und 1 Wattefabrik mit 4615 Arbeitern.
IV. In der Leinwandfabrikation: 1 Leinenspinnerei mit 24 Arbeitern[1]).

Diese hierin zum Ausdruck kommende industrielle Entwicklung vollzog sich aber in allererster Linie durch das schweizerische Industriekapital. Zur Erläuterung dieser eigenartigen Erscheinungen sollen nun einige der vorgenannten Unternehmungen in ihrer Entwicklung, soweit sie für die Beteiligung des ausländischen Kapitals charakteristisch sind, dargestellt werden.

Die Mechanische Baumwollweberei, Bleicherei, Färberei und Appreturanstalt Gebr. Großmann A.-G. in Brombach i. Baden wurde 1834 von den Baseler Fabrikanten Kaufmann und von Hove gegründet und kam 1837 für 41000 fl. in den Besitz von H. Rippenbach in Basel und R. Großmann in Aarburg. 1840 wurde das Unternehmen offene Handelsgesellschaft der vier Gebrüder Großmann, dann G. m. b. H. und schließlich Aktiengesellschaft. Das Goldmark-Aktienkapital beträgt 6 Millionen Mark, wovon ein großer Teil schweizerischen Kapitalisten gehört[2]).

[1]) J. B. Trenkle: „Geschichte der Schwarzwälder Industrie von ihrer frühesten Zeit bis auf unsere Tage". (1874) S. 276.

[2]) Die ausländischen Kapitalbeteiligungssummen für die Jetztzeit werden mit Rücksicht auf die in Frage kommenden Firmen fast durchweg nur allgemein angeführt. Eine besondere Beschränkung muß auch die sogenannte Verwaltungsüberfremdung erfahren, doch wird sie später in den Grundzügen auf Grund der Einzelberichte im allgemeinen wenigstens dargestellt werden.

Auch die Baumwollspinn- und Weberei Arlen im Wiesental führt ihre Entstehung im Jahre 1835 auf schweizerische Kapitalisten zurück, da zu ihrer Gründung deutsches Kapital damals nicht hinreichend zur Verfügung stand. Noch heute sind schweizerische Kapitalisten stark beteiligt.

Die Merkwürdigkeit einer Umwandlung von der Gießerei und Maschinenfabrik zur Spinn- und Weberei ist mehrfach bei der badischen Industrie festzustellen. Zu ihnen gehört auch die Baumwollspinn- und Weberei Merian & Co. in Höllstein. Das Unternehmen entstand als Gießerei und Maschinenfabrik in Höllstein im Jahre 1836 gleichfalls als Folge der deutschen Zollvereinsgründung. Später ging der Inhaber Louis Merian zur Baumwollspinnerei und -Weberei über und der gesamte Besitz blieb bis heute im alleinigen Eigentum der schweizerischen Familie Merian. Auch das Kapital ist ausschließlich schweizerisch und erreicht etwa die Durchschnittshöhe der übrigen badischen Textilfabriken. Beschäftigt sind augenblicklich 200 Arbeiter.

Gleichfalls sind bei der Aktiengesellschaft Spinnerei und Weberei Steinen in Steinen die meisten Inhaber des im Jahre 1920/21 1600000 M. betragenden Aktienkapitals Schweizer. Die Gründung des Unternehmens war 1836 durch den Schweizer Geigy erfolgt. Im Jahre 1899 wurden von der Baseler Handelsbank M. 1400000 4%ige hypothekarisch nicht sichergestellte Obligationen übernommen.

Fast 100 Jahre ist das schweizerische Kapital bei der heutigen Tuchfabrik Lörrach in Lörrach beteiligt. Sie wurde 1837 durch den Baseler von Hove errichtet und 1872 durch von Hove im Verein mit einigen anderen Baseler Kaufleuten in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Aktienkapital betrug 1920/21 M. 800000 und ist fast ausschließlich in schweizerischen Händen geblieben.

Die Errichtung der Zollschranken und die guten Wasserkräfte der Wiese veranlaßten die Baseler Felix Sarasin und Heusler 1838 in Haagen bzw. 1854 in Rötteln die heutigen Spinnereien der Aktiengesellschaft Haagen & Rötteln zu gründen. Ununterbrochen blieb bis 1918 das schweizerische Kapital bei ihnen tätig, bis schließlich der Weltkrieg den schweizerischen Inhabern der Fabriken Anlaß gab, ihr Unternehmen am 1. Mai 1918 für M. 2400000 an die Aktiengesellschaft

Haagen & Rötteln zu verkaufen. Seit diesem Tage ist nur noch deutsches Kapital vertreten. Ebenso sind die führenden Stellen, die bislang nur mit Schweizern besetzt waren, auf Deutsche übergegangen.

Interessant für die Entwicklung ausländischer Kapitalbeteiligungen ist die Geschichte der Spinnerei Atzenbach in Schopfheim. Das Unternehmen wurde 1845 von badischen und schweizerischen Kapitalisten, die unter sich teils verschwägert, teils befreundet waren, unter der Firma Georg Grether & Co. in Schopfheim i. W. wegen der dort vorhandenen großen noch unausgenutzten Wasserkräfte gegründet. Durch Austritt des Gesellschafters Georg Grether im Jahre 1855 erhielt das Unternehmen als offene Handelsgesellschaft die Firma: „Spinnerei Atzenbach". Nachfolgend seien die ausländischen Kapitalbeteiligungen, soweit eine Veränderung bei ihnen hervorgerufen wurde, im Verhältnis zu dem Gesamtkapital des Unternehmens mitgeteilt. Das ausländische Kapital beteiligte sich wie folgt:

im Jahre	bei einem Gesamtkapital	ausländische Kapitalsumme
1855	fl. 700 000	fl. 308 000
1860	„ 875 000	„ 385 000
1879	M. 2 000 000	M. 880 000
1920/21	„ 2 000 000	„ —

Die jetzige ausländische Kapitalbeteiligung ist bedeutend verringert worden.

Die Folgen der Errichtung des deutschen Zollvereins für den schweizer Markt hatten auch die Baseler Firma Dietrich Iselin im Jahre 1840 zur Begründung einer Fabrik nahe der schweizer Grenze veranlaßt. Wegen der vorhandenen Wasserkräfte der Wiese wurde Schönau gewählt. Auch als die bisherige Firma an Iselin & Co. überging, war bei ihr noch vorwiegend schweizerisches Kapital vertreten. Nach dem Tode Iselins wurde 1900 eine Aktiengesellschaft gegründet. Hierbei kaufte hauptsächlich deutsches Kapital die Aktien auf, wovon der größte Teil hinwiederum in den Besitz der Freiburger Familien Julius Mez und Oskar Mez kam. Nur ca. $^1/_4$ des Kapitals gehört schweizer Kapitalisten. Das Gesamtaktienkapital betrug im Jahre 1920/21 M. 500 000. Außerdem bestehen noch 206 000 M. $4^1/_4$ %ige Obligationen zugunsten der schweizer Firma Iselin & Co.

Mit der Aktiengesellschaft Spinnerei und Weberei Schönau in Zell i. W., deren Entwicklung soeben kurz wiedergegeben wurde, fusionierte sich im Frühjahr 1921 die Akt.-Ges. Mechanische Weberei Zell i. W. In dieser Firma ist schweizerisches, elsässisches und französisches Betriebskapital vertreten gewesen bzw. in geringem Maße noch heute vertreten. Es betrug am Ende des 19. Jahrhunderts nur noch etwa 4%. Die von der Firma teils als Obligationsanleihen, teils als Kontokorrentkredite aufgenommenen schweizerischen Kredite bildeten infolge der schlechten Markkurse der Nachkriegsjahre für das Unternehmen eine große Belastung und haben die Rentabilität nicht unerheblich beeinflußt. Sie sind heute zum größten Teil abgestoßen.

Der Fabrikant Markus Bölger-Huber aus Basel errichtete im Jahre 1838 zunächst als Filiale seiner Baseler Baumwollspinnerei die Fabrik der heutigen Schappesspinnerei Zimmerlin, Forcart & Co., G. m. b. H., Zell i. W. 1846 wurde mit der Fabrikation von Floretseide begonnen. Der Sohn des Gründers, Markus Bölger-Hindermann, übernahm den Betrieb auf eigene Rechnung mit dem Büro in Basel. Im Jahre 1914 wurde das Unternehmen als selbständige Firma mit dem Sitz in Zell i. W. unter oben angeführter Firma geschaffen. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 400 000 M. und befindet sich weiterhin zum größten Teil in schweizerischen Händen.

b) **von 1852—1878.** In diesen soeben angeführten Berichten über die Fabrikgründungen schweizerischer Kapitalisten kam schon zum Ausdruck, daß die Gründungen jener schweizerischen Fabrikanten nach und nach erfolgten, gewiß ein Hinweis dafür, daß viele Schweizer trotz unverhältnismäßig günstiger Vorbedingungen nur durch die Zeitverhältnisse veranlaßt wurden, ihre Kapitalien im Auslande anzulegen; erst unter dem steigenden Drucke des zollgeschützten Deutschland wußten sie sich in die für sie unabweisbare Notwendigkeit zu schicken. Aber andererseits gab der gute Erfolg, den viele schweizerische Kapitalisten in Deutschland erzielten, auch anderen schweizerischen Kapitalisten weiteren Anreiz zur Kapitalinvestierung. So verlor sich auch die ehedem vorherrschende Isolierung Badens mehr und mehr, zumal sich die Wechselwirkung zwischen hüben und drüben immer intensiver gestaltete, als unter dem Einfluß der abermaligen Zoll-

erhöhungen des Jahres 1851 die schweizerischen Kapitalansammlungen in Baden durch weitere Fabrikgründungen immer stärker zunahmen. Es entstanden in dem 5. Jahrzehnt u. a. die heutigen Fabriken: Baumwollspinn- und Weberei Heinrich Honneger in Tiengen im Jahre 1852, die Baumwollwebereien Hussy & Künzly in Säckingen und Murg im Jahre 1857 und die Seidenbandweberei Lörrach G. m. b. H. im Jahre 1859[1]). Im einzelnen sei hierzu bemerkt:

Der Schweizer Heinrich Honneger gründete 1853, veranlaßt durch die neuen Zollerhöhungen, in Tiengen, wo ihm auch gute ausnutzbare Wasserkräfte noch zur Verfügung standen, das heutige Unternehmen „Baumwollspinn- und Weberei Heinrich Honneger". Bei der Gründung wurden 150 000 Frs. Kredit gegen hypothekarische Sicherheit in der Schweiz aufgenommen. Der Bankverkehr wurde auch weiterhin mit der Schweiz gepflegt. Als rein schweizerisches Privatunternehmen hat sich die Honneger'sche Fabrik recht gut entwickelt.

Die Seidenbandweberei Lörrach G. m. b. H. in Lörrach wurde 1859 von dem Ratsherrn Sarasin-Stehelin, Inhaber der Firma Sarasin & Co. in Basel und zwar als Filiale der Baseler Seidenbandfabrik Sarasin & Co. gegründet. Im Jahre 1822 ging die Lörracher Filiale infolge Teilung des Baseler Geschäftes an Rudolf Sarasin-Stehelin über. Im Jahre 1893 erfolgte durch Austritt des letzteren der Übergang an die Firma Rudolf Sarasin & Co. Die Lörracher Filiale wurde im Jahre 1916 selbständig gemacht und in eine G. m. b. H. umgewandelt[2]). Seit der Gründung ist das Unternehmen nur in schweizer Händen gewesen.

2. In Württemberg.

a) **von 1834—1851.** Für die Periode der 30er Jahre ist in Württemberg besonders die Gründung der Flachsspinnerei Urach

---

[1]) Einen hervorragenden Einfluß in der badischen Seidenindustrie hatten schon seit den 30er Jahren die Gebr. Mez, die 1834 in Freiburg, 1838 in Niederschach bei Villingen, 1845 in Umkirch, 1858 zu Endingen je eine Seidenfabrik gründeten. Soweit bekannt, wurde nur deutsches Kapital verwandt. Die Mez'sche Nähseide hatte überall guten Ruf. Vgl. J. B. Trenkle a. a. O., S. 996.

[2]) Vgl. Theodor Humpert. Das Wiesental (1920), S. 75/76.

auf Veranlassung der Württembergischen Regierung durch die schweizerische Firma Escher, Wyß & Co. und der Mühlhäuser Firma Schlumberger & Co. zu erwähnen. In dieser Flachsspinnerei waren damals 3000 Spindeln im Betriebe. Die Württembergische Regierung hatte den Gründern gleichfalls Vorschuß geleistet. Das bei der späteren Gründung der Aktiengesellschaft gezeichnete Aktienkapital von 550 000 M. war damals in feste schweizerische Hände gekommen, doch ist mit der Zeit eine Nationalisierung des Kapitals eingetreten, ohne jedoch das schweizer Kapital ganz verdrängt zu haben. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates war noch in der Kriegszeit ein Züricher. Seit etwa 1920 ist das Unternehmen mit der Firma Mechanische Buntweberei vorm. Kolb & Schüle Akt.-Ges. in Kirchheim und Teck unter der gemeinsamen Firma Kolb & Schüle, Akt.-Ges. vereinigt.

b) **von 1851—1878.** In starkem Maße zog die Zollerhöhung vom Jahre 1851 abermals durch die Unterstützung seitens der Württembergischen und Bayerischen Regierung das ausländische Kapital nach Württemberg. Den schweizerischen Baumwollindustriellen gewährte die Württembergische Regierung einen bedeutenden Zollnachlaß und brachte den ausländischen Industriellen in einem Rundschreiben den Gedanken nahe, Gründungen von Fabriken in Württemberg zu bewerkstelligen. Infolgedessen entstanden in Württemberg[1]) die heutigen Fabriken: Baumwollspinnerei Unterhausen Akt.-Ges. durch die Züricher Solivo und Fierz im Jahre 1852, drei Jahre später die Baumwollspinnerei und Weberei Bempflingen durch die Gebrüder Jakob und Friedrich Ellmer sowie Elias Zweifel aus Glarus, 1856 ein Teil der heutigen Besitzungen der Süddeutschen Baumwollindustrie Akt.-Ges. in Kuchen durch Rieter & Ziegler,

---

[1]) Im südlichen Württemberg fanden in den 30er und 40er Jahren noch mehr schweizerische Fabrikgründungen statt. In einer anonymen Schrift: „Abhandlungen über die Industrie von Süddeutschland" heißt es: „Württemberg hatte am Bodensee beachtenswerte Fabriken zur Verfertigung gemusterter Weißwaren, namentlich der Jaquard-Weberei und geblümter Fenstervorhänge. Es sind dabei meist Schweizer beteiligt, die sich auf diesen Industriezweig verstanden". (Vgl. F. C. Huber, Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Württembergischen Handelskammer, S. 169 II. Teil).

die zu gleicher Zeit zusammen mit dem Schweizer Heinrich Gyr und Württembergischen Bankhäusern die Baumwollweberei Eßlingen, bei der noch heute schweizerisches Kapital beteiligt ist, begründeten[1]). 1860 entstand die Mechanische Seidenstoffweberei Waiblingen G. m. b. H. durch den schweizer Fabrikanten Hitz. Mehrere Bleichereien Württembergs wurden gleichfalls mit schweizerischem Kapital finanziert. Im einzelnen sei hierzu folgendes mitgeteilt:

Die Gründung der heutigen Aktiengesellschaft Baumwollspinnerei Unterhausen durch den Züricher Johann Solivo in Verbindung mit seinem Neffen Karl Fierz unter der Firma Solivo & Fierz im Jahre 1852 war „damals, da sehr kostspielige Wasserbauten notwendig waren und die Arbeiter erst angelernt werden mußten, zumal bei den noch unentwickelten Bank- und Kredit-Organisationen des Landes ein ziemlich schwieriges Unternehmen. Diese Neugründung brachte für das ganze obere Echaztal, wo die Leute noch damals tief verschuldet waren, wieder Verdienst und Arbeit“[2]). Im Jahre 1883 wurde das Unternehmen in die oben bezeichnete Aktiengesellschaft umgewandelt, wobei sich weiterhin Züricher Kapital beteiligte. Heute ist kein ausländisches Kapital mehr vertreten.

Auch das Unternehmen der Mechanischen Seidenstoffweberei Waiblingen G. m. b. H. in Waiblingen ist auf die Initiative der Württembergischen Regierung zurückzuführen. Auf ihre Veranlassung hin errichtete der schweizer Seidenfabrikant Hitz aus Langnau im Jahre 1860 die Fabrik. Aus dem Privatunternehmen wurde 1887 eine Aktiengesellschaft gebildet, wobei das Hauptaktienkapital die Züricher Seidenstoffweberei Bodmer & Hürlimann zeichnete. Seit 1904 ist das Unternehmen in eine G. m. b. H. umgewandelt. Das Kapital der damaligen Aktiengesellschaft betrug anfangs 400 000 M., später 1 Million Mark. Gleich hoch war das Gesellschaftskapital im Jahre 1920/21, von dem der größte Teil in schweizerischen Händen ist. Betrieben

---

[1]) Im Jahre 1852 bestanden in Württemberg 16 Baumwollspinnereien mit zusammen 37 200 Spindeln, 1858 war die Zahl auf 236 860 gestiegen. F. C. Huber a. a. O. S. 176 (1910).

[2]) Vgl. F. C. Huber a. a. O., S. 176.

werden noch Fabriken in Waiblingen und Zweibrücken, welch' letztere im Jahre 1894 von dem früheren Besitzer Heinrich Simon erworben wurde.

3. In Baden und Württemberg.

Von 1879 bis heute. Bei den bisher dargestellten ausländischen Kapitalbeteiligungen war die Entwicklung der deutschen Zollgesetzgebung in den 30er Jahren von entscheidender Bedeutung. Mehr oder weniger haben aber auch alle späteren Zollerhöhungen die gleiche Wirkung hervorgerufen, was insbesondere sehr deutlich wieder seit der 1879 einsetzenden erhöhten Schutzzollpolitik Deutschlands zum Ausdruck kommt. Durch sie wird der dritte Abschnitt der ausländischen Kapitaleinwanderung bei der süddeutschen Textilindustrie eingeleitet. Der Schweiz blieb eben nach 1879 „zum Mitbewerb auf den großen konsumkräftigen Märkten der Nachbarn oft keine andere Wahl als die Verlegung ihrer Betriebe, die Gründung von Filialen im Auslande“[1]). In der Textilindustrie trifft dies fast ausschließlich die Seidenfabrikation. Es wurden damals von schweizerischen Kapitalisten Fabriken in St. Ludwig i. Els., in Lörrach, Grenzacherhorn, Säckingen und später in Rötteln, Stetten und Höllstein errichtet. Seit 1879 haben eben die deutschen Schutzzölle sozusagen die ganze Produktion Basels für den deutschen Markt zur Übersiedlung über die Grenze gezwungen[2]). Aber die deutsche Schutzzollpolitik war es nicht allein, die zu einer zunehmenden aktiven Kapitalbeteiligung seitens der schweizerischen Seidenfabrikanten drängte. Ein kräftiger Zug kam in die Entwicklung ausländischer Kapitalbeteiligung vor allem noch durch den immer gefährlicher werdenden Wettbewerb der Krefelder Seidenindustriellen. Wollten die Schweizer trotz des deutschen Zollschutzes und der neuen scharfen Krefelder Konkurrenz ihren deutschen Absatzmarkt erhalten, so mußten sie zu Filialgründungen in Deutschland schreiten. Hierbei wurde das Züricher Kapital besonders in der Seidenstoffweberei, das Baseler Kapital in der Seidengarnfabrikation tätig. Vier Baseler Firmen arbeiteten sogar ausschließlich im Aus-

[1]) Traugott Geering und R. Hotz a. a. O., S. 49.
[2]) Traugott Geering und R. Hotz a. a. O., S. 67.

lande[1]) [2]). Vollständig in Händen schweizerischer Kapitalisten ist noch heute die Wiesentaler Seidenindustrie[3]), die sich dort und gleichfalls noch in anderen Schwarzwaldtälern mit Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts niederließ. Für Baden sind außer den schon früher genannten Seidenfabriken noch zu nennen:

Die Seidenstoffweberei Alfred Mäder in Rötteln, die Wiesentäler Weberei für Seidenindustrie Aretz in Lörrach, die Schappesspinnerei und Nähseidenfabrik August Engisch & Cie., Stetten, die Gaze- und Krepp-weberei G. m. b. H. in Höllstein, die Gesellschaft für Seidenbandfabrikation m. b. H. in Säckingen und die Seidenbandweberei Bally & Gosser G. m. b. H. in Säckingen.

Für dieselbe Zeitperiode ist auch eine starke Zuwanderung schweizerischen Kapitals bei der Württembergischen Seiden-industrie festzustellen. Hier ist besonders u. a. die Gründung

[1]) Tr. Geering und R. Hotz a. a. O., S. 68.

[2]) Nicht minder suchten die immer höher geschraubten Schutzzölle der Union (50% vom Wert) zugunsten der Bandfabriken von Patterson (New Jersey) den Baseler Seidenbändern den Zutritt zu diesem gewaltigen Markte streitig zu machen, und ebenso schützte Frankreich die Bandfabrikation von St. Etienne. Der Produktionswert der Betriebe auf schweizer Boden belief sich in der Vorkriegszeit auf etwa 40–50 Millionen Franks, wovon für ca. 35 Millionen Mark Seidenbänder jährlich ins Ausland gingen. Vgl. Geering und Hotz a. a. O., S. 67/68. Außer in Deutschland mußten infolge der neuen Schutzzoll-Ära die schweizer Seidenfabrikanten auch Filialen in den Vereinigten Staaten und Rußland errichten. Besonders stark war der Einfluß schweizerischer Firmen in Ostasien, wo sie den Weltmarkt in japanischer und chinesischer Rohseide und Seidenabfällen z. T. geradezu kontrollierten. Vgl. Geering und Hotz a. a. O., S. 160.

[3]) „Die Seidenindustrie des Wiesentales ist eine Tochter der schweizer Seidenindustrie. In den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts hatten schon Baseler Seidenfabriken in den österreichischen Landen, im Rheintal und auf dem Wald durch Ferger Seiden verspinnen lassen. Der Fabrikant Thurneisen von Basel siedelte im Jahre 1793 mit seinem Geschäftsteilhaber Iselin 25 Seiden-weber und -Färber – französische Revolutionsflüchtlinge aus Lyon – in Lörrach an und bereitete die Übersiedlung von weiteren 200 vor, um so einen Wunsch der Baden-Durlachischen Regierung zur Verwirklichung zu bringen. . . . . Es sollte vor allem aber die Hausseidenweberei verbreitet werden. . . . Als Hausindustrie lebte die Seidenindustrie besonders auf dem Hotzenwald und in den Ämtern Säckingen, Waldshut, St. Blasien und Schopfheim weiter". Humpert a. a. O., S. 72.

der Mechanischen Seidenweberei Pfullingen in Pfullingen zu nennen. Bemerkenswert ist, daß fast alle Unternehmungen der letzten Periode sowohl der in Baden wie in Württemberg gelegenen zu wenigstens 90% in schweizerischen Händen geblieben sind. Nur die Seidenbandweberei Bally & Gosser weist eine nicht so starke ausländische Kapitalbeteiligung auf.

Auch die Verkaufsbüros dieser Fabriken sind vielfach in der Schweiz, besonders in Zürich. Gerade Züricher Kapital hat sich zusehends immer mehr Einfluß zu sichern gewußt, wie Zürich ja seit langem für die Seidenindustrie eine internationale Stellung einnimmt. Im Jahre 1904 hatten die Züricher Fabrikanten der Seidenfabrikation in der Schweiz und im Auslande allein folgende Anzahl Webstühle im Betriebe:

	Mechanische Webstühle	Handstühle
im Kanton Zürich . . .	11 177	5 834
in der übrigen Schweiz .	3 738	8 886
	Sa. 14 915	Sa. 14 720

Diesen steht eine fast gleich hohe Zahl Stühle, die auf Rechnung Züricher Fabrikanten betrieben werden, im Auslande gegenüber. Ihre Zahl beträgt:

	Mechanische Webstühle	Handstühle
in Deutschland	5 172	120
„ Frankreich	1 788	663
„ Italien	1 389	—
„ den Vereinigten Staaten	2 904	—
	Sa. 11 253	Sa. 783[1])

In den nachfolgenden Jahren erhöhte sich diese Zahl der im Auslande betriebenen mechanischen Webstühle noch ganz bedeutend. So betrug im Jahre 1908 die Zahl bereits in Deutschland 5891, in Frankreich 2141, in Italien 1424 und in den Vereinigten Staaten 3246. Für Deutschland bzw. Baden und Württemberg bedeutet dies nicht weniger als etwa 10 große Seidenfabriken.

Das Baseler Kapital ist zumeist schon viel länger als das Züricher Kapital in der deutschen Seidenindustrie vertreten. Bei der 1838 gegründeten Schappesspinnerei Zimmerlin, Forcart & Co., G. m. b. H. in Zell im Wiesental wurde bereits

[1]) Wilhelm Bötzkes: „Die Seidenwarenproduktion und der Seidenwarenhandel", S. 25. Geering und Hotz a. a. O., S. 57.

1846 die Floretseidenfabrikation durch Baseler Fabrikanten aufgenommen. Auch die Baseler Seidenfabrik Sarasin & Co. sah sich bereits 1859 veranlaßt, eigens durch Gründung der heutigen Seidenbandweberei Lörrach G. m. b. H. in Lörrach im Wiesental auch weiterhin den deutschen Markt zu erhalten. Neueren Datums sind die beiden Zweigniederlassungen der Rumpf'schen Kreppweberei aus Basel im badischen Wiesental. Das Kapital dieser Seidenfabriken befindet sich in Händen der genannten Baseler Firma.

4. In Bayern.

Von 1834 bis heute. Auch in Bayern entstanden seit dem 3. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts mit Hilfe schweizerischer Kapitalisten mehrere Textilfabriken. Als solche sind vor allem zu nennen: die Gyr'schen Fabriken im Kreise Sonthofen, die heute in der Allgäuer Baumwollspinnerei und -Weberei Blaichach vorm. Heinrich Gyr vereinigt sind. Heute ist bei dieser Firma kein ausländisches Kapital mehr vertreten.

Auch die Gründung der Baumwollspinnerei Erlangen Akt.-Ges. in Erlangen fällt in die damalige Zeit. Von dem heute 4 Millionen Mark betragenden Gesellschaftskapital ist immer noch ein nicht unbeträchtlicher Teil in der Schweiz untergebracht.

Die Gründung der Spinnerei und Weberei A.-G. Kottern in Kottern (im Allgäu), das wegen der überaus günstigen Ausnutzungsmöglichkeit seiner Wasserkräfte auf die Industriellen einen besonderen Anreiz ausübte, erfolgte 1854 gleichfalls durch Schweizer. Anfangs war auch noch eine Maschinenfabrik der Spinnerei und Weberei angegliedert, die aber bei Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft aufgelassen wurde. Schon bei dieser Umwandlung beteiligte sich deutsches Kapital. Der Kaufpreis, der den ehemals schweizerischen Besitzern gezahlt wurde, betrug 1500000 fl. = 2580000 M. Das gesamte Gesellschaftskapital betrug 1920/21 6 Millionen Mark, von denen der weitaus größte Teil nunmehr in deutschen Händen ist.

Aus all diesen Berichten über die verschiedensten Firmen ergibt sich bereits, daß viele schweizerische Fabrikanten und Ka-

pitalisten sich gerade in Süddeutschland neue Erwerbsmöglichkeiten schufen, weil ihnen hier die Ausnutzung der großen Wasserkräfte in den tiefen Tälern des Schwarzwaldes oder anderer gebirgiger Gegenden gegeben war, wobei jedoch nicht außer Acht gelassen werden darf, daß die Initiative zu den Fabrikgründungen sicherlich in allererster Linie von der Zollgesetzgebung veranlaßt wurde. So hat sich in den Flußtälern der Wiese, Alb, Wehra und Murg sowie in anderen Flußläufen Württembergs und Bayerns die schweizerische Textilindustrie unter dem zunehmenden Drucke der Zollerhöhungen eine neue Stätte der Produktion gesucht.

Spielten die Wasserkräfte in jenen Tälern für die Anlockung des schweizerischen Kapitals schon früh eine, wenn auch anfangs untergeordnete Rolle, so stieg ihre Bedeutung ganz gewaltig, als die Wasserkräfte zu großen Energiequellen der Elektrizitätsgewinnung wurden, der Deutsche aber ob seiner eigenartigen Zurückhaltung oftmals die Zeit und günstige Gelegenheit verpaßte und später mit verärgerter Miene zusehen mußte, wie es gerade schweizer Unternehmer waren, die aus diesen natürlichen Hilfskräften der Krafterzeugung ansehnliche Verdienste erzielten. Die Schweizer wußten sich die günstigen Standortsbedingungen zu nutze zu machen und diese ihrerseits haben so die Investierung des ausländischen Kapitals bei der süddeutschen Textilindustrie mitbedingt.

Heute konzentriert sich in vielen Tälern Badens, Württembergs und Bayerns, vor allem aber in den Schwarzwaldtälern der Wiese und Alb eine solche Menge bekannter Textilunternehmen, wie gleiches nur in wenigen Gegenden des deutschen Vaterlandes festgestellt werden kann. In diesen Tälern ist das Kapital zu diesen bedeutenden Industriestätten fast ausschließlich schweizerischen (elsässischen) Ursprunges und hat mit einer seltenen Zähigkeit, wie der spätere Vergleich mit anderen Gebieten noch klarer hervortreten lassen wird, sich zu behaupten gewußt. Dabei verdient der sich schon verhältnismäßig früh immer mehr vergrößernde Aktionsradius des schweizerischen Kapitals sowohl bei der badischen, württembergischen als auch bayerischen Textilindustrie hervorgehoben zu werden. Bis in die nördlichsten Gegenden dieser Länder erstreckte er sich schließlich. Günstige Produktionsverhältnisse dieser nördlich ge-

legenen Orte haben das ausländische Kapital unter zunehmenden Drucke der Zollerhöhungen[1]) dorthin gebracht und mit der Zeit entstanden aus diesen Filialbetrieben die heutigen selbständigen Unternehmungen, ohne aber selbst zur vollständigen Nationalisierung der in ihnen beteiligten ausländischen Kapitalien und der noch heute z. T. fast ganz schweizerischen Betriebsverwaltung geführt zu haben.

Schließlich ist noch der regen persönlichen Fühlungnahme der süddeutschen und schweizerischen Textilindustriellen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für den schweizerischen Kapitalexport nach Deutschland zuzuerkennen. Die vielen verwandtschaftlichen und persönlichen Beziehungen der Industriellen und Kaufleute jener Grenzländer haben in natürlicher Folge auf einen schweizerischen Kapitalimport hingewirkt, der umso stärker sich bemerkbar machte, je weiter die schweizer Volkswirtschaft der deutschen voran war. Dies wird auch in der Folgezeit nie außer Acht gelassen werden können, zumal gute Bahn- und Bankverbindungen mit der Schweiz den persönlichen und geschäftlichen Verkehr noch gefördert haben und so bald auf diese, bald auf jene Weise das Auslandskapital nach Deutschland brachten, ohne daß es im einzelnen zu verfolgen wäre. Besonders seit dem 5. und 6. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts bildete sich immer mehr ein deutsch-schweizerischer Geldverkehr aus. Durch den Bankkredit wurde ein System immer weniger für die Außenwelt bemerkbarer, aber sehr zahlreicher Wechselbeziehungen zwischen Industrie und Bankunternehmungen des In- und Auslandes geschaffen. Sicherlich sind auch diese schweizerischen Kreditkapitalien nicht gering zu schätzen.

Durch all diese verschiedensten Faktoren wurde die Einwanderung des schweizerischen Kapitals begünstigt, dadurch eine enge Verbindung zwischen der süddeutschen und schweizerischen Textilindustrie geschaffen und der deutsche und schweizerische

[1]) Große Bewegungen ausländischer Kapitalbeteiligungen infolge von Zollabsperrungen weist die Geschichte des 19. Jahrhunderts mehrfach auf. Besonders deutlich sehen wir dies bei den brandenburgischen, niederlausitzer und oberschlesischen Textilfabriken im Jahre 1821, als der russische Zolltarif ihnen ihre Handelswege versperrte. Die Stadt Lodz in Polen hat damals durch Deutsche ihre Industrie erhalten und auch später immer neue deutsche Kapitalien nachgezogen. Ein ähnliches sehen wir gegenüber Österreich seit den 70er Jahren.

Kapitalmarkt in enge Wechselbeziehungen gebracht. Bald gewann dieses, bald jenes mehr an Bedeutung, aber die Gesamtentwicklung wird doch dadurch vor allem charakterisiert, daß die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen mit Deutschland für die schweizerischen Fabrikanten der treibende Faktor zur Betätigung in Deutschland wurde. Der Handel leistete erst Pionierdienste für die später einsetzende Wanderung des ausländischen Kapitals. Nachdem dann aber durch das ausländische Kapital das Anfangsstadium in der Entwicklung der deutschen Textilindustrie überwunden war, sich eine andere Denkweise auch im deutschen Volk ausgelöst hatte und so die Kapitalisten und Geschäftsmänner dem industriellen Gewerbe mehr Verständnis entgegenbrachten, schritt auch die Entwicklung der süddeutschen Textilindustrie schnell voran, anfangs allerdings immer noch mehr auf dem ausländischen Kapital fußend. Gerade dadurch, daß das ausländische Kapital einen schnellen Entwicklungsprozeß der süddeutschen, vor allem aber der südbadischen Textilindustrie hervorgerufen hat, kommt dem schweizerischen Kapital eine eminent wichtige Bedeutung zu. Es kann nicht geleugnet werden, daß das ausländische Kapital beim Aufbau unserer süddeutschen Textilindustrie eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Die Textilindustriellen und Kaufleute der schweizerischen Industriestädte haben durch ihre Fabrikgründungen den Grundstein für die heutige badische Textilindustrie und für die einiger Bezirke auch des bayerischen und württembergischen Gebietes gelegt. So wurde für viele Tausende Arbeitsgelegenheit geschaffen und es brauchten infolge dieser Industrialisierung viele Süddeutsche nicht mehr aus ihrer Heimat auszuwandern.

Baden war gewiß in den 30er und 50er Jahren, in denen die Hauptmassen schweizerischen Kapitals sich dort investierten, auch kein armes Land, aber das Kapital war zerstreut im Lande, weil hier, wie in den übrigen deutschen Bezirken, die rechte Kapitalorganisation fehlte. Daß deshalb selbst die Regierungen sich gern an das Ausland wandten, wenn sie irgendwelche neue Produktionsprozesse einführen wollten, entspricht nur den gegebenen Verhältnissen. Im übrigen war der Staat auch sonst noch auf eine Hebung der Industrie bedacht, weil dadurch auch die Steuereinkünfte des Landes zunehmen mußten. Die Bedeutung des in Süddeutschland investierten Auslandskapitals für

unsere Volkswirtschaft ist daraus bereits ersichtlich, daß der elsässische Industrielle Köchlin in den 20er und 30er Jahren das größte Betriebskapital im badischen Lande versteuerte.

Selbstverständlich war es neben diesen Steuereinkünften, die von den ausländischen Kapitalisten geleistet wurden, als Nachteil zu verzeichnen, daß durch diese schweizerischen Kapitalisten mit ihren in Deutschland erzielten Gewinnen unsere Zahlungsbilanz nach der Minusseite hin stark beeinflußt wurde. Aber dem steht doch gegenüber, daß die Neugründung von Fabriken mit schweizerischem Kapital letzten Endes der Gesamtheit weit mehr genützt als geschadet hat. Es verdient auch hervorgehoben zu werden, daß die schweizerischen Kapitalisten unsere deutschen Kapitalisten erst zur Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit durch ihre Tätigkeit auf dem deutschen Markte angespornt haben. Waren in den 30er und 40er Jahren rein deutsche Textilfabriken für Baden eine Seltenheit, so ist in den folgenden Jahrzehnten der deutsche Kapitalist mit immer stärker sich entfaltender Intensität in der deutschen Textilindustrie tätig geworden und selbst zur möglichsten Nationalisierung der Industrie fortgeschritten. Trotzdem ist das schweizerische Kapital noch heute in Süddeutschland stark vertreten. Hierfür haben die im Einzelnen zuvor mitgeteilten Firmenberichte schon ein beredtes Zeugnis abgelegt. An dieser Stelle sei zum Vergleich der einzelnen Perioden nochmals ein Gesamtbild wiedergegeben, wobei sich dann noch die verschiedensten Merkwürdigkeiten zeigen werden.

Bei 41 heute noch existierenden Unternehmungen der süddeutschen Textilindustrie hatte, soviel festgestellt werden konnte, schweizerisches Kapital Einfluß erlangt und hat ihn zum nicht geringen Teil auch bis auf den heutigen Tag bewahrt.

In der Zeit von 1835 bis 1851 wurde das schweizerische Kapital bei 13 noch heute bestehenden Unternehmungen tätig. Man sollte glauben, daß bei der so gewaltigen Entwicklung unserer gesamten deutschen Volkswirtschaft diese schweizerischen Kapitalien längst nationalisiert wären, zumal die deutschen Textilindustriellen den schweizerischen sowohl wirtschaftlich als auch technisch doch seit längerem gleichwertig gegenüberstehen. Trotzdem ist erst nur eine von den in den 30er Jahren mit ausländischem Kapital gegründeten Unternehmungen — und dabei erst vor 2 Jahren — vollständig in die Hände deutscher Kapitalisten ge-

kommen, wohingegen noch 5 Fabriken bis heute, d. h. also nun schon bis zu 85 Jahren ganz oder überwiegend vom ausländischen Kapital beherrscht werden. Am größten ist die Zahl der Unternehmungen, bei denen mit der Zeit eine überwiegende Nationalisierung des schweizerischen Kapitals eingetreten ist, aber immerhin vielfach noch das ausländische Kapital bis zu $^1/_4$ des Gesamtkapitals ausmacht. Dieses ist bei 7 Gesellschaften der Fall. Das Eindringen des deutschen Kapitals liegt bei diesen meisten Unternehmungen noch garnicht lange zurück, nur vereinzelt trat in den 70er und 80er Jahren auch deutsches Kapital bei ihnen auf, während der Hauptanstoß zur Verdrängung des schweizerischen Kapitals durch Umwandlung der Unternehmungen in die Aktiengesellschaftsform gegeben wurde; zugleich mit der Einführung der Aktien an den deutschen Börsen vollzog sich die Nationalisierung bei diesen Betrieben noch stärker und schneller.

Derselbe Prozeß ist auch im 2. Abschnitt der ausländischen Kapitalbeteiligung bei der süddeutschen Textilindustrie in den Jahren 1852 bis 1878 festzustellen. In dieser Zeit hatten 18 Unternehmungen, deren Betriebe heute noch fortgeführt werden, überwiegend schweizerisches Kapital in Anspruch genommen. Aber mit größerer Schnelligkeit als in dem vorhergehenden Zeitabschnitt nationalisierte sich das schweizerische Kapital in diesen Unternehmungen. Es sind heute 6 Gesellschaften, deren erste ausländische Kapitalbeteiligung in die Jahre 1852 bis 1878 fällt, die nicht mehr mit schweizerischem Kapital arbeiten. Bei 5 Unternehmungen ist noch ein geringer Teil des Geschäftskapitals in der Schweiz untergebracht, und bei anderen 7 Unternehmungen gehört das gesamte Kapital oder wenigstens in größtem Maße schweizerischen Kapitalisten. Hierbei ist in den Spinn- und Webereien der Nationalisierungsprozeß seit Umwandlungen dieser Unternehmungen in die Aktiengesellschaftsform besonders stark hervorgetreten, wohingegen die Seidenfabriken ihren schweizerischen Charakter fast durchweg vollständig aufrechterhalten haben.

Gerade das starre Festhalten am schweizerischen Charakter wird in der letzten Periode ausländischer Kapitaleinwanderung, also seit dem Jahre 1879, besonders deutlich. Von den nach 1878 gegründeten 10 Unternehmungen, die fast ausschließlich der Seidenfabrikation angehören und von Anfang an ihren Kapitalbedarf in der Schweiz deckten, haben heute noch 9 Unternehmungen

ihr gesamtes Gesellschaftskapital oder den größten Teil desselben bis heute bei schweizerischen Kapitalisten untergebracht. Nur bei einer Gesellschaft ist das Kapital zum größten Teil heute in deutschen Händen. — Wenn früher das schweizerische Kapital sich mehr in den Baumwollspinnereien und -Webereien investierte, so ist seit den 80er Jahren das Züricher und Baseler Kapital der Seidenindustrie durch Gründung von Filialfabriken dieser Fabrikation besonders tätig geworden und kämpft — wohl bewußt — dadurch der Bildung einer eigenen deutschen Seidenindustrie nach Möglichkeit entgegen. Für den süddeutschen Markt ist ihr dieses auch ziemlich geglückt, obschon die Krefelder Seidenindustrie ihr das deutsche Absatzgebiet streitig zu machen sucht.

Bei einer geographischen Betrachtung der ausländischen Kapitalbeteiligung in der süddeutschen Textilindustrie gewahrt man sofort, daß zu allermeist mit der Nähe der schweizerischen Grenze sich auch das schweizerische Kapital länger im Verhältnis zu den übrigen Gebieten gehalten hat. Doch trifft dies nur insgesamt zu, denn es gibt auch verschiedene, fast unmittelbar an der Grenze gelegene Unternehmungen, die heute bereits vollständig in deutschen Besitz übergegangen sind. Durchweg hat sich aber in Bayern der schweizerische Charakter in den gemeinten Unternehmungen schneller verloren; aber etliches schweizerisches Kapital ist auch heute noch dort investiert.

Stets wurden auch — wenigstens in der Vorkriegszeit — schweizerische Kredite durch die süddeutschen Textilindustriellen aufgenommen. Aber bekanntlich liegt hierüber meist ein tiefer Schleier, zumal bei den Privatunternehmungen. Sehr zahlreiche kurzfristige Kredite entstanden durch den intensiven Handelsverkehr, doch kann dieser hier nicht weiter zur Erörterung stehen. Nur insoweit die Firmen über langfristig aufgenommene schweizerische Kredite vertrauliche Mitteilungen machten, sei hierüber angeführt, daß ihre Gesamtsumme nicht unbedeutend ist. Das fast unmittelbar an der Grenze gelegene Basel mit seinen vorzüglichen Bahnverbindungen gerade für die südbadischen Industrieorte[1])

[1]) An bedeutenden Bahnverbindungen kommen hier in Betracht:
1. die von Thiengen—Waldshut über Säckingen nach Basel oder in östlicher Richtung auch nach Schaffhausen.
2. die von Todtnau—Zell—Steinen—Lörrach nach Basel.
3. die von Kandern nach Basel.
4. die von Buggingen—Schliengen—Istein nach Basel.

und seinen großen Bankinstituten hat mit der süddeutschen Textilindustrie, ganz gleich ob dem schweizerischen Einfluß unterstehend oder nicht, einen starken Bankverkehr veranlaßt, zumal die schweizerischen Banken vor dem Kriege fast durchweg bessere Bedingungen in der Kreditgewährung einräumten als die deutschen Banken. Gerade letzteres hat auch für die schweizerischen Kapitalbeteiligungen in den anderen Industrien eine große Bedeutung. Doch es blieb nicht so. Die mit dem Kriegsende immer schneller sinkende deutsche Mark hat bei mehreren dieser Unternehmungen, die schweizerischen Kredit aufgenommen hatten, auf ihre Rentabilität stark eingewirkt, da die Verzinsung des Kredites in schweizerischen Franken zu erfolgen hat. Hiervon wurden aber weniger die Filialunternehmungen betroffen, die von ihren Hauptunternehmungen Kredit eingeräumt erhalten hatten. Bekanntlich haben einige Unternehmungen wenig Stammkapital und doch einen großen Betrieb. Hier ersetzt der ausländische Kredit der ausländischen Hauptfirma hohes Grund- oder Stammkapital. Auch dieses hat man stets in Rechnung zu ziehen, wenn man sich von der Höhe der ausländischen Kapitalsumme und ihrem Einfluß bei der deutschen Textilindustrie ein Bild machen will.

Nach den zuvor wiedergegebenen Ergebnissen tritt also der schweizerische Kapitaleinfluß in den einzelnen Zeitperioden verschieden stark und in mannigfachen Formen auf. Das aber sei aus der Gesamtdarstellung besonders hervorgehoben, daß der schweizerische Einfluß sowohl in Hinsicht auf die Kapitalgröße wie den z. T. schweizerischen Verwaltungscharakter eine nicht unbedeutende Macht in der deutschen Textilindustrie bildet; und durch die enge Verknüpfung der süddeutschen und schweizerischen Textilindustrie infolge der historischen Entwicklung und wegen der vielen gleichen und nahen Berührungspunkte der deutschen Grenzländer mit der Schweiz wird das schweizerische Kapital in Süddeutschland nicht nur vorübergehend, sondern dauernd Tätigkeit suchen und auch finden.

b) Die Verwaltungsüberfremdung.

Man sollte glauben, daß mit dieser Art der schweizerischen Kapitalüberfremdung auch ein gleiches sich für die Verwaltungsüberfremdung feststellen ließe. Dem ist jedoch nicht so. Bei den früheren Industrien wurde schon auf die Verschiedenartigkeit

von Kapital- und Verwaltungsüberfremdung aufmerksam gemacht. Hier bei der süddeutschen Textilindustrie lassen sich wiederum andere Momente herausschälen, die zugleich mit noch größerer Deutlichkeit hervortreten lassen, daß die Verwaltungsüberfremdung sich nicht unmittelbar auf die Kapitalüberfremdung stützt, ja sogar z. T. für sich ganz allein besteht.

Während der Zeit einer noch nicht hinreichend entwickelten Volkswirtschaft ist genau wie bei den übrigen Industrien auch hier die Verwaltungsüberfremdung stets besonders stark gewesen. Wenn in diesem Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung auch ausländische Arbeiter von den ausländischen Kapitalisten oder Geschäftsführern sehr häufig mit ins Land gezogen wurden, um sofort einen Stamm tüchtiger und geschulter Kräfte zu besitzen, so ist hierin eigentlich nichts Sonderliches zu finden. Aber merkwürdigerweise trifft dieses für die ganze hier untersuchte Zeit zu. Nicht nur, daß ausländische Arbeiter in solchen ganz vom ausländischen Kapital beherrschten Unternehmungen beschäftigt werden, sondern selbst solche Unternehmungen, die heute nur noch zu einem geringen Teil mit ausländischem Kapital durchsetzt sind, beschäftigen hier und da einen mehr oder weniger großen Teil Arbeiter mit schweizerischer Staatsangehörigkeit. Bei der süddeutschen Textilindustrie ist also vereinzelt auch eine Arbeiterüberfremdung festzustellen und dabei steht diese nur im mittelbaren Zusammenhange mit der schweizerischen Kapitalüberfremdung. Es sei auch ausdrücklich hervorgehoben, daß die Arbeiterüberfremdung selbst weit weg von der schweizerischen Grenze in den nördlichen Gebieten Bayerns, Württembergs und Badens auftritt.

Ähnliches kann auch von der Besetzung führender Stellen gesagt werden. Die Verwaltungsüberfremdung der süddeutschen Textilindustrie richtet sich in neuerer Zeit weder nach der Höhe der ausländischen Kapitalinvestierung noch erstreckt sie sich ausschließlich auf einzelne Grenzorte. Bei den Gesellschaftsunternehmungen, die ganz oder überwiegend schweizerisches Kapital haben, sind die führenden Posten meist ausnahmslos bis auf gewöhnlich einen Vorstandssitz mit Schweizern besetzt. Viel schwankender ist das Verhältnis bei den Fabrikunternehmungen, deren Kapital nur noch zu einem geringen Teil schweizerischen Kapitalisten gehört. In den meisten Fällen entspricht hier die Besetzung

der Aufsichtsratssitze der ungefähren in- und ausländischen Kapitaleinlage, doch kommt auch häufig genug der Fall vor, daß Schweizer mehr Aufsichtsratssitze innehaben als den schweizerischen Kapitalinvestierungen der Summe nach zukommen würden. Im allgemeinen ist im Verhältnis zu der Verwaltungsüberfremdung bei den anderen Industrien festzustellen, daß bei der süddeutschen Textilindustrie die Besetzung führender Stellen weit mehr zu Gunsten der Schweizer erfolgt ist. Vereinzelt sind sogar früher an dem Unternehmen beteiligte Schweizer trotz ihrer Kapitalablösung weiter im Aufsichtsrat verblieben und zwar selbst bei solchen Unternehmungen, die heute nicht mehr mit ausländischem Kapital arbeiten. — Was könnte diesen eigenartigen Erscheinungen zu Grunde liegen?

Das schweizerische Volk ist seit 150 Jahren in immer stärkerem Maße zu einer gediegenen Geschäftstüchtigkeit, die fast überall in der Welt durch die Tat ihren Beweis erbracht hat, fortgeschritten. Als ausgesprochenes Grenzland hat die Schweiz enge Beziehungen zu den verschiedensten Ländern gepflegt und ist häufig die Brücke für andere Nationen geworden. Infolge der großen Rührigkeit ihrer Bewohner hat sich die Schweiz einen weiten Kreis von Geschäftsverbindungen und dadurch auch eine breite Basis für schweizerische Interessen geschaffen. In dem Früheren ist bereits schon dargelegt worden, wie stark der schweizerische Einfluß allein bei der süddeutschen Textilindustrie gewesen ist und wie noch heute der schweizerische Kapitalist enge Beziehungen zu ihr aufrechterhält.

Auch ist die ganze Wesensart der ost- und nordschweizer Bevölkerung deutschen Charakters. Nach Sprache und Sitte, nach Recht und Denkungsart berührt sich dieser ost- und nordschweizer Teil der Bevölkerung mit dem deutschen Volke. Zudem haben häufig gleiche Absatzwege, ähnliche soziale Strukturen und ähnliche geographische Verhältnisse ein enges deutsch-schweizerisches Wirtschaftsgebilde geschaffen. In dieser Einheit der wirtschaftlichen Verhältnisse ist auch der Austausch der deutschen und schweizerischen Intelligenz in den industriellen und kommerziellen Unternehmungen trotz verschiedener Staatsangehörigkeit nichts unnatürliches, sondern wird, wie in diesem Falle bei angemessener Verteilung für die Industrie und das Land nur von Nutzen sein können. Wenn darum tüchtige schweizerische

Geschäftsleute und Betriebsleiter bei der süddeutschen Textilindustrie noch heute stark vertreten sind, so spielt hier die ganze geschichtliche Entwicklung der süddeutschen, insbesondere der südbadischen Textilindustrie eine sehr bedeutende Rolle.

Die schweizerische industrielle und kommerzielle Intelligenz hat bei der süddeutschen Textilindustrie wie auch anderwärts stets einen guten Namen gehabt. Die Begründung der badischen Textilindustrie ist zum allergrößten Teil der schweizerischen Geschäftstüchtigkeit und Umsicht zu verdanken. Viele Jahre haben Schweizer an führenden Stellen unserer Industrie ihre Geschäftstüchtigkeit bewiesen und sind deshalb auch späterhin immer wieder an führende Posten der Industrie gestellt worden.

Als langgestrecktes Grenzland kann gerade Baden das schweizerische (elsässisch-französische) Kapital und die schweizerische Intelligenz ohne wirtschaftliche Schädigung kaum entbehren. Das kommt in der Besetzung führender Industriestellen auch zum Ausdruck. Die deutsche Industrie sieht eben gegenüber den Schweizern weniger auf ihre Staatsangehörigkeit als vielmehr auf die Fähigkeit zur zielbewußten und geschickten Leitung eines Betriebes. Der Schweizer macht es den Deutschen gegenüber ja ebenso. Dieses Verhältnis wurde auch schon bei der Metallindustrie hervorgehoben[1]).

Was sind also die Wesensmerkmale der schweizerischen Verwaltungsüberfremdung? In den meisten Fällen der heute noch bestehenden schweizerischen Kapitalbeteiligung ist der schweizerische Verwaltungseinfluß bereits auf die Gründung der Unternehmungen durch Schweizer zurückzuführen, die sich mit kaufmännischer Geschicklichkeit, unter Ausnutzung aller neuesten technischen Erfindungen und bei engster Anlehnung an ihre heimische schweizerische Industrie leistungsfähige Unternehmungen geschaffen haben. Lange Jahre bewahrte sich der schweizerische Filialcharakter dieser Unternehmungen, der sich fast durchweg umso länger aufrechterhält, je mehr der Typ der Einzelunter-

[1]) In Deutschland lebten vor dem Kriege etwa 65 000 Schweizer. Diese verhältnismäßig hohe Zahl dürfte vornehmlich durch die hier dargestellte historische Entwicklung der süddeutschen Industrie, durch den bei ihr erreichten hohen schweizerischen Einfluß und durch die gleichen oder ähnlichen natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zwischen der Schweiz und den deutschen Grenzländern ihre Erklärung finden.

nehmungen gewahrt wird. Erst mit dem Zurückdrängen des persönlichen Einflusses jener Unternehmer, d. h. also vor allem mit der zunehmenden Umwandlung dieser Unternehmungen vornehmlich in die Aktien-Gesellschaftsform wurde auch die schweizerische Kapitalbeteiligung geringer. Hieraus erklärt es sich gerade, daß die Einzelunternehmungen, wozu auch die offene Handelsgesellschaft zu rechnen ist, weit stärker ihren schweizerischen Charakter behalten haben. Wenn aber auch bei den Gesellschaftsunternehmungen der schweizerische Einfluß in Bezug auf Kapital und Verwaltung besonders in letzter Hinsicht sehr stark erhalten blieb, so ist dies aus der gediegenen Geschäftskenntnis der schweizerischen Industrieintelligenz zu erklären, die sich in vorzüglicher Weise gerade in der schweizerischen Textilindustrie herausgebildet hat. Die noch heute so bedeutende schweizerische Kapital- und Verwaltungsüberfremdung ist also eine historische Erscheinung. Das gilt sowohl für die Unternehmungen, die ihre Gründung schon auf Schweizer zurückführen, als auch für solche, deren Betriebe erst später von schweizer Kapitalisten erworben wurden. Der Charakter jener schweizerischen Kapitalbeteiligung, wie er sich aus der Entwicklung von mehr als 100 Jahren erklärt und die Geschichte jenes schweizerischen Einflusses bei der deutschen Textilindustrie an sich, legen ein beredtes Zeugnis dafür ab, daß einmal die Nationalisierung jener schweizerischen Unternehmungen oder einzelner Kapitalbeteiligungen nur sehr schwer zu erreichen sein wird, zum anderen darüber hinaus das schweizerische Kapital noch immer in stetem Fluß ist und bleiben wird. Nur gibt es Perioden, in denen die Einwanderung von Unternehmungskapitalien besonders deutlich in Erscheinung tritt.

Elsässisch-französische, englische und italienische Kapitalbeteiligungen in Süddeutschland.

In Baden, Württemberg und Bayern haben aber auch noch Kapitalisten anderer Nationalität ihre Kapitalien nutzbringend zu verwenden gesucht. Gerade für Baden und Württemberg tritt hier das elsässisch-französische Textilindustriekapital besonders in Erscheinung, das in erster Linie durch die Firmen Koechlin, Baumgartner & Co. und Schlumberger[1]) & Co. investiert wurde. Wie weit man hier aber von französischem Kapital sprechen

[1]) Die Familie Schlumberger stammt aus Württemberg.

kann, läßt sich nicht genau feststellen. Vor allem wirkt die politische Entwicklung verwirrend. Die einzelnen Quellen gehen derart ineinander über, daß vielleicht nicht einmal in Spezialuntersuchungen die genauen Wege der Kapitalbeteiligungen erforscht werden können. Lyoner Kapital fand hier und da über die Schweiz, Pariser Kapital durch die Bank de Mulhouse Betätigung.

Das englische Kapital hatte zuerst als langfristiges Kreditkapital bei Beschaffung von Textilmaschinen z. T. über die Schweiz Eingang gefunden. Als Unternehmungskapital ist, soweit es festgestellt werden konnte, englisches Kapital nur bei der heutigen Bamberger Kalikofabrik A.-G. in Bamberg zusammen mit deutschem Kapital zur Ausnutzung eines neuen Verfahrens am Ende des 19. Jahrhunderts investiert worden.

Georg Harold Winterbottom, Friedrich Taylor, Georg Woolley, die Winterbottom Book, Cloth Co. Ltd. in Manchester, Fabrikdirektor Dr. Rudolf Schäfer und Fabrikant Albert Kießling in Bamberg errichteten am 6. Juli 1897 die Bleicherei, Färberei und Appreturenanstalt A.-G. Bamberg zwecks Ausbau und Neueinrichtung der Firma J. J. Weber & Co. in Bamberg. Das ausländische Kapital blieb bis zur Zwangsliquidierung im Jahre 1917 im Betriebe vertreten, worauf das Unternehmen im gleichen Jahre von der neu gegründeten Kalikofabrik A.-G., Bamberg, zum Preise von M. 1 310 000 erworben wurde ausschließlich der Auslandsforderung Winterbottom Book Cloth Co. zu M. 225 638.

Auch italienisches Kapital hatte in Süddeutschland Anlage gefunden, und zwar in der Dampf-Roßhaarspinnerei Carlo Pachetti & Co. in Karlsruhe. Das gesamte Gesellschaftskapital ging aber schon im Mai 1915 in deutsche Hände über. Nach dem Adreßbuch der Stadt Karlsruhe für das Jahr 1920 fungiert als Prokurist Carlo Falsina.

2. Teil.

Holländische Kapital- und Verwaltungsüberfremdungen bei der deutschen Textilindustrie.

Die größten Spinnereien Deutschlands liegen fast durchweg nahe der holländischen Grenze. Die Stadt Gronau bildet den

Mittelpunkt in diesem ebenso bedeutungsvollen wie eigenartigen Gebiete der Textilindustrie. Es ist eigenartig, nicht allein wegen der großen Zahl der dort tätigen Spindeln, nicht nur wegen der für die Textilindustrie von Natur durchaus nicht besonders günstigen Standortsbedingungen, sondern im besonderen durch den starken Einfluß des holländischen Kapitals. Hier, an der holländischen Grenze, stehen die sowohl absolut als auch relativ größten Spinnereien Deutschlands unter dem Einfluß des holländischen Kapitals, wohingegen in jenem, zuvor so oft erwähnten badischen Wiesental in den im Mittel kleinsten deutschen Spinnereien gleichfalls viele hunderte von Spindeln im Solde des Auslands surren.

Das holländische Kapital ist ebenfalls nicht erst seit gestern an der westfälisch-holländischen Grenze investiert, sondern seit vielen Jahrzehnten sind insbesondere in Gronau, Bocholt und auch weiter ostwärts in Rheine holländische Kapitalien tätig. Noch heute weisen die vielen holländischen Namen der dortigen Industriellen auf ihre holländische Herkunft hin und im allgemeinen haben trotz mancherlei Wandlungen die einzelnen Unternehmungen — selbst seit dem Ende der 80er Jahre häufiger werdenden Gesellschaftsgründungen — ihren Familiencharakter streng gewahrt. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß der holländische Charakter sich in den Gesellschaftsunternehmungen durchschnittlich entgegen den sonstigen Beobachtungen in den hier zu besprechenden Gebieten der deutschen Textilindustrie, bei weitem mehr erhalten hat als in den Einzelunternehmungen. In den Verwaltungen der Gesellschaftsunternehmungen spiegelt sich dies häufig entsprechend wider. Wenn schon holländische Namen noch heute durchaus keine Seltenheit sind, so wäre es jedoch durchaus verfehlt, hier etwa auch zugleich von investierten holländischen Kapitalien zu sprechen. Trotz zahlreicher Nationalisierungen ist, soweit Feststellungen zumeist vertraulicher Natur hierüber gemacht werden konnten, das investierte holländische Kapital zum Vergleich zu den zahlreichen Investierungen der 80er Jahre, die sich zumeist im letzten Grunde als die notwendige Konsequenz der schutzzöllnerisch orientierten deutschen Handelspolitik darstellen, heute sowohl absolut als auch relativ weit größer. Es ist dieses eine Erscheinung, die der besonderen Beachtung wert ist. Überhaupt müssen wir den soeben ausgesprochenen Grund-

gedanken über die Bedeutung des Schutzzolles uns immer wieder vor Augen führen, wenn wir uns über die Ursachen der ausländischen Kapitalbewegungen Klarheit verschaffen wollen. Im ersten Teile dieses Kapitels ist schon mit aller Schärfe hervorgehoben worden, wie die Schutzzollpolitik eines Landes den internationalen Kapitalmarkt beeinflußte und unmittelbar Wirkungen hervorrief, die in den vielen, meist nahe der Grenze erfolgten Fabrikgründungen ausländischer Kapitalisten ihren beredten Ausdruck fanden. Die grundsätzlichen Ausführungen, die über die schweizerischen Kapitalbewegungen gemacht wurden, treffen auch hier für die holländischen Kapitalinvestierungen zu. Selbst bezüglich der Zeit der holländischen Kapitalbeteiligung ist eine auffallende Übereinstimmung mit den schweizerischen Kapitalbeteiligungen festzustellen, insbesondere sind in den 30er und 40er Jahren in den Städten Nordhorn und Rheine usw. starke Kapitalinvestierungen zu verzeichnen. Auch wurden Bankverbindungen jeder Art mit Holland aufgenommen und gerade heute ist der Geschäftsverkehr mit Holland so rege wie nie zuvor.

Für die jüngste Zeit dürfen wir fernerhin, was sowohl hier als auch für die anderen Industrien gilt, das wachsende Mißverhältnis zwischen Reichtumsbildung und langsamer Bevölkerungsvermehrung und seine Bedeutung für den Kapitalexport nicht außer Acht lassen. Wie sehr gerade der Krieg bei den neutralen Staaten in dieser Richtung gewirkt hat, ist jedem bekannt und hat bereits in den zahlreichen Kapitalbeteiligungen bei der deutschen Industrie seinen Niederschlag gefunden. In dieser Entwicklung hat das holländische Kapital der Textilindustrie die enge geographische Begrenzung ihres bisherigen Tätigkeitsfeldes bereits durchbrochen, indem es auch bei der mitteldeutschen Textilindustrie Anlage gefunden hat. Kapitalkräftig steht Holland heute vor den Toren des valutaschwachen Deutschland und versucht offen oder heimlich, gebeten oder ungewünscht, Einfluß zu gewinnen. Diese Kapitalimporte haben mehr als privatwirtschaftliche Bedeutung; volkswirtschaftlich stellen sie z. Zt. zum größten Teil ein notwendiges Übel dar, während ihre politische Wertung vielleicht heute noch unterschätzt wird. Hier gilt es: Aufmerksam den Dingen zu folgen, damit zur rechten Zeit nicht das rechte Mittel fehlt.

3. Teil.

Englische Kapital- und Verwaltungsüberfremdungen.

a) Bei der Woll-, Baumwoll- und Leinenindustrie.

Regional eng begrenzt war und ist noch heute im allgemeinen das Tätigkeitsfeld schweizer und holländer Kapitalisten bei der deutschen Textilindustrie. Die politischen Grenzgebiete mit einigen von Natur aus bevorzugten Orten bilden seit Jahrzehnten die Akkumulationszentren gerade für das schweizerische Kapital. Dabei ist hier letzten Endes für die ausländische Kapital- und Geschäftswelt die Bedrohung ihres bisherigen Absatzgebietes der Ausgangspunkt ihrer Kapitalinvestierungen. Aber je schärfer sich die ausländische Konkurrenz im Inlande bemerkbar machte, umso höhere Zölle wurden im Inlande erhoben, und je mehr Zollerhöhungen stattfanden, umsomehr sah sich die ausländische Industrie veranlaßt, durch eigene Gründungen oder Beteiligungen auf deutschem Gebiete sich ihren Einfluß auch weiterhin zu sichern. Ein Keil trieb den andern! Doch was hier Kriterium wurde, erlangte für die englischen Kapitalbeteiligungen kaum prinzipielle Bedeutung: Zollerhöhungen spielen für die englische Kapitalbeteiligung nur eine untergeordnete Rolle. Aber was bei diesen allgemeinen Charakterisierungen als beachtenswert gilt, ist der Hinweis, daß in beiden Fällen der Handel der ausländischen Industrie ihre Wege wies. Die Schweiz sowohl wie England hatten in Deutschland von jeher gute Absatzgebiete, jene für Fertigfabrikate in Süddeutschland, dieses für Roh- und Halbfabrikate in Sachsen und Schlesien.

Die Kapitalisten beider Länder waren auch nicht müde, bewährte neue Maschinentypen und Produktionsmethoden in Deutschland zur Anwendung zu bringen. Doch galt es, worauf wir an anderer Stelle noch näher zurückkommen, für die Engländer weit mehr, sich gerade hierdurch gesicherten Gewinn zu verschaffen. Es gelang auch, so lange die deutsche Industrie noch nicht in Verbindung mit der Wissenschaft und Technik ihren Konkurrenzkampf aufnehmen konnte. Heute steht es anders. Die Positionen der englischen Kapitalisten wurden von der deutschen Konkurrenz unterwühlt, wohingegen die schweizerische Industrie sich durch Neugründungen ihren Einfluß verstärkte. In beiden Fällen gab das verschiedene Maß der inneren Wesensgleichheit bzw. Wesensverschiedenheit des deutschen, schweizerischen und

englischen Charakters, wie es später noch deutlicher gezeigt werden wird, den eigentlichen Ausschlag.

Es wäre jedoch verfehlt, hier nicht zugleich noch auf einen anderen Faktor hinzuweisen. Die englischen Kapitalisten suchten sich fern von ihrer Heimat in der bestimmten und nicht unbegründeten Absicht, vermöge ihrer weit entwickelten Technik und vieljährigen Geschäftserfahrung auf dem Gebiete der Textilindustrie in Deutschland leicht eine Vorzugsrente zu sichern. Die zurückgebliebene deutsche Textilindustrie mußte, von der Perspektive eines englischen Industriellen aus gesehen, solche Erwartungen auf verhältnismäßig leichten und schnellen Verdienst unbedingt stützen. Ist es aber nicht wieder eine notwendige Folge, daß hierdurch die englischen Kapitalbeteiligungen sofort einen mehr spekulativen Charakter bekamen? Ja, das spekulative Moment ist nicht aus den englischen Kapitalbewegungen zu bannen, es wird geradezu typisch für die ganze Bewegung englischer Kapitalbeteiligungen bei der deutschen Textilindustrie, und des weiteren wird gerade dieses mit der Grund, weshalb die englischen Kapitalisten so fern ihrer Heimat ihre Kapitalien investierten. Mit den Bewegungen der englischen Kapitalbeteiligungen in jenen gemeinten Gebieten: Sachsen, der Niederlausitz, Brandenburg und Schlesien wollen wir uns nunmehr des näheren beschäftigen.

1. Die Kapitalüberfremdung.

Für die ältere Periode der englischen Kapitaleinwanderungen nach Sachsen, der Lausitz, Brandenburg und Schlesien, durch welche Bezirke der dritte geographische Kreis ausländischer Kapitalbeteiligungen bei der deutschen Textilindustrie gebildet wird, sind die ausgeprägten Unternehmer-Charaktere wie: Oldroyd und Cockerill bestimmend geworden. Sie gründeten zum Teil mit Unterstützung der Preußischen Seehandlung die ersten modernen Textilfabriken mit rationeller Arbeitsteilung. Die preußische Regierung hatte eingesehen, daß es an den französischen und englischen Maschinen für die Manufaktur fehlte und suchte darum, soweit es ihr infolge des Freiheitskrieges die selbst knappen Mittel erlaubten, zu helfen.[1]) So bewilligte gleich nach dem Kriege die

[1]) Georg Quandt, Die Niederlausitzer Schafwollindustrie und ihre Entwicklung zum Großbetrieb und zur modernen Technik.

Seehandlung für William Cockerill in Guben Vorschüsse behufs Anlage einer Spinnerei. Es traten, wenn auch vorläufig recht vereinzelt, die ersten Fabriken ins Leben, die in rationellster Weise das Prinzip der Arbeitsteilung durch das der Arbeitsvereinigung ergänzten. Die älteste Textilfabrik im Niederlausitzer Bezirk legte Cockerill schon 1830 in Kottbus an. Auf der Basis dieses Cockerill'schen Spinnereibetriebes wurde es in Kottbus möglich, die Tuchfabrikation in größerem Maße aufzunehmen. Bestimmend für diese ausländischen Kapitalbeteiligungen war die bessere Technik, über die die Engländer damals[1]) und noch viele Jahre später verfügten. Gerade dieser Umstand versprach den englischen Industriellen noch lange Zeit in Deutschland reichen Gewinn. Ist es darum zu verwundern, daß sich die Engländer, zumal bei entsprechender Unterstützung seitens der preußischen Regierung gerade gern in Preußen niederließen? Oder kann es unser Erstaunen wachrufen, daß bei dem Gang unserer damaligen wirtschaftlichen Entwicklung dieses englische Kapital zum Teil bis in die 80er Jahre in der Niederlausitz und den angrenzenden Textilgebieten investiert war? Wohl nicht. Erst mußte sich allmählich eine gewisse Gleichwertigkeit der deutschen und englischen Textilfabrikation angebahnt haben, um auf eine Nationalisierung hinwirken zu können.

Doch was hier von diesen Kapitalbeteiligungen gesagt wird, gilt auch von den in den 50er und 70er Jahren erfolgten Kapitalinvestierungen, wobei immerhin zu beachten ist, daß bei der Beschaffung der für die in den 50er Jahren eingeführte Buckskinfabrikation erforderlichen Webstühle, die zuerst ausschließlich aus England kamen, weit mehr englisches Kreditkapital eine Rolle spielte. Soweit englisches Kapital aktiv tätig wurde, lag auch hier die Motivierung zu Grunde, mit hochqualifizierten Maschinen und erprobten Arbeitsmethoden die sich noch bietenden Chancen auszunutzen. Dieser Kerngedanke damaliger englischer Geschäfts-

[1]) Wie man in jener Zeit die Initiative der deutschen Kapitalisten einschätzte und wegen des großen Mangels einer solchen auf die Hilfe des ausländischen Kapitals hoffte, zeigt eine Notiz im Gewerbeblatt für Sachsen (Jahrgang 1839, S. 344), die gerade in dieser Beziehung von köstlichem Interesse ist und die ganze Lage in passender Weise kennzeichnet: „Eine Gesellschaft irländischer Kapitalisten hat eine große Leinwandmanufaktur in Frankreich angelegt. Man bittet diese Gesellschaft, eine Flachsspinnerei in Sachsen anzulegen; denn sonst wird schwerlich hier eine entstehen".

politik kehrt immer wieder, wie denn die Ausnutzung der neuesten Erfindungen und modernsten Arbeitsweisen in der billigen Stoff-, Plüsch- und Zwirnwirkwarenherstellung wieder in den 70er Jahren zu weiteren größeren englischen Kapitalinvestierungen durch Fabrikgründungen führte. In den meisten dieser Fabriken wurden insbesondere halb- und kunstwollene billige Stoffe hergestellt, wie sie in England, besonders in Yorkshire gearbeitet wurden. Die ersten hierzu benutzten Maschinen wurden in der Zeit zwischen 1875—1885 von englischen Industriellen nach Deutschland eingeführt. Teils beteiligte sich nun in diesen neuen sächsischen, niederlausitzischen, schlesischen und brandenburgischen Fabriken englisches Kapital, teils standen solche Fabriken damals, worauf schon jetzt hingewiesen sei, lediglich unter der Leitung englischer Fachmänner.

Für die englischen Kapitalbeteiligungen kommen unter anderem in Betracht: Die Gardinenfabrik von Jacobi Brothers & Co. in Plauen und Curt Facilides in Plauen, die Gardinenfabrik T. J. Birking & Co. in Ölsnitz, die Firma Surr Wm. Duncans Anglo Blead Works in Großschweidnitz, die Strumpfwirkereien der Firma The Nottingham Manufacturing Compagny Ltd. in Chemnitz und Pausa i. V., die Wollspinnereien und Webereien der Firma Oldroyd and Behrenson in Sagan, die Wollspinnerei und Weberei John Blackbourn in Niederschönweide und die Weberei Naylor & Co. in Wittenberge. Heute bestehen alle diese Unternehmungen bis auf eine nicht mehr unter der alten Firma. Zumeist hat die sich in den 80er und 90er Jahren vollziehende Konzentration und gleichzeitige vollständige oder teilweise Nationalisierung auch eine Firmenänderung mit sich gebracht. Die nachfolgenden Berichte werden auch hierüber genauer unterrichten.

Die große Unternehmungslust der Engländer und ihr anerkannt kaufmännischer Sinn, Gewinnmöglichkeiten schnellstens auszunutzen, veranlaßte im Jahre 1816 die Firma Oldroyd and Blackley, die erste große Wollspinnerei in dem in der Wollindustrie sehr zurückgebliebenen Schlesien zu errichten. Bis 1830 wurden von dieser Firma mit Unterstützung des schon öfter erwähnten bekannten belgischen Großindustriellen Cockerill allein 4 Fabriken in Grünberg erbaut; die zuletzt gebaute Fabrik brannte bald nieder, wurde aber später wieder aufgebaut. Als 1884 die Firma in Konkurs geriet, bildete sich die englische Wollmanufaktur

vorm. Oldroyd and Blackley. Bei der abermaligen Umwandlung in die heutige Deutsche Wollmanufaktur A.-G., Grünberg, wurden die vier Fabriken der Firma Oldroyd and Blackley für 4128700 Mark übernommen. Das Aktienkapital wurde auf 1691000 Mark festgesetzt. Englisches Kapital war bis kurz vor Ausbruch des Krieges tätig geblieben. Ende Mai 1921 wurden zwecks Verhütung der Überfremdung Vorzugsaktien ausgegeben. Die führenden Stellen des Unternehmens waren seit Beteiligung des deutschen Kapitals gemischt besetzt. Heute sind nur Deutsche in der Verwaltung tätig.

In Plauen i. V. errichtete etwa 1857 die Firma Curt Falicides mit englischem Kapital eine mit den neuesten technischen Mitteln ausgestattete Fabrik, und zwar wurde die Fabrik gerade deswegen in Plauen erbaut, weil die dort bestehenden deutschen Zwirngardinenfabriken noch immer mit veralteter Technik weiter arbeiteten. Somit schien das Geschäft sehr günstig zu werden. Tatsächlich war dies auch der Fall, solange der Konkurrenzkampf sich noch in mäßigen Grenzen hielt. Im Jahre 1890 wurde das Unternehmen mit der heutigen Gardinenfabrik Plauen als A.-G. verschmolzen. Der Übernahmepreis betrug 900000 M., wovon 400000 M. in Aktien bezahlt wurden. — Im gleichen Jahre wurde die Fabrik Jacobi Brothers & Co., Ltd., Plauen, erworben. Wie weit sich das Kapital dieser Firma an der Gardinenfabrik Plauen A.-G. beteiligte, ist nicht genau bekannt. Um die Jahrhundertwende betrug das gesamte englische Kapital bei der A.-G. Gardinenfabrik Plauen noch 100000 M., kurz vor dem Kriege 91000 M., bis es schließlich 1916/17 zwangsweise liquidiert wurde. Das Aktienkapital wurde nach dem Kriege von 1400000 M. auf 2300000 M. erhöht, ohne daß englisches Kapital herangezogen wurde. Somit ist heute kein ausländisches Kapital mehr bei dem Unternehmen beteiligt. Die führenden Stellen waren seit Umwandlung in die A.-G.-Form vornehmlich von Deutschen besetzt.

Die Firma The Nottingham Manufacturing Company Ltd. in Chemnitz errichtete etwa im Jahre 1860 in Chemnitz ihren heutigen Betrieb und nahm im Jahre 1864 in Pausa eine Strumpfwirkerei als Lohnbetrieb auf. 1866 ging man teilweise zum geschlossenen Betrieb über, verlegte ihn jedoch schon nach einem Jahre nach Oberreichenau, wo man eine Stuhlbauerei nach englischem Muster errichtete. Der Nachfolger der ehemaligen

englischen Strumpfwirkerei in Pausa ist heute die Strumpfwarenfabrik Karl Wittmann. In Chemnitz hingegen besteht das Unternehmen unter obiger englischer Firma heute noch weiter und arbeitet mit englischem Kapital.

Die Aktiengesellschaft für Gardinenfabrikation vorm. T. J. Birking & Co. in Ölsnitz i. V. übernahm bei ihrer Gründung im Jahre 1890 die seit etwa 1862 bestehende Zweigniederlassung der Firma T. J. Birking & Co. in Nottingham. Ausländisches Kapital war seit Gründung obiger Aktiengesellschaft aber nicht mehr vertreten. Ein Engländer hingegen verblieb noch längere Zeit in der Direktion.

Der Betrieb der Duncans Leinen-Industrie Aktiengesellschaft in Großschweidnitz führt ihre Gründung gleichfalls auf englisches Kapital zurück. Der Zweck der Gründung im Jahre 1871 war die Überführung des 1850 in Rawdon bei Leeds gegründeten Unternehmens nach Deutschland, um den hohen deutschen Zoll zu umgehen, da das Geschäft des englischen Hauptunternehmens ausschließlich mit Deutschland stattfand. Das in Großschweidnitz errichtete Unternehmen nannte sich anfangs Surr Wm. Duncans Anglo Bleach Works. 1905 wurde die Firma in die obige Aktiengesellschaft umgewandelt. Dabei blieb englisches Kapital bis heute am Unternehmen beteiligt; es betrug anfangs $^5/_6$ des Gesamtkapitals. Von der staatlichen Zwangsliquidierung im Kriege wurde das Unternehmen nicht betroffen.

Die Aktiengesellschaft Vereinigte Märkische Tuchfabriken in Berlin entstand im Jahre 1911 aus der Vereinigung der beiden mit englischem Kapital arbeitenden Firmen John Blackbourn Nachf. Albert Müller in Niederschönweide und Naylor & Co. in Wittenberge sowie folgender mit deutschem Kapital, aber unter englischen Betriebsleitern und Vorarbeitern arbeitenden Fabriken: Ludwig Lehmann A.-G., Rummelsburg, Anton und Alfred Lehmann A.-G., Niederschönweide und Berlin und der Luckenwalder A.-G., vorm. Wilhelm Müller, Berlin. Bei der Gründung der mit englischem Kapital arbeitenden vorgenannten Unternehmungen betrug das englische Kapital ca. 2 Mill. Mark, am Ende des 19. Jahrhunderts ca. 3 Mill. Mark. Zu Beginn des Krieges war englisches Kapital nicht mehr vertreten. Bereits im Jahre 1911 war es bei der Gründung der Vereinigten Märkischen Tuchfabriken A.-G. nationalisiert worden. Was die genannten

Firmen, die nur mit englischen Fachleuten arbeiteten, anbetrifft, so sei bemerkt, daß sie ehedem englische Halbwolltuche einführten. Als sie sich aber auch auf die Fabrikation englischer Stoffe selbst einrichteten, benötigten sie hierzu geschultes, technisches Personal, das sie nur aus England bekommen konnten.

Die Saganer Wollspinnerei- und Weberei ist eine Gründung der Firma Oldroyd and Behrenson Ltd. in Sagan. Wegen schlechten Geschäftsganges wurde im Jahre 1889 eine Aktiengesellschaft gegründet, wobei sich aber englisches Kapital nicht mehr beteiligte, während Henry Oldroyd noch im Vorstand verblieb.

Von dem 440 000 M. betragenden Stammkapital der Firma Lebenstein & Strupp, die seit 1912 G. m. b. H. ist und noch heute eine mechanische Weberei halbwollener, halbseidener Waren betreibt, waren bis zur Liquidierung im Jahre 1917 rund 300 000 M. in englischen Händen. Heute ist das Gesellschaftskapital deutsch.

Den Hauptfaktoren bei all diesen englischen Kapitalbeteiligungen in der niederlausitzer, sächsischen, brandenburgischen und schlesischen Textilindustrie sind wir bereits in gewisser Weise im 1. Teil dieses Kapitels begegnet. Aber ein bloßer Hinweis auf jene Ausführungen würde den Tendenzen der englischen Kapitalbewegungen keineswegs gerecht werden. Zwar haben die deutschen Schutzzollmaßnahmen auch hier schon vor 1879 Verschiebungen im deutsch-englischen Kapitalmarkt ausgelöst, jedoch treten die Wirkungen der deutschen Zollgesetzgebung für die englischen Kapitalbewegungen bei weitem nicht so stark in Erscheinung wie bei der süddeutschen Textilindustrie gegenüber dem schweizerischen Kapital. Ja, die deutsche Zollpolitik scheint hier sogar nur eine mittelbare Rolle gespielt zu haben, insofern zuerst die englische Textilmaschinentechnik und die zugleich mit ihr angewandten neuen Produktionsmethoden auf eine billige Belieferung Deutschlands mit englischen Textilwaren hinauslief und bald einen Handel mit Deutschland veranlaßte, dessen bessere Ausnutzung eben zu den bekannten Fabrikgründungen führte. Gerade die Anwendung einer vollendeten hochwertigen Technik und gediegenen Arbeitsmethode hatte den Engländern die Möglichkeit eines verhältnismäßig leicht zu gewinnenden deutschen Absatzmarktes eröffnet. Dies galt es auszunutzen, zumal die Eng-

länder in ihrer eigenen Heimat mit einer sehr starken Konkurrenz zu kämpfen hatten.

Wohin wir auch blicken, immer wieder sehen wir, wie der Engländer versuchte, durch neue Maschinen die Produktion rationeller zu gestalten. Er unterließ nichts, um so eine vollständige Umgestaltung der bisherigen Konkurrenzverhältnisse zu erreichen. Alle, welche die neuen technischen Hilfsmittel der englischen Textilindustrie sich nicht zu eigen zu machen verstanden, kamen zum Erliegen. Die gesamte Spinnerei und Weberei erlangte durch die verschiedensten Erfindungen immer größere Ausdehnung und Mannigfaltigkeit. Zuerst kamen der Webstuhl und die Spinnmaschine auf, die erstmals um 1800 unter Mithilfe eingewanderter Engländer in Chemnitz zur Aufstellung gelangten; dann folgten neben neuen Bleich-, Druckerei- und Färbereimethoden die Spül-, Scher- und Schlichtmaschinen, die Wasch- und Spülmaschinen, die Zentrifugaltrockenmaschinen, die verbesserten Webstühle, die Strick-, Näh-, Stick- und Tüllmaschinen usw. Die englische Textilmaschinentechnik war lange Zeit bestimmend für die Entwicklung der sächsischen Textilindustrie. Dies ist gerade hier der Beachtung wert.

Nicht zum ersten Mal ist in dieser Arbeit auch auf die Bedeutung des ausländischen Handels für eine spätere aktive Kapitalbeteiligung aufmerksam gemacht worden. Fast immer handelte es sich um den Handel mit Fertigfabrikaten, hier verdient aber auch als weiteres Glied dieser Kette für die englische Kapitalbeteiligung der Handel mit Rohstoffen hervorgehoben zu werden. Denn in den 70er Jahren kam australische und andere überseeische Wolle zur Verarbeitung. Die Wolle wurde von Londoner und Antwerpener Handelsfirmen geliefert und zwar mit sehr weitgehenden Zahlungserleichterungen: Drei Monate offenes Ziel und danach dreimonatliches Akzept. So wurden damals in erheblichem Maße Rohstoffkredite zur Verfügung gestellt, die dann allmählich mit der Erstarkung eines eigenen deutschen Handels und einer eigenen kapitalkräftigen deutschen Industrie immer mehr an Bedeutung abnahmen. Bei einzelnen Unternehmungen scheint auf Grund dieser englischen Kredite später eine aktive englische Kapitalbeteiligung eingetreten zu sein.

In kurzer Zusammenfassung all dieser Momente werden wir also sagen können, daß die deutsche Zollabsperrung, die Be-

lieferung mit Textilprodukten durch englische Firmen und insbesondere der hoch entwickelte englische Textilmaschinenbau die englischen Kapitalien in die niederlausitzer, sächsische, brandenburgische und schlesische Textilindustrie brachten, sei es, daß das englische Kapital selbst die Gründung übernahm, sei es, daß es sich an schon bestehenden Werken, die den englischen Fabrikationsprozeß bei sich einführten, beteiligte. Jedoch haben nur wenige dieser mit englischem Kapital arbeitenden Fabriken sich entgegen den schweizerischen Kapitalbeteiligungen in Süddeutschland mehrere Jahrzehnte gehalten. Anfangs waren gute Gewinne erzielt worden, mehr oder minder haben aber die Betriebe später nicht besonders gut gewirtschaftet. Die Verhältnisse brachten es dann mit sich, daß des einen Unglück des anderen Glück wurde. Die deutsche Industrie errang in kurzer Zeit eine sehr beachtenswerte Stellung und führte bei den deutschen Kapitalisten in gleicher Folge zu einer Festigung ihres kaufmännischen Geschickes und Wagemutes. Darum hielten sich dann — den gemeinten deutschen Industriellen und Kapitalisten gereicht dies zur besonderen Ehre, zumal wir sonst immer für diese Zeit noch genau das Gegenteil feststellen mußten — jene deutschen Kapitalisten, nachdem sie einmal die allgemeine günstige industrielle Entwicklung erkannt hatten, nicht zurück und jede schlechte Wirtschaftskonjunktur wurde ausgenutzt, um sich in den mit ausländischem Kapital finanzierten Unternehmungen festzusetzen. Auf diese Weise ist zumeist das englische Kapital in den 80er und 90er Jahren bei der deutschen Textilindustrie abgelöst worden. Unter häufiger weiterer Beteiligung von englischem Kapital, aber unter vorherrschend oder fast vollständig deutscher kaufmännischer wie technischer Leitung hat sich die Umwandlung in deutsche Unternehmungen vollzogen.

Nur insofern verdient das englische Kapital bei der deutschen Textilindustrie für die deutsche Volkswirtschaft Beachtung, als es für mehrere Textilgruppen der Träger der neuesten englischen Maschinentechnik und Produktionsweisen wurde. Niemals hat es jedoch die Bedeutung des schweizerischen Kapitals erlangt. Ende des Jahres 1918 waren überhaupt, soweit festgestellt wurde, nur noch etwa 3 Mill. Mark englisches Unternehmungskapital, das sich auf die sächsische, niederlausitzer und westschlesische Textilindustrie verteilt, investiert.

2. Die Verwaltungsüberfremdung.

Nicht so schnell wie die Nationalisierung der englischen Unternehmungskapitalien setzte sich, wie weiter oben schon ausgesprochen wurde, eine solche bei der Verwaltung durch. In Anbetracht der beherrschenden englischen Textilmaschinentechnik und der dadurch veranlaßten besonderen Produktionsweise waren englische Fachmänner mit der Leitung der Betriebe nicht nur in den dem englischen Kapital unterstehenden Unternehmungen, sondern auch in den deutschen Betrieben beauftragt worden, die den neuen englischen Fabrikationsprozeß der billigen Wollfabrikation bei sich einführten. Wenn hierbei den Engländern vielfach auch die kaufmännische Leitung übertragen wurde, so ist dies durchaus nicht verwunderlich. Doch haben nach den Angaben von älteren Gewährsmännern, die diese von Engländern geleiteten und von englischem Kapital beherrschten Unternehmungen in ihrem Wirken verfolgen konnten, erst später unter vornehmlich deutscher kaufmännischer und nachher sogar technischer Leitung hinreichenden Gewinn eingebracht. Für die Richtigkeit dieser Angaben spricht die Tatsache, daß Deutsche zum Teil schon sehr schnell die kaufmännische Führung der Unternehmungen in die Hand bekamen und dann, soweit bei diesem Übergang keine Nationalisierung der englischen Kapitalien erfolgte, späterhin die Nationalisierung entweder nur sehr langsam oder garnicht voranschritt. Letzteres ist gerade dort der Fall, wo die Gesamtleitung der Unternehmungen Deutschen anvertraut wurde. Der eigenartige Charakter der Deutschen, seine Pflichterfüllung ist so der Grund geworden, weshalb in diesen Betrieben noch heute das ausländische Kapital von Bedeutung ist. Dies besagt also, daß wir noch jetzt in den hier besprochenen Bezirken Unternehmungen haben, die dem englischen Kapital unterstehen, deren Verwaltung aber ausschließlich Deutschen anvertraut ist. Es gibt aber auch noch einige Unternehmungen mit geringer oder gar keiner ausländischen Kapitalbeteiligung, bei denen bis zum Kriege noch vereinzelt Ausländer tätig waren. Aber ihre Bedeutung ist insofern sehr eingeschränkt, als sie nur in meist untergeordneten Verwaltungsstellen beschäftigt waren. Hier und da treten auch heute noch bei einigen Verwaltungsstellen englische Namen auf, doch sind die Inhaber jener Stellen schon seit langem naturalisiert, also Deutsche.

Nicht unerwähnt sei auch, daß zugleich mit der manchmal verhältnismäßig schnell sich vollziehenden Nationalisierung der Verwaltung, — die ja, soweit eine vollständige Verwaltungsüberfremdung eingetreten war, sich anfangs ganz unabhängig von der Nationalisierung der ausländischen Kapitalbeteiligungen vollzog und nur dort später langsam erfolgte, wo bereits Deutsche in führenden Stellen ausschlaggebend waren — gleichfalls die Zahl der englischen Vorarbeiter, die von englischen und deutschen Unternehmungen nach Deutschland gezogen worden waren, ziemlich schnell abnahm, sodaß heute, soweit ersichtlich ist, die Gruppe der englischen Vorarbeiter vollständig nationalisiert ist, wohingegen gerade bei der süddeutschen Textilindustrie schweizerische Obermeister und Vorarbeiter in unverändert verhältnismäßig hoher Zahl tätig geblieben sind und hier ihre Beschäftigung auch in vollständig mit deutschem Kapital finanzierten Unternehmungen finden.

Das eine kommt hier so recht zum Ausdruck, daß in Zeiten mit nicht hinreichend entwickelter Industrie eine vollständige Verwaltungsüberfremdung das Wahrscheinlichste ist, die aber nur solange aufrechterhalten werden kann, als sich noch keine gleichwertige Konkurrenz gebildet hat und dadurch eine weit größere Anpassung der betreffenden Unternehmungen an den inländischen Markt erzwungen wird, vorausgesetzt, daß diese nicht so leicht zu überwindende Schwierigkeit von den ausländischen Verwaltungsinhabern in vorzüglichster Weise gelöst wird. Die Anpassung an Charakter und Geschmack, Gewohnheit und Recht der Bevölkerung, bei den Arbeitern sowohl als auch bei den Konsumenten, erfordert für die meisten Ausländer eine nur langsam sich vollziehende innere Umwandlung. Ein psychologisches Verstehen der Ausländer und der einheimischen Bevölkerung gehört mit dazu, wenn ein Unternehmen auf die Dauer blühen soll. Bei vollständiger Verwaltungsüberfremdung dürfte dies, wie hieraus ersichtlich ist, für längere Zeit kaum gelingen. Deshalb vollzog sich auch hier bei den englischen Unternehmungen schon sehr bald eine wenigstens teilweise Nationalisierung der Verwaltung ohne gleichzeitige Nationalisierung der Kapitalien. Ist dieser Grad der Entwicklung erreicht, sind Einheimische mit in die Verwaltung eingetreten, dann werden diese den in der Verwaltung verbleibenden Ausländern eine bedeutende Stütze werden, insofern sie sich viel leichter allen Erscheinungen des Wirtschafts-

lebens und des Rechts anzupassen vermögen, da sie dem Ganzen innerlich viel näher stehen. Die Folge hiervon ist, daß bei teilweiser Verwaltungsüberfremdung sich die Verwaltung nur schwer weiter nationalisiert.

Bei den Stellen, die stets unmittelbar auf den Betrieb Einfluß haben, wird die Nationalisierung je nach der Nationalität der vertretenen Ausländer sich mehr oder weniger durchsetzen. Da die Engländer in ihrem ganzen Auftreten stets etwas großzügiges haben, ist es auch zu verstehen, daß sie ihre Unternehmungen häufig genug ausschließlich Deutschen überließen. Nicht etwa Unfähigkeit oder Ungeschicklichkeit hat also die Engländer aus der Verwaltung getrieben, sondern die innere Wesensungleichheit führte von einer vollständigen Verwaltungsüberfremdung zu einer mindestens nur noch teilweisen.

Wenn demgegenüber bei der süddeutschen Textilindustrie im Ganzen genommen eine dauernde schweizerische Verwaltungsüberfremdung festgestellt wird, wenn die schweizerische Industrieintelligenz sehr gern von der süddeutschen Industrie aufgenommen wird, so spielen hier gleichfalls zugleich neben der anerkannten Tüchtigkeit die oben gekennzeichneten psychologischen Momente mit. Infolge innerer Übereinstimmung, verbunden mit anerkannter Geschäftstüchtigkeit der Schweizer treten die schweizerischen Verwaltungsüberfremdungen in Deutschland weit stärker in Erscheinung als etwa die anderer Nationen und gerade wegen dieser so wichtigen inneren Zusammenhänge ist die schweizerische Verwaltungsüberfremdung für die deutsche Volkswirtschaft durchaus günstig zu beurteilen. Fernerhin dürfte die kurze Gegenüberstellung der so grundverschiedenen englischen und schweizerischen Verwaltungsüberfremdung deutlich gemacht haben, daß bei der Frage der ausländischen Kapitalbeteiligung auch die Völkerpsychologie Beachtung finden muß. Sie bildet sogar einen wesentlichen Bestandteil zur tieferen Erfassung jener eigenartigen Bewegungen der Verwaltungsüberfremdung.

b) Bei der Jutespinnerei und Linoleumindustrie.

Außer all diesen Kapitalbeteiligungen englischer Kapitalisten bei der deutschen Textilindustrie im engeren Sinne waren auch noch englische Kapitalien bei der deutschen Textilindustrie im weiteren Sinne tätig. Hier bei der gemeinten Jutespinnerei und

Linoleumindustrie zeigte das englische Kapital ebenfalls die Eigentümlichkeit, daß es sich gern den noch neu in Deutschland einzuführenden Produktionszweigen zuwandte.

Als die Firma Spiegelberg & Co. in Vechelde bei Braunschweig im Jahre 1850 die Jutespinnerei einführen wollte, war nicht genügend deutsches Kapital zu erlangen. Der Umwandlung des Einzelunternehmens in eine „Aktiengesellschaft" erwuchsen aus dem damals in Deutschland herrschenden Mißtrauen gegen industrielle Unternehmungen unüberwindliche Schwierigkeiten, zumal es sich um einen Industriezweig handelte, der hierzulande bis dahin vollständig unbekannt war. Die Bemühungen wegen Gründung einer deutschen Gesellschaft blieben daher zunächst erfolglos. Dagegen gelang es im Jahre 1866, das Unternehmen in England, wo der Industriezweig bereits in hoher Blüte stand, als Aktiengesellschaft unter der Firma British and Continental Jute and Flachs Works Company Ltd. zu gründen. Daß der Sitz dieser Gesellschaft in England war, erschwerte die Geschäfts- und Rechnungsführung, weshalb der sich seit dem Jahre 1866 zu Gunsten industrieller Unternehmungen in Deutschland vollzogene Meinungsumschwung benutzt wurde, die englische Gesellschaft im Jahre 1868 in eine deutsche mit einem Kapital von 300 000 Talern unter der Firma Braunschweigische Aktiengesellschaft für Jute- und Flachsindustrie umzuwandeln[1]). So entstand erst mit Hilfe englischen Kapitals die erste norddeutsche Jutespinnerei, die heutige Braunschweigische A.-G. für Jute- und Flachs-Industrie in Braunschweig. Anscheinend hat sich aber auch nach der Umwandlung des Unternehmens in eine deutsche Gesellschaft weiterhin eine geringere englische Kapitalsumme beteiligt. Der Direktion gehörte lange Zeit noch John F. Mac Kean an. Die heutige Firma betreibt Fabriken in Braunschweig und Vechelde.

In der Linoleumindustrie wollten im Jahre 1883 die Linoleumwerke Hansa in Delmenhorst[2]) das reine Original-Waltonverfahren zur Anwendung bringen. Da sich hierdurch der Linoleum Manufacturing Company Staines London eine Konkurrenz bildete, so schickte sich diese englische Gesellschaft an, eine

[1]) Vgl. Richard Bettchenhäuser: Die Industrie des Großherzogtums Braunschweig 1889, S. 76.

[2]) Vgl. Gerb- und Farbstoffwerke H. Renner & Co., A.-G., Hamburg, im Kapitel: Chemische Industrie.

Zweigniederlassung in Deutschland zu gründen. Um diesem vorzubeugen, traten die Hansawerke mit der englischen Firma in Unterhandlungen. Die englische Firma gestand der Delmenhorster das ausschließliche Verkaufsrecht für Deutschland zu, verbürgte den Austausch aller technischen Erfahrungen, Erfindungen, Verkaufsrecht für englische Patente usw. Dafür wurden die Hansawerke als Tochterunternehmung des Londoner Unternehmens am 25. April 1883 unter der Firma German Linoleum Manufacturing Company Ltd. in Delmenhorst-London in das Handelsregister eingetragen. Selbst die Schutzmarke erhielt den Vermerk: „Gegr. 1883". Das Aktienkapital wurde auf 1 200 000 M. festgesetzt. Mit der Zeit stellte sich jedoch die Notwendigkeit heraus, das aus der englischen Form ganz und gar herausgewachsene Werk auch äußerlich als solches zu kennzeichnen. Es bildete sich daher eine neue Aktiengesellschaft, die am 1. Juli 1896 das Unternehmen erwarb und dieses unter der Firma Deutsche Linoleumwerke Hansa A.-G., Delmenhorst, fortführte[1]). Vor dem Kriege betrug das auf Namen und Inhaber lautende Aktienkapital M. 3 400 000, im Jahre 1920/21 M. 4 800 000. Ausländisches Kapital beteiligte sich bei dieser Erhöhung nicht mehr. Soweit solches noch vor dem Kriege vertreten war, wurde es im Jahre 1911 durch Kraftloserklärung seitens der Regierung abgestoßen. Es waren zu dieser Zeit 1083 Aktien in englischem Besitz. Im Vorstand des Unternehmens waren Deutsche, im Aufsichtsrat 3 Deutsche und 2 Engländer. Das sonstige Personal war deutsch.

Eine weitere Linoleumfabrik, bei der englisches Kapital investiert war, ist die Aktiengesellschaft Germania, Linoleumwerke in Bietigheim b. Heilbronn. Von dem 3 Mill. Mark betragenden Gesamtkapital waren M. 1 994 000 englisches Kapital. Auch dieses wurde im Kriege liquidiert.

Durch die Zwangsliquidierung des englischen Kapitals im Jahre 1917/18 ist also auch in der Linoleumindustrie der Einfluß des englischen Kapitals bedeutungslos geworden. Für eine immerhin in ihrer Ausdehnung sehr begrenzte Industrie war früher die Beteiligung des englischen Kapitals an zwei deutschen Unternehmungen nicht belanglos. Es erscheint aber kein Grund gegeben, diese bei einer selbst stark genug entwickelten deutschen Linoleumindustrie als wünschenswert gelten zu lassen.

[1]) Vgl. Der Staat Bremen: Art. Deutsche Linoleumwerke Hansa-Delmenhorst.

Gesamt-Zusammenfassung.

Betrachten wir rückblickend an Hand zweier graphischer Skizzen die Richtungen der gesamten ausländischen Kapitalbewegungen bei der deutschen Textilindustrie, so werden wir selbst unter der bewußten Voraussetzung, durchaus nichts Vollkommenes bieten zu können, durch die Skizzen in gewisser Weise nunmehr den Inhalt der gesamten Darstellung in anschaulicher Form uns vor Augen geführt sehen. Verfolgen wir kurz ihren Inhalt und zwar zunächst den der Skizze 3.

Die Konzentration des ausländischen Kapitals ist unmittelbar an der badisch-schweizerischen Grenze am stärksten ausgebildet gewesen. An Stelle der wenigen gezeichneten Pfeile hat man sich für Südbaden eine um ein mehrfaches größere Zahl Pfeile zu denken, wenn jeder Pfeil eine selbständige ausländische Kapitalbeteiligung darstellen soll. Die Konzentration des ausländischen Kapitals ist dort derart ausgeprägt gewesen und noch heute z. T. so stark, daß an einzelnen Orten 5, ja sogar 10 Unternehmungen mit ausländischer Kapitalbeteiligung einzuzeichnen gewesen wären. Aus technischen und prinzipiellen Gründen kann hier aber nicht mehr als die bloße Richtung angedeutet werden. Es gilt dies in erster Linie für die schweizerischen Kapitalbeteiligungen, nicht minder aber auch für das französische Kapital, wobei inbezug auf letzteres noch darauf hingewiesen sei, daß die Mühlhäuser Textilindustriellen und die Banc de Mulhouse für das französische Kapital häufig eine vermittelnde Rolle gespielt haben. — Der zweite Kreis mit der holländischen Kapitalanhäufung an der westfälisch-holländischen Grenze in den Städten Gronau, Nordhorn usw. ist ebenfalls nur den Grundzügen nach wiedergegeben. — Etwas andere Bewandtnis hat es mit den englischen Kapitalbeteiligungen. Hier bedeutet im allgemeinen der einzelne Pfeil auch eine selbständige englische Kapitalbeteiligung. Nur an wenigen Orten konnten mehrere englische Kapitalinvestierungen festgestellt werden. Doch dies genauer anzugeben, ist einmal nur sehr unvollständig möglich, zum anderen würde es dem Charakter der Zeichnung zuwiderlaufen, da nicht die genaue lokale Lage jeder einzelnen Beteiligung wiedergegeben wird, sondern das Prinzipielle der ausländischen Kapitalbewegungen in anschaulicher Weise zum Ausdruck gebracht werden soll. Was

Die Richtunge
deutschen Textili

Die Richtungen der ausl. Kapitalbewegungen bei der deutschen Textilindustrie in den Jahren 1800 - 1918.

Dr. Legge

im übrigen den weiteren Inhalt der Skizze anbetrifft, so dürften die früheren Ausführungen ihn in hinreichender Weise klarstellen.

Die sich im Laufe der Zeit vollzogene Nationalisierung des ausländischen Kapitals hat nun dahin gewirkt, daß wir heute ein ganz anderes Bild der ausländischen Kapitalbeteiligung bei der deutschen Textilindustrie vor uns sehen, als es die Skizze 3 veranschaulicht. Soweit es unter den besonderen Verhältnissen möglich ist, diene darum die an dieser Stelle beigefügte Skizze 4 als Ergänzung.

Im Vergleich zu der vorigen Darstellung hat sich mit der Zeit eine ganz offensichtliche Verschiebung der ausländischen Kapitalbeteiligungen vollzogen. Als neue Beteiligte treten in der west- und mitteldeutschen Textilindustrie neben holländischen auch amerikanische Kapitalisten auf, während das englische Kapital sich neuerdings abermals in Sachsen, dann aber auch im Rheinland neue Einflußgebiete zu schaffen sucht[1]).

Bei der Bedeutung sowohl Großbritanniens, Hollands wie der Vereinigten Staaten für die Rohstoffversorgung der Woll- als im besonderen der Baumwollindustrie, kann diese zum Teil von den deutschen Firmen bewußt veranlaßte ausländische Beteiligung kaum Erstaunen hervorrufen. Seide, Baumwolle und Jute muß Deutschland vollständig, Flachs, Hanf, Wolle zum großen Teil aus fremden Ländern einführen. Hier gilt es, bei den unsicheren Verhältnissen frühzeitig möglichst sichere Rohstoffbelieferung und schließlich auch Absatzgebiete zu schaffen. Haben wir denn nicht schon bei anderen vom Rohstoffmarkt des Auslandes abhängigen Industrien ähnliches festgestellt?

Heute kann eine Beteiligung des Auslandes bei der deutschen Industrie in gewisser Weise eine politische Entspannung und eine wirtschaftliche gegenseitige Berücksichtigung fördern, doch muß jede einzelne ausländische Kapitalbeteiligung auf ihre Zweckmäßigkeit hin genau geprüft werden, da fast jede ausländische Kapitalbeteiligung andere Voraussetzungen, Ziele und Wirkungen hat. Nichts ist verhängnisvoller für unsere Wirtschaftspolitik, als aus solchen politischen oder wirtschaftlichen Erwägungen heraus in Verallgemeinerungen zu verfallen. Wenn Kapital-

[1]) Aus besonderen Gründen mußte von der Wiedergabe etlichen Tatsachenmaterials leider abgesehen werden.

investierungen des Auslandes erfolgen, dann muß der Kerngedanke der Bestimmungen dahin lauten, daß niemals die Möglichkeit unerwünschten Einflusses gegeben ist. Wir müssen und sollen heute im gewissen Sinne internationale Wirtschaftspolitik treiben, nicht gegeneinander arbeiten, sondern gerade wirtschaftlich uns einander nähern. Niemals dürfen wir aber hierbei vergessen, daß wir auch Pflichten gegen uns selbst zu erfüllen haben. Deutschlands Zukunft liegt in seiner eigenen Kraft. Es muß dem Auslande zeigen, daß es sich durch Arbeit wieder Geltung erringt. Das wird den deutschen Gedanken stärken und schließlich die deutsche Wirtschaft auch auf dem Weltmarkte wieder zum Siege führen.

Die Richtunge
bei der

Die Richtungen der augenblicklichen ausl. Kapitalbewegungen bei der deutschen Textilindustrie.

Dr. Legge.
1923/24

4. Die chemische Industrie.

1. Die chemische Industrie im engeren Sinne.

Bei den bisher dargestellten Industrien gab die sehr mangelhafte Entwicklung des deutschen Kapitalmarktes gegenüber dem Auslande den ausländischen Kapitalisten die erste Veranlassung, ihre Kapitalien in Deutschland nutzbringend anzulegen. Hierin stimmten alle anfänglichen ausländischen Kapitalinvestierungen bei den sämtlichen deutschen Industrien überein. Ganz andere Beweggründe hingegen wurden verschiedentlich bei der chemischen Industrie im engeren Sinne für die ausländischen Kapitalisten Veranlassung, in ihr Betätigung zu suchen. Wie in den anderen Industrien, so war Deutschland auch in der chemischen Industrie in den 50er und 60er Jahren noch in hohem Maße vom Auslande abhängig. Die Soda- und Pottaschefabrikation nebst den hierbei gewonnenen wichtigen chemischen Nebenprodukten bildeten damals den Mittelpunkt für den chemischen Produktionsprozeß. Seitdem England 1823 das Salzmonopol aufgehoben hatte und von Nusspratt nach dem Leblancverfahren in Liverpool Soda hergestellt worden war, begann erst eigentlich die glänzende Entwicklung der Sodaindustrie, die dann auch England bald zum Beherrscher des Sodamarktes machte. Auf der anderen Seite hatten Frankreich und Amerika den Pottaschemarkt fest in ihren Händen. In beiden Fällen war Deutschland Käufer. Wie ein Kartenhaus stürzte dieses Verhältnis zusammen, als 1861 Grüneberg in Staßfurt begann, den Leblanc'schen Prozeß auf Kaliumsulfat anzuwenden. Seitdem man dieses Verfahren auf das Staßfurter Chlorkalium und Kalisulfat ausgedehnt hat, produziert Deutschland Pottasche (Kaliumcarbonat) aus Kalisalzen.

Den Sodafabriken, die nach dem Leblancprozeß produzierten, entstand ein gefährlicher Gegner in dem sogenannten Ammoniakverfahren. Dyar und Hemming nahmen 1838 ein britisches Patent auf die Darstellung von Bicarbonat und Soda aus wässeriger Lösung von Natriumchlorid und Ammoniak durch Einleiten von Kohlendioxyd. Über 20 Jahre lang blieb dieses Ver-

fahren unbeachtet, weil man die hierfür erforderlichen Mengen Ammoniak nicht beschaffen zu können glaubte und weil die mit der Herstellung der Apparaturen verbundenen Schwierigkeiten damals nicht beseitigt werden konnten. Erst nachdem die allenthalben emporgekommenen Leuchtgasfabriken in ihren Waschwässern große und immer mehr steigende Mengen Ammoniak produzierten, sah sich in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts Solvay veranlaßt, dieses Ammoniak technisch zu verwerten. Er führte den jetzt nach ihm benannten Prozeß in einer Reihe großer Fabriken auf technisch vollendete Weise durch, obwohl sich auch damals noch Stimmen erhoben, die das Verfahren für aussichtslos hielten, weil man die Produktion von Ammoniak durch die Gasanstalten unterschätzte und glaubte, daß größere Verluste an diesem verhältnismäßig teuren Ausgangsmaterial sich nicht vermeiden ließen. Da aber später die Kokereien noch größere Mengen Ammoniak lieferten und Solvay die Apparatur so vervollkommnete, daß die Ammoniakverluste kaum 5 kg auf 1000 kg Soda betrugen, hat der Solvay-Sodaprozeß, insbesondere seit den 80er Jahren, in Deutschland und Frankreich den Leblancprozeß größtenteils verdrängt. Für Deutschland wurde das Solvayverfahren dann vor allem dadurch bedeutungsvoll, daß die beim Leblancverfahren gewonnenen wichtigen chemischen Nebenprodukte, die beim reinen Solvay-Verfahren nicht ausgesondert werden, später auch vermittels besonderer chemischer Prozesse aus den Kalisalzen gewonnen werden konnten.

Diese beiden großen Umwandlungen auf dem Gebiete der anorganischen Chemie gewannen für die Beteiligung des ausländischen Kapitals in Deutschland durch die reichen deutschen Kalilagererschließungen besondere Bedeutung, da nun der englisch-französisch-amerikanische Soda- und Pottaschemarkt nebst der damit zusammenhängenden sonstigen chemischen Fabrikation bedroht wurde. Die französischen Kapitalisten der Pottaschefabrikation suchten deshalb auch in ihrer Not das mitteldeutsche Kaligebiet auf. Die französische Firma Société anonyme pottasse, Tilloy, Delaume & Co. in Courrières kaufte sich bei Staßfurt an und errichtete dort eine Fabrik. Dieses 1882 gegründete Unternehmen scheint aber schon nach wenigen Jahren in deutschen Besitz gekommen zu sein.

Auch englisches Kapital war schon früher zur Gewinnung der Nebenprodukte der Pottaschefabrikation in das Staßfurter Gebiet eingedrungen. — 1861 hatte der deutsche Chemiker Grüneberg in einer eigenen Fabrik in Staßfurt den Leblancprozeß auf Kaliumsulfat anzuwenden begonnen. Die Erfindung des Chemikers Frank, aus den rohen Abraumsalzen das Chlorkalium, das Sulfat und die übrigen Bestandteile rein auszuscheiden, hatte gleichfalls dahin gewirkt, daß die Entwicklung der chemischen Industrie nun schnell voranschritt. — Diese neuen Verfahren suchte sich auch das englische Kapital zu Nutze zu machen. Die englische Firma Leisler and Towsand errichtete daher bereits 1863 in Staßfurt eine Fabrik. Durch vielfache Anwendung mechanischer Hilfsmittel, sowie durch die sofortige Höhe ihrer Verarbeitung trat das Unternehmen aus dem Rahmen der bisherigen Fabriken hervor[1]). 1882 ging das Werk in deutsche Hände, in den Besitz der heutigen Aktiengesellschaft Staßfurter Chemische Fabrik vorm. Vorster & Grüneberg, über.

Es drang also englisches und französisches Kapital in das mitteldeutsche Kaliindustrie-Gebiet ebenfalls zu einer Zeit ein, als die Entwicklung der deutschen chemischen Industrie erst begann. Nur war es nicht die zurückgebliebene Technik an sich, welche das ausländische Kapital in die deutsche chemische Industrie hineinbrachte, sondern der Grund ist in den jetzt beginnenden großen Umwälzungen, die sich im chemischen Produktionsprozeß durchsetzten, zu suchen.

Die weiteren Erschließungen der Kalisalzlager in den 70er Jahren bei Westeregeln und Aschersleben mit englischem Kapital durch die Mineral-Salts-Produktion and Moorland-Reklamation Company Ltd. brachte in natürlicher Folge auch chemische Fabriken durch englisches Kapital zum Entstehen. Aber schon 1883 gingen diese Fabriken zugleich mit den Kalibergwerken dank des zielbewußten Auftretens einiger Direktoren wieder in deutsche Hände über.

Anfang der 80er Jahre trat Solvay in Deutschland mit seinen großen Ankäufen bei Bernburg auf. Die 1885 gegründete Deutsche Solvay-Werke A.-G., deren Aktienkapital sich von Anfang an vorwiegend in belgischem Besitz befand, breitete sich mit der

[1]) Emil Pfeiffer, Handbuch der Kaliindustrie 1887, S. 107.

Zeit immer weiter aus und gründete u. a. große chemische Fabriken bei Bernburg, Osternienburg, Plömnitz, Peißen (Saalekreis), Rheinberg (Rheinprovinz), Würselen (bei Aachen), Wyhlen in Baden und Hamburg. Der Siegeszug der Solvaygesellschaft kam erst recht zur Entfaltung, als es mit Hilfe des elektrolytischen Verfahrens gelang, alle wichtigen Nebenprodukte des Leblanc'schen Fabrikationsprozesses auch aus dem Kali zu gewinnen. Während das englische und französische Kapital bald durch die schon damals glückliche Verbindung von deutscher wissenschaftlicher Forschung und praktischer Ausnutzung derselben in den deutschen chemischen Fabriken verdrängt wurde, vermochte sich das Solvay-Konsortium durch seine später ausschließlich deutsche Führung — nur der Aufsichtsrat ist bis heute ganz belgisch geblieben — und durch sonstige gute Kapitalfundierung bei stärkstem Rückhalt an das Heimatunternehmen in Ixelles bei Brüssel zu halten.

So haben bei der deutschen chemischen Industrie den Anlaß zu den ersten größeren ausländischen Kapitalbeteiligungen die Entdeckungen auf dem Gebiete der anorganischen Chemie, die zu Umwälzungen im Produktionsverfahren geführt hatten, gegeben. Jetzt aber, nachdem die deutsche Wissenschaft der chemischen Industrie ihre Wege bahnt, bleibt der chemischen Industrie im engeren Sinne das ausländische Kapital so gut wie ganz fern. Es verdient hier besonders darauf hingewiesen zu werden, daß bei unserer größten deutschen chemischen Fabrik, der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen und auch in den ihr nahestehenden Unternehmungen kein ausländisches Kapital beteiligt ist. Obwohl Frankreich und England die Ursprungsländer der Teerfarbenfabrikation sind, haben sie doch ihre Führung an Deutschland abgeben müssen.

Auslandskapital hat augenblicklich, soweit festgestellt werden konnte, nur bei einigen wenigen Unternehmungen der chemischen Industrie maßgebenden Einfluß. Französisches Kapital hat in Deutschland die Farbenfabrik Ch. Lorilleux et Company Comm. a. A. in Leipzig, und zwar ist das ganze Gesellschaftskapital in französischen Händen. — Die Lack- und Farbenfabrik Gebrüder Mankiewicz & Co. in Hamburg wurde 1895 durch die englische Farbenfabrik Robert Ingham Clark and Company, Limited, London, mitbegründet. — Die Chemische Fabrik

H. Bergius & Co. in Goldschmieden in Schlesien ist im Besitz der Aluminiumindustrie A.-G., Neuhausen in der Schweiz. —

Belgisches Kapital ist seit Jahren bei der A.-G. Rhenania Verein. chem. Fabriken in Köln (früher Aachen) vertreten. Zwecks Verwertung der bis dahin in die Luft entweichenden schwefeligen Säure[1]) der in der Nähe liegenden Zinkhütten errichteten Deutsche und Belgier bereits 1852 unter der Firma Hasenclever & Co. das eben genannte Unternehmen. Ausländisches Kapital war von Anfang an und zwar soweit bekannt bis heute etwa mit $^1/_3$ beteiligt. Das Aktienkapital betrug vor dem Kriege 6 Millionen Mark. Den Anlaß zur belgischen Kapitalbeteiligung gab die Nähe der belgischen Grenze und im besonderen das Vorherrschen des belgischen Kapitals bei den im Aachener Bezirk gelegenen Zinkhütten.

Bei der Chemischen Fabrik Gebr. Giulini G. m. b. H. in Ludwigshafen am Rhein, die erst 1896 gegründet wurde, waren bis 1915 als Gesellschafter die 3 Gebrüder Giulini, sämtlich in Lazzago-Como in Italien, beteiligt. Heute figuriert als einzige Gesellschafterin die Firma Giuliniwerke A.-G., Basel, die sämtliche Anteile in Höhe von 2 100 000 Mark besitzt.

Das Quebrachoholz Argentiniens ist das wichtigste aller Rohstoffprodukte auf dem Gerbstoffmarkte. Deshalb war das Bestreben der deutschen Gerbstoffabriken stets darauf gerichtet, in möglichst naher Verbindung mit den argentinischen Exporteuren des Quebrachoholzes bzw. den Fabrikanten des später sogleich an Ort und Stelle aus dem Holze hergestellten Extraktes zu stehen. Bei den Gerb- und Farbstoffwerken H. Renner & Co. A.-G. in Hamburg (Rennerwerke) wurde mit der Zeit für den Fortbestand ihres Unternehmens ein engerer Zusammenschluß mit der bedeutendsten Gesellschaft, die für die Lieferung und Sicherstellung des Rohmaterials in Frage kam, nämlich der Forestal Land, Timber and Railways Company, Ltd., die zuerst in Buenos Aires residierte und später ihren Sitz nach London verlegte, zur Notwendigkeit. Die Rennerwerke beteiligten sich an dieser ausländischen Gesellschaft mit einem namhaften Kapitalbetrage und schlossen weiterhin einen zehnjährigen Interessengemeinschaftsvertrag ab, der aber unter den Kriegsverhältnissen

[1]) Die erste chemische Fabrik Magdeburgs zwecks Herstellung von Schwefelsäure wurde 1841 von Siegrist aus Amsterdam errichtet.

Ende 1915 von den Rennerwerken gekündigt wurde. — Als nach Aufhebung der Zwangswirtschaft der dringende Konsum im Inland gedeckt war und die großen Bewegungen auf dem Währungsmarkte einsetzten, wurde für die Rennerwerke der Export ihrer Produkte unterbunden, und zwar dies umsomehr, als die große Überproduktion an argentinischen Extrakten eine gewaltige Preissenkung hervorrief und so den auf Verwendung inländischer Rohmaterialien eingestellten Betrieb der Rennerwerke ernstlich gefährdete. Solche Verhältnisse veranlaßten einmal die Forestal Co., an den Vorstand der Rennerwerke mit der Frage heranzutreten, wie ein engeres Verhältnis wieder hergestellt werden könne, und zum anderen ergab sich auch für die Rennerwerke die Notwendigkeit, diese Frage aus eigenem Interesse näher zu prüfen. Wiederholte Verhandlungen führten dann zu dem Ergebnis, daß die Interessen der Rennerwerke am besten durch vollständige Fusion mit der Forestal Co. gewahrt würden. Bei Nichteingehen eines Fusionsvertrages drohte die Forestal Co. mit der Errichtung einer eigenen Fabrikanlage in Deutschland, und es ist wahrscheinlich, daß dann die Rennerwerke auf die Dauer unter den heutigen Verhältnissen nicht hätten Stand halten können. Ende des Jahres 1921 hat die Forestal Land, Timber and Railways Co. Ltd. fast sämtliche Aktien der Rennerwerke erworben. Da die Rennerwerke gleichzeitig 51 % der Aktien der Rheinischen Gerbstoff- und Farbholzextraktfabrik Gebr. Müller A.-G. in Benrath bei Düsseldorf besaßen, ist gleichzeitig auch diese Gesellschaft unter englischen Einfluß gekommen. In der Verwaltung der beiden deutschen Aktiengesellschaften ist insofern eine Änderung eingetreten, als die Forestal Co. zur Wahrnehmung ihrer Interessen nunmehr einige Vertreter in den Aufsichtsrat entsendet[1]).

Die A.-G. für chemische Produkte vorm. H. Scheidemandel in Berlin schloß mit der American Glue Co. zwecks Austausches ihrer Arbeitsmethoden und Erfahrungen und gemeinsamen Ein- und Verkaufes einen Interessengemeinschaftsvertrag ab. Mehrere Millionen Mark der Scheidemandel-Aktiengesellschaft wurden 1921 jener amerikanischen Gruppe, nachdem diese schon zuvor an der Börse Aktien angekauft hatte, übergeben und ein

[1]) Vergleiche den Bericht über die Linoleumwerke Hansa in Delmenhorst. (Textilindustrie S. 119).

Austausch der beiderseitigen Aufsichtsratsmitglieder vollzogen. — Nahe Beziehungen bestehen auch zu einer italienischen Unternehmergruppe.

Schließlich sei auch noch darauf aufmerksam gemacht, daß durch die elektrotechnische Industrie schweizerisches Trust- und Bankkapital bei elektrochemischen Werken Eingang gefunden hat.

Inwieweit sonst noch ausländische Kapitalbeteiligungen bei der deutschen chemischen Industrie vorhanden sind, entzieht sich der genauen Kenntnis. Nach den gemachten Feststellungen hat es den Anschein, als ob größere ausländische Kapitalbeteiligungen nicht vorhanden wären.

Der Erfindungsgeist der deutschen Chemiker, verbunden mit technischer Geschicklichkeit und kühner geschäftlicher Verwertung haben unsere chemische Industrie im engeren Sinne zu einer rein deutschen Industrie gemacht. Ihre Kapitalien sind sogar noch im Auslande angelegt. Die Produkte der deutschen chemischen Industrie beherrschen auch heute noch nicht nur den deutschen Inlandsmarkt, sondern sie sind führend in der Welt trotz der durch die Kriegskonjunktur künstlich entwickelten amerikanischen und englischen Farbenindustrie. In England sucht heute die Regierung mit gesetzgeberischen Mitteln die eigene chemische Industrie vor der deutschen Konkurrenz zu schützen; in Amerika will sich die Industrie durch Zusammenschluß selbst helfen. Dies alles sind Symptome, die auch für die vorliegende Betrachtung zu denken geben und das hier gekennzeichnete Wesen der ausländischen Kapitalbeteiligungen bei der chemischen Industrie im engeren Sinne nur noch deutlicher erkennen lassen.

2. Die chemische Industrie im weiteren Sinne.

Ein ganz anderes Aussehen als die chemische Industrie im engeren Sinne zeigt die chemische Industrie im weiteren Sinne, die jedoch hier nur insoweit zur Darstellung gelangen soll, als nicht zweckdienlicher der eine oder andere dieser gemeinten Industriezweige in einem der folgenden Kapitel zur Besprechung kommt.

a) Die Glas- und Spiegelglasindustrie.

Die deutsche Spiegelglasfabrikation ist französischen Ursprunges. In Frankreich gelangte bereits seit 1700 die Spiegel-

glasfabrikation zu einer immer größeren Bedeutung und wußte sich auch bald in Europa eine Monopolstellung zu schaffen. — Als Deutschland dann durch Schutzzölle auf die Entstehung einer eigenen Spiegelglasindustrie hinwirkte, suchte die französische Weltfirma Société anonyme des Glaceries et des Produits Chimiques de St. Gobain, Chauny et Cirey à Paris[1]) sich den deutschen Markt dadurch zu erhalten, daß sie zunächst 1852 als Zweigfabrik die heutige Spiegelglasmanufaktur A.-G. Stolberg errichtete. Bis auf den heutigen Tag ist das gesamte Kapital in Händen dieser französischen Firma geblieben.

Um aber auch für den süddeutschen Markt einen besseren Stand zu bekommen, da bisher einzelne bayerische Firmen den größten Einfluß auf die süddeutschen Marktverhältnisse besaßen, gründete die gleiche französische Firma in Waldhof bei Mannheim wegen der dort günstigen natürlichen Beschaffenheit des Bodens — Vorkommen von Sand — sowie der günstigen Verkehrslage im Jahre 1853 ihre zweite deutsche große Niederlassung. Diese bestand seit 1858 ununterbrochen unter der Firma: Société anonyme des manufactures des glaces et produits chimiques de St. Gobain, Chauny et Cirey weiter. Die französische Firma brachte damals auch sofort einen Stamm geschulter französischer Arbeiter mit, für die sie in Mannheim Wohnungen baute. Im Jahre 1917 wurde die Filiale zwangsweise liquidiert und gelangte so in deutsche Hände. Bis zu diesem Tage war ausschließlich französisches Kapital beteiligt und sämtliche führenden Stellen waren bis dahin nur von Franzosen besetzt. Das Gesellschaftskapital dieser Spiegelglasmanufaktur Waldhof A.-G. in Mannheim-Waldhof wurde auf 4 Millionen Mark festgesetzt, wozu ausdrücklich bemerkt sei, daß ausländisches Kapital hieran nicht mehr beteiligt blieb. Im Aufsichtsrat sind jedoch heute erneut Franzosen vertreten.

Außer den sämtlichen Kapitalien dieser beiden Unternehmungen sind noch etwa je die Hälfte des Gesellschaftskapitals der Herzogenrather Spiegelfabrik Bicheroux Lambotte et Co. G. m. b. H. in Herzogenrath und einer anderen größeren in Ostdeutschland gelegenen Spiegelglasfabrik im Besitz der Firma von St. Gobain, Chauny et Cirey à Paris.

[1]) Das Aktienkapital dieser Gesellschaft betrug vor dem Kriege 60 Millionen Frs. und 35 Millionen Frs. Reserven.

Einen scharfen Konkurrenten in der Spiegelglasfabrikation erhielt Frankreich im Laufe des 19. Jahrhunderts in Belgien. Dort hatte sich seit 1850, nachdem die Spiegelglasindustrie gleichfalls von Franzosen eingeführt worden war, eine immer stärker werdende belgische Industrie entwickelt, die dann auch später für den deutschen Spiegelglasmarkt Bedeutung erlangte.

Als Zweigfabrik der Glaces nationales Belges à St. Roch.-Auvelais wurde die Spiegelglasfabrik Germania A.-G. Porz-Urbach bei Köln gegründet. Das Kapital der Gesellschaft blieb bis heute in ihren Händen.

Bei der Gründung der Rheinischen Spiegelglasgesellschaft Eckamp bei Ratingen war gleichfalls belgisches Kapital beteiligt. Da Belgien für die Spiegelglasfabrikation neben Frankreich in erster Linie in Betracht kam, war belgisches Kapital und belgisches Personal — Angestellte und Arbeiter — wegen der so nahen Grenze bei der Gründung des Unternehmens im Jahre 1889 das Gegebene. Günstige Kohlen- und Rohmaterialienbeschaffungen waren für die Wahl des Ortes maßgebend gewesen. Anfangs war das belgische Kapital zur Hälfte an dem Werke beteiligt, aber seit Einführung der Aktien an der Berliner Börse hat sich das deutsche Kapital für das Unternehmen stärker interessiert. Heute ist nur etwa $^1/_5$ des Gesellschaftskapitals in belgischem Besitz. Das Aktienkapital betrug ursprünglich 2500000 Mark, nach dem Kriege ist es erhöht worden. Im Jahre 1921 sind fast die gesamten Aktien der Reisholzer Spiegelglasfabrik, die im Besitz der Gerresheimer Glashüttenwerke waren, der holländischen Gesellschaft Anglo-Dutch Bottle-Works in Amsterdam, der wieder die Gerresheimer Glashüttenwerke nahestehen, übertragen worden. Mittlerweile wurde jedoch die Reisholzer Spiegelglasfabrik hinwiederum an das Spiegelglassyndikat verkauft.

Diese vorgenannten 7 deutschen Firmen sind sämtlich an der Convention International des Glaceries à Bruxelles beteiligt. Bei ihr haben die gleichen französisch-belgischen Interessen, die in der deutschen Spiegelglasindustrie vertreten sind, eine ausschlaggebende Stellung inne. Außer den 7 angeführten Firmen gehören aber noch einige andere deutsche Spiegelglasfabriken, bei denen kein belgisches oder französisches Kapital beteiligt ist, der Brüsseler Konvention an. Von einer Abwehrbewegung

gegenüber dem ausländischen Kapital konnte in der Spiegelglasindustrie nicht die Rede sein, da die rein deutschen Fabriken notwendigerweise einträchtig mit den vom Ausland finanzierten Unternehmungen im Verein deutscher Spiegelglasfabriken G. m. b. H. in Köln eine gemeinsame Verkaufspolitik befolgen mußten[1]). Deshalb wird auch in naher Zukunft kaum an eine Schwächung des ausländischen Einflusses bei der deutschen Spiegelglasindustrie zu denken sein.

Das französische und belgische Kapital hat nicht allein die Initiative zu den erwähnten Spiegelglasfabrikgründungen gegeben. Zum Teil ist das ausländische Kapital erst viele Jahre nach der Gründung des Unternehmens beteiligt worden und zwar in bewußter Absicht seitens der deutschen Unternehmer. Die sich immer mehr ausbauende Monopolstellung der französischen und belgischen Spiegelglasfabrikanten ist die Veranlassung zur ausländischen Kapitalbeteiligung gewesen. Hinzu kam noch, daß die ausländischen deutschen Zweigniederlassungen eine vermittelnde Rolle spielten, sowohl hinsichtlich der Kapitalbeschaffung als auch inbezug auf die Hinzuziehung von gut geschultem Personal, das dann in mehr oder weniger führenden technischen und sogar kaufmännischen Posten Anstellung fand. Auf diese verhältnismäßig sehr starke Verwaltungs- und Arbeiterüberfremdung wird an anderer Stelle noch zurückzukommen sein. Gerade der Umstand, daß die französischen und belgischen Spiegelglasfabrikanten stets vorzüglich ausgebildetes Personal zur Verfügung hatten, sowie die allgemein führende Weltstellung Frankreichs und Belgiens in der Spiegelglasfabrikation insbesondere haben dahin gewirkt, daß sich auch in Deutschland das französische und belgische Kapital seinen Einfluß bis heute sichern konnte. Vor dem Kriege dürfte das französisch-belgische Kapital bei den deutschen Spiegelglasfabriken etwa 13 Millionen Goldmark in Aktien, Stammanteilen usw. betragen haben. Bei den in der Nachkriegszeit vorgenommenen Kapitalserhöhungen der einzelnen Werke hat sich das Auslandskapital durchweg in gleichem Verhältnis wie bisher beteiligt und ist auch heute noch trotz der Nationalisierung der Spiegelglasfabrik in Waldhof unvermindert stark in der deutschen Spiegelglasindustrie beteiligt.

[1]) Vergleiche Charlotte Leubuscher: Die ausländische Kapitalbeteiligung an der deutschen Industrie in Schmollers Jahrbuch 1917, Seite 340.

Wenn schon durch die Zwangsliquidierung der französischen Zweigniederlassung in Mannheim-Waldhof eine Fabrik der Spiegelglasmanufaktur dem französischen Einfluß entzogen ist, so steht dem gegenüber, daß seit 1920/21 französisches Kapital auch in anderen Zweigen der Glasindustrie Eingang gefunden hat[1]). Ein großer Teil des Gesellschaftskapitals der Aktien-Glashütte St. Ingbert mit ihren Glashütten in St. Ingbert und Luisental (Saargebiet) ist 1920/21 an die französische Firma: Société de Vertou und ebenso von der Fenner Glashütte an die französische Firma Trois-Fontaines übergegangen[2]).

Eine geringe Kapitalsumme der schweizerischen Uhrenindustrie hat fernerhin zwecks Einflußnahme auf die Uhrglasfabrikation bei einer mitteldeutschen Glasfabrik Betätigung gefunden. —

Österreichisch-böhmisches Kapital weist die ostdeutsche Glasindustrie auf. Außer bei der Max Krey & Co. Glasindustrie Schreiber A.-G. in Berlin mit ihren Glasfabriken in Fürstenberg an der Oder und Briesen in der Mark ist österreichisch-böhmisches Kapital noch bei einigen weiteren schlesischen Unternehmungen mehr oder weniger stark beteiligt. Auch hier rief die frühzeitige Entwicklung der heimischen Glasindustrie (böhmische Kristallfabrikation usw.) die Kapitalexpansion hervor.

Während nun bei der Glasindustrie eine geringe Nationalisierung des österreichisch-böhmischen Kapitals langsam eingetreten ist, kann bei der deutschen Spiegelglasfabrikation hiervon keine Rede sein. Die durch die geschichtliche Entwicklung bedingte Vormachtstellung Frankreichs und Belgiens tritt dem hier mit äußerster Kraft entgegen. Unter den gegebenen Verhältnissen dürfte es vorläufig kaum möglich sein, die deutsche Spiegelglasfabrikation zu einer rein nationalen Industrie zu machen.

---

[1]) In diesem Zusammenhang wird auch eine Notiz der Frankfurter Zeitung Nr. 360 vom 18. Mai 1920 von Interesse sein. „Die französische Presse meldet: In St. Etienne hat sich eine Gesellschaft unter der Firma Verries Valentin Mesner mit einem Kapital von 60 Millionen Frs. gebildet. Ein englisches Konsortium hat dieser Gesellschaft die Lizenz der Patente Fouriault für Frankreich abgetreten und beteiligte sich mit Kapital. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Glashütte von Andresienne (Loire) und die Wiederinbetriebnahme der alten Hütte von Busset Vichy (Allier), welche Fensterglas nach dem Fouriault-Verfahren fabriziert."

[2]) Vergleiche Kölnische Volkszeitung Nr. 55 vom 20. Januar 1921.

b) Die Kohlensäure- und Mineralwasserindustrie.

Eine ähnliche sehr starke Kapitalbeteiligung des Auslandes weist die Kohlensäureindustrie auf. Etwa 45% der gesamten deutschen Kohlensäureproduktion unterstehen noch bzw. unterstanden holländischem Kapital. 16 Kohlensäurewerke im jetzigen deutschen Reiche gehören allein der Aktiengesellschaft C. G. Rommenhöller in Berlin-Rotterdam. Der Gründer dieser Gesellschaft, C. G. Rommenhöller in Rotterdam hatte als Besitzer des Viktoriabrunnens in Oberlahnstein am Rhein großes Interesse an der billigen Beschaffung der zum Imprägnieren dieses Brunnens notwendigen Kohlensäure und wandte darum seine Aufmerksamkeit allen Verbesserungen auf diesem Gebiete zu. So wurde er auch Anfang der 80er Jahre mit den Bestrebungen Raydt's in Hannover bekannt, der sich bemühte, die von Natterer 1844 in Wien gezeigte Möglichkeit, Kohlensäure maschinell zu verflüssigen und die erzeugte Flüssigkeit in geeigneten Behältern zu transportieren und für die Technik verwertbar zu machen. Raydt hatte mit seinen Versuchen Erfolge erzielt und sich Patente erteilen lassen. Diese Patente waren indes nach den Bestimmungen des Gesetzes nicht haltbar und, da die Verhandlungen zwischen Rommenhöller und den inzwischen an Stelle Raydt's getretenen anderen Patentinhabern nicht zum Ziele führten, griff Rommenhöller die Patente an, obsiegte in diesem Rechtsstreit und schaffte sich damit nicht nur das Recht, die neuen Möglichkeiten der Verflüssigung der Kohlensäure für seinen Mineralbrunnen zu verwerten, sondern machte auch zugleich die Bahn frei für die Entwicklung einer neuen Industrie, der Kohlensäureindustrie. Er hat sich von vornherein an die Spitze derselben gestellt und ist auch bis heute größter Förderer der Kohlensäureproduktion geblieben. Das an natürlichen Kohlensäurequellen so reiche Deutschland wurde sein Hauptbetätigungsfeld.

Als Holländer hatte C. G. Rommenhöller das zur Errichtung seiner in Deutschland gegründeten Fabriken, von denen die erste 1887 erbaut wurde, erforderliche Kapital bei seinen holländischen Freunden erbeten und erhalten. Die heutige A.-G. Kohlensäurewerke C. G. Rommenhöller, Berlin, ist aus Privatunternehmungen Rommenhöllers, der damals in Rotterdam, jetzt in Berlin wohnt, hervorgegangen. Da die Hauptbetriebe in Deutschland lagen,

wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen für Deutschland obengenannte deutsche Firma gewählt, während für Holland die Gesellschaft unter dem Namen Maatschappiy tot exploitatie der C. G. Rommenhöllersche Koolzur en Zuurstof Werken Rotterdam weiter firmierte. Von den heute in Betrieb befindlichen Werken wurden bei der Gründung obiger A.-G. im Jahre 1899 folgende Werke eingebracht: Berlin, Bremen, Grafenort (Schles.), Herste b. Brakel (Westf.) und Wilhelmsburg bei Hamburg. Seitens der Gesellschaft wurden selbst errichtet die Werke in Beuthen, Breslau, Burgsinn (Unterfranken), Danzig, Essen, Frankfurt a. M., Gleiwitz, Magdeburg, München, Namedy a. Rh., Saarbrücken, Stettin und Straßburg[1]). Alle diese Werke zeichnen als Zweigniederlassung des Hauptgeschäftes in Berlin und zwar wurden sie deshalb an den genannten Orten neu errichtet, weil jeweils die Absatzziffern der betreffenden Gebiete die Errichtung neuer Werke wünschenswert machten. In diesen Fabriken wird nun teils natürliche, teils künstliche Kohlensäure durch Verbrennen von Koks und Weiterverarbeitung der gereinigten Verbrennungsgase gewonnen. Der Anteil der Werke an der Gesamtproduktion in Deutschland beträgt ca. 33%. Das Gesellschaftskapital wurde bei der Gründung durch Ausgabe von Aktien und Obligationen im Gesamtbetrage von 3000000 fl. beschafft; infolge Amortisation betrug diese Summe vor dem Kriege noch 2630000 fl., im Jahre 1920/21 noch 2320000 fl. Der Vorstand der Gesellschaft ist deutscher, der Aufsichtsrat holländischer Nationalität. Die kaufmännischen wie technischen Leiter der einzelnen Werke sind sämtlich Deutsche. Rommenhöller hat sich inzwischen kurz vor dem Kriege in Deutschland naturalisieren lassen.

Außer bei diesem Kohlensäuregroßunternehmen ist auch noch bei einigen anderen deutschen Kohlensäurefabriken holländisches Kapital beteiligt. Die Gesellschaft zum Betriebe rheinischer Kohlensäurewerke in Oberlahnstein a. Rh. wurde etwa 1890 von C. G. Rommenhöller ins Leben gerufen.

Holländischen Kapitalisten gehört auch noch die in Honnef am Rhein gelegene sogenannte Drachenquelle mit Mineralbrunnen und Kohlensäurewerk. Besitzerin ist die Maatschappiy Drachenquelle A.-G. in Rotterdam, die aber ihrerseits seit 1908

[1]) In anderen Ländern besitzt die Rommenhöller A.-G. gleichfalls Unternehmungen. Sie ist das größte Kohlensäureunternehmen der Welt.

das Unternehmen an eine deutsche G. m. b. H. verpachtet hat. An der genannten holländischen Firma ist gleichfalls wieder C. G. Rommenhöller beteiligt.

Seit 1920 sind auch bei dem Kohlensäurewerk A.-G. St. Augustinussprudel in Namedy-Andernach wiederum holländische Kapitalisten interessiert. Dem Aufsichtsrat gehören z. Zt. zwei Holländer an. — Gleichfalls hat in jüngster Zeit belgisches Kapital bei dem Kohlensäurewerk in Bodendorf an der Aar Anlage gefunden.

Im engen Zusammenhang mit diesen holländischen Kapitalisten der deutschen Kohlensäureindustrie steht auch die holländische Kapitalbeteiligung bei den deutschen Mineralbrunnen. Wie schon vorher ersichtlich, betreiben einige der genannten Unternehmungen auch noch Mineralwasserquellen. Diese unterstehen also somit gleichfalls der Kontrolle des holländischen Kapitals.

Auffallend ist bei den deutschen Mineralbrunnen auch eine größere Beteiligung des englischen Kapitals. Heute noch sind in englischen Händen der Appolinarisbrunnen in Neuenahr, der Mineralbrunnen in Zollhaus in Nassau und eine Quelle in Soden im Taunus. — Auch der Krontaler Mineralbrunnen, einer der ältesten und bedeutendsten Brunnen Deutschlands gelangte 1900 in englische Hände. Da die Engländer ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkamen, erhielten die deutschen Eigentümer auf dem Subhastationswege ihren Besitz wieder zurück. Das Stammkapital der englischen Gesellschaft betrug 150 000 Mark. Von 1900 bis 1906, in welchem Jahre die Nationalisierung wieder erfolgte, waren der Vorstand und der Aufsichtsrat englischer Nationalität, wohingegen der Betriebsleiter der deutschen angehörte.

Um die Wende des 19. Jahrhunderts war es überhaupt ein allgemeines Bestreben Englands geworden, in Deutschland Mineralbrunnen aufzukaufen. Das Vorhaben Englands gelang in verschiedenen Fällen, da diese Industrie in Deutschland von jeher wegen des geringen Konsums von Mineralwasser nicht sehr nutzbringend arbeitete, wohingegen England wegen des bekannten Whisky-Sodawater einen sehr hohen Mineralwasserkonsum zu verzeichnen hat. Gerade durch diese Umstände dürfte sich die englische Kapitalbeteiligung bei den meisten deutschen Mineralbrunnen in erster Linie erklären.

Was es doch nicht alles für Gründe zur ausländischen Kapitalbeteiligung gibt, wird man erstaunt ausrufen, wenn man die Geschichte des Bades Boll in Baden durchsieht. Eine englische Sportgesellschaft The Boll Fishing Club London mit einem Kapital von 160000 Mark kaufte 1894 Bad Boll lediglich zum Zwecke, das Fischwasser in der Wutach zum Sportangeln zu erhalten. Der bisherige Besitzer, Oberbürgermeister Schuster in Freiburg i. Br., gab das Fischwasser jedoch nur unter der Bedingung ab, daß das Bad mit in Kauf genommen würde, und so mußte der englische Sportklub wohl oder übel das Anwesen kaufen, um das Fischwasser zu erhalten. Infolge einer Papierfabrikanlage in Neustadt im Schwarzwalde wurde das Fischwasser durch die Abwässer der Fabrik verseucht. Nunmehr sah sich der Sportklub veranlaßt, das Bad mit Kurhaus für 45000 Mark zu verkaufen. Leiter des Unternehmens waren bis 1912 Mr. Harry Lee und Mr. Charles, London.

c) Die Gummiindustrie.

Internationalen Charakter hat von jeher die Gummi- und Kautschukindustrie gehabt. Die Rohstoffe zur Gummi- und Kautschukfabrikation sind Kolonialerzeugnisse. Schon bei der Gewinnung der Rohprodukte ist die stärkste Internationalisierung bei überwiegend englischer Kapitalbeteiligung festzustellen. In Niederländisch-Indien z. B. verteilte sich im Jahre 1912 der Besitz bei den Kautschukunternehmungen in folgender Weise: 163 Millionen Mark gehörten englischen, 35,75 Millionen Mark holländischen, 26,25 Millionen Mark amerikanischen und schwedischen Kapitalisten[1]). Einen gewissen Widerhall fand die internationale Zusammensetzung des Kapitals, wenn auch geschwächt, bei den Stätten der Fertigfabrikation.

Die New-York Hamburger Gummiwaren Company A.-G. in Hamburg wurde 1871 von einem deutsch-amerikanischen Konsortium gegründet. Die Beteiligung des amerikanischen Kapitals bildete damals etwa den 7. Teil des Aktienkapitals. Diese Beteiligung erschien der Firma notwendig zur besseren Abwicklung der Geschäftsverbindungen; weiter aber

[1]) H. Großmann: Das Kautschukproblem und seine Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft. Zeitschrift „Technik und Wirtschaft", Jahrgang 1913, S. 98.

erklärt sich die ausländische Kapitalbeteiligung dadurch, daß die ausländischen Besitzer von Aktien der Firma ursprünglich Deutsche waren, bzw., daß deren Söhne später ins Ausland gingen. Der an der Gründung beteiligte amerikanische Aktienbesitz von 300000 Mark wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts abgestoßen, an seine Stelle ist englisches Kapital getreten. Das Gesamtkapital des Unternehmens betrug ursprünglich 1200000 Mark, nach dem Kriege wurde es erhöht. Vorstand, Aufsichtsrat usw. wurden stets ausschließlich von Deutschen gebildet. Die Fabrik der Gesellschaft befindet sich in Barnbeck.

Ein amerikanisch-französisches Unternehmen ist die A.-G. Etablissement Hutchinson in Mannheim. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft betrug vor dem Kriege 7 Millionen Frs., seit 1921 zählt es 15 Millionen Frs. Hergestellt werden Gummiwaren, insbesondere Gummischuhe. Die Hauptniederlassung ist in Paris und wurde dort von Amerikanern um die Mitte des 19. Jahrhunderts gegründet. Auch die deutsche Niederlassung stammt bereits aus dieser Zeit.

Ausländische, insbesondere englische Firmen versuchten nach Beendigung des Krieges sich an verschiedenen der in der Nähe von Frankfurt a. M. gelegenen Gummifabriken zu beteiligen, was ihnen bei einem Unternehmen, jedoch soweit festgestellt wurde, ohne entscheidende Einflußnahme auch gelang.

Österreichisches Kapital hat schon seit Jahren die Gesellschaft Vereinigte Gummiwarenfabriken Harburg-Wien vorm. Menier J. N. Reithoffer in Harburg a. Elbe. Die Hauptfabrik des Unternehmens ist in Wimpassing in Niederösterreich.

Auch bei der Continental Caoutschouk und Guttapercha Compagnie in Hannover war schon vor dem Kriege ausländisches Kapital beteiligt. 1920 wurden weiterhin einer befreundeten ausländischen Gruppe 11250000 Mark zu einem dem Wert der Aktien angemessenen Kurse überlassen.

d) Die Sprengstoff- und Zündwarenindustrie.

Sehr alten Datums ist auch die ausländische Kapitalbeteiligung bei der deutschen Sprengstoffindustrie, denn die erste deutsche Zünderfabrik in Deutschland wurde 1844 durch eng-

lische Kapitalisten errichtet. Ununterbrochen ist von 1844—1918 fast ausschließlich englisches Kapital an den heutigen Zünderwerken Meißen vorm. Bickford & Co. tätig gewesen.

Die englische Firma Bickford, Smith & Co. errichtete zur Erleichterung ihres Absatzes und auf Veranlassung der Großindustriellen Gebr. Jakobi im Triebischtale bei Meißen 1844 eine Fabrik zur Herstellung von Sicherheitszündern für Bergwerke. Das Unternehmen erhielt die Firma Bickford & Co. Gründer des Unternehmens waren John Bickford, Georg Smith, Josef Eales, Franz Ludwig und Johann Ernst Jakobi. Letzterer schied entsprechend dem Gesellschaftsvertrage 1865 nach dem Tode seines Bruders Franz aus der Firma aus. Alleinige Inhaber wurden nunmehr John Salomon Bickford in Tuchingsmill, Georg Smith in Cambrone, Josef Eales in Meißen und Simon Davey in Rouen. Durch mehrmalige Sterbefälle der Teilhaber wechselten zwar die Besitzer, jedoch blieb der Besitz durch verwandtschaftliche Beziehungen seit 1865 stets in englischen Händen. Auch hatten die Leitung der Fabrik seit dem Bestehen nur Engländer inne. 1918 ging der gesamte Besitz an die Firma Zünderwerke Meißen vorm. Bickford & Co. über.

Eine nahe Verbindung deutscher und englischer Kapitalisten bei der deutschen Sprengstoffindustrie wurde 1886 durch die Bildung des Nobel-Dynamit-Trustes durchgeführt[1]). Es ist nicht unwahrscheinlich, daß infolge dieser deutsch-englischen finanziellen Interessengemeinschaft eine Beteiligung des englischen Kapitals bei den deutschen Sprengstoffunternehmungen stattgefunden hat. Heute jedenfalls sind die Aktien der Nobel-Dynamit-Unternehmungen bis auf die Saarwellinger Sprengstoffabrik der Dynamit A.-G. Nobel, die seit 1919 unter Kontrolle der Franc-Sarroise steht, ausschließlich in deutschem Besitz.

---

[1]) The Nobel Dynamite Trust Company Ltd. London besitzt Aktien der Dynamit A.-G. vorm. Alfred Nobel & Co. in Hamburg, sämtliche 2000 Aktien der Rhein. Dynamitfabrik in Opladen, sämtliche 2500 Aktien der deutschen Sprengstoff A.-G. in Hamburg, von 1450 Aktien 1449 Aktien der Dresdener Dynamit A.-G., Dresden. Fernerhin gehören die Sprengstoffkosmos in Hamburg, Rhein.-Westf. Sprengstoffaktiengesellschaft, Erzgeb. Dynamitfabrik in Honnersdorf bei Geyer, der Sprengstoffwerke zu Nahnsen A.-G. und der westdeutschen Sprengstoffwerke A.-G. gleichfalls zum Dynamittrust. H. Liefmann: Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften, Jahrgang 1913, S. 271 ff.

Ganz anders stellt sich das Vordringen der amerikanischen Trustgesellschaft Diamond Match Company bei der deutschen Zündholzindustrie dar. Dieser Trust suchte durch billige Belieferung sich auch den deutschen Markt zu erobern, und um dieses besser erreichen zu können, erbaute er 1900 eine Zündholzfabrik in Rheinau bei Mannheim. Da ihm sein Vorhaben nicht glückte, sah sich der Trust bereits 1904 wiederum veranlaßt, seinen Besitz an die heutige Aktiengesellschaft Deutsche Zündholzfabriken in Berlin zu verkaufen. Seitdem ist kein ausländisches Kapital mehr an dem Unternehmen beteiligt.

Die Presse berichtete Mitte 1921 von einer Kapitalüberfremdung bei der Stahl & Nölke A.-G. für Zündwarenfabrikation in Kassel und den dieser Gesellschaft nahestehenden Zündholzfabriken. Der schwedische Einfluß ist jedoch hier, wie festgestellt werden konnte, nur ein indirekter. Die Allgemeine Zündholz-Export-Zentrale in Hamburg ist Hauptaktionär der Stahl & Nölke A.-G. geworden und läßt sich demzufolge durch ihren Direktor Adolph Nau im Aufsichtsrate vertreten. Bei dieser Hamburger Firma ist hinwiederum die schwedische Firma „Svenska Tändsticks-Aktiebolaget“ als Aktionär und Kreditgeber in sehr hohem Maße interessiert. Bei der Stahl & Nölke A.-G. sind bisher direkt schwedische Kapitalisten in keiner Weise aufgetreten, auch hat sich bislang ein Einfluß von schwedischen Interessen auf die Geschäftsführung nicht bemerkbar gemacht.

e) Die Petroleumindustrie.

Bekannter als manche der zuvor genannten ausländischen Kapitalbeteiligungen ist die bei der deutschen Petroleumindustrie, insbesondere dem Petroleumhandel auftretende ausländische Kapitalbeteiligung. An dieser Stelle interessiert es nur, daß mehrere Petroleumraffinerien, u. a. die Petroleum-Raffinerie A.-G. vorm. August Korff in Bremen in den Händen des Standard Oiltrust sind. Dieser Einfluß des Auslandes auf die deutsche Petroleumindustrie mag auf den ersten Blick gering erscheinen, ist es jedoch ganz und gar nicht, wenn man bedenkt, daß wir in Deutschland keine nennenswerte Petroleumindustrie besitzen, sondern für uns in erster Linie nur der Handel mit

Petroleum in Frage kommt. Der Standard Oil Trust, der selbst nicht produziert, vielmehr einzig und allein Handelsgesellschaft ist, herrscht im Handel jedoch unumschränkt[1]). Doch nicht dieser Trust allein ist bei der deutschen Erdölindustrie interessiert. So sind u. a. die Aktien der Mineralölwerke Rhenania A.-G. in Düsseldorf in holländischem Besitz. Auch sollen mehrere Erdölquellen in der Gegend von Viehe (Hannover) nach dem Kriege in holländische Hände übergegangen sein. U. a. hat noch vor einigen Monaten die Credit- und Commissionsbank A. G. im Haag die Erdölwerke der Helenaglück A.-G. in Berlin erworben. Das nördlich von Hannover gelegene Ausbeutegebiet dieser Gesellschaft umfaßt allein eine Oberfläche von 4000 ha[2]).

---

[1]) In nie gekannter Weise hat der Standard Oil Trust sich in Deutschland festgesetzt und durch sein planmäßiges, rücksichtsloses Vorgehen Riesengewinne aus Deutschland gezogen. Zu dem Vordringen dieses Trusts schreiben Oswald von Brakel und Josef Leis in ihrem Buche: „Der 30jährige Petroleumkrieg", Seite 361 ff.: „Nachdem es dem Standard-Oiltrust gelungen war, seine Konkurrenten nahezu gänzlich zu Boden zu werfen, nachdem er sich in den Besitz vieler Raffinerien gesetzt und eine dominierende Stellung über Rohrleitungen und Eisenbahnen errungen hatte, streckte er seine Arme auch nach Europa aus und begann seine Operationen mit der Gründung der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft mit dem Sitz in Bremen. Diese wurde ins Handelsregister am 28. Februar 1890 mit einem Kapital von 9 Millionen Mark eingetragen, das später auf 20 Millionen Mark erhöht wurde, welche Summe sich nach Angaben von W. A. Riedemanns auf die einzelnen Teilnehmer wie folgt verteilte: 7500000 Mark Standard Oiltrust New-York, 3875000 Mark W. A. Riedemann, Geestemünde, 1937000 Mark Franz E. Schütte, 1937500 Mark Karl Schütte, Bremen, 2500000 Mark G. J. H. Siemers & Co., Hamburg, 2000000 Mark August Sanders & Co., Hamburg. Direktoren waren: Franz E. Schütte, Karl Schütte und W. A. Riedemann. Im Aufsichtsrat saßen Frank E. Bliss, London, George F. Gregory, James Nik. Gree, W. H. Tilford, W. H. Libby, alle in New-York. Hierbei ist zu bemerken, daß das $2^1/_2$ und 2 Millionen Mark Aktienkapital der Firmen Siemers und Sanders kein Stimmrecht besitzt; die amerikanische Standard Oilkompany also genau die Hälfte des stimmberechtigten Aktienkapitals besitzt. In allen übrigen Tochtergesellschaften besitzen die Amerikaner 51 % des stimmberechtigten Kapitals. Die Herren in Deutschland sind demnach nichts weiter als die Vertreter der Gesellschaft. Der Standardtrust hat das ausschlaggebende Wort und die übrigen Aktionäre bilden einflußlose Kreditoren. — Die Mannheim-Bremer Petroleum-Gesellschaft in Mannheim und Bremen soll gleichfalls zu 98 % in Händen des Standard Oiltrusts sein. Auch die A.-G. Amerikanische Petroleumanlage in Neuß a. Rh. untersteht in ähnlicher Weise dem Standardtrust".

[2]) Vergleiche Kölnische Volkszeitung vom 5. Juni 1923.

f) Die Seifenindustrie.

Von einer weiteren ausländischen Kapitalbeteiligung ist noch in der deutschen Seifenindustrie zu berichten. Welcher deutsche Haushalt kennt nicht Sunlightseife und Dr. Thompson's Seifenpulver? Aber wer denkt zugleich überhaupt noch daran, daß diese beiden Fabrikate, obschon sie in Deutschland hergestellt werden, im Grunde englische Erzeugnisse sind? Die Sunlightseifenfabrik in Neckarau und Dr. Thompson's Seifenpulverfabriken in Düsseldorf und Wittenberg sind im Besitz englischer Kapitalisten. Als Gründer der ersten Firma fungierte 1899 die englische Stammfirma Joint Stock Company Lever Brothers Limited in Port Sunlight by Liverpool[1]). Mit ungeheurer Reklame haben sowohl die Neckarauer als auch die Düsseldorfer Fabrik ihre Fabrikate auf dem deutschen Markt eingeführt und sich dadurch erhöhten Absatz im deutschen Volke verschafft[2]). Beide Firmen haben auch stets engste Fühlung mit ihren englischen Hauptunternehmungen behalten.

Eine indirekte ausländische Kapitalbeteiligung ist bei der Mitteldeutschen Seifenfabrik A.-G. in Wahren bei Leipzig eingetreten. Hauptaktionär dieser Gesellschaft ist eine andere deutsche Aktiengesellschaft, deren Aktienkapital sich zur Hälfte aus deutschem, zur anderen Hälfte aus holländischem Kapital (Jürgenkonzern) zusammensetzt. Die Beteiligung an den Mitteldeutschen Seifenfabriken A.-G. erfolgte zur Herstellung einer festen Verbindung für die Rohstoffbelieferung des Werkes. Einen unmittelbaren Einfluß auf die Verwaltung hat diese indirekte holländische Kapitalbeteiligung jedoch nicht gehabt. Der gesamte Aufsichtsrat und Vorstand sowie sämtliche übrigen Beamten sind deutscher Nationalität.

Bei der Lingner-Werke A.-G. in Dresden, die sich mit der Fabrikation von Seife, chem.-pharmazeutischen, kosmetischen und technischen Artikeln sowie von Nahrungs- und Genußmitteln befaßt, sind von dem 10 Millionen Mark betragenden Aktienkapital über 5,4 Millionen Mark in den Besitz der schwedischen Kanoldgruppe, die auch bei der Sarotti A.-G. die Mehrheit besitzt, (vgl. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie) über-

[1]) Nach dem Kriege beginnt die englische Sunlightseifenfirma auch in Schweden vorzudringen.

[2]) Vergleiche Jahresberichte der Heidelberger Handelskammer ab 1900.

gegangen. Im Aufsichtsrat ist die Schwedengruppe außer durch Herrn Kanold insbesondere durch zwei Berliner Bankiers vertreten.

g) Die Eiswerke.

Gleichfalls als Zweigunternehmen einer englischen Firma wurden Ende der 80er Jahre die Eiswerke in Frankfurt a. M., Breslau, München und Dresden betrieben. Wegen Zahlungsschwierigkeiten konnte sich die englische Gesellschaft United Anglo Continental Ice Comp. Ltd. London aber nicht lange halten und verkaufte darum ihre Anlagen schon nach einigen Jahren. Hierbei kam das Dresdener Eiswerk wiederum in englische Hände, um erst im Sommer 1920 von deutschen Kapitalisten erworben zu werden. Das Kapital der United Anglo Continental Ice Comp. Ltd. London hatte 350 000 £, also 7 Millionen Mark betragen. Wie hoch sich aber die ausländische Kapitalbeteiligung für die einzelnen deutschen Zweigniederlassungen belaufen hat, ist nicht mehr genau festzustellen.

Das 1887 von der erwähnten englischen Firma gegründete Münchener Eiswerk wurde bereits im Oktober 1891 wegen Uneinlösbarkeit der Zahlungsverpflichtungen für 350 000 Mark an den damaligen Direktor Eduard Schmidt verkauft, der dann am 1. Dezember 1891 mit den beiden Gesellschaftern J. Edenhofer und J. Ortlieb unter der Firma Vereinigte Münchener Eiswerke Eduard Schmidt & Co. — heute Ortlieb & Edenhofer — eine offene Handelsgesellschaft mit ausschließlich deutschem Kapital gründete.

Bei dem Dresdner Eiswerk dauerte die ausländische Kapitalbeteiligung zwar über 30 Jahre, aber sie war darum keineswegs mehr vom Glück begünstigt. Ehemals war das Unternehmen an den Engländer Child verkauft worden. In der Zwangsversteigerung im Jahre 1908 erwarb das Unternehmen der Londoner Großkaufmann Edgar Thornton von dem ihm befreundeten Landsmann Child zur Rettung seiner Hypothek. Thornton ist vor mehreren Jahren gestorben und seine Witwe hat das Unternehmen als alleinige Erbin fortgeführt. Im Jahre 1920 wurde das Werk an Deutsche verkauft.

Nicht unerwähnt sei auch die langjährige belgische Kapitalbeteiligung bei der deutsch-belgischen Kristalleisfabrik A.-G. in Köln.

3. Zusammenfassung einschließlich der Verwaltungsüberfremdung.

Mit diesen Einzelausführungen über die verschiedensten Industriezweige dürfte bereits im wesentlichen ein orientierendes Bild gegeben sein. Die Mannigfaltigkeit der ausländischen Kapitalbeteiligung innerhalb der großen Gruppe der chemischen Industrie wechselte, je nachdem in dem betreffenden Spezialzweige mehr oder weniger die persönliche Initiative in- oder ausländischer Führer sich zum Ausdruck zu bringen wußte. Hierdurch zeichnet sich bereits in den Grundzügen die Gegensätzlichkeit der ausländischen Kapitalbeteiligung der chemischen Industrie im engeren Sinne gegenüber der im weiteren Sinne ab. In dieser nimmt bei der Spiegelglas- und Kohlensäureindustrie das ausländische Kapital sogar eine beherrschende Stellung ein. Gerade hier tritt die Wichtigkeit der allgemeinen historischen Entwicklung dieser Industriezweige, sowie die Bedeutung der Persönlichkeit für die ausländische Kapitalbeteiligung besonders hervor. Weil hier der eine oder der andere Faktor dem betreffenden Industriezweige bewußt seinen Stempel aufzudrücken verstand, trat die ausländische Kapitalbeteiligung ein, und jede Nationalisierung der ausländischen Kapitalien mußte versagen, so lange diese Faktoren noch weiter in ihr bestimmend wirkten.

Ebenso tritt aber auch in umgekehrter Weise, also in der Richtung der Nationalisierung bzw. Nationalerhaltung die Bedeutung der Persönlichkeit für die ausländische Kapitalbeteiligung klar hervor, denn in den Industriezweigen, in denen der deutsche Charakter des Denkens, der Forschung, der Ausdauer bei Versuchen sich am besten wiedergibt, d. h. in der chemischen Industrie im engeren Sinne, haben sich die Deutschen gerade deshalb eine rein deutsche Industrie schaffen können. Immer mehr ist die chemische Industrie im engeren Sinne „wissenschaftlich orientiert und deshalb rastlos tätig, die allgemeinen Gesetze der Mechanik und Chemie zu immer neuen Anwendungsformen zu entwickeln. Sie bedarf nicht des besonderen Anstoßes eines drohenden Gewinnrückganges und ist auch nicht auf die Gewinnerzielung im speziellen Einzelfall abgestellt“ [1]).

In dieser Weise hat gerade die chemische Industrie im engeren Sinne einen ausgeprägt deutschen Charakter erhalten,

[1]) Kurt Wiedenfeld: Das Persönliche im modernen Unternehmertum 1911, S. 70.

zumal sie gleichzeitig auf dem deutschen Kapitalmarkte stets eine gute Aufnahme fand.

Dabei ist dann auch noch sehr bemerkenswert, daß die deutsche Bankwelt bei ihr im Vergleich zu ihrem sonstigen Verhältnis zur Industrie nur sehr wenig Einfluß erlangen konnte[2]).

All dieses gibt der chemischen Industrie im engeren Sinne einen weit mehr nationalen Charakter, d. h. sie wird von der persönlichen deutschen Eigenart bestimmt, die den Sachtendenzen ihren Stempel deutlich aufdrückt.

Mit diesen Erörterungen ist zugleich aber auch schon die Verwaltungsüberfremdung bei der chemischen Industrie charakterisiert. Insoweit nämlich in den betreffenden Industriezweigen der fremdländische Charakter noch heute sich durch die besonderen historischen Begebenheiten ein festes Fundament hat schaffen können, ist auch die Besetzung führender Stellungen diesem angepaßt. So kennt gerade die Spiegelglasindustrie eine sehr starke, insbesondere technische Verwaltungsüberfremdung, die dann in mehreren Fällen auch eine Überfremdung für die rein kaufmännischen Stellen nach sich zog; doch hat sich in letzter Hinsicht seit etwa 1900 eine Verschiebung zugunsten deutscher leitender Personen durchgesetzt. Daß dann ebenso bei den Industrien, bei denen auf Grund ihrer historischen Entwicklung das ausländische Kapital eine vorherrschende Stellung erklärt, eine Arbeiterüberfremdung, insbesondere zur Zeit der Entstehung jener gemeinten Industriezweige erfolgte, entspricht gleichfalls denselben allgemeinen Tendenzen, die auch für die übrige Verwaltungsüberfremdung ausschlaggebend gewesen sind. Die Tatsache eben, daß man solche Industriezweige, die an alle Beteiligten hohe persönliche Anforderungen stellen, nicht allein mit Kapital begründen kann, ist der natürliche Grund gewesen, weshalb hier auch eine Arbeiterüberfremdung gleichzeitig mit der Kapitalüberfremdung eintrat.

Auf der anderen Seite mußte bei der chemischen Industrie im engeren Sinne der fremdländische Einfluß, so weit überhaupt ein solcher sich bemerkbar gemacht hatte, immer mehr weichen, je mehr sich hier die deutsche Wissenschaft und Technik ihre

[2]) Grabower: Die finanzielle Entwicklung der Akt.-Ges. der deutschen chemischen Industrie und ihre Beziehungen zur Bankwelt, 1910.

Wege bahnten und den meist nur empirisch fortgebildeten Verfahren jener ausländischen Konkurrenten die Spitze boten. Entweder erfolgte dann eine vollständige Nationalisierung des gesamten ausländischen Kapitals, oder, soweit dies nicht eintrat, wurden zunächst die rein technischen und bald darauf auch die kaufmännischen Stellen ausschließlich Deutschen überlassen. Die ausländischen Kapitalisten sicherten sich nur durch Aufsichtsratssitze ihre Kontrollrechte, ohne selbst größeren bestimmenden Einfluß erlangen zu können. Gerade dadurch, daß die ausländischen Kapitalisten klugerweise so viel tüchtige deutsche Kaufleute, Chemiker und Ingenieure heranzogen, ist es ihnen möglich geworden, ihren Kapitalbesitz fest in ihren Händen zu behalten und heute gut fundiert dazustehen. So verschafft auch hier wiederum eigenartiger Weise der Deutsche selbst den ausländischen Kapitalisten eine sichere Kapitalrente.

Im Anschluß hieran können wir nunmehr die Gesamtheit der ausländischen Kapitalbewegung bei der deutschen chemischen Industrie kurz zusammenfassend analysieren, indem wir uns die Frage stellen: Welches sind die einzelnen Punkte, um welche sich hier alles kristallisiert?

Große Veränderungen im Produktionsverfahren zur Gewinnung chemischer Produkte auf dem Gebiete der anorganischen Chemie, die dann in der besonders gekennzeichneten Weise durch die natürlichen Verhältnisse in Deutschland begünstigt wurden, waren es in erster Linie gewesen, welche das ausländische Kapital in die chemische Industrie im engeren Sinne hineingebracht haben. Es nationalisierte sich dann nur insoweit, als die ausländischen Kapitalisten nicht der Eigenart dieser Industriezweige, nämlich auf der Wissenschaft aufzubauen, vollständig gerecht wurden. Entsprechend dem wissenschaftlichen Charakter, der für die chemische Industrie nunmehr zur notwendigen Grundlage wurde und dadurch dem deutschen Volke wegen seiner natürlichen Veranlagung schon eine Vorzugsstellung schuf, ist überhaupt nur bei wenigen Unternehmungen ausländisches Kapital tätig geworden. So hat die deutsche chemische Industrie im engeren Sinne sich ihre nationale Stellung gerade durch ihren nationalen, d. h. ganz persönlichen Charakter geschaffen. Dies verdient umsomehr hervorgehoben zu werden, als besonders England noch in den 80er Jahren eine führende Rolle spielte.

Bei der hier gemeinten chemischen Industrie im weiteren Sinne kommen gleichfalls Persönlichkeitsmomente in Betracht, doch diesmal zugunsten der Ausländer. Hinzu kommt dann noch u. a. die vereinzelte Vormachtstellung des Auslandes infolge der besonderen historischen Entwicklung jener Industriezweige, die Abhängigkeit von der kolonialen Rohstoffversorgung und nicht zuletzt die Bildung von Auslandstrusts. All dies hat in verschieden starker Weise bei den einzelnen Industriezweigen auf eine ausländische Kapitalbeteiligung bei der deutschen Industrie hingewirkt, wobei gerade seit der Jahrhundertwende dem Vordringen ausländischer Trusts bei der deutschen Industrie immer mehr Bedeutung zukommt, das sich bei den schlechten deutschen Valutaverhältnissen jetzt noch steigern dürfte. —

Ebendieselben Momente, die hier auf eine ausländische Kapitalbeteiligung hingewirkt haben, haben im allgemeinen auch eine größere Nationalisierung des ausländischen Kapitals verhindert. Aber auch in der chemischen Industrie im weiteren Sinne verschwindet heute mit Ausnahme eigentlich nur der Spiegelglasindustrie der ausländische Charakter fast vollständig; denn soweit ausländisches Kapital noch vertreten ist, wird durch die stark zurücktretende Verwaltungsüberfremdung der ausländische Einfluß bedeutend geschmälert. In dieser Art bildet sich gerade hier trotz weiterer ausländischer Kapitalbeteiligungen eine nationale Industrie heraus.

5. Die Stein- und Erden-, Holz-, Papier- und Leder-Industrie.

Es gibt keine Industriegruppe im deutschen Reiche, die nicht für die Betrachtung der ausländischen Kapitalbewegung Beobachtungsmaterial böte. Nur ist das Maß der ausländischen Kapitalbeteiligung und das Prinzipielle, das aus diesen Industriegruppen für die allgemeine Erörterung der ausländischen Kapitalbewegungen gewonnen werden kann, sehr verschieden. Aber auch hier bestätigen die angestellten Untersuchungen die in den früheren Kapiteln schon gewonnenen Grundzüge, die zu einer ausländischen Kapitalbeteiligung führten und später wieder eine Nationalisierung des Kapitals bewirkten oder verhinderten.

1. Die Stein- und Erden-Industrie.

In der Stein- und Erdenindustrie konnten verschiedene Unternehmungen mit ausländischer Kapitalbeteiligung ermittelt werden. In fast allen Fällen gehören diese Unternehmungen der veredelnden Stein- und Erdenindustrie an. Einheitliches ist hierbei jedoch weder in geographischer noch zeitlicher noch nationaler Hinsicht festzustellen.

Die bei weitem älteste Firma, die hier in Betracht kommt, ist die Steingutfabrik Villeroy & Boch in Mettlach bei Trier, die am 1. November 1841 von den Mitgliedern der beiden befreundeten, später verschwägerten Familien Alfred Villeroy in Wallerfangen und Eugen Boch in Mettlach als offene Handelsgesellschaft mit dem Sitze in Mettlach zu dem Zwecke gemeinschaftlichen Betriebes der ihnen gehörigen Steingutfabriken errichtet wurde. Durch Qualitätsarbeit hat sich die Firma Villeroy & Boch Weltruf verschafft und ist immer mehr ein anerkanntes internationales Fabrikations- und Handelsunternehmen geworden. Dementsprechend ist auch aus Geschäftsgründen die Kapital-

beteiligung aufgebaut: Deutsches, französisches, belgisches und luxemburgisches Kapital ist bisher beteiligt[1]).

Seit 1921 sind auch bei der Rhein. Chamotte- und Dinaswerke A.-G. in Köln, die Werke in Homburg und Ottweiler betreibt, Kapitalien einer französischen Firma derselben Branche investiert. Die französische Firma ist auch entsprechend ihrer Beteiligung im Aufsichtsrate vertreten.

In der Porzellanindustrie hatte bei der Akt.-Ges. Porzellanfabrik Rudolstadt in Rudolstadt amerikanisches Kapital schon seit Jahren durch die deutsch-amerikanische Familie Strauß in New-York Anlage gefunden. Vor dem Kriege firmierte das Unternehmen noch New-York & Rudolstadt Pottery Comp. Der Krieg erst gab Anlaß, dem Unternehmen ein deutsches Firmenschild zu geben.

Die erste Fabrik der weltbekannten Limmer und Braunschweigischen Asphaltminen war 1843 durch D. H. Henning, der sich später mit A. Egestorff zu der Firma D. H. Henning & Egestorff vereinigte, gegründet worden. Es wurden Anlagen in Limmer-Linden, Vorwohle, Velber und Ahlen bei Hannover gegründet. 1871 gelangte jedoch dieser Besitz in die Hände der englischen Firma The United Limmer and Vorwohle Roch Asphalte Company Ltd., die die Werke mit großem Geschick weiterführte.

An der Schmelzbasalt A.-G. in Linz a. Rhein ist seit 1921 die französische Gesellschaft Compagnie générale du Basalt Société anonyme à Paris mit namhaften Beträgen beteiligt. Dem Aufsichtsrat gehören zwei Franzosen an.

Bei der 1921 gegründeten Westdeutschen Industriebau A.-G. in Steele, die im Siegerland einige Grauwackenstein-

---

[1]) Die Firma Villeroy & Boch besitzt heute Fabriken: 1. in Septfontaines (Luxemburg), gegründet 1767 durch Pierre Joseph Boch, 2. in Wallerfangen (Rheinpreußen), gegründet 1789 durch Nicolas Villeroy, 3. in Mettlach, gegründet 1809 durch Jean François Boch, 4. in Dresden eine Steingutfabrik, erbaut 1853, 5. in Mettlach eine Mosaikfabrik, erbaut 1869, 6. in Merzig eine Terrakottafabrik, gegründet 1856 von Fellenberg & Co., übernommen 1879, 7. in Wadgasen (Rheinpreußen) eine Glashütte, gegründet 1841 von Villeroy, Boch, Karcher & Co., übernommen 1883, 8. in Schramberg (Württemberg) eine Steingutfabrik, gegründet 1820 von Üchtritz & Faist, angekauft 1883. — Außerdem besitzt die Firma in den verschiedensten Städten des In- und Auslandes eigene Fabriklager und Verkaufsstellen.

brüche betreibt, ist holländisches Kapital investiert. Der Aufsichtsrat wird von Holländern und Deutschen gebildet.

2. Die Holz- und Papierindustrie.

Im Gegensatz zu der Stein- und Erdenindustrie, auf deren weitere allgemeine Erörterung noch unten im Zusammenhang mit den anderen darzustellenden Industrien eingegangen wird, zeigt die Holz- und Papierindustrie für einen Teil schon auf den ersten Blick eine gewisse einheitliche Richtung.

Holzreiche Gegenden sind stets ein wichtiger Standort für diese Industrie gewesen. Da der Schwarzwald über reiche Waldbestände verfügt und die schweizerischen Kapitalisten schon seit vielen Jahrzehnten in den Schwarzwaldtälern gern Anlagen für ihre Kapitalien suchten, was seit den 90er Jahren mit der Ausnutzung der Wasserkräfte zur Gewinnung elektrischer Energie noch verstärkt wurde, so ist es auch wieder natürlich, daß in der Holz- und Papierindustrie gerade des Schwarzwaldes vornehmlich schweizerische Kapitalisten mit beteiligt sind.

Gleichzeitig tritt hier aber auch noch holländisches Kapital auf. Letzteres hat dort infolge eines großen Holzhandels mit dem Mutterlande in verschiedenen Sägereien, die z. T. selbst von holländischen Kapitalisten errichtet wurden, Anlage gefunden[1]).

Auch in der Faß- und Kistenindustrie sind seit Jahren durch die holländischen Margarinekonzerne holländische Kapitalinvestierungen eingetreten. In Königsberg wurde 1922 von holländischen Kapitalisten eine Holzverarbeitungsfabrik zwecks Herstellung von Sperrplatten und Fournieren errichtet.

Aus der Papierindustrie seien mit schweizerischer Kapitalbeteiligung u. a. die Salubratapetenfabrik Grenzach (Baden), die Papierfabrik Albbruck (Baden) und die Papierfabrik J. Ziegler-Thoma in Todtnau (Baden) genannt. Die letztere Firma wurde 1827 von dem Badener J. M. Thoma gegründet, kam dann aber 1872 durch Kauf an seinen nahen schweizerischen Verwandten Ziegler.

[1]) In den deutschen Holzimportgeschäften gerade der Seestädte ist gleichfalls verschiedentlich ausländisches Kapital beteiligt; u. a. ist bei der Amerikanisch-Deutschen Holzimport A.-G. in Hamburg die amerikanische Holzausfuhrfirma Tumer-Farber Love Company interessiert.

Die Salubratapetenfabrik Grenzach wurde 1889 von Schweizern unter der Firma Engeli & Co. gegründet. Seit 1900 ist das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und wird als Zweigniederlassung der Salubratapetenfabrik Basel betrieben.

Die Papierfabrik Albbruck ist gleichfalls eine Filiale und zwar der Gesellschaft für Holzstoffbereitung in Basel. Die Albbrucker Papierfabrik ist eine der bedeutendsten Unternehmungen Badens und verfügt allein über eine Wasserkraft von ungefähr 2000 PS.

Bei einigen anderen Unternehmungen der Papier- und Holzindustrie kommen größere langfristige schweizerische Kredite in Betracht, die aber zumeist heute abgelöst sind.

Nach der Frankfurter Zeitung (Nr. 91 vom 4. Februar 1921) ist auch heute noch die Minderheit des Aktienkapitals der Zellstoffabrik Ragnit in Ragnit im Besitz der belgischen Société anonyme Papeteries Godin à Huy. Von dieser Gesellschaft hat die Ragnit-Gesellschaft dann noch eine Hypothek von $2^3/_4$ Millionen Frs. erhalten und einen noch mehrere Jahre laufenden Lieferungsvertrag abgeschlossen, der sich in der Durchführung für Ragnit als sehr ungünstig erwiesen hat.

Bei der Varziner Papierfabrik in Hammermühle bei Varzin versuchten verschiedentlich als Großabnehmer deutscher Zellulose schwedische und finnländische Kapitalisten Einfluß zu erlangen.

3. Die Lederindustrie.

Günstiger Betriebsverhältnisse wegen gründeten Schweizer im Jahre 1881 unter der Firma Im-Hof und Baader in Brombach (Baden) eine Gerberei, die 1885 abermals unter rein schweizerischer Kapitalbeteiligung in die Kommanditgesellschaft Ad. Im-Hof & Co., 1888 in die Firma Gerberei Brombach A.-G. mit dem Sitz in Basel umgewandelt wurde. Bis zur Liquidierung dieser Gesellschaft wegen Unrentabilität in den Jahren 1913/19 war ausnahmslos schweizerisches Kapital beteiligt. Es betrug bei der Gründung 100 000 Frs. = 80 000 Mark, später 300 000 Frs. = 240 000 Mark.

Belgisches Kapital hatte bei der Lederfabrik Gerard & Co. in Düsseldorf-Heerdt Anlage gefunden, weshalb das

Unternehmen während des Krieges unter staatliche Aufsicht gestellt wurde. — Seit den 60er Jahren betätigte sich amerikanisches Kapital bei der Einfuhr amerikanischer Spezialmaschinen der Schuhfabrikation. — Schwedische Kapitalisten sind in der deutschen Handschuhfabrikation beteiligt.

Somit erhält hier zwar die deutsche Lederindustrie ein buntes Aussehen, aber insgesamt betrachtet, ist das ausländische Kapital bei der deutschen Lederindustrie volkswirtschaftlich ohne besondere Bedeutung.

Zusammenfassung.

Ganz verschieden gruppiert sich das ausländische Kapital in all diesen Industrien. Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung kommt wieder den verwandtschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen zwischen den In- und Ausländern zu. Der Handel ist, ähnlich wie bei den anderen Industrien, der Schrittmacher für eine ausländische Kapitalbeteiligung. Nicht minder kommen günstige Produktionsverhältnisse, sichere Rohstoffbelieferungen und billige Arbeitskräfte für die ausländische Kapitalbeteiligung auch hier in Betracht und rufen ein erhöhtes Interesse bei den ausländischen Kapitalisten hervor, die durch gute natürliche und künstliche Verkehrs- und Transportverhältnisse am ehesten mit den betreffenden Industrien in Verbindung treten können, zumal häufig in dem betreffenden Auslande ein natürlicher Mangel an solchen Erzeugnissen vorhanden ist. Zollerhöhungen haben auch hier nicht minder weitere ausländische Kapitalinvestierungen begünstigt, was zumeist schon in den Worten „Zweigniederlassung einer ausländischen Firma“ automatisch zum Ausdruck kommt. Als ausländische Zweigfabriken finden solche in überwiegendem Maße eine starke Stütze an den Zentralunternehmungen. Hierdurch wird dann andererseits in gleicher Folge eine Nationalisierung der Kapitalien möglichst verhindert, eine Erscheinung, die auch stets dort festzustellen ist, wo in Einzelunternehmungen durch verwandtschaftliche oder geschäftliche Beziehungen zum Ausland ausländische Kapitalinvestierungen stattgefunden haben. — Vornehmlich in dieser Weise zeichnen sich die Grundzüge der ausländischen Kapitalbeteiligung bei den deutschen Stein-, Holz-, Papier- und Lederindustrien.

6. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Weit bekannter als die bisher dargestellten ausländischen Kapitalbeteiligungen sind die bei einigen Nahrungs- und Genußmittelindustriezweigen, insbesondere die in der Margarine-, Öl- und Zigarettenindustrie. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen nahe: Das, was täglich im Leben von dem größten Teil der Bevölkerung gebraucht wird, erfährt immer eine größere Wertschätzung und bietet somit auch größeres Interesse als jeder sonstige wirtschaftliche Vorgang, der nur in geringem Maße oder nur indirekt auf die Lebenshaltung der Bevölkerung Einfluß gewinnt, zumal wenn ein gewisses Geschäftsgebaren (Reklame, Preispolitik usw.) der in Frage kommenden Unternehmungen die Aufmerksamkeit der Bevölkerungskreise auf sich zieht. Doch die Voraussetzung zu einer von außen ziemlich unbeeinflußten Geschäftspolitik ist eine Monopolstellung, wie sie in den letzten Jahrzehnten fast nur durch Trusts verschiedentlich erreicht wurde. In der deutschen Nahrungs- und Genußmittelindustrie haben nun ausländische Trusts zum Teil einen solch beherrschenden Einfluß erlangt, daß sich die Öffentlichkeit, durch die verschiedensten Umstände veranlaßt, gerade hier weit mehr als anderwärts an den Strömungen in diesen Industrien interessierte. Hinzu kam, daß die ausländischen Kapitalgesellschaften verschiedentlich bald eine starke, zielbewußte nationale Gegenbewegung seitens der deutschen interessierten Industriegruppen veranlaßten, wodurch die breite Öffentlichkeit bewußt an jenen bedeutsamen ausländischen Kapitalbeteiligungen interessiert wurde. Überhaupt sehen wir den Gedanken, eine Industrie national zu erhalten, dem kaufenden Publikum kaum je so häufig und systematisch vor Augen geführt als gerade hier. Dabei ist es gewiß, daß auf die Nationalerhaltung zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Industriezweigen bald mehr, bald weniger Wert gelegt wurde. Wenn es keine Täuschung ist, so stehen wir heute wieder vor einer Zeit, in der der nationalwirtschaftliche Kampf in gewissen Zweigen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie zwischen dem In- und Auslandskapital sich aufs neue entfacht. Unbeeinflußt von all diesen verschiedenartigen Strö-

mungen, wie sie für die Entwicklung der ausländischen Kapitalbeteiligung in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie gegeben sind, wird es hier unsere Aufgabe sein, die Bewegungen im einzelnen selbst zu verfolgen und ihre Grundzüge klarzustellen.

1. Die Margarine- und Ölindustrie.

Die Margarineindustrie gehört zu jener Industriegruppe, bei der die heutige ausländische Kapitalbeteiligung in bedeutendem Maße durch die geschichtliche Entwicklung selbst bedingt ist. In Erkenntnis dieser Tatsache wollen wir darum ihre Entwicklung, soweit sie für die vorliegende Betrachtung von Bedeutung ist, darstellen und versuchen, zugleich auf drei Fragen Antwort zu geben:

1. Wodurch wurde es möglich, daß das ausländische Kapital einen zum Teil beherrschenden Einfluß erlangen konnte?
2. Auf welche Unternehmungen hat heute ausländisches Kapital Einfluß?
3. Welche Tendenz liegt diesen ausländischen Kapitalbewegungen zugrunde?

Als das Herstellungsverfahren von Margarine im Jahre 1870 von dem Franzosen Mégé Mourir erfunden wurde, erwarb das Fabrikationsrecht für Holland zuerst die Firma Jürgens und ein Jahr später auch die Firma van den Bergh. Die damals durch diese beiden Firmen errichteten Margarinefabriken sicherten sich allmählich durch den Export nach den übrigen europäischen Ländern einen bestimmten Geschäftskreis. Auch nach Deutschland wurde exportiert und so die ersten Verbindungen angeknüpft. Bekanntlich hatte aber in Deutschland, wie so häufig in ähnlichen Fragen, auch das neue Verfahren zur Herstellung von Pflanzenfettbutter nicht das ihm gebührende Interesse gefunden. Die Wirtschaftsanschauungen der damaligen Zeit waren in Deutschland noch viel zu sehr von agrarischen Gesichtspunkten beeinflußt, als daß man die große Bedeutung, die demnächst dieser neue Fabrikationsprozeß in der Volkswirtschaft erringen würde, auch nur im entferntesten erkannte. So kam es, daß die deutsche Margarineindustrie sich nicht selbständig aus deutschem Erfindergeist und unter zielbewußter deutscher Leitung zu dem entwickeln konnte, was heute wünschenswert wäre, sondern daß

sich in ihr von vornherein gerade jene beiden erwähnten holländischen Firmen nicht nur größten Einfluß, sondern sogar die Führung sicherten. Zum anderen dürfen wir aber auch nicht vergessen, daß die Margarineindustrie von der kolonialen Rohstoffversorgung in allerweitestem Maße abhängig ist und hier die holländischen Firmen durch Anbau von Öl liefernden Pflanzen gerade in den holländischen Kolonien (Holländisch Indien) von vornherein eine Vorzugsstellung innehatten.

Zum anderen verdient folgendes unsere besondere Beachtung. Als im Jahre 1889 in Deutschland ein Schutzzoll gegen die Einfuhr von Margarine zum Schutz der heimischen Fett- (nicht Margarine!) produktion eingeführt wurde, waren die Wirkungen genau dieselben, wie wir sie auch schon in den früheren Kapiteln feststellen konnten. Die in ihren Geschäftsinteressen bedrohten ausländischen Margarinegroßunternehmungen errichteten in Deutschland ihre eigenen Fabriken. Innerhalb kurzer Zeit kamen durch die holländischen Firmen in der Nähe der holländischen Grenze mehrere heute noch bestehende Fabriken in Betrieb. Die verhältnismäßig geringe Entfernung vom Hauptunternehmen und eine solide Kapitalfundierung mit stärkstem Rückhalt an der Muttergesellschaft begründeten die günstige Entwicklung jener Unternehmungen. So war die Stellung der einige Zeit später gegründeten rein deutschen Unternehmungen nicht leicht, zumal da bei dem Mißtrauen, mit dem die deutsche Bevölkerung lange Zeit dem Genuß von Margarine gegenüber stand, sich die Einführung des neuen Produktes außerordentlich schwierig gestaltete. Die deutsche Gesetzgebung tat das ihre, die Verbreitung des Margarinekonsums zu erschweren, und half, wenn auch ungewollt, die an sich ungleich schwierigere Stellung der deutschen Unternehmungen mit zu untergraben. Es wurden getrennte Verkaufsräume für Butter und Margarine, zwangsweiser Zusatz von Sesamöl als Indikator und schließlich zur sofortigen äußerlichen Kenntlichmachung der Margarine rote Umränderung der Packung vorgeschrieben. Zwar behinderten, wie schon angedeutet, diese Bestimmungen nicht nur die von deutschem, sondern auch die von holländischem Kapital finanzierten Unternehmungen, aber ihre Wirkung mußte beide Gruppen ganz ungleich treffen. Die in Deutschland seit 1889 mit holländischem Kapital finanzierten Margarinefabriken konnten auf den Erfahrungen aufbauen, die

sie in der Fabrikation von Margarine schon bere seit 1871 bzw. 1872 gesammelt hatten. Durch die damals gewiß bessere Qualität ihrer Ware eroberten sich die holländischen Firmen viel leichter den Markt, zudem ihnen ihre gute Kapitalfundierung einen erheblichen Kostenaufwand für Reklame und stetigen Ausbau des Fabrikationsprozesses gestattete. Als im Laufe der Jahre sich dann ganz offenkundig das Verhältnis zu Gunsten der mit holländischem Kapital finanzierten Unternehmungen verschob, suchte eine Anzahl deutscher Margarinefabriken aus eigenem Interesse bei den den Markt beherrschenden holländischen Firmen Anschluß. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges hatte sich die Entwicklung so weit vollzogen, daß in erster Linie der holländische Jürgenskonzern, dann aber auch der holländisch-englische Konzern van den Bergh auf eine Reihe von Margarinefabriken deutschen Ursprungs, insbesondere in Westdeutschland Einfluß gewonnen hatten.

Der Krieg selbst bahnte alsdann besondere Wege. Schon bevor er zu Ende ging, war durch die zunehmende Konzentration der Margarineindustrie die Entwicklung in ein neues Stadium gedrängt worden. Infolge der durch den Krieg herbeigeführten Knappheit an Milch und Butter, die noch durch das verschiedentlich sehr starke Auftreten von Viehseuchen erhöht wurde, hatte der Verbrauch von Margarine sehr zugenommen. Die sonstigen Kriegsverhältnisse hatten es dann mit sich gebracht, daß bei der durch den Rohstoffmangel und aus Gründen einer besseren Wirtschaftlichkeit hervorgerufenen Kontingentierung die kleinen Margarinefabriken bei hoher Bezahlung der Kontingente stillgelegt wurden. Dies brachte es aber mit sich, daß die in Betrieb gebliebenen Fabriken — die zumeist den holländischen Trusts nahestanden — teils schon wegen des stets steigenden Margarinekonsums, teils aber auch durch die hier angedeutete Produktionsübernahme schon während des Krieges ihre Leistungsfähigkeit bedeutend erhöhten und zwar derart, daß allein die Erzeugung der arbeitenden Fabriken im letzten Kriegsjahr diejenige aller Fabriken aus der letzten Zeit vor dem Kriege überstieg. Als dann die Zeit kam, die Kontingente abzulösen und den Eigenbetrieb wieder aufzunehmen, zerschlug die katastrophale Markentwertung alle Aufbaupläne, da jenen Kleinunternehmungen nunmehr nicht genügend Betriebskapital und Kredit zur Ver-

fügung standen. Dies hatte dann schließlich zur Folge, daß trotz verschiedentlicher Neugründungen[1]) mit deutschem Kapital — die gerade seit dem Jahre 1920/21 immer häufiger wurden — heute die beiden holländisch-englischen Konzerne etwa 60—65% der gesamten Margarineproduktion Deutschlands kontrollieren dürften. Dabei ist es gewiß, daß die Ausdehnungsbestrebungen der holländischen Konzerne noch nicht zum Abschluß gelangt sind und sich so ein neuer, wenn auch vielleicht stiller Wettkampf zwischen den holländischen Trustgesellschaften und ihren Tochterunternehmungen und den noch trustfreien Fabriken vorzubereiten beginnt. Mit ungleichen Kräften wird der Kampf ausgetragen werden und sein Ausgang wird für unsere ganze Volkswirtschaft Bedeutung haben. Wir selbst dürfen uns bei Betrachtung einer solchen Sachlage keinesfalls nur von privatwirtschaftlichen oder „nationalen" Produktionsinteressen leiten lassen, sondern müssen bestrebt sein, unser Urteil den realen Verhältnissen, wie sie durch die Gesamtwirtschaft gegeben sind, anzupassen.

Die sich fortdauernd schärfer ausprägende Überfremdung der Margarineindustrie gewinnt aber noch mehr Bedeutung als auch nach dem Kriege in der Ölindustrie das ausländische Kapital immer größeren Einfluß erlangte. Auch hier wurde der Krieg Schrittmacher; denn da unter dem Zwange der Blockade wegen Mangel an gutem Pflanzenfett für die Margarineherstellung Fette von so niedriger Qualität verwandt werden mußten, wie sie sonst nie verwendet worden wären, kam die Margarineindustrie erneut in Mißkredit. Es zeigte sich jetzt erst recht die Wichtigkeit der Verwendung von hervorragend guten Rohprodukten für die Fabrikation einer guten Margarine. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich dann die Beteiligung des holländischen Kapitals an der deutschen Ölmühlenindustrie entwickelt. Als ein weiteres Moment kam dann der Wunsch hinzu, auf den Gang der

[1]) Nach dem Kriege sind, sage und schreibe, über 50 Neugründungen in der deutschen Margarineindustrie erfolgt, wozu jedoch zu erwähnen ist, daß von diesen 50 Neugründungen nur einige wenige mit reicheren Mitteln ausgestattet und großzügig angelegt sind. Stieg doch innerhalb 5 Monaten ihre Zahl von 22 auf rund 50! Vergl. Halbmonatsschrift für die volkswirtschaftlichen, gesetzgeberischen und kommerziellen Interessen der Margarineindustrie, Pflanzenfette und Speiseölbereitung, Nr. 8 vom 16. April 1923, S. 57 fg.

Ölfabrikation Einfluß zu haben, um schon während des Fabrikationsprozesses für besonders gute Beschaffenheit der Produkte, die den Margarinefabriken als Rohmaterial dienen, Sorge zu tragen. — Zudem kamen den beiden holländischen Margarinekonzernen noch die sonstigen allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse zugute. Während wir noch im Jahre 1919 den heftigsten Widerstand der deutschen Ölindustrie feststellen können, vermögen wir gar bald einen Umschwung in der Lage der Dinge wahrzunehmen. Als nämlich unter der Ungunst der deutschen Valuta das zur Rohstoffversorgung zur Verfügung stehende Betriebskapital den deutschen Ölfabriken immer knapper wurde und mit dem Schwanken der deutschen Mark das Valutarisiko immer mehr stieg, kam die deutsche Ölindustrie in eine gewisse Zwangslage, die die großen holländischen Margarinekonzerne geschickt ausnutzten. Die beiden Auslandskonzerne übernahmen allein das Valutarisiko, indem sie die von der deutschen Ölindustrie benötigten Rohstoffe einführten und sie denen, die ihnen einen entsprechenden Einfluß auf den Gang ihres Unternehmens sicherten, zur Verfügung stellten, wodurch sie erreichten, was sie wollten: Die Beherrschung der deutschen Margarine- und Ölindustrie. Wohin die Entwicklung geführt hat, dürften nachfolgende, wenn vielleicht auch noch unvollständige Zusammenstellungen über die Beteiligung des Auslandes bei der deutschen Margarine- und Ölindustrie erkennen lassen. Der Hauptbeteiligte ist, wie wir sehen, der

Jürgens-Konzern[1]).

Ihm gehören an die Firmen:

1. Brake & Co., Margarinefabrik, Oldenburg,
2. Deutsche Jürgenswerke A.-G. (Holding Company des Jürgens-Konzern für das deutsche Interessengebiet),
*[2])3. Jürgens & Prinzen, Margarinewerke, Goch (Hauptunternehmen des Jürgens-Konzerns in Deutschland),

[1]) Die Stammfirma des Jürgens-Konzerns ist die Firma N. V. Anton Jürgens, vereenigde Fabriken in Oß bei Nymwegen in Holland. Sie wurde 1871 gegründet. Das Aktienkapital beträgt heute über 100 Millionen Gulden und ist nach dem Muster amerikanischer Unternehmungen in die verschiedensten Gattungen unterteilt. Außer an verschiedenen Handelsgesellschaften ist die Firma an etwa 70 Fabriken in der Welt beteiligt.

[2]) Die mit einem * versehenen Werke sind die größten der hier genannten Margarinefabriken.

4. Kaisalinwerke G. m. b. H., Neuß a. Rh.,
5. Crefelder Margarinewerke Jan. C. Uhlenbrock, Crefeld,
6. Kunerolwerke, Bremen,
7. Krog & Ewers G. m. b. H., Ottensen,
*8. Margarinefabrik van Rossum & Cie., Emmerich,
*9. A. L. Mohr G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld,
10. Mohr & Co., Altona[1])
11. Neußer Margarinewerke, Neuß,
12. Rositzky & Witt G. m. b. H., Ottensen,
13. Salb & Wohl, Margarinefabrik, Nürnberg,
*14. H. Schlink & Co., A.-G., Hamburg,
15. Aktienverein deutscher Ölfabriken, Mannheim[2])
16. Bremen-Besigheimer Ölfabriken A.-G., Bremen[2])
17. Bremer Ölwerke, Wilhelmsburg,
18. Holsteinische Ölwerke, Altona-Bahrenfeld,
19. Niederrheinische Ölwerke A.-G., Goch,
20. Ölfabrik Groß-Gerau, Groß-Gerau (Hessen) (indirekt ausländische Kapitalbeteiligung Hauptaktionär Nr. 16)[2]),
21. Ölwerke Germania, Emmerich.

Nach den gemachten Feststellungen gehören dem

van den Bergh-Konzern[3])

folgende in Deutschland gelegenen Margarine- und Ölfabriken an:

*1. Dr. Boemer & Co., Margarinefabrik, Emmerich,
2. Cron & Scheffel, Margarinefabrik, Cleve,
*3. Delmenhorster Margarinewerke, Delmenhorst,
*4. Estol A.-G., Mannheim,
5. Frankfurter Margarine A.-G., Frankfurt,
*6. Margarinewerke Berolina, Berlin-Lichtenberg,

[1]) Eine andere gleichlautende große Margarinefirma in Altona ist trustfrei und gehört dem Stinnes-Konzern an.

[2]) Die unter Nr. 15, 16 und 20 genannten Werke sind die bedeutendsten Speiseölfabriken Deutschlands.

[3]) Als Stammfirma des van den Bergh-Konzerns ist die Firma van den Bergh anzusehen. Die Hauptverwaltung dieses Konzerns, Generaldirektion der van den Bergh-Werke m. b. H., ist seit dem Winter 1920/21 in Berlin, während zuvor Cleve Hauptsitz des van den Bergh-Konzerns für das deutsche Interessengebiet war. Einer der Geschäftsführer dieser Spitzengesellschaft ist Generaldirektor Leo van den Bergh, Berlin. Bemerkenswert sind auch hier die sehr zahlreichen Beziehungen zu anderen Ländern, insbesondere die zu England durch die van den Bergh's Limited, London.

*7. Milkawerke, Pratau a. d. Elbe, Prov. Sachsen,
8. Palma Margarinefabrik, Cleve,
9. Hermann Petersen, Margarinefabrik, Delmenhorst,
10. Reeser Margarinefabrik G. m. b. H., Rees a. Niederrhein,
11. Sana G. m. b. H., Margarinewerke, Cleve,
*12. Van den Bergh's Margarinegesellschaft, Cleve,
13. Vereinigte Wiener Margarine- und Butterfabriken G.m.b.H., Cleve,
*14. Wahnschaffe, Müller & Co. m. b. H., Cleve,
15. Bremer Ölfabrik, Wilhelmsburg (zusammen mit dem Jürgens-Konzern),
16. F. Thörls Vereinigte Ölfabriken A.-G., Harburg a. d. Elbe.

Was speziell die Überfremdung der Ölindustrie anbetrifft, so sei aus einer im September 1920 erschienenen Denkschrift der Wirtschaftsgesellschaft deutscher Ölmühlen noch folgende Zusammenstellung wiedergegeben:

	Zahl	Kontingent (t)
Sämtliche Betriebe der Wirtschaftsgesellschaft deutscher Ölmühlen	98	1 715 930
Davon:		
Unter Einfluß der holländischen Margarinekonzerne	9	592 780
In Lohnarbeit der holländischen Margarinekonzerne	2	98 000
Unter sonstigem ausländischen Kapitaleinfluß	7	206 000
Betriebe der Interessengemeinschaft „Igo" .	8	790 000
Davon:		
Holländischer Margarinekonzern . .	3	450 000
Sonstiger ausländischer Kapitaleinfluß	1	60 000
Rein deutsche Betriebe	4	280 000
Sonstige rein deutsche Betriebe	76	539 150

Während das Auslandskapital somit auf ein Kontingent von 896 780 t Einfluß hat, kontrolliert das deutsche Kapital nur 819 150 t. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß der Zahl der Betriebe nach dem deutschen Kapital 80, dem ausländischen 18 unterstehen. Es ist dies eine sehr zu beachtende Tatsache.

Der Einfluß der beiden holländischen Konzerne beschränkt sich jedoch nicht nur auf die zuvor genannten Unternehmungen,

sondern geht indirekt durch die Beteiligung der einen oder anderen dieser vorgenannten Firmen an anderen Unternehmungen noch weit darüber hinaus. Ferner ist es für eine Betrachtung der ausländischen Kapitalbeteiligung von Bedeutung, zu wissen, daß außer durch den Jürgens- und van den Bergh-Konzern noch weiteres ausländisches Kapital bei einigen anderen Margarine- und Ölfabriken Deutschlands beteiligt ist. So sind bei der C. & G. Müller Speisefett A.-G. in Neukölln, die außer in Neukölln Fabriken in Helmstedt, Stettin und Königsberg besitzt, und der Margarinefabrik Homann in Dissen (Kreis Iburg im Teutoburger Walde) gleichfalls holländische Kapitalisten interessiert; dänisches Kapital ist bei den Teutonia-Ölmühlen in Harburg a. Elbe und der Stettiner Ölwerke A.-G. in Zuellchow bei Stettin beteiligt; tschechische Kapitalisten sind Beteiligte der Margarinewerke Jeverland A.-G., Heidmühle bei Jever, während das dem Kapital nach größte Produktions-Unternehmen Europas, die Lever Brothers Limited, London, seit dem Jahre 1920/21 durch Erwerb von Anteilen der Niver Company, London, mittelbaren Einfluß auf die Öl- und Margarinegesellschaft De Bruyn in Emmerich erlangt hat[1]).

Überprüfen wir all diese Bewegungen der ausländischen Kapitalbeteiligungen bei der deutschen Margarineindustrie, so erkennen wir sogleich mit besonderer Deutlichkeit die gerade nach dem Kriege mit Riesenschritten sich vollziehende Überfremdung; und dem, der außerdem noch die sonstige allgemeine Tendenz in der Entwicklung der Margarineindustrie kennt, reden die vorstehenden Zusammenstellungen über die Beteiligung der ausländischen Trustgesellschaften bei der deutschen Margarine- und Ölindustrie eine allzu beredte Sprache. Hier ist kein Stillstand der Entwicklung, hier ist kein Rückgang, nur vorwärts gerichtet ist das Streben der holländischen Trustgesellschaften; alles ist dem einen Ziele untergeordnet: möglichst großen Einfluß auf die gesamte deutsche Margarine- und Ölindustrie zu gewinnen.

[1]) Der Versuch einer graphischen Darstellung über die örtliche Lage der in Deutschland gelegenen überfremdeten wie nichtüberfremdeten Margarinefabriken und gleichzeitige Darstellung ihrer Produktionsgröße wird in der Zeitschrift „Die Wirtschaftskurve mit Indexzahlen der Frankfurter Zeitung“ im Heft 1 vom Februar 1924 gemacht.

2. Die übrige Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

(Konserven-, Stärke-, Schokoladen-, Brauerei-, Mälzerei- und Zigarettenindustrie).

An den Kapitalbeteiligungen des Auslandes bei der Margarine- und Ölindustrie hat die Öffentlichkeit stets ein besonderes Interesse genommen. So bekannt die Tatsache dieser ausländischen Beteiligungen auch ist, so wenig weiß die Öffentlichkeit jedoch im allgemeinen von den übrigen Beteiligungen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, wenn wir im Augenblick von der Zigarettenindustrie, auf die wir noch besonders zurückkommen werden, absehen. Auffallend ist dabei, daß das holländische Kapital ziemlich stark interessiert ist, denn der Einfluß dieses Kapitals in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie beschränkt sich nicht allein auf die Margarine- und Ölindustrie. Allerdings, eine solch einheitliche Richtung, solch zielbewußtes Handeln, wie es den holländischen Margarinekonzernen eigen ist, kann bei den übrigen holländischen und sonstigen ausländischen Kapitalbeteiligungen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, in ihrer Gesamtheit betrachtet, nicht festgestellt werden. Auch ist dieser ausländische Einfluß in der deutschen Volkswirtschaft nicht allzu bedeutend, immerhin ist er jedoch für einzelne Gegenden sehr beachtenswert. Versuchen wir auf Grund des vorliegenden Materials die Grundzüge der ausländischen Kapitalbeteiligungen kennen zu lernen:

Den hier in Betracht kommenden Unternehmungen der **Konservenindustrie** ist es eigen, daß die ausländischen Kapitalbeteiligungen durchaus nicht immer mit der Entstehung und Entwicklung dieses Industriezweiges in Verbindung zu bringen sind, vielmehr haben verschiedentlich zufällige Momente der verschiedensten Art, günstige Standortsbedingungen u. dergl. mehr die ausländischen Kapitalinvestierungen veranlaßt. Dabei ist es gewiß, daß gerade in der Konservenindustrie die Standortsfrage einen wesentlichen Faktor bildet, sei es, daß die Produktions-, sei es, daß die Konsumverhältnisse hierfür von Bedeutung sind. So ergibt sich denn auch, daß die ausländischen Kapitalbeteiligungen, den für die Konservenindustrie in Deutschland eigentümlichen Standortsbedingungen entsprechend, sowohl auf dem flachen Lande als auch in den Großstädten festzustellen sind.

Eine örtliche Konzentration des ausländischen Kapitals ist in Ostfriesland zu beobachten. Holländische Kapitalisten haben hier schon seit vielen Jahren verschiedentlich eine intensive landwirtschaftliche Tätigkeit entfaltet, die Rohprodukte in eigenen Konservenfabriken verarbeitet und durch ihre Tätigkeit häufig nicht ohne sichtlichen Erfolg zur wirtschaftlichen Entwicklung Ostfrieslands beigetragen. Verschiedentlich werden die der Konservenfabrikation dienenden Rohprodukte fast ausschließlich aus dem eigenen landwirtschaftlichen Betriebe genommen, was hinwiederum voraussetzt, daß der eigene Grundbesitz nicht unbedeutend sein kann. So finden wir denn auch, daß zu den gemeinten Konservenfabriken bis zu fast 300 ha landwirtschaftliche Fläche gehören.

Als Gesellschaftsform ist im allgemeinen die G. m. b. H. gewählt, deren Kapitalien in wenigen Händen vereint sind. Der Bankverkehr wurde vor dem Kriege in hohem Maße mit Holland gepflegt, hat in weiterem Gefolge dann ähnlich wie in vielen anderen Fällen, durch die Zinszahlungsverpflichtung in holländischen Gulden infolge früherer Kreditaufnahmen die Rentabilität der Unternehmungen mehr oder weniger hart getroffen. Gerade aus der friesländischen Konservenindustrie wurden einige besonders krasse Fälle derartiger Art vertraulich zur Kenntnis gegeben. Lange Zeit standen diese ehemals gut beschäftigten Fabriken als Zeugen besserer, vergangener Zeiten. Sie waren die Opfer der Markinflation. Nur die einmütige Auffassung und der feste Wille der beteiligten in- und ausländischen Finanzkreise, durch beiderseitige Opfer die Unternehmungen zu retten und wieder in Gang zu bringen, haben es vermocht, die Schlote dieser Fabriken heute wieder rauchen zu lassen. Vielleicht wird es möglich sein, später einmal aus bereits vorliegendem Material weitere Einzelheiten zu diesen so wenig bekannten ausländischen Kapitalbeteiligungen mitzuteilen.

Um wenigstens die in der Konservenindustrie beteiligten Länder zu erwähnen, so seien außer Holland noch Amerika, England und die Schweiz genannt. Schon vor mehreren Jahrzehnten wurde in Lindau (Bayern) ein Zweigunternehmen der Anglo-Swiss Condensed Milk Company gegründet. Bekannt sind ferner die Fabrikgründungen der Maggi-Gesellschaft m. b. H. in Singen und Berlin sowie der Helvetia-Kon-

servenfabrik Gr.-Gerau A.-G. in Gr.-Gerau (Hessen). Diese beiden zuletzt genannten Unternehmungen wurden in den 90er Jahren von schweizerischen und deutschen Kapitalisten gegründet und unterstehen auch noch heute mehr oder weniger diesem Einfluß.

Unvermindert stark ist der Einfluß amerikanischer Kapitalisten bei einzelnen Werken der mitteldeutschen **Stärkeindustrie.** Die große Maisproduktion der Vereinigten Staaten sowie das immer stärker werdende Interesse der amerikanischen Maisstärkefabriken an einem großen Auslandsmarkte haben es mit sich gebracht, daß auch in Deutschland einige Fabriken unter amerikanischen Einfluß gekommen sind. Es ist der Maizena-Konzern, der seit dem Jahre 1920 bei den Stärkefabriken Max Eggert in Halle a. S., Julius Klitschmüller in Gräfenhainichen b. Bitterfeld, Gebr. Puppe in Zerbst und der Firma Düben, Schmidt & Bunge in Steutz (Anhalt) sehr stark interessiert ist. Sämtliche genannte Fabriken waren schon vor dem Kriege auf Maisstärkefabrikation eingestellt und standen, so weit bekannt ist, schon viele Jahre mit dem Maizena-Konzern, der auch in Deutschland durch seine Betriebsgesellschaft, der Maizena G. m. b. H. in Hamburg, seit Jahren vertreten war, in näherer geschäftlicher Beziehung. Die nach dem Kriege durch die Inflation immer mehr zunehmende Kapital- und Kreditnot und die Sorge um die Aufrechterhaltung einer geregelten und möglichst billigen Rohproduktenzufuhr veranlaßte die Inhaber dieser Firmen, dem genannten ausländischen Kapital maßgebenden Einfluß einzuräumen. Eine Veränderung in der Besetzung der Verwaltungsposten ist bisher nicht eingetreten.

Ganz andere Gründe sind für die ausländischen Kapitalbeteiligungen bei der deutschen **Schokoladenindustrie** maßgebend gewesen. Die natürlichen Wirtschaftsverhältnisse der Schweiz bzw. Hollands — in dem einen bestgepflegte Rindviehzucht auf den Almen, in dem anderen hervorragende Milchwirtschaft in den Marschgebieten — hatten schon frühzeitig eine beachtenswerte Entwicklung der Schokoladenindustrie in diesen beiden Ländern zur Folge gehabt, zumal für diese hohe Kapitalanlagen bedingende Industrie auch hier durch den Kapitalreichtum dieser Länder und für Holland noch durch seine Kolonialbeziehungen die Vorbedingungen durchaus günstig waren. Der deutsche Markt wurde

schon bald von den ausländischen Schokoladenindustriellen als ein integrierender Bestandteil ihrer geschäftlichen Beziehungen betrachtet und immerfort war das Bestreben der einzelnen ausländischen Unternehmungen darauf gerichtet, ihren einmal gewonnenen deutschen Absatzmarkt nicht durch erhöhte Zolltarife wieder zu verlieren. Da sie dieses am sichersten nur durch eigene Filialgründungen auf deutschem Boden erreichen konnten, so säumten die ausländischen Schokoladenfabrikanten nicht, in möglichst greifbarer Nähe, d. h. nahe an der Grenze Betriebe einzurichten. Kaum begann sich 1879 die deutsche Zollpolitik auszuwirken, als auch schon ausländisches Kapital zu dem angegebenen Zweck investiert wurde, das sich dann in der Folgezeit, verstärkt durch neue ausländische Kapitalinvestierungen bis auf den heutigen Tag in der deutschen Wirschaft erhalten hat. Ausländisches Kapital ist also heute schon über 40 Jahre an der deutschen Schokoladenindustrie beteiligt. Wie sehr sich die ausländische Konkurrenz innerhalb Deutschlands allmählich verschärfte, geht allein daraus hervor, daß sich die von deutschem Kapital finanzierten Unternehmungen der Schokoladenindustrie schon vor vielen Jahren zu einem Schutzverbande zusammenschlossen und ihren Mitgliedern zur Pflicht machten, die Aufschrift: „Kauft nur deutsche Schokolade" den Schokoladenpackungen aufzudrucken. — Wieviel ausländisches Kapital heute in der deutschen Schokoladenindustrie arbeitet, vermag man bei dem nominell nur geringem Gesellschaftskapital, aber hohen Krediten der ausländischen Hauptunternehmungen nicht zu sagen. Zweifellos sind aber auch hier etliche Millionen schweizerischen und holländischen Kapitals interessiert.

Als dritter ausländischer Mitbewerber auf dem deutschen Schokoladenmarkte sind im Jahre 1921 durch den unauffälligen Aktienaufkauf der Sarotti Chokoladen und Cacao Industrie A.-G. Berlin schwedische Kapitalisten hinzugekommen. Sie erwarben über die Hälfte des damals 6 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals und haben sich bei den späteren wesentlichen Aktienkapitalserhöhungen in gleichem Verhältnis weiter beteiligt. Trotz dieser starken Kapitalüberfremdung sind Vorstand und Betriebsleitung deutsch geblieben, während von den 14 Aufsichtsratsmitgliedern heute zwei schwedischer Nationalität sind. Dieses Verhältnis ist recht bemerkenswert und zwar umsomehr, als die Darlegungen über die Verwaltungsüberfremdung in den früheren

Kapiteln auch hier wieder eine Stütze finden. In diesem Zusammenhange sei zugleich darauf hingewiesen, daß die Verwaltungsüberfremdung in den älteren schweizerischen und holländischen Unternehmungen der Schokoladenindustrie weit stärker ausgeprägt ist. Aber auch hier ist sie trotz ausschließlicher ausländischer Kapitalbeteiligung nicht rein durchgebildet, sondern schwankt mehr oder weniger stark zugunsten einer deutschen Personalbeteiligung.

Überholt sind dagegen die ausländischen Kapitalbeteiligungen bei den deutschen **Brauereien und Mälzereien.** Es waren englische und schweizerische Kapitalisten, die Interesse an diesen beiden Industriezweigen gewonnen hatten. So kauften englische Kapitalisten im Jahre 1888 zwei seit langer Zeit bestehende Brauereien Dortmunds und zwar: Die Dortmunder Brauereigesellschaft, vorm. Gebr. Meinighaus und H. Bohmke, spätere Dortmunder Ritterbrauerei A.-G., auf. Das Kapital blieb bis zur Zwangsliquidierung im Jahre 1917 fast ausschließlich in englischen Händen. Es betrug anfangs 1,5 Millionen Mark in Namensaktien und wurde später auf 2,4 Millionen Mark erhöht. Der Übernahmepreis durch die heutige Dortmunder Ritterbrauerei A.-G. in Dortmund betrug im Jahre 1917 Mark 3 325 000. Gleichzeitig wurde das Grundkapital der neuen Gesellschaft auf 3,8 Millionen Mark festgesetzt, wobei jedoch ausländisches Kapital nicht mehr beteiligt wurde. Zur Zeit der englischen Kapitalbeteiligung bildeten Deutsche den Vorstand bzw. die Betriebsleitung, während drei Engländer und drei Deutsche dem Aufsichtsrat angehörten. — Englische Kapitalisten scheinen gleichfalls auch vor dem Kriege an der Hamburger Brauindustrie interessiert gewesen zu sein.

Lange Jahre waren bei zwei badischen Malzfabriken fast ausschließlich schweizerische Kapitalisten beteiligt. Leider konnte die Entwicklung dieser Beteiligungen nicht genau ermittelt werden, wie es ebenso nicht möglich war, festzustellen, ob nicht inzwischen neue schweizerische Kapitalbeteiligungen eingetreten sind.

An keiner ausländischen Kapitalbeteiligung ist so sehr — vor allem durch eine übelwollende Reklame und durch gegenseitige Befehdung der Beteiligten in der Presse auf Schritt und Tritt — Kritik geübt worden, als dies durch das ungewöhnliche Vorgehen des amerikanischen Tabaktrusts in der deutschen **Zigarettenindustrie** veranlaßt wurde. Viele Jahre hat dieser Konkurrenzkampf gewährt und eigentlich hat erst der

Weltkrieg diesen Kampf bis auf weiteres behoben. Dabei ist von Interesse, festzustellen, daß die ersten Angriffe des Trusts auf die deutsche Zigarettenindustrie im Jahre 1900/1901 von der erst kurz zuvor von der American Tobacco Company und ihrer britischen Konkurrenzgesellschaft gegründeten Trustgesellschaft, der British American Tobacco Company, ausgegangen sind. Es war die plötzliche Umwandlung der Einzelfirma, Zigarettenfabrik Georg A. Jasmatzi in Dresden in eine Aktiengesellschaft, durch welche der Außenwelt bekannt wurde, daß der amerikanische Tabaktrust in Deutschland mit dem Erwerb dieser Zigarettenfabrik festen Fuß gefaßt hatte. Etwa 70% des Grundkapitals der Georg A. Jasmatzi A.-G. waren in den Besitz des Trusts übergegangen. Dabei hatte sich der bisherige Besitzer wohl gegen entsprechende Entgelte verpflichtet, innerhalb der nächsten 10 Jahre kein neues Unternehmen seiner Branche zu gründen[1]). Der Kaufpreis für das gesamte Unternehmen betrug 1 500 000 M. Diesen Preis erhielt Georg A. Jasmatzi dadurch, daß ihm 500 Stück Aktien der Gesellschaft zu je M. 1 000 = M. 500 000 gewährt und die restliche 1 Million Mark in bar vergütet wurden. Fernerhin zahlte The American Tobacco Company in New-Jersey, Geschäftsstelle in New-York City, aus eigenen Mitteln ohne jede Belastung der A.-G. an Georg A. Jasmatzi als Gegenleistung für Überlassung der Firma und Kundschaft 400 000 M. Vorstand und Aufsichtsrat wurden gemischt mit Deutschen, Engländern und Amerikanern besetzt, u. a. wurde Georg A. Jasmatzi Vorstandsmitglied. Im Laufe der Jahre kamen alsdann außer genannter Firma, soweit bekannt, bis zum Beginn des Weltkrieges noch folgende Firmen in den Besitz der British American Tobacco Company: Johs. N. Jasmatzi, Dresden, Sarasvati G. m. b. H., Dresden, Josetti, Meyer & Peters G. m. b. H., Dresden, Adler Company, Dresden, Delta, Tschasche & Bensky G. m. b. H., Dresden, Sulima T. L. Wolf G. m. b. H., Dresden, Batschari G. m. b. H., Baden-Baden. Hiermit waren etwa 20—25% der deutschen Zigarettenproduktion dem amerikanischen Tabaktrust unterworfen[2]).

[1]) Vgl. Nohtse, Siegfried: Der Trustgedanke und die Tabakindustrie mit besonderer Berücksichtigung der amerikanischen Expansion auf dem europäischen Kontinent, Greifsw. Diss. 1921.

[2]) Die American Tobacco Company ist außer in Deutschland auch in allen anderen europäischen Ländern mehr oder weniger stark beteiligt. Nur dort, wo ein staatliches Vollmonopol besteht, wie in Österreich, Ungarn, Italien und Serbien, ist es dem amerikanischen Tabaktrust nicht gelungen, Fuß zu fassen.

Jedoch sind im Jahre 1915 von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank die der British American Tobacco Company gehörenden Aktien und sonstige Anteile der Jasmatzi-Gruppe aufgekauft worden.

Schließlich sei nicht unerwähnt, daß auch russisches und österreichisches Kapital, insbesondere gerade zu der Zeit, als unsere Zigarettenindustrie noch ziemlich unbedeutend war, in dieser Anlage gefunden hat. Russisches Kapital kam infolge des großen kaufmännischen Interesses, das die bedeutende russische Tabakproduktion mit sich brachte, zur deutschen Zigarettenindustrie, während das Interesse Österreichs vor allem durch seinen Transitverkehr mit den russischen und deutschen Zigarettenprodukten nach dem Balkan hervorgerufen wurde. — Holländisches Kapital soll in der badischen Tabakproduktion während der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts interessiert gewesen sein.

Zusammenfassung einschließlich der Verwaltungsüberfremdung.

Beachtet man die hier wiedergegebene Entwicklung dieser einzelnen Industriezweige zusammenhängend, so ist am auffallendsten die langsame, aber umso stetigerere Überfremdung der deutschen Margarineindustrie auf der einen Seite und die plötzliche, wuchtige, vor nichts zurückschreckende Überfremdung der Zigarettenindustrie durch ausländische Trusts auf der anderen Seite. Dort ist zweifellos Solidität und gute Fundierung der Stammunternehmungen das charakteristische; hier wird durch die Macht des Kapitals alles zu erreichen versucht. Das Persönliche im Unternehmertum steht der Großmacht „Kapital“ gegenüber und beide ringen und kämpfen, jeder auf seine Weise, nicht miteinander, sondern nebeneinander, alle dabei dem gleichen Ziel zustrebend: Macht zu gewinnen. Beide Gruppen kennen den Weltmarkt und haben sich feste Stützpunkte in vieler Herren Länder geschaffen. Des Einen Handeln ist von handelspolitischen, insbesondere schutzzöllnerischen Maßnahmen der Länder beeinflußt, bei dem Andern ist es der durch eine gewisse Kapitalorganisation (Trustform) sich immer schärfer ausprägende absolute Machtgedanke. So finden wir auch im weiteren Verfolg dieser Entwicklungstendenzen, wie sich die Margarineindustrie zunächst scharf an der Grenze gruppiert

und erst später von Absatzverhältnissen, guten und billigen Rohstoffzufuhrwegen in ihrer Standortsfrage anders geleitet wird, während die Zigarettenindustrie sich ihre Stützpunkte gerade dort aussucht, wo sie sie findet. Verfolgen wir gerade die Konzentration der überfremdeten Margarinefabriken Deutschlands, so finden wir die meisten überfremdeten Margarine- und Ölfabriken im Rheinlande, insbesondere in den Städten Emmerich und Cleve, also in den nahe der holländischen Grenze gelegenen Orten, oder bei Hamburg als einem äußerst günstig gelegenen Zufahrtshafen der zur Margarine- und Ölfabrikation benötigten überseeischen Rohprodukte. In derselben Weise ist im allgemeinen auch die örtliche Lage der überfremdeten Unternehmungen der übrigen Nahrungs- und Genußmittelindustriezweige bedingt.

Doch nicht allein die Größe und Art der Kapitalüberfremdung verdient hier unser Interesse, sondern vielleicht noch weit mehr die Form der Verwaltungsüberfremdung, wobei sich jedoch die Betrachtung vor allem mit der Margarine- und Ölindustrie wegen der bei ihr besonders gelagerten Verhältnisse zu befassen haben wird. Denn eins ist es, was unsere Aufmerksamkeit gerade bei dieser Industriegruppe auf sich lenkt: die holländischen Margarinegesellschaften Jürgens und van den Bergh sind als Familienunternehmungen durch ihre Mitglieder persönlich zumeist sehr stark im Aufsichtsrat, ja sogar im Vorstand der betreffenden deutschen Unternehmungen vertreten. So dürfte denn auch bei der Kapitalmacht, die jene holländischen Kapitalisten vertreten, ihr Einfluß nicht gering sein. Die Leiter dieser familienhaft gebundenen holländischen Konzerne haben ein berechtigtes persönliches Interesse daran, möglichst klar ihr Unternehmen persönlich überschauen und zielsicher führen zu können, zumal bei Erwerb bzw. Übernahme neuer Unternehmungen von ihnen zumeist sehr viel Kapital neu investiert wurde. Sind es daher die Mitglieder dieser Konzerne nicht selbst, die die Leitung der Unternehmungen in den Händen haben, so sind es ihnen treu ergebene Geschäftsführer, die ganz im Sinne ihrer Chefs die Leitung der Unternehmungen durchführen. All das typische eines Familienunternehmens kehrt eben hier wieder und findet nicht selten in der Bilanzpolitik mit den meist hohen Abschreibungen und geringer Gewinnverteilung seinen beredtesten Ausdruck. Schließlich ist es auch noch die Gesellschaftsform, ins-

besondere als G. m. b. H., die den Charakter dieser eigenartigen Verwaltungsüberfremdung noch schärfer beleuchtet. Dabei kann nicht geleugnet werden, daß trotz einer nach außen verschiedentlich scheinbar etwas kleinkapitalistischen Verwaltungsform, beide holländischen Margarinekonzerne sich nicht nur eine Organisation geschaffen haben, durch die sie sicheren und unmittelbaren Einfluß bei den deutschen Unternehmungen haben, sondern auch durch eine vorsichtige Verwaltungs- und Bilanzpolitik in jahrzehntelanger Arbeit ein Unternehmen aufbauten, das zu den bestfundierten gehört. Der Machtgedanke, die möglichste Beherrschung eines ganzen Industriezweiges, ist letzten Endes, wie überall, das primäre der Entwicklung, wobei die Tendenz hierzu in hervorragendem Maße durch die Charakteristik des Gesamtunternehmens als Familienunternehmen gegeben ist. Darin liegt weiterhin aber auch begründet, weshalb sich eine ziemlich ruhige Form des Konkurrenzkampfes zwischen den ausländischen und den deutschen Kapitalisten feststellen läßt. Als Familienunternehmen sind die genannten Konzerne nicht so sehr auf Tantième und Dividende bedacht, als vielmehr auf sichere und gesunde Entwicklung des Gesamtunternehmens. Gewisse Unterschiede sind hierin zwischen den beiden Konzernen Jürgens und van den Bergh festzustellen, zumal der van den Bergh-Konzern außer den Interessen der van den Bergh-Gruppe auch die der bei ihm beteiligten englischen Kapitalisten wahrzunehmen hat. Stetigkeit in der Zielrichtung und Vornehmheit im Kampfe mit der Konkurrenz ist also ein weiteres Charakteristikum für die holländische Kapital- und Verwaltungsüberfremdung bei der deutschen Margarineindustrie, eine Erscheinung, die wir in ähnlicher Weise bereits bei den schweizerischen Kapitalbeteiligungen der deutschen Textilindustrie feststellen konnten. Von dieser Grundrichtung der sich so gebenden Verwaltungsüberfremdung lassen sich natürlich auch in der Margarineindustrie wie im besonderen bei den übrigen Zweigen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie etliche Ausnahmen feststellen, weshalb es denn auch nicht möglich ist, ganz bestimmte, feste Normen für das Verhältnis einer Kapital- und Verwaltungsüberfremdung für die Industrie darzulegen. Wohl aber lassen sich aus einer größeren Betrachtung gewisse besonders typische Erscheinungen herausschälen. Das ist zuvor und an anderer Stelle geschehen.

7. Die Gas- und Wasserwerke.

1. Die Gaswerke.

Wer sich mit der Geschichte der deutschen Gaswerke beschäftigt, wird die Frage der ausländischen Kapitalbeteiligung nicht umgehen können. Denn in verhältnismäßig großer Zahl ist die Errichtung von Gaswerken auf ausländische Finanzierung zurückzuführen. Gerade die Orte, die schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts Bedeutung hatten, sind hieran besonders beteiligt. Es sind u. a. zu nennen: Berlin mit fast sämtlichen Vororten, Hannover und Linden, Hamburg, Köln, Elberfeld, Aachen, Trier, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Augsburg, Nürnberg, Stuttgart, München und die kleineren südbadischen Städte Lörrach, Schopfheim und Todtnau. Nach den gemachten Feststellungen ging die Finanzierung durch das Ausland von folgenden 8 von einander unabhängigen Kapitalistengruppen aus:

1. Imperial Continental Gas Association Company London-Berlin,
2. Barlow & Co., London,
3. Malams, Großkill & Co., London,
4. Company générale pour l'éclairage et le chauffage par le gaz à Bruxelles,
5. Doignon & Blaton, Tournay,
6. Bourget, Thomas Frères & Co., Lüttich,
7. Banquier Kohler-Genf und Ingenieur Dollfuß-Basel,
8. Schweizerische Gasgesellschaft, Schaffhausen.

Die bedeutendste unter diesen Unternehmungen ist die Imperial Continental Gas Association Company London-Berlin. Sie war es auch, die im Jahre 1825 die erste Gasanstalt Deutschlands zur Versorgung der Stadt Hannover erbaute. Mit Recht sagt Knapp in Schilling's Handbuch für Gasbeleuchtung, daß die Engländer den Deutschen die Gasindustrie „fix und fertig" ins Haus gebracht haben.

Wie hätte es unter den obwaltenden Umständen auch anders sein können? Einmal nahm das große Mißtrauen, mit dem die öffentliche Meinung in Deutschland bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts der Errichtung von Gasanstalten begegnete, den deutschen

Unternehmern den Mut, selbst Gasanstalten zu bauen und zum anderen fehlte es auf deutscher Seite an Kapital und technischer Erfahrung. In besserer Voraussicht der Dinge errichteten deshalb englische Kapitalisten in Deutschland seit 1825 ihre Gasanstalten. Es war vor allem die Imperial Continental Gas Association Company, die auf Grund einer Konzession des Königs von Preußen vom Jahre 1825 ihre Geschäfte in Deutschland betrieb und es zugleich verstand, ihre Werke durchweg technisch auf der höchsten Höhe zu halten. So konnte sie sich demnach gerade aus diesem Grunde bis zur Zwangsliquidierung im Jahre 1917 in Deutschland eines weitverzweigten Geschäftsbetriebes erfreuen. Die belgischen, französischen und schweizerischen Gesellschaften waren im allgemeinen höchstens 1—2 Jahrzehnte an den deutschen Gasanstalten aktiv interessiert; doch soll damit nicht gesagt sein, daß diese Kapitalistengruppen, soweit sie sich gleichfalls an der Errichtung deutscher Gasanstalten beteiligten, etwa weniger gutes Geschick aufgewiesen hätten. Immerhin verdient es hervorgehoben zu werden, daß, nachdem deutsches Geld in den 50er Jahren in größerem Maße zu dem Bau von Gasanstalten flüssig wurde und sich die deutsche Volkswirtschaft der fortschreitenden Entwicklung der übrigen Länder anpaßte, das belgische, französische und schweizerische Kapital allmählich abgelöst wurde, während die Imperial Continental Gas Association Company ihren Wirkungsgrad sogar vergrößerte.

Zu der Entwicklung dieser ausländischen Kapitalbeteiligungen bei den deutschen Gaswerken werden nachfolgende Einzelausführungen genaueren Aufschluß geben. Verschiedene interessante Bewegungen werden wir auch hieraus wieder entnehmen können; insbesondere ist auffallend, daß bei einigen Städten ein ungemein rascher Wechsel der beteiligten Ausländer sich vollzog. Hierfür bietet die Entwicklung der Gasanstalt in Karlsruhe das bezeichnendste Beispiel.

Die älteste Gasanstalt Deutschlands ist, wie schon erwähnt, die der Stadt Hannover. Sie wurde von der Imperial Continental Gas Association London errichtet und ist seitdem fast ausschließlich in englischen Händen geblieben. Erst 1917 kam sie infolge staatlicher Liquidation für 6 Millionen Mark in den Besitz der Stadt. — Das Gaswerk der Stadt Linden gehört noch heute der englischen Gesellschaft.

Die erste Gasanstalt Berlins wurde 1826 von der gleichen Gesellschaft gegründet und 1844 von der Stadtgemeinde übernommen, während die anderen Gaswerke Berlins von der Stadtgemeinde selbst erbaut wurden. — In den Vororten Berlins hinwiederum war bis zur Kriegsliquidierung weiterhin die englische Gesellschaft vertreten (vergl. auch weiter unten).

Die Stadt Elberfeld hatte seit 1837 zwei Anstalten, deren Gründer Doignon und Blaton aus Tournay in Belgien waren. Infolge Unzufriedenheit der Bevölkerung wegen schlechter Gasbelieferung ging die Anstalt am 1. Oktober 1843 an die Firma Borguet in Lüttich über und blieb bis Juli 1846 in deren Besitz. Von diesem Zeitpunkt bis September 1847 firmierte das Unternehmen Borguet, Thomas Frères & Co. Am 1. September 1849 wurde die Gasanstalt von der deutschen Firma v. d. Heydt & Co. übernommen. Obgleich der Vertrag mit letzterer Firma am 1. September 1859 auf weitere 8 Jahre verlängert wurde, übernahm die Stadt die Anstalten doch schon vor Ablauf der Kontraktzeit selbst und zwar am 1. September 1865 für 250000 Taler.

Das Gaswerk Aachen wurde im Jahre 1838 durch die Imperial Continental Gas Association erbaut. 1868 wurde ein neuer Vertrag mit dieser Gesellschaft abgeschlossen, der bis zum 30. Juni 1912 lief. Heute ist das Gaswerk Aachen-Burtscheid in städtischem Besitz.

Die Gaswerke der Stadt Köln wurden nach 1840/41 gleichfalls von der vorgenannten englischen Gesellschaft gebaut. Wegen schlechter Druckregelung und sonstiger nachlässiger Belieferung war jedoch zwischen der Stadt und der Gesellschaft kein gutes Verhältnis zu erreichen. 1860 erbaute die Gesellschaft noch eine zweite Anstalt am Spießerhof, die allerdings so kläglich ausfiel, daß sie schon nach 8 Jahren wieder abgebrochen werden mußte. Zuvor hatte die englische Gesellschaft, in der Hoffnung, Köln noch abhängiger von sich zu machen, eine viel zu große Anstalt in Ehrenfeld angelegt[1]). Langwierige Prozesse wurden mit der englischen Gesellschaft geführt, bis es durch gerichtliche Entscheidung im Jahre 1872 so weit kam, daß die Übernahme der Gasversorgung am 1. Mai 1873 in städtische Regie erfolgte. Der

[1]) Die Stadt Köln im 1. Jahrhundert unter preußischer Herrschaft. 1815 bis 1915, Bd. I, S. 570.

Ubernahmepreis betrug 895 498 Taler = 2 686 494 Mark, wovon nach Abzug der Gegenforderung der Stadt für Straßenbenutzung noch 92 500 Taler = 277 500 Mark in bar gezahlt wurden.

Die erste Gasanstalt in Frankfurt wurde 1825 von Knoblauch & Chile eröffnet und später in die Frankfurter Gas Aktiengesellschaft mit 1 800 000 Mark Kapital umgewandelt. Neben dieser Gesellschaft bestand als Konkurrenzunternehmen seit 1844 die Imperial Continental Gas Association London, welche bis zum Jahre 1909, in welchem die Verschmelzung mit obigem Unternehmen unter der jetzigen Firma mit 13 600 000 M. Kapital erfolgt war, ausschließlich mit englischem Kapital arbeitete. 1902 war zwischen beiden Gesellschaften bereits eine Interessengemeinschaft zustande gekommen. — Vom Jahre 1909 ab war das ausländische Kapital mit ca. 7 700 000 Mark Aktien bei der Frankfurter Gas A.-G. vertreten, bis schließlich 1915 die sich im Besitze der englischen Gesellschaft befindlichen Aktien von der Stadt Frankfurt zum Kurse von 198 % erworben wurden. Ein Direktor, ein Ingenieur und fünf von zehn Aufsichtsratsmitgliedern waren bis Kriegsausbruch englischer Nationalität.

Karlsruhe schloß 1845 mit den Häusern Barlow in London und Mamby in Paris einen Vertrag zur Errichtung einer Gasanstalt ab. Aus dieser zu diesem Zwecke gegründeten englisch-französischen Kommanditgesellschaft ging 1847 eine Kommanditgesellschaft a. A. unter der Bezeichnung Gas-Company for Lighting the City of Carlsruhe with Gas mit einem Grundkapital von 700 000 Frs. hervor; da sich aber nicht genügend Gasabnehmer fanden, wurden die Anlagen in öffentlicher Versteigerung noch im gleichen Jahre für 189 000 Frs., d. h. für etwa die Hälfte des Kostenpreises an eine französische Gesellschaft verkauft. — Das Unternehmen erwarb 1848 die Badische Gesellschaft für Gasbereitung, zwei Jahre später aber ging es in den Besitz der neu gebildeten englischen Firma Richard Ward and Co. A.-G. über. Ihr Grundkapital betrug 336 000 fl. Diese englische Firma verpachtete das Werk an J. N. Spreng & Sonntag, um es schließlich 1854 durch das eifrige Bemühen des Direktors Spreng an die deutsche Firma Purricelli & Co. durch Übergabe sämtlicher Aktien für 210 000 fl. zu verkaufen. Letztere verpachtete es hinwiederum an J. N. Spreng's Erben. Von 1864 wurde die Gasanstalt dann unter der Firma Gaswerk Karlsruhe Spreng & Purricelli

weiter betrieben und gelangte 1869 in den Besitz der Stadt Karlsruhe.

Die Gasanstalt in Stuttgart ist im Jahre 1845 von Siegmund Benedikt, Heinrich Flach und Ingenieur Dollfuß für 140 000 fl. erbaut und schon $^1/_2$ Jahr nach Fertigstellung wegen Unrentabilität im August 1846 an ein Konsortium schweizerischer und französischer Kapitalisten verkauft worden. Die Company d'éclairage au gaz de la ville de Stuttgart, genannt Stuttgarter Gasbeleuchtungsgesellschaft, mit dem Sitz in Genf, zahlte als Kaufpreis 143 166 fl. Den Erbauern der Gasanstalt und in weiterer Folge den Käufern derselben, der schweizerisch-französischen Gesellschaft in Genf, war der Betrieb zunächst auf 25 Jahre bis 1870 konzessioniert. Diese Konzession wurde im Jahre 1869 auf weitere 15 Jahre bis 1885 und dann nochmals bis zum 1. November 1889 verlängert. In dem letztgenannten Jahre kaufte die Stadt das Unternehmen von der schweizerisch-französischen Gesellschaft zum Vertragspreise von 364 000 fl. = 625 000 M. Der Geschäftswert betrug damals 2 634 000 M., die Gestehungskosten selbst jedoch haben nach Ausweisungen der schweizerisch-französischen Gesellschaft 4 494 000 M. betragen.

Die Gasanstalt Nürnberg war seit 1847 im Besitz der englisch-französischen Gründerfirma Barlow, Forster & Ziegler, wurde darauf von Dollfuß in Basel angekauft und später von der Badischen Gesellschaft für Gasbereitung erworben.

Das Gaswerk Augsburg wurde von dem Genfer Bankier Ch. F. Kohler und dem schweizer Ingenieur Wolfsberger eingerichtet. Der Bankier Kohler zeichnete für seine Firma C. Kohler & Co. in Genf von den auszugebenen 1 000 Stück à 250 fl. Aktien 400 Stück, somit 100 000 fl. Mitte der 90er Jahre gingen die Aktien der Augsburger Gasbeleuchtungsgesellschaft an die Gesellschaft für Gasindustrie in Augsburg über. Seit dieser Zeit war kein ausländisches Kapital mehr beteiligt[1]).

Der Erbauer der Gasanstalten in Hamburg ist die englische Firma Malams, Großkill & Co., die nur mit englischem Gelde arbeitete. Als 1874 Direktor Hase aus Berlin die Gaswerke in

[1]) Von Interesse ist, daß dem miterbauenden Ingenieur Dollfuß zugesichert wurde, ihm während der ganzen Zeit der Erbauung keinerlei Einwendungen machen zu dürfen.

Pacht übernahm, schieden die ausländischen Kapitalgeber aus. 1894 gingen die Gaswerke in Staatsregie über.

Im Dezember 1847 hatte der Magistrat die Errichtung einer Gasbeleuchtungsanlage für die Stadt München öffentlich zur Bewerbung ausgeschrieben. Unter den Offerten war aus Bayern keine einzige eingelaufen. Infolgedessen wurde der Vertrag am 31. Oktober 1848 mit dem Bankier Ch. F. Kohler in Genf auf die Dauer von 25 Jahren abgeschlossen. Zugleich aber behielt sich der Magistrat das Recht vor, das Unternehmen nach 15 Jahren ablösen zu dürfen[1]). Da der Gasverbrauch gering war, machte die Stadt vom Vorkaufsrecht keinen Gebrauch, sondern schloß einen neuen Vertrag mit der Gesellschaft auf weitere 36 Jahre bis 1899. In diesem Jahre ging das Werk für rund 4 Millionen Mark an die Stadt über. — Außer dem Gaswerk betrieb die genannte schweizerische Gesellschaft in München auch eine Fabrik für Gasmesser.

Die städtische Gasanstalt Trier wurde 1843 von der Firma Linz & Co. erbaut, kam 1860 an Eduard Purricelli und wurde 5 Jahre später von der Compagny générale pour l'éclairage et le chauffage par le gaz à Bruxelles erworben. Von ihr kaufte sie die Stadt nach Ablauf der Konzession im Jahre 1900 für 645 000 M. Vermutlich war seit dieser Zeit nur belgisches Kapital beteiligt. Der Aufsichtsrat wurde ausschließlich nur von Belgiern gebildet, während im Vorstand und in der Betriebsleitung nur Deutsche waren.

Die Gasanstalt der Stadtgemeinde Schopfheim in Baden wurde durch den Baseler Ingenieur Grunert, der auch der Begründer der Gasgesellschaft Schaffhausen war, ins Leben gerufen. 1877 wurde dann die Gasanstalt von der Gasgesellschaft Schaffhausen übernommen und somit kam die Gasanstalt nunmehr ausschließlich in schweizerische Hände. 1897 wurde durch Vertrag das Gaswerk für 78 814,30 M. von der Stadt erworben.

Die Gasanstalt Todtnau in Baden wurde gleichfalls von der schon genannten schweizerischen Gesellschaft in Schaffhausen, deren Gesamtkapital 1 000 000 Frs. betrug, errichtet. 1904 ging die Gasanstalt für 38 500 M. in den Besitz der Stadt über. Deutsches Geld war vorher bei dem Unternehmen nicht beteiligt.

[1]) Julius Hahn: Münchens Großindustrie und Großhandel.

Auch das Verbandsgaswerk Lörrach wurde von der schweizerischen Gasgesellschaft in Schaffhausen betrieben.

Außer dieser soeben verschiedentlich genannten schweizerischen Gasgesellschaft in Schaffhausen war aber auch noch die schweizerische Gesellschaft für Gasbeleuchtung in Genf, die bereits bei der Stuttgarter Gasanstalt erwähnt wurde, bemüht, gerade in Süddeutschland und Österreich Gaswerke zu errichten. Sie verfügte 1849 über ein Kapital von 780 000 Frs. zu 1200 Aktien à 650 Frs. Es scheint aber, als ob es dieser Gesellschaft nicht gelungen wäre, ihre Pläne in Deutschland zu verwirklichen.

Einen desto größeren Erfolg hat die Londoner Gas Association zu verzeichnen. Diese Gesellschaft hatte den Kreis ihrer Geschäfte auf ganz Deutschland erstreckt, wie ja überhaupt bei den Gasanstalten im Gegensatz zu den Straßenbahnen das ausländische Kapital sich nicht auf enge Gebiete innerhalb des deutschen Reiches beschränkt hat. Abgesehen von dem Streit mit der Stadt Köln hat diese englische Gesellschaft im allgemeinen im guten Einverständnis mit den Bewohnern der betreffenden Städte gestanden. Hierdurch und dann vor allem durch den festen Stützpunkt an der Londoner Zentrale ist es der Gesellschaft möglich geworden, sich fast hundert Jahre in Deutschland zu behaupten. Billigere oder bessere Kohle als anderen deutschen Unternehmungen stand auch ihr nicht zur Verfügung. Sie hatte es sich sogar zum Prinzip gemacht, den größten Teil der Kohle aus Deutschland zu beziehen und nur vereinzelt einen kleinen Teil englischer Zusatzkohle zu verwenden. Gerade hierauf hinzuweisen, dürfte wohl von Interesse sein. Nun ist während des Krieges die Hauptniederlassung der Gesellschaft in Deutschland zwangsweise verkauft worden und in deutsche Hände übergegangen. Sobald die letzten Anlagen der Gesellschaft in Deutschland, wie es beabsichtigt ist, verkauft sind, wird die englische Gesellschaft überhaupt aus Deutschland verschwinden[1]).

[1]) Seit 1921 hat die Imperial Continental Gas Association, London, ihren Geschäftskreis auch auf die Tschecho-Slowakei ausgedehnt. „Der englischen Gesellschaft Imperial Continental Gas Association mit dem Sitz in London ist durch eine Verfügung des Tschecho-Slowakischen Ministeriums des Innern gestattet worden, in der Tschecho-Slowakei Geschäfte zu betreiben. Der Sitz der Gesellschaft wird Prag sein". (Industrie- und Handelszeitung vom 1. Dezember 1920).

Die Rechtsnachfolgerinnen der englischen Gesellschaft sind:

1. die Deutsche Gasgesellschaft, als Eigentümerin der Anlage, die hinwiederum den Betrieb an die Gasbetriebsgesellschaft verpachtet hat, und
2. die Gasgesellschaft Niederbarnim, die mehrere im Kreise Niederbarnim gelegene Gaswerke der englischen Gesellschaft übernommen hat.

So ist also auch nach fast 100jährigem Bestehen die Imperial Continental Gas-Association, Berlin, dem Kriegsgeschick erlegen. Fast hätte man glauben sollen, diese englische Gesellschaft habe in Deutschland ein ewiges Privileg inne, zumal sie, wie die unten wiedergegebene letzte Bilanz der Gesellschaft[1]) aus dem Jahre 1917 aufweist, ein gut fundiertes Unternehmen war.

2. Die Wasserwerke.

Ähnlich den Gaswerken wurden auch einige deutsche Wasserwerke von ausländischen Kapitalisten finanziert. Auch hier haben die Ausländer durch den Wasserleitungsbau bahnbrechend gewirkt, insbesondere ist gerade der Leitungsbau in Berlin für viele andere deutsche Städte vorbildlich geworden.

Die erste Zentral-Wasserversorgung Berlins wurde 1852 den englischen Unternehmern Fox and Crampton übertragen; denn

[1]) **Berlin-Station**

Assets		Currency ℳ	₰
Works and Mains			
Balance on 1. July 1917	57 691 106,27		
Added During Half Year, asp. Retourn Nr. 10a	99 148,94	57 790 255	21
Land-Balance on 1. July 1917		5 017 152	23
Stocks		19 072 648	64
Cash-Balance as per Cash Account riz:			
In Hand, at Bankers, at Postscheck		2 513 903	08
Investments		18 142 132	—
Sundry Debtors		4 845 923	60
Guarantee a/c Contra		3 219 247	07
Deposit a/c		253 523	95
Kriegskreditbank 25% Beteiligung		37 500	—
Wirtschaftliche Vereinigung		600	—
Frau Stolt, Hypothek		3 000	—
		110 895 885	78

die Nachwirkungen der damaligen politischen Ereignisse von 1848 und das Verkennen der Notwendigkeit einer einheitlichen Wasserversorgung für Berlin hielten das deutsche Kapital von derartigen Unternehmen fern. Es wurde die Berlin Waterworks Co. in London, deren Kapital 1858 etwa 470 000 £ = 9 400 000 M., später 600 000 £ = 12 000 000 M. betrug, gebildet. Erst Ende der 70er Jahre kam beim Ausbau der Wasserwerke mit Rücksicht auf die spätere allgemeine Einführung unterirdischer Kanalisation das ganze Unternehmen in städtischen Besitz. Der Übernahmepreis im Jahre 1873 betrug 1 250 000 £ = 25 1/8 Millionen Mark. Da nach dem Vertrage der englischen Gesellschaft mit der Stadt Berlin erstere noch für weitere 8 Jahre die Konzession besaß, so zahlte die Stadt Berlin der englischen Gesellschaft für Einräumung der Konzessionsrechte als Entschädigung für entgangenen Gewinn 14 Millionen Mark. Diese Summe ist jedoch schon in die 25 1/8 Millionen Mark eingerechnet.

Mit ausländischen Kapitalien wurden auch die Wasserwerke der Stadt Trier und der Städte Bernkastel und Bitburg erbaut. Die Konzession zum Wasserwerksbau für Trier-Bernkastel-Bitburg wurde dem deutschen Ingenieur Lindemann erteilt, der dieselbe jedoch sofort 1885 an den englischen Unternehmer Alfred Marshall in Fernsede Dunbridge Vells, später in London, verkaufte. Dieser

Balance Sheet on 31. Dezember 1917.

Liabilities:	Currency ℳ	₰
Sundry Creditors	4 368 098	28
Delbrück, Schickler & Co., Aval Cto.	198 600	—
Guarantee a/c	3 350 557	07
J. C. G. A. London, for balance	102 978 630	43
	110 895 885	78

führte die Wasserwerke auf eigene Kosten mit ausschließlich englischem Kapital aus. Bei Übernahme der Trier Wasserwerke in städtische Regie im Jahre 1899 für 1 800 000 M. verpflichtete sich die Stadt Trier, die Verwaltung der Wasserwerke Bernkastel und Bitburg so lange zu übernehmen, bis beide Werke ebenfalls — was 1904 geschah — von den betreffenden Städten angekauft würden. Die Dauer der den Engländern erteilten Konzession hatte 40 Jahre betragen und nach dieser Zeit sollten sämtliche Anlagen kostenfrei bzw. nach 20 Jahren zum 25fachen Betrage des jährlichen Reingewinns nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre an die Stadt abgegeben werden. Während der sogenannten englischen Zeit war betriebsleitender Ingenieur H. Gruner aus Basel, Direktor des Unternehmens der Engländer N. W. Jackson.

Außer den Wasserwerken Berlin und Trier sind sehr wahrscheinlich aber auch noch andere deutsche Wasserwerke mit ausländischem Kapital erbaut worden. Hier, bei den Wasserwerken wie auch bei den Gaswerken hatte der mangelnde Unternehmungsgeist der Deutschen bei der fortgeschrittenen Technik des Auslandes den Anlaß zur ausländischen Finanzierung gegeben. Erst das Bestreben, die Gas- und Wasserwerke in eigene Regie zu übernehmen, führte wieder zur Nationalisierung der ausländischen Kapitalien.

II. Teil.

Kapital- und Verwaltungsüberfremdungen bei den Verkehrsanstalten Deutschlands.

1. Die Straßen- und Eisenbahnen.

a) Die Straßenbahnen.

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die Zeit der Neuorientierung unseres gesamten Wirtschaftslebens. Industrie und Handel geben ihre alten Überlieferungen auf und folgen den Bahnen, die Technik und Wissenschaft ihnen eröffnen. Jedes Jahr bringt neues Leben; der Fortschritt wird zur Lebensnotwendigkeit, zur Grundlage und Voraussetzung unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Es wird dies nicht nur Richtschnur für die Industrie, sondern gilt in erster Linie auch für die Grundeinstellung der modernen Städtepolitik. Die Stadtverwaltungen erkennen, daß sie sich der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen müssen und daß es im besonderen ihre Pflicht ist, infolge der Vermehrung und Konzentration der Industriebetriebe und der Bevölkerung in den Städten die zunehmenden Entfernungen von der Arbeits- zur Wohnstätte durch den Bau von Pferde-Straßenbahnen nach Möglichkeit auszugleichen. Jedoch liegt zwischen Beschluß und Ausführung stets noch eine geraume Zeit; denn als sich eine Reihe deutscher Städte zum Bau von Straßenbahnen anschickte, zeigte sich eine merkwürdige Zurückhaltung der deutschen Ingenieure und Kapitalisten. Wohl oder übel sahen sich darum mehrere deutsche Stadtverwaltungen veranlaßt, sich ans Ausland zu wenden, um mit Hilfe ausländischen Kapitals die unumgänglich notwendig werdenden Straßenbahnen errichten zu können. Die einzelnen Berichte beweisen es deutlich genug, wie die Stadtverwaltungen sich um deutsches Kapital bemühten und erst, als sich der deutsche Kapital- und Industriemarkt vollkommen ungenügend erwies, ausländischen Kapitalisten den Bau und den Betrieb der Bahnen überließen. Auf diese Weise wurde insbesondere belgisches und englisches Kapital zum Straßenbahnbau

in Deutschland flüssig. Belgisches Kapital wurde zum Straßenbahnbau in Westdeutschland, englisches Kapital in Mitteldeutschland investiert. Es ist diese eigenartig scharfe, nationale und geographische Scheidung für die weitere Betrachtung der ausländischen Kapitalbeteiligungen nicht ohne Interesse und verdient wohl gerade hier eingangs besonders hervorgehoben zu werden, zumal auch dadurch die natürliche Stoffgliederung gegeben wird.

1. Periode: Belgische und englische Kapitalbeteiligungen.

a) Die belgischen Kapitalbeteiligungen.

Mit der zunehmenden Industrialisierung des Ruhr-Rhein-Gebietes zu Beginn der 70er Jahre schickten sich gar bald die verschiedensten Städte an, einer praktischen Verkehrspolitik Rechnung zu tragen. Da aber, wie schon gesagt, kein deutsches Kapital beschafft werden konnte, sahen sich u. a. die Städte Barmen, Elberfeld, Düsseldorf, Köln, Frankfurt a. M., Mannheim, Ludwigshafen veranlaßt, ausländische Kapitalisten zum Bau der Straßenbahnen heranzuziehen, ein Beginnen, das Erfolg versprach, zumal ausländische Einzelunternehmer, meist fachkundige belgische Ingenieure, häufig bereitwillig die Hand zur Finanzierung boten. Dies sehen wir in Köln, Frankfurt a. M., Mannheim, Ludwigshafen und München, aber auch bei manchen englischen Unternehmungen in den mitteldeutschen Städten. Aus Einzelunternehmungen bildete sich dann meist schon kurz nach der Gründung des Unternehmens eine Société anonyme bzw. eine Company limited. Heute sind alle diese Straßenbahnen wieder rein deutsche Unternehmungen sowohl bezüglich des Kapitals als auch der Verwaltung. Die nachfolgenden kurz gefaßten Einzelberichte werden den Werdegang all dieser ausländischen Kapitalbeteiligungen noch klar erkennen lassen.

Die 1873 von dem Berliner Ingenieur Büsing gegründete Pferdeeisenbahn Barmen-Elberfeld übertrug dieser auf den Berliner Unternehmer Quisdorf, der 1876 mit seinen anderen Unternehmungen in Schwierigkeit geriet und so auch die Elberfelder Straßenbahn mit in Konkurs zog. Das Unternehmen wurde von dem Engländer John Weston erworben, der es nach kurzer Zeit an die Société Anonyme de Tramways de Barmen-Elberfeld à Brüssel verkaufte. Bei Einführung des elektrischen

Betriebes im Jahre 1895 wurde die Bahn von der Aktiengesellschaft Elektrische Straßenbahn Barmen-Elberfeld für 2 960 790,65 M. erworben einschließlich 2 715 200 M. in 4% igen Obligationen. Die belgischen Gesellschafter erhielten für die Konzession 3500 Genußscheine, die nach Auszahlung von 5% Dividende an die Aktionäre der deutschen Gesellschaft und nach Abzug aller Abschreibungen, Rücklagen und Zahlung der Tantième an den Aufsichtsrat an dem alsdann noch verbleibenden Reingewinn mit 20% beteiligt wurden. 1920/21 bestanden noch 1 794 400,— M. nicht getilgte Obligationen, die zum weitaus größten Teil sich in belgischen Händen befinden. Der Aufsichtsrat war früher z. T. belgisch, jetzt ist er vollständig deutsch, alle übrigen Stellen waren stets mit Deutschen besetzt.

In Düsseldorf schien der Stadtverwaltung ebenfalls die Anlage von Pferdebahnen für den inneren Verkehr und die Entwicklung der Stadt von großer Bedeutung zu sein. Sie erließ deshalb am 15. Oktober 1873 in den Zeitungen Aufforderungen für den Straßenbahnbau, sah sich jedoch veranlaßt, am 29. Januar 1875 diese zu wiederholen. Bei den am 27. April 1875 eingeleiteten Submissionsverfahren erhielt L. Boyaert aus Brüssel, der der Stadt die günstigsten Bedingungen und größten Garantien angeboten hatte, die Konzession auf 25 Jahre ab 1. Januar 1877. Für das Unternehmen bildete sich in Brüssel die Société anonyme des Tramways de Düsseldorf, deren Direktor Boyaert wurde. Als sich dann später die beiden Vertragsparteien über die Anlagen neuer Linien nicht einigen konnten und ein von der Stadt gegen die Gesellschaft angestrengter Prozeß in erster und zweiter Instanz verloren wurde, beschloß schließlich die Stadt die Übernahme zu den im Konzessionsvertrag festgesetzten Bedingungen zum 1. Juli 1892. Der Übernahmepreis betrug 252 237,23 M.; außerdem zahlte die Stadt eine jährliche Rente von 170 573,68 M., d. h. 50% der Bruttoeinnahmen des letzten Betriebsjahres bis zum 1. Januar 1903. In führenden Stellen war als Ausländer nur der Direktor Boyaert, welcher der Stadt gegenüber durch die Konzession verpflichtet war, von 1876—1892 vertreten.

Die Stadt Köln ließ die Außenbahnen der Stadt durch die belgisch-französisch-deutsche Kommanditgesellschaft E. Hardt & Co. 1877 erbauen und zunächst die Linien nach den damaligen Vororten von Köln: Kalk, Ehrenfeld, Nippes, Lindenthal, Bayenthal

und Mülheim betreiben. Der Bau der Innenbahn wurde 1879 von F. de la Hoult aus Brüssel ausgeführt und die Bahnen von ihm in Betrieb genommen. Nach dem Vertrage sollten die in der Stadt gelegenen Bahnen Kölns am 31. März 1916 unentgeltlich an die Stadt übergehen. Die beiden Gesellschaften der Innen- und Außenbahnen Kölns vereinigten sich zur Ausschaltung des Wettbewerbes im April 1882 unter der Firma Société anonyme des Tramways de Cologne mit dem Sitz der Gesellschaft in Brüssel, an der fast nur belgisches Kapital beteiligt war. Das Aktienkapital betrug im Jahre 1890 4 Millionen Frs.; außerdem bestanden noch 2 Millionen Frs. Obligationen und 8000 Gründeranteile ohne Nennwert. Im Jahre 1897 beschloß die Stadtverordnetenversammlung den Bau und Betrieb eines eigenen elektrischen Bahnnetzes. Die belgische Straßenbahngesellschaft erhob auf Grund ihrer Verträge wegen Wettbewerbs hiergegen Einspruch. Als dann jedoch durch reichsgerichtliche Entscheidung der Stadt untersagt wurde, solche Linien zu bauen, die sich als Wettbewerbslinien darstellten, schloß die Stadt Köln im Januar/März 1899 mit der Gesellschaft einen Vertrag, auf Grund dessen das ganze Unternehmen auf die Stadt überging. Bis zur endgültigen Übernahme am 1. April 1900 betrieb die alte Gesellschaft die Bahnen für Rechnung der Stadt Köln weiter. Der an die belgische Gesellschaft gezahlte Übernahmepreis betrug 19 880 917,50 M. einschließlich 14 500 000 M. für Verzicht auf laufende Genehmigung. Die Auszahlung des Kaufpreises erfolgte in jährlichen Raten zu 1 Million Mark und mehr, von denen die letzte Rate am 30. Juni 1913 bezahlt wurde. Während der Zeit, in der die belgische Gesellschaft den Betrieb führte, waren in einflußreichen Stellen sowohl Deutsche wie Belgier vertreten.

Im gleichen Jahre wie Köln erhielten auch die Städte Mannheim und Ludwigshafen ihre Straßenbahn. Für den Verkehr zwischen Ludwigshafen und Mannheim, sowie zwischen dem südlichen und nördlichen Stadtteil in Ludwigshafen wurde seit 1877 eine dem luxemburgischen Ingenieur Charles de Feral[1]) auf 25 Jahre konzessionierte Pferdebahn betrieben. 1866 ging

[1]) Charles de Feral erbaute gleichfalls die Straßenbahn der Stadt Trier im Jahre 1889. Ob oder inwieweit hier ausländisches Kapital in Frage kommt, konnte nicht festgestellt werden. 1891 ging die Bahn an Arnold Steigröver über. Die Stadt erwarb sie am 1. Oktober 1902 für 450 000 M.

der Betrieb an die Société anonyme des Tramways de Mannheim-Ludwigshafen mit dem Sitz in Brüssel, deren Aktienkapital 600 000 Frs. betrug, über. Die Stadt Mannheim übernahm die Pferdebahn ihres Stadtbezirkes am 1. Juli 1900 und zahlte zu diesem Zeitpunkt 159 236,75 M., welche aus dem Betriebe bestritten wurden. Ludwigshafen übernahm im Jahre 1902 seine Straßenbahn in eigene Verwaltung.

Die in Frankfurt a. M. am 19. Mai 1872 eröffnete Pferdeeisenbahn wurde s. Zt. von der belgischen Firma mit Namen Donner de la Hoult & Co. en commandit ins Leben gerufen; 1880 von der Société anonyme des Tramways de Frankfort sur Main mit dem Sitze in Brüssel übernommen und am 1. Januar 1898 von der Stadt angekauft. Die führenden Stellen waren während der Zeit der ausländischen Kapitalbeteiligung mit Deutschen und Belgiern besetzt.

Von den verschiedenen Angeboten zur Errichtung einer Pferdestraßenbahn in München erschien dem Münchener Magistrat das Angebot des Industriellen Eduard Ottlet aus Brüssel als das günstigste. Darum erhielt 1876 Ottlet die Konzession und betrieb die auch von ihm selbst erbaute Münchener Pferdebahn unter der Firma Münchener Tramways E. Ottlet. Ottlet war in jeder Beziehung der Stadt München gut empfohlen, hinterlegte sofort die verlangte Kaution von 80 000 M. und unterwarf sich den von der Stadtgemeinde gestellten Bedingungen fast ausnahmslos. Ja, er überbot sogar die Forderung der Stadtgemeinde hinsichtlich der Abgaben an die Stadthauptkasse. Nach längeren Verhandlungen mit der von E. Ottlet gegründeten belgischen Gesellschaft ging die Münchener Straßenbahn im Jahre 1881 an die ausschließlich mit deutschem Kapital finanzierte neugebildete Münchener Trambahn Akt.-Ges.[1]) in München über. Direktor des Straßenbahnunternehmens war während der Zeit der belgischen Kapitalbeteiligung der Italiener Graf Gratiadei.

Überblicken wir diese Einzelberichte insgesamt, so erkennen wir leicht, daß das belgisch-französische Kapital bei den genannten Straßenbahnunternehmungen gerade durch die Initiativ-

[1]) Näheres über den sehr eigenartigen Übergabevertrag der Gesellschaft mit der Stadt München siehe bei H. Lindemann: Arbeiterpolitik und Wirtschaftspflege in der Deutschen Städteverwaltung II. Bd., S. 204.

gründungen belgischer Kapitalisten Anlage fand. Nur die Barmen-Elberfelder Straßenbahn wurde anfangs von deutschen, erst später von belgischen Kapitalisten finanziert. Ob und inwieweit innerhalb all dieser einzelnen ausländischen Kapitalistengruppen ein Zusammenhang bestanden hat, entzieht sich der genauen Feststellung. Jedoch scheinen die ausländischen Kapitalisten mit den beiden bedeutendsten belgischen Kleinbahngesellschaften, der Compagnie générale des chemins de fer éconimiques und der Compagnie générale des chemins de fer secondaires in Verbindung gestanden zu haben. Eine Beteiligung im Sinne unserer heutigen Elektrizitätsunternehmungen als gleichzeitige Finanzierungsgesellschaften konnte jedoch auch hier nicht festgestellt werden. Für diese Studie genügt dieser allgemeine Hinweis, denn hier interessiert weit mehr, daß die in den bei den deutschen Straßenbahnunternehmungen in Aktien oder Stammanteilen investiert gewesenen belgischen und französischen Kapitalien auf etwa 50 Millionen Mark zu schätzen sind. Gleichhoch dürften auch die englischen Kapitalien bei den deutschen Straßenbahnen, deren wissenswerte Einzelheiten wir nunmehr verfolgen wollen, gewesen sein.

b) Die englischen Kapitalbeteiligungen.

War in Westdeutschland wie schon eingangs erwähnt, das belgische Kapital beim Straßenbahnbau maßgebend beteiligt, so hatten sich in Mitteldeutschland englische Gesellschaften ihren Einfluß zu sichern gewußt. Die größte englische Gesellschaft, die in Mitteldeutschland Straßenbahnen baute, war The Tramways Company of Germany Ltd., London, die teils Eigen-, teils Pachtbetriebe der mit englisch-deutschem Kapital gegründeten Continental-Pferdebahn-Gesellschaft innehatte. Die Straßenbahnen in Dresden, Leipzig und Hannover[1]) wurden von ihr betrieben.

[1]) Nach Hilse, Handbuch der Straßenbahnen, soll auch die Straßenbahn in Halle/Saale von der englischen Gesellschaft betrieben worden sein. Aus den Geschäftsberichten, die bis auf die Gründungszeit zurückgreifen, ist nichts zu entnehmen, vielmehr konnte durch Auskünfte älterer Gewährsmänner festgestellt werden, daß die Bahn 1882 von dem Bremer Bankhaus Bernhard Loose & Co. finanziert und nach ihrer Fertigstellung auf die Deutsche A.-G. Hall. Straßenbahn, deren Aktien s. Zt. durch die Bankfirma Becker & Co. an der Leipziger Börse eingeführt wurden, übertragen wurde. Von einer Verpachtung an eine englische Gesellschaft ist Positives nichts bekannt.

Außer dieser Gesellschaft bestanden damals auch noch andere englische Unternehmungen in Magdeburg, Chemnitz, Braunschweig und gleichsam als Außenpunkt in der Reihe dieser mitteldeutschen Städte in Hamburg-Altona.

Im einzelnen dürfte für alle diese Unternehmungen nachfolgendes von Interesse sein:

In Dresden baute im Jahre 1871 der Ingenieur Arnold von Ettlinger in London die erste Straßenbahnlinie, für deren Errichtung sich kein deutsches Geld fand. Mit Beteiligung deutschen Geldes bildete er drei Monate später die Continental-Pferdeeisenbahn als deutsche Aktiengesellschaft. Das schlechte wirtschaftliche Ergebnis dieser Aktiengesellschaft veranlaßte die Gesellschaft, ihre Rechte im Jahre 1879 pachtweise an den Londoner Ingenieur Alfred Parrish abzutreten. Dieser hatte inzwischen neue Konzessionsrechte erworben und gründete am 6. Mai 1879 mit dem Sitz in London The Tramways Compagny of Germany Ltd. und trat 1880 dieser englischen Gesellschaft die erwähnten Pachtrechte ab. Das Aktienkapital der Tramways Compagny of Germany Ltd. betrug anfangs 300 000 £ (6 000 000 M.), später 425 820 £ (8 650 000 M.). 1894 wurde die englische Gesellschaft zur Umwandlung in eine deutsche Gesellschaft, die Dresdener Straßenbahn, dadurch gezwungen, daß die deutschen Konzessionsbehörden die Genehmigung zur Einführung des elektrischen Betriebes von der Verdeutschung des Unternehmens abhängig machten, während die Stadt erst 9 Jahre später selbst den Besitz übernahm. Die Aktionäre der englischen Gesellschaft erhielten für je 5 Aktien zu 10 £ im Jahre 1894 eine Aktie der Dresdener Straßenbahn zu 1000 M., fernerhin übernahm die Gesellschaft selbstschuldnerisch die Anleihe der Tramways Compagny of Germany Ltd. vom 2. Mai 1892 in Höhe von 100 000 £ = 2 040 000 M. Bis zur Umwandlung im Jahre 1894 waren vier Direktoren und ein Sekretär Engländer, der Aufsichtsrat wurde durch drei Engländer und drei Deutsche gebildet. Der Betriebsleiter war Deutscher.

Auch die Leipziger Straßenbahn verdankt der Initiative englischer Kapitalisten ihre Entstehung. Sie wurde von 1872 bis 1895 von der Leipziger Tramways Compagny Ltd., die über 3 500 000 M. Kapital verfügte, betrieben. Es ist dieselbe Gesellschaft, die auch in Dresden und Hannover die Konzession der

Straßenbahn innehatte. In Leipzig stand ausschließlich englisches Kapital im Pferdebahnunternehmen. Jedoch wurde dies, um der deutschen Firma Union Elektrizitätsgesellschaft Berlin die Elektrisierung zu ermöglichen, im Jahre 1895 durch die schon bestehende, von deutschen Kapitalisten finanzierte Große Leipziger Straßenbahn abgelöst. Der Übernahmepreis betrug 5 323 828 M. zuzüglich einer Hypothek von 8 300 £ = 170 000 M. und einer Obligationsschuld von 180 875 £ = 3 707 937 M. Im Aufsichtsrat waren zwei deutsche Vertreter; der Betriebsdirektor war Deutscher.

Die Straßenbahn Hannover wurde im Jahre 1873 von der Continental-Pferdeeisenbahn-Gesellschaft unter Parrish gegründet. Durch Pachtvertrag ging das Unternehmen dann in den Besitz der englischen Gesellschaft The Tramways Co. of Germany Ltd. über. Die Gesellschaft baute auch einige Linien hinzu und betrieb s. Zt. zwei Linien: Die eine von Dören bis Herrenhausen, die andere vom Pferdeturm nach der Ihnebrücke. Der Kaufpreis durch die jetzige Akt.-Ges. im Jahre 1892 betrug 1 415 000 M.; der englischen Gesellschaft wurden 3001 Stück Aktien à 1000 M. gewährt. Wie lange diese Summe noch in englischen Händen blieb, konnte nicht genau verfolgt werden. Die Einführung der Aktien an den Börsen führte zur Nationalisierung.

Die Schienenanlagen der früheren englischen Gesellschaft in Braunschweig gingen am 1. Juli 1881 an eine Frankfurter Firma über, welche die Linien umbaute und das Unternehmen noch im gleichen Jahre für 600 000 M. an die Braunschweiger Straßenbahn A.-G. verkaufte.

Die Chemnitzer Straßenbahn wurde im Jahre 1879 von William Roebueck in London erbaut, sodann von der englischen Gesellschaft District of Chemnitz Tramways Compagny bis 1884 betrieben und darauf Eigentum der deutschen Lokal- und Straßenbahngesellschaft. Nachdem 1892 die Bahn nochmals ihren Besitzer gewechselt hatte, wurde sie schließlich 1908 von der Stadt für 10 750 000 M. gekauft.

Die 1887 von der Magdeburger Trambahnaktiengesellschaft übernommene Straßenbahn war 1876 von der Magdeborg Tramways Compagny Ltd. mit dem Sitz in Birmingham gegründet und bis 1887 ausschließlich von englischem Kapital finanziert worden. Der letzte Jahresbericht vom 30. Juni 1887 gibt an, daß das englische Bankhaus Greenway, Smith & Greenway 11 729 127 £

Kredit eingeräumt hatte. Der Umfang der ausländischen Kapitalbeteiligung ist aus der aufgestellten Bilanz aber nicht weiter ersichtlich. Es konnte jedoch festgestellt werden, daß seit dem Jahre 1887 ausschließlich deutsches Kapital an dem Magdeburger Straßenbahnunternehmen beteiligt gewesen ist.

Eigenartig, aber deswegen für die Gesamtbeurteilung ausländischer Kapitalbewegungen gerade umso interessanter ist die ausländische Kapitalbeteiligung bei der Hamburger Straßenbahn. Obschon durch Landesgesetz die Hamburger Bürger bei der Konzessionserteilung wesentlich begünstigt wurden[1]), wurde der Bau der Hamburg-Altonaer Trambahn doch einer englischen Gesellschaft übertragen. Das Unternehmen entstand 1883 unter der Firma The Hamburg-Altona and North-Western Tramways Ltd. und wurde 1892 an die sich bildende Hamburg-Altonaer Trambahngesellschaft abgetreten.

*

Diese Berichte über die englischen Kapitalbeteiligungen bei den deutschen Straßenbahnen weisen gegenüber den belgisch-französischen Kapitalbeteiligungen kaum prinzipielle Unterschiede für die Form oder Art der ausländischen Kapitalbeteiligungen auf. Immerhin sei es nicht unerwähnt, daß die ersten englischen Kapitalien zeitlich eher bei den deutschen Straßenbahnen investiert wurden als die belgischen Kapitalien und daß das englische Kapital eine zumeist von vornherein weit festere Fundierung der Unternehmungen zu erkennen gab.

Was im übrigen die allgemeinen Gründe, die auf ausländische Kapitalbeteiligungen bei den deutschen Straßenbahnen hinwirkten, anbetrifft, so wird man sagen können, daß die damals erlangte politische Stellung Deutschlands und die sich gleichzeitig anbahnende wirtschaftliche Kräfteverschiebung nicht ohne Einfluß gewesen sein dürften.

---

[1]) Hamburger Gesetz vom 28. September 1865 Art. 2 „Die Konzession zur Anlage von Pferde-Eisenbahnen wird vorläufig nur an solche Personen oder Gesellschaften erteilt werden, welche, wenn sie nicht dem Hamburger Staate angehören, sich in Bezug auf alle das Unternehmen betreffenden Angelegenheiten den heimischen Gesetzen und Gerichten unterwerfen. Falls die Konzession einer A.-G. erteilt wird, muß mindestens $^1/_3$ der Direktionsmitglieder im Hamburger Staate ansässig und befugt und verpflichtet sein, die Gesellschaft in jeder Beziehung zu vertreten". Vgl. Hilse a. a. O. Band I, S. 131.

Wir konnten ja auch schon in den früheren Kapiteln feststellen, wie zu Anfang der 70er Jahre Auslandskapital gern in Deutschland Anlage suchte. Damals stand Deutschland politisch und militärisch auf der Höhe seiner Macht, wirtschaftlich bot Deutschland die denkbar günstigsten Entwicklungsmöglichkeiten. Lag es daher schon aus diesem Grunde gerade für die englischen und belgischen Kapitalisten nicht nahe, auf Grund ihrer in der eigenen Heimat gesammelten Erfahrungen ihr Kapital in Deutschland anzulegen? Für die ausländischen Kapitalisten und Ingenieure galt es doch beim deutschen Straßenbahnbau nicht mehr Probleme zu lösen, sondern Erfahrungstatsachen bestimmten ihr Handeln. So lange dann die Möglichkeit bestand, ohne nennenswerte wirtschaftliche und technische Konkurrenz Herr im Hause zu bleiben, sowie verhältnismäßig gut und leicht zu verdienen, hielten die ausländischen Kapitalisten ihre Beteiligung aufrecht. Bei den Straßenbahnen gilt dies bis Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre. Die in dieser Zeit beginnende Elektrisierung der Betriebe durch deutsche Firmen verdrängte das bisherige ausländische Kapital immer mehr. England verlor gar bald seine noch in den 80er Jahren innegehabte Führerschaft in der Elektroindustrie an Deutschland und die Vereinigten Staaten, ohne sie bis heute wieder erlangt zu haben. Wir sehen ein umgekehrtes Spiel der Kräfte. Nicht nur, daß deutsche Unternehmer, insbesondere die Siemensgruppe und die A. E. G. als technische Leiter dieses Industriezweiges und der Elektrisierung der Straßenbahnen auftraten und dazu als eigene Finanzierungsunternehmungen sich den deutschen Markt eroberten, sondern weit darüber hinaus sind die meisten Elektrizitätsgesellschaften und Elektrisierungen der Bahnen Englands auf deutsche und amerikanische Gesellschaften zurückzuführen. Zum Teil sind in England eigene Tochtergesellschaften der ausländischen Elektroindustrie gegründet worden, von denen die Deutschen nur Handelsgeschäfte betrieben, während die Amerikaner auch in England selbst produzierten.

Es wirkt eigenartig, diese grundlegende Verschiedenheit in der Wirtschaftsentwicklung der Völker selbst für diese eng begrenzte Betrachtung einmal vor Augen zu sehen. Das eben sagt die Wirtschaftsgeschichte aller Zeiten: Nicht Tradition oder Kapital bestimmt allein den Lauf der Entwicklung, sondern die zielbewußte Tat, die im Wollen und Wissen ihr festes Fundament

begründet hat. Wie im besonderen die zurückgebliebene deutsche Technik das ausländische Kapital nach Deutschland in die Straßenbahnunternehmungen brachte, so ist es eben die später überragende deutsche Technik gewesen, welche das Auslandskapital vertrieb; ja sogar deutsches Kapital wurde im Auslande investiert.

2. Periode.

Kapitalbeteiligungen der deutsch-schweizerischen (deutsch-belgischen) Trustgesellschaften.

Eine ganz neue Art ausländischer Kapitalbeteiligungen bei den deutschen Straßenbahnen wurde durch das Zustandekommen der in neutralen Staaten mit Hilfe deutschen Kapitals gegründeten Trustgesellschaften gegen Ende des vorigen Jahrhunderts geschaffen. Auf Grund eines Berichtes über die Casseler Straßenbahn soll zugleich bei der Darstellung über die zweite Beteiligung ausländischen Kapitals bei der Casseler Straßenbahn dieser Werdegang näher dargestellt werden.

Die Casseler Straßenbahn wurde im Jahre 1876 von einer englischen Gesellschaft, die die Konzession auf 80 Jahre erhalten hatte, erbaut. Die englische Gesellschaft verkaufte jedoch ihr Unternehmen schon 1881 für 340 000 M. an die Casseler Straßenbahngesellschaft.

Die Gründung der Großen Casseler Straßenbahn A.-G. in Cassel fällt erst in das Jahr 1897. Diese Gesellschaft übernahm zwecks Vereinheitlichung des gesamten Casseler Straßenbahnverkehrs und zwecks Einrichtung des elektrischen Betriebes sowohl den Besitz der damaligen Casseler Straßenbahn-Gesellschaft als auch die davon unabhängig bestehende Dampf-Straßenbahn Cassel-Wilhelmshöhe. Dieser Gründungsvorgang fiel in eine Zeit, in der die schnelle Entwicklung der Elektrotechnik in unmittelbarer Folge die Begründung zahlreicher Elektrizitätsunternehmungen für die allgemeine Stromversorgung und zur Errichtung des elektrischen Betriebes auf Straßenbahnen veranlaßte. Es entstand dadurch ein sehr bedeutender Kapitalbedarf, und zwar mußte das Kapital in Anlagen investiert werden, die ihrer Art zufolge erst nach einer längeren Bau- und Entwicklungszeit eine entsprechende Rente mit hinreichender Sicherheit erwarten ließen, und die auch damals so neuartig waren, daß der allgemeine deutsche Kapitalmarkt, die dafür geschaffenen Werte noch nicht ohne weiteres in

genügendem Umfange aufnahm. Der zunehmende und noch weiter zu erwartende steigende Kapitalbedarf veranlaßte darum die Elektrizitätsgesellschaften rechtzeitig Vorsorge zu treffen, indem sie mit mehreren Banken des In- und Auslandes neue Finanzierungsgesellschaften in neutralen Ländern errichteten. Um also den finanziellen Nöten für die Kapitalbeschaffung der Straßenbahnunternehmungen zu begegnen, kam es zu dem Dazwischentreten elektrischer Finanzierungs-(Trust-)Gesellschaften als reine Beteiligungsgesellschaften, die damals mit Vorliebe in der Schweiz und Belgien gegründet wurden. Die für Deutschland hier wichtigen Trustgesellschaften sind folgende:

Name der deutschen Elektrizitätsgesellschaft	Name der zugehörigen Trustgesellschaft	Gründungsjahr
Allg. Elektrizitätsgesellschaft, Berlin	Bank f. elektr. Unternehmungen, Zürich 30 Millionen Frs.	1895
Union Elektrizitätsgesellschaft, Berlin	Société generale Belge d'entreprises Electriques, Brüssel 12,5 Millionen Frs.	1895
Siemens & Halske, Elektrizitätsgesellschaft, Berlin	Schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie, Basel 20 Millionen Frs.	1896
Union Elektrizitätsgesellschaft, Berlin	Société financière des Transportes et d'entreprises d'Industrie, Brüssel 15 Millionen Frs.	1897
Helios Elektrizitätsgesellschaft, Köln	Union des Tramways, Brüssel	1898
Allg. Elektrizitätsgesellschaft, Berlin	Watt A.-G. für Elektrizitätsunternehmungen, Glarus 6 Millionen Frs.	1905

Die hier ersichtliche Bevorzugung der Schweiz erklärt sich daraus, daß das dortige Aktien- und Obligationenrecht der Errichtung solcher Trustgesellschaften besonders günstig war, indem es gestattete, auf verhältnismäßig wenig eingezahltes Aktien-

kapital eine ziemlich große Obligationssumme auszugeben. Dadurch ließen sich billige Zinssätze erzielen, auf die es gerade in der Zeit des sog. „Anlaufs“ der neuen Unternehmungen besonders ankommen mußte. Auch war damals das Kapital in der Schweiz und in Belgien im allgemeinen flüssiger als in Deutschland und besaß für solche Werte eine gute Aufnahmefähigkeit. Schließlich kam in Betracht, daß derartige elektrische Unternehmungen nicht nur in Deutschland, sondern auf deutsche Initiative in großem Umfange auch in fast allen übrigen Ländern eingerichtet wurden, so daß es auch deshalb zweckmäßig war, die sie anfänglich betreuende Muttergesellschaft in einem neutralen Staate zu domizilieren. Bei der Entwicklung, die die A. E. G. und Siemens-Unternehmungen genommen haben, ist es nur allzu natürlich, daß die Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich und die schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie in Basel zur besonderen Bedeutung gelangt sind. Die Begründung beider erfolgte unter hervorragender Beteiligung der deutschen elektrischen Industrie und der deutschen Finanzwelt, wodurch sich ohne weiteres erklärt, daß diese schweizerischen Trustgesellschaften gleich den der belgischen ihre Betätigung in dem erwähnten Sinne auch in Deutschland suchten und fanden. Diese Doppelseitigkeit der in den neutralen Trustgesellschaften investierten deutschen wie schweizerisch-belgischen Kapitalmengen macht es natürlich unmöglich, von den schweizerischen oder belgischen Kapitalbeteiligungen in dem bisherigen Sinne zu sprechen.

Bei der Errichtung der Großen Casseler Straßenbahn Akt.-Ges. im Jahre 1897 durch Direktor Justus Breul (Schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie, Basel) und Oberingenieur Ferdinand Eckert (Siemens & Halske, Berlin) wurde das Aktienkapital auf zunächst 3 Millionen Mark festgesetzt. Bei der schnell im Jahre 1898 nachfolgenden Erhöhung des Grundkapitals auf 5 Millionen Mark und auch bei der ersten Übernahme der Teilschuldverschreibungen im Nennbetrage von 2 Millionen Mark ist die Schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie anfänglich jedenfalls der Hauptgeldgeber gewesen. Es ist anzunehmen, daß diese Trustgesellschaft zunächst wohl mit reichlich 90 % des Aktienkapitals beteiligt gewesen ist. Aktien und Obligationen der Großen Casseler Straßenbahn Akt.-Ges. wurden aber alsbald nach ihrer Ausgabe an der Berliner und Frankfurter Börse ein-

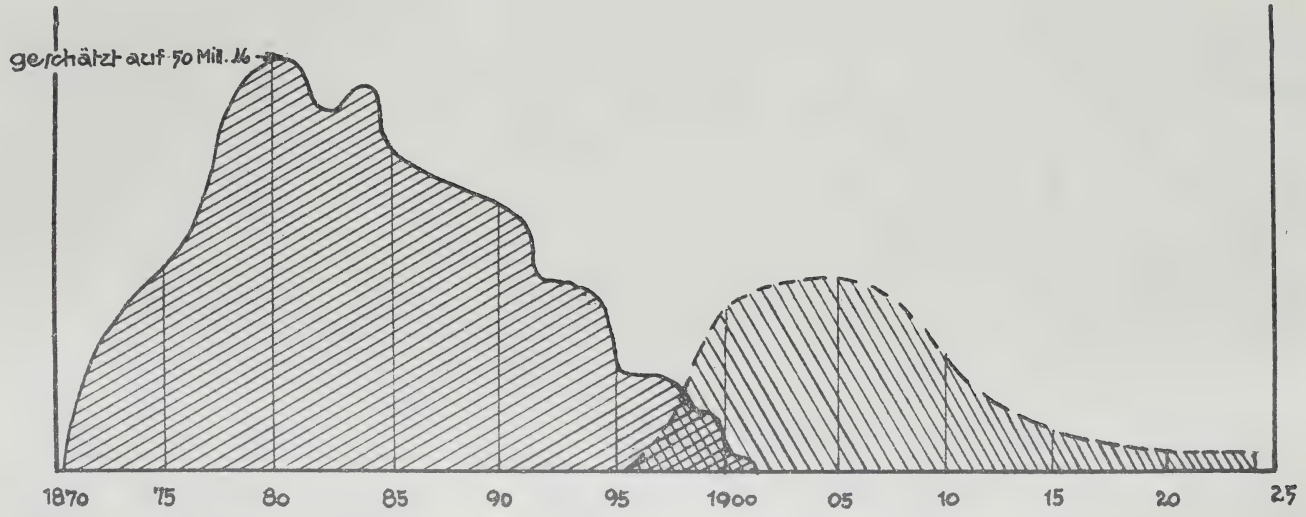
geführt und sind dann, nach eingetretener Bewährung des Unternehmens, allmählich auf dem Wege des Börsenhandels in deutschen Besitz übergegangen, ohne daß dieser Vorgang im einzelnen verfolgt werden kann. In den letzten 10 Jahren dürfte die schweizerische Beteiligung an dem Aktienkapital der Großen Casseler Straßenbahn Akt.-Ges., das seit 1898 nicht erhöht wurde, schwerlich mehr als etwa 10 % betragen haben. Auch die weitere Ausgabe von Schuldverschreibungen war nicht mehr auf schweizerische Beteiligung angewiesen und konnte unmittelbar in Deutschland erfolgen. Im Aufsichtsrat der Großen Casseler Straßenbahn Akt.-Ges. war die schweizerische Trustgesellschaft anfänglich mit zwei von sieben Mitgliedern vertreten. Seit 1915 ist die schweizerische Gesellschaft in demselben ohne Vertretung geblieben.

In ähnlicher Weise wie bei der Großen Casseler Straßenbahn Akt.-Ges. dürfte, soweit es sich auf Grund des vorliegenden Materials erkennen läßt, die schweizerische und belgische Kapitalbeteiligung auch bei einigen anderen Straßenbahnunternehmungen Deutschlands erfolgt sein. Wie weit aber tatsächlich in jedem einzelnen Falle nur belgisches oder schweizerisches Kapital beteiligt war, kann aus den schon vorher erwähnten Gründen nicht gesagt werden.

Mit der Darstellung dieser Verhältnisse ergibt sich, wie schon durch die Gliederung des Stoffes zuvor deutlich gemacht wurde, für die Entwicklung der deutschen Straßenbahnen auch hier die Notwendigkeit, zwei Perioden ausländischer Kapitalbeteiligungen scharf zu scheiden. Die erste Periode reicht von 1871—1902 und kommt vor allem in der Form eigens zum Bau der Straßenbahnen an den einzelnen deutschen Orten errichteter ausländischer Straßenbahngesellschaften zum Ausdruck[1]). Es ist noch zumeist die Zeit des Pferdeeisenbahnbetriebes. — Als dann in der Mitte der 90er Jahre die Elektrisierung der Bahnen große Kapitalmengen erforderte, bildeten sich zwecks Finanzierung der Bahnen im Verein mit den großen deutschen Elektrizitätsunternehmungen schweizerische und belgische Trustgesellschaften und leiteten so die zweite Periode ausländischer Kapitalbeteiligung, die jedoch gleichfalls zum größten Teil bereits zum Abschluß

[1]) Die noch heute bestehenden holländischen Kapitalbeteiligungen (s. S. 198) wird man kaum zu dieser Periode rechnen können.

Die ausländischen Kapitalbewegungen bei den deutschen Strassenbahnen seit ihrer Gründung.



——— 1. Periode:
Direkte engl. oder belg. Kapitalbeteiligungen.

– – – – – 2. Periode:
Kapitalbeteiligungen der deutschschweiz. (deutsch-belg.) Trustgesellschaften.

Dr. Legge.
1923/24

gekommen sein dürfte, bei den deutschen Straßenbahnen ein. Um all dies recht deutlich zu machen, ist mit beigefügter Skizze 5 einmal der Versuch gemacht, auf Grund des vorliegenden Materials eine graphische Darstellung über die wahrscheinliche Bewegung des ausländischen Kapitals zu geben. Auch hier konnte nur ein relatives, doch deswegen wohl kaum im Prinzip weniger anschauliches Bild gewonnen werden. Insbesondere sei darauf aufmerksam gemacht, daß gerade die zweite Periode mangels zahlreichen authentischen Materials nur eine gewisse prinzipielle Anschaulichkeit bieten kann und soll. Deutlich kommt bei den Kapitalbewegungen der ersten Periode zum Ausdruck die zweimalige plötzliche schnelle Kapitalüberfremdung (73er Krise!), die in kaum 10 Jahren bereits ihren Höhepunkt erreichte, wohingegen die Nationalisierung in fast der doppelten Zeit erst endgültig beendet wurde. Die Kommunalisierung und die im allgemeinen zugleich durchgeführte Elektrisierung der Betriebe waren hierbei die ausschlaggebenden Faktoren. Die Nationalisierung war jedoch noch nicht ganz erreicht, als schon eine zweite Periode der Kapitalüberfremdung begann, die aber nur zum Teil Unternehmungen mit früheren ausländischen Kapitalbeteiligungen betraf. Sobald aber durch die Elektroindustrie und indirekt durch das System Rathenau (vgl. Metallindustrie) der Kapitalbedarf der Straßenbahnunternehmungen gedeckt war, erfolgte aufs neue die Nationalisierung.

Die Verwaltungsüberfremdung.

Im Anschluß an diese Darstellung der Kapitalüberfremdung bei den deutschen Straßenbahnen soll gleich der in den früheren Kapiteln gehandhabten Weise auch hier die Verwaltungsüberfremdung untersucht werden. In gewisser Hinsicht haben die ausländischen Kapitalbeteiligungen bei den deutschen Straßenbahnen etwas besonders typisches. Aus der Beantwortung der Frage: Wie ist die Zulassung von ausländischen Bewerbern bei Straßenbahnen zu bewerten? wird das schon an anderer Stelle über die Verwaltungsüberfremdung ausgesprochene noch besonders deutlich werden.

Auch K. Hilse stellt sich in seinem schon öfter erwähnten Buch[1]) diese soeben angeführte Frage und meint: „Ausländische

[1]) K. Hilse: Handbuch der Straßenbahnkunde.

Bewerber zuzulassen, ist nicht unbedenklich, weil diesen sowohl Verständnis wie auch Gefühl für die ihnen fremden örtlichen Bedürfnisse abzugehen pflegt. Der aus dem Verkaufe oder Betriebe der Bahn zu erwartende Gewinn ist für den Ausländer stets der einzige Beweggrund, seinen Unternehmungsgeist und seine verfügbaren Mittel für Anlagen in der Fremde einzusetzen. Wird zwar bei einheimischen Bewerbern nicht selten gleichfalls die Gewinnsucht den ausschließlichen Beweggrund zu Straßenbahnanlagen bilden, so pflegt ihnen dabei doch wenigstens ein Verständnis für die Zustände, Einrichtungen und Bedürfnisse des Ausführungsortes nicht gänzlich abzugehen“ [1]). „Sind danach Ortsangehörige den Fremden überhaupt schon vorzuziehen, so müssen unter letzteren die Staatsangehörigen noch immer den Ausländern vorgezogen werden, welche vornehmlich die weitere Schwierigkeit zu überwinden haben, die am Betriebsorte maßgebenden Rechts- und Verwaltungseinrichtungen erst kennen zu lernen und sich zu entwöhnen, das abweichende Recht ihrer Heimat schlechtweg als Grundlage ihrer Maßnahmen anwendbar zu halten“ [2]).

Verfolgen wir unter diesen Gesichtspunkten die Besetzung führender Stellen, so zeigt sich, daß man in der Praxis diese Schwierigkeiten durch Hinzuziehung von Deutschen in einflußreichen Stellen zu umgehen wußte. Selbst bei rein ausländischen Unternehmungen waren Deutsche im Aufsichtsrat stark vertreten, und aus diesen Gründen ist in der Praxis den Unternehmungen sowohl wie den Städten kaum eine nennenswerte Schwierigkeit in der Rechts- und Verwaltungsanpassung erwachsen. Der ausländische Kapitalist paßt sich eben schnell dort den ausländischen Verhältnissen an, wo es ihm nötig scheint, um hohen Gewinn zu erzielen. Wie sichere ich mir schnell einen möglichst hohen Gewinn, ist die einzig entscheidende Frage, die sich der ausländische Kapitalist im allgemeinen stellt. Kommt er dann zu der Auffassung, daß ihm dieses durch Hinzuziehung von Inländern zu einzelnen Verwaltungsposten leichter möglich ist, als wenn er mit ortsfremden Landsleuten die Verwaltung selbst führt, so wird er nicht zögern, Inländer in die Verwaltung auf-

---

[1]) K. Hilse: a. a. O., S. 37.
[2]) K. Hilse: a. a. O., S. 571/572.

zunehmen. Dies ist für die Wesensart der Verwaltungsüberfremdung stets im Auge zu behalten.

Will man schließlich zu einem allgemeinen Werturteil über die Zulassung der ausländischen Kapitalisten bei den deutschen Straßenbahnunternehmungen kommen, so muß die Frage gestellt werden: Ist der Vorteil für das Wirtschaftsleben der Stadt so groß, daß alle Nachteile der Konzessionserteilung an Ausländer beim Mangel an deutschem Kapital dadurch aufgehoben werden? Dies wird man bei den deutschen Straßenbahnen wohl bejahen können, obschon sich hierfür keine bestimmte Rechnung aufstellen läßt. Man wird die Frage schlechthin bejahen können, weil die allgemeine industrielle und geschäftliche Entwicklung der Städte nach 1870 derart voranschritt, daß die Errichtung von Straßenbahnen für viele deutsche Städte eine Notwendigkeit wurde. Da sich aber in diesem Zeitpunkte kein deutsches Kapital fand, so trifft nicht die Städte die Schuld, daß ausländische Kapitalisten Gewinne aus solchen Unternehmungen zogen. Schuld ist die allgemeine Unternehmungsunlust der Deutschen für den Straßenbahnbau in den 70er Jahren. Auf der anderen Seite muß aber ebenso deutlich gesagt werden: Ist die deutsche Industrie und ihr Geldmarkt jedoch in der Lage, das Unternehmen zu übernehmen, so hat es unter allen Umständen zu geschehen, damit der Unternehmergewinn in deutschen Händen bleibt. Ebenso hat eine spätere Übernahme solcher ausländischer Unternehmungen dann sofort zu geschehen, wenn der Inlandsmarkt es vermag. Für die Straßenbahnen trifft dieses zu.

Der vorwärts strebende deutsche Unternehmungsgeist, insbesondere die hervorragenden Persönlichkeiten der deutschen Elektroindustrie haben also eine recht baldige Ablösung der ausländischen Kapitalien bei den deutschen Straßenbahnen bewirkt. Meist geschah es sogar vor Ablauf der den Ausländern erteilten Konzessionsdauer. Dank der Tätigkeit jener deutschen Männer sind heute, soweit bekannt, bis auf das Kapital einiger weniger Unternehmungen sämtliche Straßenbahnkapitalien Deutschlands in deutschem Besitz. Die Ausnahmen werden gebildet durch:

1. einige Restbeträge der deutsch-schweizerischen und deutsch-belgischen Trustkapitalien,

2. der erwähnten Obligationsschuld der Barmen-Elberfelder Bahn an die frühere belgische Betriebsgesellschaft,
3. der ganzen Kapitalsumme der Gronauer Straßenbahn, deren Gründung etwa 1904 zur Verbindung der Grenzorte von der Gelderschen Stoomtramway Maatschappy mit dem Sitz der Gesellschaft in Doetinchem in Holland erfolgt ist,
4. das Kapital der Anholter Straßenbahn, das gleichfalls seit der Gründung in den Händen holländischer Kapitalisten blieb.

Insgesamt dürften etwa 100 Millionen Mark ausländisches Kapital in Aktien, Stammanteilen usw. bei den deutschen Straßenbahnen bisher beteiligt gewesen sein. Ihre Nationalisierung ist zu einem guten Teil der Erfolg unserer führenden Männer der Elektroindustrie. Das sollte nicht vergessen werden.

b) Die Eisenbahnen.

Bei den Straßenbahnen und den übrigen Industrien gewahrten wir bereits die Eigentümlichkeit, daß bei neuartigen Anlagen sich die deutschen Kapitalisten nur wenig oder garnicht beteiligten. Es müßte ein eigen Ding sein, wenn sich bei den deutschen Eisenbahnen nicht wenigstens etwas ähnliches feststellen ließe. Bis zu einem gewissen Grade ist dem auch so. Inwieweit aber eine Beteiligung des ausländischen Kapitals zutrifft, kann hier nicht bestimmt gesagt werden. Ausländische Gesellschaften zum Bau von deutschen Eisenbahnlinien traten jedenfalls nur in den unmittelbaren Grenzgebieten auf. Im Aachener Bezirk ist seit den 40er Jahren bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts sowohl holländisches wie belgisches Kapital in dieser Weise unter erheblicher Beteiligung deutschen Kapitals tätig gewesen. Im allgemeinen wird man die Beteiligung des ausländischen Kapitals bei den deutschen Eisenbahnen aber nicht zu hoch einschätzen dürfen. Gewiß sind es Millionen, die in Frage kommen, aber im Verhältnis zu der großen Summe der aufgewandten Kapitalien dürfte die ausländische Kapitalbeteiligung nur gering gewesen sein. Die verschiedensten Jahresberichte aus der Gründungszeit etlicher, vor allem mittel- und

süddeutscher Eisenbahngesellschaften wurden systematisch durchgesehen, aber von tatsächlich erfolgten ausländischen Kapitalbeteiligungen ist nirgends die Rede. Einzelne Gesellschaften berichten sehr eingehend über die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung. Diese seien jedoch meist schnell behoben gewesen, wenn vom Staat oder den einzelnen Gemeinden auf mehrere Jahre ein bestimmter Zinsfuß zugesichert worden wäre. Verschiedentlich kann man sogar in den Berichten lesen, es sei die Zeichnung des Kapitals in wenigen Stunden geschehen gewesen, die Zeichner hätten sogar Reihe gestanden. Natürlich sind dies nur Ausnahmen, aber es ist hier für die allgemeine Beurteilung doch nicht bedeutungslos. Andererseits kann man hinwiederum aus den Berichten entnehmen, daß gerade dann Zeichnungen nur sehr zaghaft erfolgten, wenn die deutschen Kapitalisten bei älteren Eisenbahnunternehmungen nicht ganz den gewünschten Erfolg erzielt hatten, wenn der Bau neuer Bahnen aus irgendwelchen Gründen nur langsam voranschritt oder auch das anfangs festgesetzte Kapital nicht hinreichte. Mit scharfer Ironie schrieb darum auch einmal das Sächsische Gewerbeblatt: „Es ist, als habe sich die Unternehmungslust in der Beteiligung bei der Leipzig-Dresdner Eisenbahn so außer Atem gelaufen, so über Kraft angestrengt, daß kein Atemzug, keine Muskelbewegung übriggeblieben ist, etwas für die anderen Bahnen zu tun“ [1]).

Ist es bei derartiger Zurückhaltung der deutschen Kapitalisten nicht erklärlich, daß immer aufs neue Gerüchte auftauchten, ausländische Gesellschaften wollten den Bau der Bahnen übernehmen, zumal obendrein Anläufe zur ausländischen Kapitalbeteiligung genug gemacht wurden? „Eine Baseler Gesellschaft hatte sich sogar erboten, den etwa durch die Bahn (Mannheim-Basel) geschädigten Berufsständen, wie Frachtfuhrleuten, Kutschern, Posthaltern, Spediteuren, Rheinschiffern und dergleichen eine hohe jährliche Leibrente als Entschädigung zu zahlen, falls ihr die Regierung die Konzession erteile“ [2]). Diese Konzessionserteilung scheint aber nicht erfolgt zu sein, denn die Bahn wurde 1838 auf Staatskosten erbaut. Bei vielen anderen Bahnbauplänen sollte das ausländische Kapital gleichfalls immer eine große Rolle

---

[1]) Gewerbeblatt für Sachsen, Jahrgang 1839, S. 299.

[2]) Ph. Bauer: a. a. O., S. 234.

spielen. Aber diese angeblichen ausländischen Kapitalbeteiligungen verpufften bis auf wenige Reste[1]). Es dürfte wohl Tatsache sein, daß sich bei unseren Bahngründungen im Verhältnis nur wenig ausländisches Kapital beteiligt hat. Als besonders typisches Beispiel sei hierfür auch noch die Bahn Lörrach-Schopfheim in Baden genannt, die doch gerade für Basel wegen der immer mehr mit Hilfe des schweizerischen Kapitals im Wiesental entwickelten Textilindustrie (vgl. hierzu das Kapitel Textilindustrie) eine besondere Wertschätzung der schweizerischen Kapitalisten hätte haben müssen. „Aber am Interesse des geldreichen Basel für die Bahn hatte man sich sehr verrechnet, sodaß $^3/_4$ des ganzen Kapitals vom unteren Wiesental allein aufgebracht werden mußten“[2]).

---

[1]) Hierfür seien nur aus der Geschichte badischer Straßenbahnen einige Beispiele angeführt: „Anfänglich schien eine zu diesem Zwecke (obere Rheintalbahn von Basel bis Waldshut) gebildete Eisenbahngesellschaft – schweizerische Nordbahngesellschaft, wie sie sich nannte — Lust zu haben, den Bau auf sich zu nehmen, doch sie löste sich auf und ließ die Regierung im Stich; der Bau erfolgte daraufhin durch den Staat“.

„Bezüglich der Linie Waldshut-Konstanz hieß es im Jahre 1852, daß eine Gesellschaft in Paris sich bestimmt bereiterklärt habe, die Bahn zu bauen, insofern ihr die Regierung 4% Zins garantiere; . . . indeß, die Verhandlungen zerschlugen sich überall“.

„Im Jahre 1856 hieß es, Pariser Kapitalisten hätten die Eröffnung gemacht, für diese Linie (Pforzheim-Mühlacker) und die Odenwaldbahn die nötigen Gelder vorschießen zu wollen. Die von der Regierung gestellten Bedingungen erschienen indeß nirgends liberal genug“.

„Bevor noch der Bau der Kinzigtalbahn auf Staatskosten, der im Jahre 1846 beantragt war, von der Regierung abgelehnt und einer Privatgesellschaft anheimgestellt war, hatte sich schon im Jahre 1853 anstelle dieser Linie das Projekt einer Bahn von Ettenheim in das Elzachtal und von dort aus über Donaueschingen bis an den Bodensee erhoben. Die Regierung, hieß es, habe bereits mit einer englischen Gesellschaft abgeschlossen und eine Versicherung dahin getroffen, daß sie sich am Bau mit 6 Mill. fl. in der Weise beteilige, daß sie diese Summe dem Gesamtkapital zuschieße, indem sie zwar keine Zinsengarantie übernehme, dagegen dieses Kapital der Gesellschaft zinsenfrei überlasse, bis der Bahnbetrieb 4% abwerfe“.

„Für das Kinzigtalbahnprojekt hingegen sympathisierten den Berichten nach u. a. auswärtige, besonders schweizerische Kapitalisten, indem sie sich bereiterklärten, zu dem Unternehmen die Hand zu bieten. . . . . Es fand indeß sich auch hier keine Gesellschaft, deren Anerbietungen der Regierung annehmbar erschienen“. Ph. Bauer a. a. O., S. 236/237.

[2]) Ph. Bauer a. a. O., S. 241.

Größere englische Kapitalbeteiligungen sind wahrscheinlich bei den Bahnen Berlin-Altona und Berlin-Stettin erfolgt. Aber näheres konnte hierüber nicht ermittelt werden. Auch belgisches Kapital soll verschiedentlich an norddeutschen Bahnen beteiligt gewesen sein.

Nach dem Gesagten scheint es also, als ob das ausländische Kapital nur eine untergeordnete Rolle gespielt habe. Inwieweit später durch die Börse eine ausländische Kapitalbeteiligung eingetreten ist, entzieht sich der genauen Feststellung. Wenn aber die Gründungskapitalien zu unsern Eisenbahnen jedenfalls im allgemeinen deutsch sind, so ist dies wie sonst recht oft in den anderen Industriegruppen zu beobachten ist, weniger deutscher Tatkraft, Überlegung und Umsicht zu verdanken, als vielmehr durch die ganz besondere Eigenart der Verhältnisse bedingt worden.

2. Die Schiffahrt.

In den Erörterungen über die ausländischen Kapitalbeteiligungen bei den deutschen Straßen- und Eisenbahnen mußte vornehmlich auf die Gründungszeit der gemeinten Unternehmungen zurückgegriffen werden. Sollen aber auch bei der deutschen Schiffahrt die ausländischen Kapitalinvestierungen in Erfahrung gebracht werden, so wird eine Studie über die Gründungszeit der deutschen Großschiffahrt nicht viel Material bieten können, denn hier ist das Charakteristische für das Vordringen des ausländischen Kapitals, daß erst mit der zunehmenden Verschärfung des Konkurrenzkampfes der großen Schiffsunternehmungen und der in ihrem Gefolge immer mehr sich ausprägenden Trustbildung die Frage der ausländischen Kapitalbeteiligung für die deutsche Schiffahrt größeres Interesse gewann. Dieser ganzen ausländischen Kapitalbewegung gaben sowohl bei der inländischen als auch ausländischen Schiffahrt gewisse Persönlichkeiten eine bestimmte Richtung; und gerade durch die natürliche Eigenart des Unternehmertums jener beteiligten Länder haben die ausländischen Kapitalbeteiligungen ihr besonderes Aussehen erhalten. Jetzt, nach dem Kriege, ist infolge des Versailler Friedensvertrages die Frage der ausländischen Kapitalbeteiligung bei der deutschen Großschiffahrt in ein neues Stadium getreten. Teils ist heute das Ausland wieder durch Interessengemeinschaft mit der deutschen Großschiffahrt verbunden, teils haben sich auch neue ausländische Kapitalinvestierungen bei den Kleinschiffahrtsunternehmungen vollzogen, wobei — was sehr zu beachten ist — die kleinen deutschen See-Schiffahrtsgesellschaften zu einem sehr großen Teil schon in Friedenszeiten ausländisches Kapital in ihren Unternehmungen beteiligt hatten.

1. Die Großschiffahrtsunternehmungen.

Die älteste ausländische Kapitalbeteiligung bei der modernen deutschen Großschiffahrt dürfte 1847 erfolgt sein. In dem ge-

nannten Jahre wurde die Ocean Steam Navigation Company in Bremen gegründet. Diese, von deutschen Staaten und von Amerika finanzierte, vom amerikanischen Staat unterstützte Dampferlinie bildet ohne Zweifel den mächtigsten Ausgangspunkt für die riesige Entwicklung, die der deutsche Überseeverkehr in der Folge genommen hat[1]). Im Jahre 1856 trat an die Stelle dieser deutsch-amerikanischen Gesellschaft der Norddeutsche Lloyd.

Der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerika Linie waren es dann, die 1902 den Abwehrkampf gegen den amerikanisch-englischen Morgan-Schiffahrtstrust[2]) zu führen hatten. In England hatte Morgan sein Ziel erreicht und mit verstärkter Macht trat er dann 1902 zwecks Überganges der deutschen Großschiffahrtsunternehmungen in amerikanische Hände an die genannten Gesellschaften heran. Hier konnte jedoch Morgan nicht mehr als einen bloßen Interessen-Gemeinschaftsvertrag erzielen, denn sowohl von der Hamburg-Amerika Linie als auch vom Norddeutschen Lloyd wurden noch in demselben Jahr Statutenänderungen vorgenommen, die beide Gesellschaften als rein deutsche Unternehmungen für die Zukunft sicher stellten. Nur zur Ausgleichung der Interessen-Gegensätze war von den deutschen Gesellschaften einem Vertrage stattgegeben worden. Nach diesem verpflichteten sich die Hamburg-Amerika Linie und der Norddeutsche Lloyd, dem Syndikat alljährlich einen solchen

---

[1]) Der Staat Bremen (Einleitung) 1906–1911.

[2]) Die Grundzüge dieser Trustbildung zeichnen sich in folgender Weise: „Nachdem Morgan sich . . . . in den Besitz der Leylandlinie gesetzt hatte, wurde unter seiner Führung ein Syndikat gebildet, das die Mittel zum Ankauf der wichtigsten, im nordatlantischen Verkehr tätigen englischen und amerikanischen Reedereien beschaffen sollte. Diesem Syndikate, in dem besonders amerikanische Interessenten, vor allem die Pennsylvaniabahn vertreten waren, traten von vornherein die beiden bereits unter amerikanischem Einfluß stehenden Schiffahrtsgesellschaften, die International Navigation Company und die Atlantic-Transport-Linie, bei. Von Morgan wurden die von ihm erworbenen Aktien der Leylandlinie in das Syndikat eingebracht und sodann mit der White Star Line und ebenfalls mit der Dominion Line Fusionsabkommen getroffen. Es folgten hierauf ein Vertrag mit der Belfaster-Schiffahrtswerft Harland & Wolff, ein Vertrag mit der englischen Regierung für die unter englischer Flagge segelnden Schiffe, ein Bündnisvertrag mit den deutschen Gesellschaften und mit diesen gemeinsam der Ankauf der Aktienmehrheit der Holland-Amerika Linie".

Paul Overzier: Der amerikanisch-englische Schiffahrtstrust — Morgan-Trust, S. 45.

Betrag auszuzahlen, welcher einem Besitz von mindestens 20 Millionen Mark entsprechen würde. Die Gegenleistung des Syndikates bestand darin, daß es sich verpflichtete, den beiden deutschen Gesellschaften auf den gleichen Betrag, also auf mindestens 20 Millionen Mark, eine Verzinsung von 6% aus den Mitteln des Trustes zu vergüten. Wir haben hier also eine ganz eigentümliche Form gegenseitiger, indirekter Kapitalbeteiligungen.

Wie ist es aber nun möglich gewesen, daß in dem auf seine Seeschiffahrt so stolzen England Morgan besser Fuß fassen konnte als in Deutschland?

Da sehen wir in London und Liverpool eine große Anzahl von verhältnismäßig kleinen Unternehmungen tätig, die in dem eng begrenzten Ozeangebiete ihre Linien betreiben und vielfach noch den Charakter als Familienunternehmen bewahrt haben. An der Selbständigkeit der Unternehmungen wird mit peinlicher Sorgfalt von allen englischen Schiffahrtsgesellschaften festgehalten und höchstens läßt man sich zu Preisvereinbarungen herbei. In Deutschland dagegen stehen alle Großunternehmungen in enger Fühlung miteinander, die gegenseitige Betriebsbeteiligung und Unterstützung ist schon geradezu zur Regel geworden[1]). Was ist hier das charakteristische? Gerade durch die Gegensätzlichkeit der nationalen Eigenart des deutschen und englischen Unternehmertums war es Morgan möglich geworden, die alten englischen Nordamerika-Linien Liverpools anzukaufen, während er in Deutschland sein Ziel nicht erreichte.

Der unternehmende ökonomische Amerikaner und der in alter Tradition auf Selbständigkeit bedachte englische Unternehmer sowie das organisierte Unternehmertum der deutschen Großschiffahrt waren hier die Kontrahenten. Durch diese hierdurch zum Ausdruck gebrachte innere Wesensverschiedenheit der Unternehmercharaktere wurden die sachlichen Entwicklungen in der bekannten Art beeinflußt. Dazu kam aber auch noch der Einfluß rein persönlicher Momente. Es brauchen nur die Namen Ballin und Wiegand genannt zu werden, um jedem klar werden zu lassen, wie sehr Persönlichkeiten die Direktive für viele Jahre entscheidend beeinflussen. Diszipliniertes Auftreten in gemein-

---

[1]) Vgl. Kurt Wiedenfeld a. a. O., S. 56.

samen Fragen zeichnet gerade diese beiden Männer aus. Wie ganz anders ist es in England. Obschon sich Ellermann, der Direktor und Hauptaktionär der Leylandlinie, anfangs gegen den Verkauf seiner Aktien sträubte, kam ein Vertrag doch bald zustande, da Morgan drohte, er werde, wenn eine Einigung nicht erzielt würde, die unter seinem Einfluß stehenden Eisenbahnen gegen die Leylandlinie ausspielen[1]).

In dieser Weise wurde die Betriebskonzentration der deutschen großen Schiffahrtsgesellschaften in den Händen gewiegter Männer zur starken Barrikade gegen die amerikanische Kapitalüberfremdung. Hingegen wurde die Besitzkonzentration in der englischen Schiffahrt nach dem Einlenken eines Einzelnen der Ausgangspunkt für weitere große ausländische Kapitalbeteiligungen. So treten persönliche und nationale Momente in Wechselwirkung und wirken bald für, bald gegen eine ausländische Kapitalbeteiligung, je nachdem die Gediegenheit beider Faktoren ihre Ergänzung findet.

Zum zweiten Mal ist die Frage der ausländischen Kapitalbeteiligung bei den deutschen Großschiffahrtsgesellschaften nach dem Weltkriege akut geworden. In der Lösung dieser Frage liegt abermals eine Bestätigung der Geschäftstüchtigkeit der deutschen Schiffahrtsunternehmungen.

Nach dem zwischen der Hamburg-Amerika Linie und dem Harriman-Konzern abgeschlossenen Interessen-Gemeinschaftsvertrage stellt Harriman seine Schiffe zur Verfügung, während dafür (als Gegenleistung) die Hapag ihre Organisation und ihre vorzüglichen Einrichtungen sowie Beziehungen dieser als Gegenleistung übergibt. Der Gewinn wird zwischen den Vertragschließenden zu gleichen Teilen verteilt. Somit fußt der ganze Vertrag ausgesprochenermaßen auf Vertrauen. In ähnlicher Richtung hält sich auch der Vertrag des Norddeutschen Lloyd mit den United States Lines[2]).

---

[1]) Paul Overzier: Der Amerikanisch-Englische Schiffahrtstrust-Morgan-Trust mit besonderer Berücksichtigung seiner Beziehungen zu den deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaften. (1912).

[2]) Nicht unerwähnt seien auch die Ankäufe von Hotels in unseren Hafenstädten durch die verschiedenen ausländischen Reedereien.

Nun sind zwar durch diese beiden Verträge keine direkten ausländischen Kapitalbeteiligungen wie bei der deutschen Großschiffahrt eingetreten, aber trotzdem sind die Verträge hier von Interesse, da sie einmal das oben ausgeführte bestätigen, und dann im weiteren Verfolg der Überfremdungsgefahr seitens der Hamburg-Amerika Linie gegen die ihr drohende Überfremdung Schutzmaßnahmen dadurch getroffen wurden, daß sie sogenannte Vorzugsaktien mit erhöhtem Stimmrecht schuf, deren Beispiel recht bald noch viele andere deutsche Gesellschaften folgten. Heute sind die Vorzugsaktien ein beliebtes Mittel geworden, um sich auch — und das sogar jetzt in sehr vielen Fällen — gegen sogenannte innere Überfremdung, d. h. gegen die eigene deutsche Konkurrenz zu schützen. Hier bei der deutschen Schiffahrt hat die Ausgabe von Vorzugsaktien zweifellos seine volle Berechtigung, da bei ihr die Überfremdungsgefahr besonders groß war.

Mit vollem Recht wird man sagen können: Durch die Umsicht und Geschäftstüchtigkeit der leitenden Personen unserer großen deutschen Schiffahrtsunternehmungen ist zweimal der Versuch ausländischer Interessenten, die deutsche Schiffahrt in ihre Hände zu bekommen, in recht geschickter und glücklicher Weise begegnet worden.

2. Die Kleinschiffahrtsunternehmungen.

a) Seeschiffahrt:

In einem gewissen Gegensatz zu den genannten Großunternehmungen stehen die kleinen Dampfschiffahrtsgesellschaften unserer Seestädte. Zwar ist die Summe der dort beteiligten ausländischen Kapitalien an sich nicht sehr bedeutend, aber es wird doch bei manchem eine Überraschung hervorrufen, wenn er von diesen zahlreichen ausländischen Kapitalbeteiligungen in den deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaften erfährt. Kein Verkehrsinstitut ist so sehr mit ausländischem Kapital durchsetzt gewesen, wie gerade diese kleinen Seeschiffahrtsgesellschaften. Aus dem vorliegenden Material sei nachfolgende sehr instruktive Statistik über die Dampfschiffahrtsgesellschaften einer deutschen Ostseehandelsstadt wiedergegeben. Hierzu sei noch bemerkt, daß die Gründungsjahre dieser Gesellschaften durchschnittlich im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts liegen.

Firma:	Gesamtkapital	Gesamtsumme der ausländischen Kapital-Beteiligung	Nationalität des ausländischen Kapitals[1])
—	2 219 000.—	107 200.— 74 600.—	englisch französisch, russisch
—	2 701 000.—	221 400.—	russisch, englisch, französisch
—	1 820 000.—	55 400.—	russisch
—	1 380 000.—	96 000.—	englisch, französisch, russisch
—	235 000.—	68 000.—	russisch
—	225 000.—	86 000.—	russisch
—	210 000.—	23 500.—	englisch
—	200 000.—	51 000.—	russisch
—	200 000.—	14 900.—	russisch
—	200 000.—	145 000.—	englisch
—	200 000.—	87 500.—	englisch
—	200 000.—	54 000.—	russisch
—	200 000.—	44 000.—	russisch
—	150 000.—	48 000.—	englisch, russisch
—	100 000.—	31 000.—	englisch, russisch

Die vorherrschende russische Beteiligung bei den angeführten Unternehmungen weist bereits deutlich darauf hin, daß hier ausgesprochene Geschäftsinteressen eine solche ausländische Kapitalbeteiligung wünschenswert erscheinen ließen. Denn im Gegensatz zu den Großunternehmungen müssen die kleinen Schiffsgesellschaften in den betreffenden Ländern, mit denen sie in Verbindung stehen, um nicht der Konkurrenz zu erliegen, sich künstliche Stützpunkte suchen. Durch Kapitalbeteiligungen gewisser ausländischer Gesellschaften, Export- und Importfirmen usw. wird ihnen dieses am leichtesten möglich sein. Bestimmte ausländische

[1]) Wie groß die Beteiligung des ausländischen Kapitals der neutralen Länder (Schweden usw.) ist, kann nicht mitgeteilt werden. Jedoch wurde hier und da festgestellt, daß diese Kapitalbeteiligungen z. T. nicht unbeträchtlich sind.

Kreise an einem guten Geschäftsgang des Unternehmens zu interessieren, ist somit der Zweck der ausländischen Kapitalbeteiligung. Es liegt dies bereits im Wesen der kleinen Seeschiffahrtsgesellschaften begründet.

b) Flußschiffahrt:

Bei der Flußschiffahrt ist es leider nicht überall möglich gewesen, der Überfremdung erfolgreich entgegenzutreten. Die Aktien der Neuen Deutsch-Böhmischen Elbe-Schiffahrt Akt.-Ges. (Deutsch-Österreichische Dampfschiffahrts Akt.-Ges.) in Dresden sind zum überwiegenden Teil in die Hände Angehöriger der Tschecho-Slowakei übergegangen. 1907 war diese Gesellschaft mit ausschließlich deutschem Kapital begründet worden; aber infolge großer Kriegsverluste der Gesellschaft kamen Tschecho-Slowakische Staatsangehörige in den Besitz der Aktien, während nur ein paar Hunderttausend Mark von dem 1920/21 3 Millionen Mark betragendem Gesamtkapital in deutschen Händen geblieben sind.

In allerjüngster Zeit bestand erneut gerade von ausländischer Seite gesteigerte Nachfrage nach Schiffahrtsaktien, trotzdem das Verbot des Bundesrats, betreffend Veräußerung von Aktien oder sonstigen Geschäftsanteilen deutscher See- und Binnenschiffahrtsgesellschaften an Ausländer vom 20. Januar 1918 noch heute zu Recht besteht. Aber was nützt es, wenn hier ein Loch verstopft, ein anderes, weit größeres durch den Friedensvertrag geschaffen wird? So seien u. a. nur erwähnt: Die Gründung der französischen Rheinschiffahrtsgesellschaften Société Française de Navigation Rhenane, der Société Française de Navigation Interieure und der Société d'Etudes pour la Navigation sur le Rhin; Gesellschaften, deren Schiffsbestand sich im besonderen aus den auf Grund des Versailler Vertrages abgelieferten deutschen Rheinschiffen zusammensetzt. (Vgl. Art. 357)[1]). Wenn ferner daran erinnert wird, daß zur Begegnung der verschiedensten Schwierigkeiten, wie sie für die deutschen Reedereien durch den Friedensvertrag geschaffen wurden, deutsche Schiffahrtsunternehmungen absichtlich ausländisches (englisches) Kapital heranzogen — genannt seien hier u. a. die British Rhine and Navigation and Transport Co. in London (Bremer Dampfschiffahrtsgesellschaft Neptun), The London and Hull Shipping Co. Limited in London

[1]) Vgl. die ähnlichen Bestimmungen des Art. 339 für die Elbe, Oder und Memel.

(Bremer Dampfschiffahrtsgesellschaft Argo) und The London and Cologne Steamship Co. Limited in London (Hahn, Stirn & Co., G. m. b. H. in Köln)[1]) — so werden wir uns recht bald klar darüber werden, was es bedeutet, unsere ureigensten Rechte an unsern deutschen Strömen durch den Friedensvertrag eingeschränkt zu sehen. Unter der unscheinbaren Überschrift „Schiffahrt" wird dem Auslande, der Entente, bei unserer Flußschiffahrt ein Einfluß eingeräumt (Art. 331 ff.), wie er bei normalen Verhältnissen durch eine Kapital- und Verwaltungsüberfremdung nie erreicht worden wäre. Auf diese Bestimmung des Versailler Vertrages hinzuweisen, dürfte auch hier nicht unangebracht erscheinen.

Der ausländische Einfluß bei der deutschen Schiffahrt ist also nicht ganz so einheitlich, wie es sich vielleicht mancher zuvor gedacht hatte. Nach dem Gesagten wird man bei Betrachtung der ausländischen Kapitalbeteiligung bei der deutschen Schiffahrt ein stets verschiedenes Maß zur Beurteilung anlegen müssen. Die meisten Unternehmungen tragen eben im allgemeinen, wie wir sahen, schon durch ihren Aufbau und ihre Organisation das Ja und Nein, das Wie und Wann der ausländischen Kapitalbeteiligung in sich. Je nach der Kombinationsart der einzelnen mitbestimmenden Faktoren erhält die ausländische Kapitalbeteiligung ihre praktische Bedeutung, sei es in der Richtung einer erfolgten oder nicht erfolgten, beabsichtigten oder nicht beabsichtigten ausländischen Kapitalbeteiligung oder sei es auch etwa in der Richtung der Nationalisierung dieser Kapitalien. Deshalb wird auch die ausländische Kapitalbeteiligung hier zum Nutzen, dort zum Schaden sein können. Alles dies dürfte durch die Gegenüberstellung der großen und kleinen deutschen Schiffsunternehmungen bei zweckentsprechendem Hinweis auf das Ausland deutlich geworden sein.

---

[1]) „Nach dem österreichischen Volkswirt erwarb eine englische Gruppe 51% der Aktien der Ungarischen See- und Flußschiffahrtsgesellschaft und die Option auf 15000 alte und 25000 neu auszugebende Aktien der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, die im Besitz der österreichischen Staatsverwaltung sind. Nach Ausübung der Option wird die englische Gruppe 40% der Aktien der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft besitzen". Kölnische Zeitung Nr. 454 vom 15. Mai 1920. In der österreichischen Nationalversammlung hat man sich mit Recht dagegen gewandt, daß die Aktien ohne Zustimmung der Nationalversammlung verkauft wurden.

Auch bei deutschen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaften ist englisches Kapital interessiert.

C. Gesamtbild der Kapital- und Verwaltungsüberfremdung bei der Industrie und den Verkehrsanstalten Deutschlands.

Folgerungen.

Die nunmehr zum Abschluß gebrachten Darstellungen über die ausländischen Kapitalbeteiligungen bei den deutschen Industrien und Verkehrsanstalten lassen es klar erkennen, daß eine überaus große Mannigfaltigkeit in den Bewegungen der ausländischen Kapitalbeteiligungen festzustellen ist. Jede einzelne Industriegruppe bietet irgend etwas besonders Typisches und gibt dadurch der gesamten Betrachtung ein erhöhtes Interesse. Aber auch innerhalb ein und derselben Industriegruppe zeigen sich häufig die verschiedensten Momente, die schon an sich oder durch Vergleich neue Anregungen zu Betrachtungen geben, die eine im Grunde genommene trockene Materie zu einem interessanten und lehrreichen Forschungsgebiete machen.

Das Charakteristische jeder besonders behandelten Industriegruppe herauszuarbeiten und mit den übrigen mitbestimmenden Faktoren der ausländischen Kapitalbeteiligungen in Verbindung zu setzen oder diese wenigstens kurz zu erwähnen, ist die Form, in der die Arbeit ihre Aufgabe zu lösen versuchte. Die Bedeutung der Zollgesetzgebung für die ausländische Kapitaleinwanderung ist beispielsweise in der Textilindustrie weit mehr zum Ausdruck gebracht, als in den anderen Industrien, obschon in fast sämtlichen Industrien die Errichtung von Zollschranken auf eine ausländische Kapitalbeteiligung hingewirkt hat. Keineswegs tritt aber die Wirkung der Zollerhöhungen auf die ausländische Kapitalbeteiligung so deutlich hervor als gerade bei der Textilindustrie. Nichtsdestoweniger ist überall dort, wo es nötig erschien, auf den Einfluß der Zölle hingewiesen worden. Was also in den einzelnen Industrien dargestellt wurde, sind insbesondere die spezifischen Eigenarten der ausländischen Kapitalbeteiligung. Somit erhält

zwar jedes einzelne Kapitel eine gewisse Selbständigkeit; zur tieferen Erfassung der Gesamtfragen muß jedoch die ganze Arbeit als große Einheit aufgefaßt werden.

Aus der Art dieser Behandlung ergibt sich neben diesen mehr äußeren Gründen eine Folgerung, die für die Beteiligung des ausländischen Kapitals von besonderer Wichtigkeit ist, aber gerade in der Tagespresse und den Fachzeitschriften viel zu viel außer acht gelassen wurde. Mit aller Deutlichkeit und Schärfe sehen wir nämlich, daß die ausländischen Kapitalbeteiligungen jedes einzelnen Industriezweiges eine gesonderte Beurteilung erfahren müssen, da die graduellen Unterschiede häufig allzu kraß sind, um in mathematischer Art und Weise die Summa Summarum leicht daraus ziehen zu können. Dies gilt sowohl für die Gründe der ausländischen Kapitalbeteiligung, als auch für die der Nationalisierung der ausländischen Industriekapitalien als auch für die Verwaltungsüberfremdung. Es treten insbesondere in zeitlicher, geographischer wie nationaler Hinsicht grundlegende Verschiedenheiten hervor, die für die Beurteilung dieser Frage von besonderer Bedeutung sind. Darum kann auch die bestimmte Frage, ob die ausländische Kapitalbeteiligung bei der deutschen Industrie für uns von Vorteil oder von Nachteil ist, niemals generell weder in dem einen noch in dem anderen Sinne beantwortet werden. Wenn nun diese Untersuchung mit voller Klarheit zum Ausdruck bringt, daß das ausländische Kapital unserer Volkswirtschaft in der Vergangenheit zumeist sehr wertvolle Dienste geleistet hat, so wäre es jedoch verfehlt, unter den obwaltenden Umständen ohne weiteres das gleiche für die Jetztzeit zu folgern. Wir müssen uns stets vor Augen halten, daß sich die Mitwirkung des ausländischen Kapitals früher unter ganz anderen Voraussetzungen als heute vollzog, und gerade in der Industrie im 19. Jahrhundert Umwälzungen eingetreten sind, die wir bei einer Betrachtung der ausländischen Kapitalbeteiligung nicht unberücksichtigt lassen können. Wir müssen unter völlig veränderten Verhältnissen ganz andere Kräfte anerkennen, Kräfte, die auf den Kapitalmarkt gleichsam wie Naturkräfte einwirken, die sich nicht beschwören, wohl aber leiten lassen. Die Geschichtsforschung hat jedoch die Aufgabe, die Vergangenheit in den Dienst der Gegenwart zu stellen.

In gewisser relativer Gesetzmäßigkeit vollzieht sich die gesamte Bewegung der ausländischen Kapitalbeteiligungen für jede

Industrie. Insofern gewisse Bedingungen gegeben sind, wird die ausländische Kapitalbeteiligung, ihre Nationalisierung und die Verwaltungsüberfremdung sich in den Bahnen bewegen, die ihnen durch die besonderen Umstände vorgezeichnet sind. Natürlich bezieht sich dies nicht auf einen Einzelfall, sondern wird erst für die Betrachtung ganzer Industrien charakteristisch. Ein absolut konstantes Verhalten oder ein konstantes Verhältnis kann für die Bewegung der ausländischen Kapitalbeteiligung keinesfalls festgestellt werden. Die Gründe der ausländischen Kapitalbewegungen sind ja eben allzu zahlreich und unter sich wiederum zu verschiedenartig. Je nach dem Maß der geschichtlichen, zeitlichen, geographischen und technischen Unterschiedlichkeit der Entwicklung und Abstufung der betreffenden Industriezweige des In- und Auslandes ist auch die Bedeutung der einzelnen Faktoren, die auf eine ausländische Kapitalbeteiligung hinwirkten, eine ganz verschiedene. Was gestern für die ausländische Kapitalbeteiligung bei der deutschen Industrie noch Geltung beanspruchte, ist heute ohne Bedeutung. Kapitalmangel wegen zurückgebliebener allgemeiner industrieller Entwicklung oder wegen ungenügender Kapitalorganisation, mangelnder deutscher Unternehmungsgeist und dergleichen mehr sind heute zumeist für die ausländische Kapitalbeteiligung bei der deutschen Industrie weit mehr von historischem Interesse; vielleicht vergeht aber nur eine kurze Spanne Zeit, bis daß das eine oder andere, wenn auch unter ganz anderen Voraussetzungen, wieder in den Vordergrund tritt. In früheren Zeiten haben jedenfalls die genannten Momente bestimmenden Einfluß auf die ausländische Kapitalbewegung bei der deutschen Industrie und den Verkehrsanstalten ausgeübt. Auf der anderen Seite dürfen wir heute keineswegs sagen, daß die augenblickliche Kapitalüberfremdung nur durch starke Verschuldung einzelner Unternehmungen im Auslande infolge des Krieges und der Valutaentwicklung oder durch die politischen Umwälzungen, insbesondere die Besetzung des linken Rheinufers, wo die verschiedensten Wertübertragungen unserer Industrie an Ausländer stattgefunden haben, oder ganz besonders durch steten Verfall der deutschen Mark und den damit in Zusammenhang stehenden Kapitalmangel sich vollzogen hat. Selbstverständlich haben diese Momente augenblicklich vielfach mehr Beachtung gefunden als irgend etwas anderes und vielleicht wird

gerade die Frage, wie der sich immer mehr verschärfende Geld- und Kapitalmangel bei der deutschen Wirtschaft behoben werden soll, für die künftigen ausländischen Kapitalbeteiligungen von besonderer Bedeutung werden. Aber darum ist noch lange nicht gesagt, daß auch nicht noch andere Gründe ein Mitbestimmungsrecht für sich in Anspruch nehmen können. Dies ist bestimmt der Fall, und zwar wird es allein schon aus der Tatsache gefolgert werden können, daß die ausländischen Kapitalbeteiligungen in stetem Fluß sind und bleiben werden, und dies gerade deswegen, weil es gewisse Faktoren gibt, die stets den Sachtendenzen ihre bestimmte Bahnen weisen. Dabei unterscheiden sich nur äußerlich die Formen und Anlässe, die in den verschiedenen Zeitperioden zu ausländischen Kapitalinvestierungen bei der deutschen Industrie führten.

Betrachten wir nur einmal kurz die wirtschafts-geographischen Verhältnisse und die Art, in der sie auf die ausländischen Kapitalbeteiligungen bei der deutschen Industrie einwirkten. Besonderheiten bei der geologischen Gliederung des In- und Auslandes treten hier hervor. Die reichen Kohlenbecken Rheinlands und Westfalens zogen bei dem Fehlen von inländischem Kapital und ausgebildeter Technik in den 50er Jahren Millionen ausländischen Kapitals nach Deutschland. Aber mit der Zeit nationalisierte sich der Bergbau, weil der deutsche Markt selbst so erstarkte, daß er die ausländischen Kapitalien abzustoßen vermochte. Da trat mit den 90er Jahren ein neuer Umschwung ein. Das Ruhrkohlenbecken wurde zum zweiten Male das bewußte Ziel gewisser ausländischer Kapitalkreise. Die auf den Minetteerzen von Lothringen und Westfrankreich basierenden Hochöfen-Unternehmungen begannen mit ihrer Zechenangliederungspolitik. Ausländisches Kapital strömte auf diese Weise durch diese vom Auslande finanzierten Unternehmungen indirekt abermals zum westdeutschen Kohlenbergbau. Die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse hatten ein Umstellen der bisherigen Wirtschaftspolitik dieser Unternehmungen veranlaßt. Das Erz wandte sich nunmehr an die Kohle und brachte auf diese Weise ausländisches Kapital ins Land.

Wirtschaftsgeographische Verhältnisse sind fernerhin mitbestimmend für den Verkehr zwischen den Grenzbezirken und dadurch für die ausländische Kapitalanlage. Wäre dies nicht der

Fall, wie wäre es sonst möglich, daß sich in bestimmten Grenzgebieten das ausländische Kapital viel stärker investierte als anderswo? Je mehr die geographischen Verhältnisse der Grenzgebiete ineinander übergehen, d. h. je mehr sich die natürlichen Verhältnisse des Landes und der Bevölkerung der in- und ausländischen Grenzbezirke nähern, umso ausgedehnter ist der Verkehr zwischen hüben und drüben, umso ausgebildeter sind die geschäftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen dieser Gebiete, umso stärker ist die ausländische Kapitalinvestierung. Wie sollte man sonst die ausländische Kapitalanhäufung gerade der Schweiz in Baden erklären?

Doch wie in den einzelnen Kapiteln schon früher darauf hingewiesen wurde, ist hiermit noch keine Resultante gegeben, die nun den Schlüssel zum Geheimnis der ausländischen Kapitalbeteiligung böte. Wie bereits innerhalb dieses einen Faktors: Verschiedenheit oder Gleichartigkeit der wirtschaftsgeographischen Verhältnisse des In- und Auslandes eine Wechselwirkung mit anderen Faktoren, die bereits in einem anderen Hauptfaktor indirekt bedingt sind, stattfindet, so tritt eine neue Wechselwirkung durch weitere andere selbsttätige Faktoren ein. Staatliche Bestimmungen, sei es in der Form von Unterstützungen an Ausländer, sei es durch Zollabsperrungen oder sei es durch sonstige Gesetze, wie z. B. Patentgesetze, sind häufig von nicht weniger ausschlaggebender Bedeutung für die Bewegung der ausländischen Kapitalbeteiligungen bei der deutschen Industrie, als die Konzentration der ausländischen Industrie in Trusts, Kartellen usw., die durch ihre immer mehr der Vollendung zustrebende Marktbeherrschung schon recht bald Anlaß zu ausländischen Kapitalinvestierungen gab und auch weiterhin geben wird.

Alle ausländischen Kapitalbeteiligungen bekommen aber erst dann eine fast unbegrenzte Dauer, wenn persönliche Momente, seien sie durch eine einzelne Person oder durch die nationale Eigenart eines ganzen Volkes gegeben, in dem Industriezweige ihren bestimmenden Einfluß zum Ausdruck bringen können. Keine andere Kapitalbeteiligung haftet so stark an dem Charakter einer Persönlichkeit oder einer ganzen Nation, als gerade die überwiegende Masse der ausländischen Kapitalbeteiligungen bei der Industrie. Dies geschieht in verschiedener Hinsicht und bekommt Bedeutung für den ganzen Prozeß der ausländischen

Kapitalbeteiligung, angefangen bei der Beteiligung des ausländischen Kapitals bis zum Abschluß der Nationalisierung.

Auch heute noch haben die ausländischen Industriekapitalien einen stark persönlichen Charakter. Dem stark persönlichen Einfluß, der sich in diesen Kapitalbeteiligungen zum Ausdruck bringt, liegt auch in der Hauptsache die sich aus den früheren Kapiteln ergebende Tatsache zugrunde, daß das ausländische Industriekapital das Bestreben zeigt, sich möglichst lange anzulegen. Es sind nicht allzuviel Unternehmungen, bei denen einmal angelegte Auslandskapitalien nicht wenigstens mehrere Jahre beteiligt bleiben. Etliche Unternehmungen können schon auf eine über 50jährige ausländische Kapitalbeteiligung zurückblicken. Natürlich wechseln hierbei häufig die ausländischen Kapitalinhaber innerhalb des betreffenden Landes, ja, es findet sogar hier und da ein Übergang an ganz andere Nationen statt.

In irgendeiner Form treten fast überall in unverkennbarer Weise persönliche Momente hervor. Hier ist es die ausgeprägte Persönlichkeit eines Einzelnen, die die ausländische Kapitalbeteiligung veranlaßt oder durch sein Vorgehen anderen zum Anlaß wird, dort ist es der übereinstimmende Volkscharakter bestimmter Volkskreise des In- und Auslandes, der in den bestimmten Industriezweigen den Kapitalinvestierungsprozeß durch das Ausland mitbestimmt, schließlich ist es umgekehrt der verschiedenartige nationale Charakter des In- und Auslandes, der den Entwicklungen der ausländischen Kapitalbeteiligungen seinen Stempel aufdrückt. Bald wirkt der Persönlichkeitsfaktor in der Richtung einer ausländischen Kapitalbeteiligung, bald auf eine Verhinderung der Nationalisierung der ausländischen Kapitalbeteiligungen, bald selbst in der Richtung der Nationalisierung. Es kommt nur darauf an, ob die Belebung des gesamten Prozesses vom In- oder Auslande vor sich geht, wer also diese treibenden Kräfte auszuwirken versteht.

Persönliche Momente in diesem weiteren Sinne sind gerade bei der Verwaltungsüberfremdung von großer Bedeutung. Dies findet insbesondere in den nationalen Verschiedenheiten der Unternehmercharaktere der einzelnen Länder seinen Ausdruck. So ist der Franzose stets bedacht, den Einfluß in der Verwaltung möglichst fest in eigenen Händen zu behalten. Überall gewahren wir es wieder, daß er möglichst sämtliche der ihm zustehenden Aufsichts-

ratssitze auch mit eigenen Landsleuten besetzt und selbst nur Vorstandssitze insoweit den Deutschen einräumt, als ihm dies unbedingt nötig erscheint. Die Engherzigkeit des französischen Nationalismus ist bei der Beteiligung in der deutschen Industrie nicht von der Hand zu weisen. Zwischen den französischen und deutschen Unternehmern bzw. Kapitalisten bildete sich meist kein rechtes Vertrauensverhältnis heraus und zwar gerade deswegen, weil der französische Unternehmer bereits aus nationaler Tradition dem Deutschen viel zu wenig traut. Der durch den typischen kleinbürgerlichen Behaglichkeitssinn beeinflußte französische Unternehmer weiß sich eben nur selten von seiner mangelnden Anpassungsfähigkeit loszumachen.

Beim amerikanischen, englischen, belgischen und holländischen Unternehmer tritt das gleiche längst nicht so stark hervor. Bei ihnen ist vielmehr der springende Punkt, alle Hemmnisse aus dem Wege zu räumen, die einen hohen Gewinn verhindern könnten. Sobald sich bei ihnen die Erkenntnis Bahn bricht, daß eine stärkere Besetzung führender Stellen mit Deutschen zu erfolgen hat, weil sie sich weit besser und leichter dem Recht, der Sitte und den Marktverhältnissen des Inlandes anzupassen vermögen und dadurch den Geschäftsgang heben, stehen diese Kapitalisten im allgemeinen nicht an, die Besetzung führender Stellen Deutschen anzuvertrauen. Deshalb ist bei den von amerikanischem, englischem, belgischem und holländischem Kapital mit finanzierten Unternehmungen eine weit stärkere Besetzung mit Deutschen in führenden Stellen zu beobachten, als den Deutschen entsprechend ihren Kapitalbeteiligungen zustehen würde. Insbesondere werden fast durchweg sämtliche Vorstandssitze deutschen Staatsangehörigen übertragen. Für den deutschen Leiter wird sich dann häufig genug die Gelegenheit bieten, auch diese von ausländischem Kapital beherrschten Unternehmungen der deutschen Volkswirtschaft hinreichend dienlich zu machen, wie es ja häufig auch geschehen ist.

Eine Sonderstellung bei der Kapital- und Verwaltungsüberfremdung muß den ostschweizerischen Kapitalisten eingeräumt werden, denn der Ostschweizer und der Süddeutsche, insbesondere der Badener, kennen ein durch Jahrzehnte ähnlich- oder gleichgerichtetes Wollen und Wirken. Industrie, Handel und Verkehr gerade der Grenzgebiete stehen in engster Verbindung zu

einander und erfahren durch zahlreiche private Interessen eine intensive Ausgestaltung. Die schweizerische Industrie-Intelligenz hat durch die Gediegenheit ihrer technischen und kaufmännischen Fähigkeiten insbesondere der süddeutschen Industrie unschätzbare Dienste geleistet und sich in der deutschen Wirtschaftsgeschichte viel Ruhm und Ehre verschafft. Schon hieraus ist es bedingt, daß der schweizerische Industrielle noch heute großen Einfluß bei der süddeutschen Industrie besitzt, denn: „Ein guter Ruf ist wie ein stattlich Haus, das baut sich, Stein um Stein, allmählich aus“ (Leuthold).

Hierzu kommen dann aber auch noch andere völkerpsychologische Momente und zwar in der Weise, daß durch die Gleichheit, die Ähnlichkeit oder das Gleichgerichtetsein der Sprache, der Sitte, der Kultur und des Rechts sowohl innerhalb der Grenzbezirke im besonderen als auch des übrigen deutschen Gebietes ein leichteres Sichverstehen zwischen der schweizerischen und deutschen Industrie gegeben ist. Darum findet auch zum Teil, ganz unabhängig von der Kapitalzusammensetzung ein wechselseitiger Austausch der Industrie-Intelligenz beider Staaten statt, wobei den Besonderheiten der einzelnen Länder Rechnung getragen wird. So erklärt sich die gegenüber den anderen Ländern bei weitem vorherrschende Stellung des schweizerischen Kapitals und der schweizerischen Industrie-Intelligenz bei der deutschen Industrie und umgekehrt. Deshalb muß die schweizerische Kapitalbeteiligung unbedingt für die Beurteilung der ausländischen Kapitalbeteiligungen und aller Fragen, die hiermit in engem Zusammenhang stehen, eine besondere Würdigung erfahren. Die schweizerischen Industriekapitalien und die schweizerische Industrie-Intelligenz sind eben belebende Faktoren unseres deutschen Wirtschaftslebens gewesen und geblieben. Hierin liegt die grundlegende Bedeutung des schweizerischen Kapitals für die deutsche Industrie. Für die ausländische Kapitalbeteiligung bei der deutschen Industrie ist überhaupt zu sagen, daß diese manchen technischen und wirtschaftlichen Fortschritt in Deutschland geschaffen hat. Es gilt dies für die ganze Zeit der ausländischen Kapitalbeteiligungen. Nur sind die Arten, in denen dies geschah, voneinander verschieden.

Wenn schon die Verschiedenartigkeit der Verwaltungsüberfremdung bei der deutschen Industrie zu den bemerkenswertesten

Erscheinungen der ausländischen Kapitalbeteiligungen gehört, so dürfte auch folgendes das Interesse vieler verdienen: Auffallend ist nämlich eine verhältnismäßig scharfe fachlich nationale Gliederung der ausländischen Kapitalanlagen bei unserer Industrie, denn:

1. amerikanische und englische Kapitalien fanden ihre hauptsächlichste Beteiligung in der Maschinenindustrie,
2. belgische und französische Kapitalisten wandten dem Bergbau und der Montanindustrie ein erhöhtes Interesse zu,
3. schweizerische und holländische Kapitalisten investierten ihre Kapitalien insbesondere in der Textil- und Nahrungsmittelindustrie.

Aus gewissen Gründen war es in den einzelnen Kapiteln ferner nicht möglich, klar hervortreten zu lassen, daß die verhältnismäßig stärksten Kapitalkonzentrationen — ganz abgesehen von denen unmittelbar an der holländischen, belgischen, französischen und schweizerischen Grenze — in den Gebieten von Düsseldorf, Mannheim, Frankfurt und Berlin festgestellt wurden. Erläuternd sei hierzu bemerkt, daß in einem dieser Bezirke, z. B. 1914 nach den angestellten Ermittelungen nicht weniger als 23 Industrieunternehmungen mittleren und größeren Umfanges der verschiedensten Fabrikationszweige mit stärkerer oder ausschließlich ausländischer Kapitalbeteiligung arbeiteten. In den meisten Betrieben war englisches Kapital investiert, aber auch holländisches Kapital — das erst in allerjüngster Zeit bei der deutschen Industrie wieder häufiger Anlage sucht — war entgegen den sonst gemachten Feststellungen verhältnismäßig stark vertreten.

Auch jetzt in der Nachkriegszeit beginnt diese hier skizzierte Entwicklung sich weiter fortzusetzen. Die Kriegszeit selbst ist nur eine Zeit der Unterbrechung, nicht der vollständigen Unterbindung des internationalen Kapitalmarktes gewesen. Bei der schlechten deutschen Valuta begann ein neues Vordringen des ausländischen Kapitals bei der deutschen Industrie. Diese suchte sich durch Selbstschutz gegen eine Entnationalisierung der Industrie dadurch zu wehren, daß sie Namens- oder Vorzugsaktien mit erhöhtem Stimmrecht schuf, um so den Einfluß des Auslandes in der Verwaltung zurückzudrängen. Es mag dahingestellt bleiben,

ob dieser Selbstschutz der Industrie als genügend zu erachten ist. Auf jeden Fall muß gegen die unnötige und unerwünschte Kapital- und Verwaltungsüberfremdung unbedingt frühzeitig eingegriffen werden. Die Tatsache nämlich, daß der Verlust der nationalen, wirtschaftlichen Unabhängigkeit an ausländische Kapitalisten nur sehr schwer wieder auszugleichen ist und den Einzelnen die Möglichkeit der Nationalisierung von Unternehmungen nur selten gegeben ist, erhöht die Mahnung, der unnötigen Überfremdung tatkräftigst zu begegnen. Mag das Überfremdungsgespenst zeitweise in der Presse und selbst von der Industrie, wie es scheint, verschiedentlich übertrieben sein, auf jeden Fall mahnt die Geschichte der ausländischen Kapitalbeteiligung bei der deutschen Industrie aus vorgenannten Gründen zur Vorsicht, damit den verantwortlichen Führern nicht einmal die Worte entgegentönen: „Zu spät!“ Auf sich selbst gestellt, müssen viele Kräfte der deutschen Industrien zur Nationalisierung bzw. Nationalerhaltung derselben, so wie es die Geschichte lehrt, eine Einheit bilden und in der Tatkraft von Persönlichkeiten sich auslösen. Bedenken wir: „Nur in der eigenen Kraft ruht das Schicksal jeder Nation“ (Moltke).

Keineswegs darf aber bei den vielen verschiedenartigen Fragen der ausländischen Kapital- und Verwaltungsbeteiligung in der deutschen Industrie, die noch ihrer Lösung harren, übersehen werden, daß heute den ausländischen Kapitalbeteiligungen bei unserer Industrie auch eine erhöhte politische Bedeutung zukommt. Denn durch das ausländische Kapital wird häufig eine enge Verknüpfung heimischer und ausländischer Interessen geschaffen. Dieses gegenseitige Interesse und Verstehenlernen ist gerade heute insofern von besonderer Wichtigkeit, als dadurch sich im Auslande immer mehr die Einsicht durchringen muß, daß sich das Wohl und Wehe der deutschen Wirtschaft in hohem Maße auch jenseits der Landesgrenzen zeigen wird.

Eine ähnliche Wechselwirkung der Volkswirtschaften hat, wie aus der ganzen Arbeit hervorgeht, zu allen Zeiten viel Gutes geschaffen. Aber darum dürfen wir den Bogen weder in der einen noch in der anderen Richtung überspannen. Vor allem aber dürfen wir nicht in deutscher Illusion glauben, daß die internationale Kapitalwirtschaft hier Gegensätze aus der Welt schaffen könne, die in viel tieferen Wurzeln erfaßt werden müssen.

Frei von jeder Utopie müssen wir eine wirtschaftspolitische Orientierung anstreben, die vernünftig und realisierbar ist. Wir müssen einer Idee folgen, die durch die in der Welt wirkenden Gesetze ihren Weg vorgezeichnet erhält, einer Idee, die, auf der gründlichen Kenntnis alles wirtschaftlichen Geschehens aufbauend, das Materielle und Ideelle zur Einheit bindet und nicht zuletzt die aus der Geschichte gewonnenen Erkenntnisse ausnutzt zum Besten unserer Wirtschaft und unseres deutschen Vaterlandes.

Literaturverzeichnis.

Otto Brandt: Studien zur Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Düsseldorf im 19. Jahrhundert. Düsseldorf 1902.

A. Calmes: Besonderheiten der Kapitalsanlage in Frankreich. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1915.

Die Technik im Bereiche des Bezirksvereins Rheingau, Festschrift 1900.

Heinrich Gebauer: Volkswirtschaft im Königreich Sachsen, Bd. I—III.

Georg Gothein: Die Wirkungen des Schutzzolles in Deutschland. Berlin 1909.

Bernhard Harms: Volkswirtschaft und Weltwirtschaft, Jena 1912.

Fr. Hermes: Finanzierung und Rentabilität deutscher Straßenbahnen, Jena 1909.

Paul Hirschfeld: Hannovers Großindustrie und Großhandel, 1891.

C. Huber: Deutschland als Industriestaat, 1903.

O. Jeidels: Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie, 1910.

Jubiläumsschrift zum 25jährigen Bestehen des Kalibergwerkes Schmidtmannshall, 1879—1903.

Julius Kahn: Münchens Großindustrie und Großhandel.

Gottfried Kendenich: Geschichte der Stadt Trier von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, 1917.

Franz Knödge: Jahrbuch der Aktiengesellschaften Rheinlands und Westfalens, 1899.

Robert Liefmann: Theorie des weltwirtschaftlichen Reichtumsausgleichs in Zeitschrift Weltwirtschaftliches Archiv, Heft 4, Oktober 1923.

F. Moos: Die französischen Kreditinstitute und die französischen und englischen Kapitalanlagen im Auslande. Conrads Jahrbücher 1910.

F. Obernheimer: Das Berg- und Hüttenwesen im Herzogtum Nassau, 1895.

A. Oppel: Die deutsche Textilindustrie. Leipzig 1912.

Richard Passow: Die gemischt-privaten und öffentlichen Unternehmungen auf dem Gebiete der Elektrizitäts- und Gasversorgung und des Straßenbahnwesens. Jena 1912.

Emil Pfeiffer: Handbuch der Kaliindustrie. Braunschweig 1887.

Wilhelm Rabius: Der Aachener Hüttenverein Rote Erde, 1846—1906.

Karl Rehe: Die deutsche Schuhgroßindustrie. Jena 1908.

B. Schulz-Briesen: 50 Jahre rückwärts. Erinnerungen eines alten Bergmannes, 1887.

Sachverständigengutachten, Die.
Die Berichte von Dawes und Mc. Kenna nebst allen Einlagen, April 1924.

Hermann Schulze: Die Entwicklung der chemischen Industrie in Deutschland seit dem Jahre 1875. 1910.

Werner Sombart: Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts, 1905.

Peter Stiersdorfer: Patentgesetz und Patenterwerbung in den Kulturstaaten, 1899.
Alphons Thun: Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, 1902.
J. Vischer: Die industrielle Entwicklung Württembergs. Stuttgart 1875.
Ernst Voyge: Geschichte der Industrie im märkischen Sauerland, 1910.
Hermann Wartmann: Industrie und Handel in der Schweiz im 19. Jahrhundert, 1906.
Kurt Wiedenfeld: Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, Bonn 1912.
Kurt Wiedenfeld: Ein Jahrhundert rheinische Montanindustrie (Bergbau, Eisenindustrie, Metallindustrie, Maschinenbau 1815—1915), Bonn 1916.
R. Wuttke: Die deutschen Städte, 1904.
W. Wygodzinski: Wandlungen der deutschen Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. Köln 1912.
Walter Zollinger: Internationale Wertübertragung und Kapitalanlage im Auslande. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1913.
C. W. Zöllner: Geschichte der Fabrik- und Handelsstadt Chemnitz, 1889.
Walter Zürn: Die deutsche Zündholzindustrie, 1907.
Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften.
Handbuch der Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Salings Börsenpapiere.
Zeitschrift: Beiträge zur Geschichte der Technik und der Industrie. Herausgegeben von Karl Matschoß.
Weltwirtschaftliches Archiv, herausgegeben von Bernhard Harms.
Plutus: Zeitschrift, herausgegeben von Georg Bernhard.
Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure.
Zeitschrift: Technik und Wirtschaft.
Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen im preußischen Staate.
Die Tageszeitungen insbesondere: Berliner Börsenzeitung. Deutsche Allgemeine Zeitung. Frankfurter Zeitung. Industrie- und Handelszeitung. Kölnische Zeitung. Kölnische Volkszeitung. Rheinisch-westfälische Zeitung.

Sonstige Literaturangaben sind in der Arbeit selbst gemacht.

Namen- und Sachregister.

Seite

Aachener Bergwerksgesellschaft, Aachen 25
Adler Company, Dresden 167
Administration des domaines à Paris 8
A. G. Baumwollspinnerei Unterhausen, Unterhausen 87
A. G. Brown, Boveri & Cie., Mannheim 56
A. G. des belgisch-rheinischen Kohlenbergwerkes, Rotthausen 22
A. G. Deutsche Zündholzfabriken, Berlin 140
A. G. Etablissement Hutchinson, Mannheim 138
A. G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation, Stolberg . . . . . 8 ff.
A. G. für chemische Produkte, vorm. H. Scheidemandel, Berlin . . . 128
A. G. für Gardinenfabrikation, Ölsnitz i. V. 111
A. G. Germania, Linoleumwerke, Bietigheim 119
A. G. Haagen und Rötteln, Haagen (Baden) 82
A. G. Mechanische Weberei, Zell i. W. 84
A. G. Meidericher Steinkohlenbergwerke, Meiderich 19
Akt.-Ges. Porzellanfabrik Rudolstadt, Rudolstadt 149
A. G. Rhenania, Verein chem. Fabriken, Köln 127
A. G. C. G. Rommenhöller, Berlin 134
A. G. Spinnerei und Weberei Schönau, Zell i. W. 84
A. G. Spinnerei und Weberei Steinen, Steinen i. W. 82
A. G. Gebrüder Sulzer, Ludwigshafen 57
A. G. Vereinigte Märkische Tuchfabriken, Berlin 111
A. G. Westfälischer Grubenverein . 21
A. G. Westfälische Kohlenwerke . 23
Aktien-Glashütte St. Ingbert, St. Ingbert 133
Aktienverein Deutscher Ölfabriken, Mannheim 159

Seite

Allgäuer Baumwoll-Spinnerei und -Weberei A. G., Bleichach . . . 91
Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Berlin 70
Allgemeine Gesellschaft zur Förderung der Nationalindustrie, Brüssel 13
Altenberggesellschaft . . . . . 3 ff.
Aluminium-Aktiengesellschaft, Neuhausen (Schweiz) 58
American Radiator Co. m. b. H., Berlin 64
Anglo-Swiss Condensed Milk Company, Lindau 163
Apparateindustrie A. G., Berlin . . 66
Appolinarisbrunnen, Neuenahr . . 136
Appreturmaschinen 52
Australische Wolle 113

Badischer Bergwerksverein . . . 4
Badischer Steinkohlenbergbau . . 1
Badische Zinkgesellschaft, Mannheim 5
Bally & Gosser, Seidenbandweberei G. m. b. H., Säckingen 89
Bamberger Kalikofabrik A. G., Bamberg 103
Banc de Mulhouse 103, 120
Banque d'Outremer 23
Baumgartner & Co., Spinn- und Webereien, Mühlhausen (Elsaß) . . 102
Batschari G. m. b. H., Baden-Baden 167
Baumwoll-Spinn- und Weberei A.G., Arlen 82
Baumwoll-Spinn- und Weberei Bempflingen A. G., Bempflingen 86
Baumwollweberei Eßlingen A. G., Eßlingen 87
Baumwollspinnerei Erlangen Akt.-Ges., Erlangen 91
Baumwollweberei, Bleicherei, Färberei und Appreturenanstalt Gebr. Großmann Akt.-Ges., Brombach . . 81
Baumwollspinn- und Weberei Honneger, Tiengen 85
Baumwollweberei Hussy & Künzly, Säckingen 85
Baumwoll-Spinn- u. Weberei Merian & Co., Höllstein 82

Seite

Baumwollspinnerei Unterhausen A. G., Unterhausen 86
Belgische Bank, Brüssel 13
Bergbau und Hüttenwesen . . . 1 ff.
Bergius & Co. A. G., Goldschmieden (Schlesien) 127
Bergwerksgesellschaft Collingwood, Lindsay, Wood & Comp., Duisburg 19, 24
Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, Rotthausen 21
Bergwerksgesellschaft Gneisenau, Altenderne 20
Bergwerksgesellschaft Hibernia A.G., Herne, Westfalen 15
Bergwerksverein Zell und Altlay, Zell a. d. Mosel 8
Blackbourn John Nachf. Albert Müller, Niederschönweide . . . 112
Blake Pumpe Co. m. b. H., Berlin 63
Blechwalzwerk 52
Bleicherei, Färberei, Appreturenanstalt A. G., Bamberg 103
Bleichmethoden 114
Bölger-Huber, schweizerischer Industrieller 80, 84
Borbecker Hütte 9
Brake & Co., Margarinefabrik, Oldenburg 158
Brandenburgische Textilfabriken . 93
Brauereien und Mälzereien . . . 166
Braunkohlenflöze 31
Braunschweigische A.-G. für Jute- und Flachsspinnerei, Braunschweig 118
Bremen-Besigheimer Oelfabriken A. G., Bremen 159
Bremer Dampfschiffahrtsgesellschaft Neptun 208
Bremer Ölwerke, Wilhelmsburg . . 159
British American Tobacco Comp. 167, 168
British and Continental Jute and Flachs Works Comp. Ltd. . . . 118
Brüsseler Handelsgesellschaft, Brüssel 13
Buckskinfabrikation 109
Burbacher Hütte 21

Calw 78
Chaudron, Joseph 22, 26
Christianenglück 15
Cloth Co. Ltd., Manchester . . . 103
Cockerill, John . . 52, 71, 107, 108
Cockerill, Maschinenfabrik, Berlin . 52
Cockerill, Zinkfabriken, Stolberg . 52
Cologne mining company, Köln . 7
Compagnie générale du Basalt Société anonyme, Paris 149
Compagnie parisienne des voitures électriques, Paris 66

Seite

Continental Caoutschouk und Guttapercha Comp., Hannover . . . 138
Convention International des Glaceries, Bruxelles 131
Crefelder Margarinewerke Uhlenbrock, Crefeld 159
Cron & Scheffel, Margarinefabrik, Cleve 159

Dahlbusch A. G., Rotthausen . 21 ff.
Dampfmaschinenbau 52
Dampfpflüge 59
Dampfpumpen 63
Dampfstraßenwalzen 58
Dampf-Roßhaarspinnerei Carlo Pachetti & Co. A. G., Karlsruhe 103
D'Ambly 54
Delmenhorster Margarinewerke A. G., Delmenhorst 159
Delta, Tschasche & Bensky G. m. b. H., Dresden 167
Deutsch-belgische Kristalleisfabrik A. G., Köln 143
Deutsch-englischer Bergwerksverein 4
Deutsch-französisch-holländische Kohlengesellschaft N. V. Import-en Export-Mij, Orange-Nassau im Haag 24
Deutsch-Oesterreich. Dampfschifffahrts A.-G., Dresden 208
Deutsche Babcock u. Wilcox Dampfkesselwerke A. G., Berlin . . . 64
Deutsche Jürgenswerke A. G., Hamburg 158
Deutsche Linoleumwerke Hansa A.G., Delmenhorst 119
Deutsche Solvay-Werke A.G., Bernburg 125
Deutsche Wollmanufaktur A. G., Grünberg 110
Diersburger Grubenfeld 2
Dillenburger Revier 6
Direktionsprinzip 13
Dortmunder Ritterbrauerei A. G., Dortmund 166
Drachenquelle, Honnef a. Rhein . 135
Dreschkästen 59
Dresdner Eiswerk, Dresden . . . 143
Druckereimethoden 113
Duncans Leinen-Industrie A. G., Großschweidnitz 111
Düben, Schmidt & Bunge, Stärkefabrik, Steutz 164

Echaztal 87
Edelmetallfabrikate 59
Eisenwerk Kraft A. G., Stettin . . 19

Seite

Eiswerk Breslau 143
Eiswerk Dresden 143
Eiswerk Frankfurt a/M. 143
Eiswerk München 143
Ellmer, Gebr., Glarus 86
Elektrizitäts-Fernkraftübertragung . 54
Elektroindustrie . . . . . 69 ff.
Emanuel, Zeche 7
Erzbergbau . . . . . 1 ff.
Escher, Wyß & Co., Ravensburg 56, 86
Eschweiler Bergwerksverein . . . 13
Estol A. G., Mannhein 159

Facilides, Curt, Industrieller . . . 109
Falsina, Carlo 103
Färbereimethoden 113
Felten & Guilleaume A. G., Köln-Mülheim 70
Fenner Glashütte 133
Flachsspinnerei Urach A. G., Urach 86
Flammofenprozeß 6
Floretseidenfabrikation 91
Flöze 31
Föhrenbach 3
Forestal Land, Timber and Railways Company Ltd., London 127
Fouquet & Frauz, Maschinenfabrik, Rottenburg 54
Fowler, John & Co., Magdeburg 56 ff.
Frank, Chemiker 125
Frankfurter Margarine A.G., Frankfurt 159
Fürst Hardenberg, Zeche 21

Galmeilager 4, 9
Gardinenfabrik Plauen A. G., Plauen 110
Gardinenfabrik Jacobi Brothers & Co., Plauen 109
Gardinenfabrik Surr. Wm. Duncans Anglo Bleach Works, Groß-schweidnitz 111
Gardinenfabrik T. J. Birking & Co., Ölsnitz 111
Gaze- und Kreppweberei G. m. b. H., Höllstein 89
Gebrauchsmuster-Schutzrecht . . 66
Gelsenkirchener Bergwerks A.-G., Gelsenkirchen . . . . . 20 ff.
General-Electric-Comp. 69
Gerb- und Farbstoffwerke H. Renner & Co. A. G., Hamburg 127
Gerberei Brombach A.-G., Brombach 151
German Linoleum Manufacturing Comp. Ltd., Delmenhorst-London 119
Gerresheimer Glashüttenwerke A. G., Gerresheim 131
Gesellschaft der Hardenberg'schen Kohlenbergwerke, Duisburg . . 13

Seite

Gesellschaft für Seidenbandfabrikation m. b. H., Säckingen . . . 89
Gesellschaft zum Betriebe rheinischer Kohlensäurewerke, Oberlahnstein am Rhein 135
Gewerkschaft Johannessegen, Bredenscheid 23
Giulini G. m. b. H., Ludwigshafen a. Rh. 127
Giuliniwerke A. G., Basel 127
Gneisenau, Zeche, Derne 20
Goldwarenfabriken 59
Goldwarenfabrik Maison Murrat, Karlsruhe und Pforzheim . . . 56
Grand Duchy of Baden Chartered native silver and silver lead mines 4
Great consolidated mining company limited, London 7
Grether, Georg & Co., Spinnerei, Schopfheim 83
Grillo, Fr., Großindustrieller . . . 21
Gronau . . . . . 104 ff.
de Gruyter, Albrecht & Co., Kommanditgesellschaft 17
Grüneberg, Chemiker, Staßfurt 123, 125
Grube am Goldknippen 7
Gute Hoffnung, Zeche 25

Haagen und Rötteln A. G., Haagen 80 ff.
Hagenbach, Steinkohlenfeld . . . 2
Hamburg-Amerika Linie, Hamburg 203
Hansa Lloyd-Werke A. G., Bremen 66
Hansa, Zeche, Huckarde 21
Haniel & Lueg, Düsseldorf . . . 7
Hapag 205
Hardenberggesellschaft 13
Hardt & Co. Kommanditgesellschaft, Köln 183
Harpener A. G., Dortmund . . . 20
Harriman-Konzern 205
Hasenclever & Co., Aachen . . . 127
Helvetia-Conservenfabrik Gr.-Gerau A. G., Groß-Gerau 164
Herzogenrather Spiegelfabrik Bicheroux Lambotte, Herzogenrath . 130
Herste b. Brakel (Westf.) 135
Hessen-nassauische Silber-, Blei-, Kupfer- und Eisenbergwerke . . 6
Hibernia and Shamrock Company limited, Herne . . . . . 15 ff.
Herberg'sche Nickelfabrik A. G., Iserlohn 59
Hohenlohe-Werke, Hohenlohehütte 32
Hollandsche Bank voor de Middellandsche Zee, Amsterdam . . . 32
Höllstein i. W. 89
Holzappeler Ges. in Holzappel, Nassau 11
Holsteinische Ölwerke, Altona-Bahrenfeld 159

Seite

Honneger, Heinrich, schweizerischer Industrieller 85
von Hove, schweiz. Industrieller 80 ff.

Imperial Typewriter Comp. Ltd., Leicester 66
Isar 31
Iselin, schweiz. Industrieller . . 80 ff.

Jakobi, Gebrüder, Industrielle . . 139
Jamesgrube 10
Jasmatzi A. G., Zigarettenfabrik, Dresden 167
Johanneshütte bei Duisburg . . . 19
Johannessegen, Grube, Bredenscheid 23 ff.
Josetti, Meyer & Peters G. m. b. H., Zigarettenfabrik, Dresden . . . 167
Julia, Zeche, Herne 20
Jürgens-Konzern . . . . . 158 ff.
Jürgens & Prinzen, Margarinewerke, Goch 158
Jutespinnerei 118

Kaisalinwerke G. m. b. H., Neuß a. Rh. 159
Kinzigtaler Bergwerksverein . . . 3
Kinzigtal-Mining-Association . . . 3
Köchlin, Baumgartner & Co., Lörrach 78, 102
Kohlensäurewerk A.-G. St. Augustinussprudel, Namedy-Andernach . 136
Kohlensäurewerk Bodendorf a. d. Aar 136
Kolb & Schüle A. G., Unterhausen 86
Kollectivgesellschaft T. Michiels et Comp. 18
Köln-Deutzer Bergbau 6
Koninklike Nederländsche Hoogovens en Staalfabrieken, Haag 19
Konservenindustrie 162
Konzessionierte Gesellschaft für den Abbau der Silber- und Bleiminen im Großherzogtum Baden . . . 4
Krefelder Seidenindustrie . . . 88, 97
Krog & Ewers G. m. b. H., Ottensen 159
Krontaler Mineralbrunnen 136
Kunerolwerke, Bremen 159
Kunstwollene Stoffe 110

Lambelet, Ed., Paris 7
Leblancprozeß . . . . . 123 ff.
Lederfabrik Gerardt & Co., Düsseldorf-Heerdt 151
Lehmann, Alfred und Anton, A. G., Berlin-Niederschönweide . . . 111
Lehmann, Ludwig, A. G., Berlin . 111
Leinenindustrie . . . . . 106 ff.
Leisler and Towsand, Chemische Fabrik, Staßfurt 125

Seite

Le nickel Société anonyme, Paris . 59
Lever Brothers Limited, London . 161
Limmer und Braunschweigische Asphaltminen 149
Lingner Werke A. G., Dresden . . 142
Linoleumwerke Hansa A.G., Delmenhorst 119
Linoleum Manufacturing Company Staines, London 118
Lintorfer Erzbergwerke, Lintorf . 7, 29
Lizenzgebühren 67
Lizenzenzwang . . . . . 62 ff.
Lokomobilen . . . . . 59 ff.
Lörrach . . . . . 79 ff.
Luckenwalder A. G. vorm. Wilh. Müller, Berlin 111
Lyoner Kapital 103
Lythall G. m. b. H., Maschinenfabrik, Neubrandenburg 59

Maatschappiy tot exploitatie der C. G. Rommenhöllersche Koolzur en Zuurstof Werken, Rotterdam . 135
Maggi-Ges. m. b. H., Singen u. Berlin 163
Maison Murrat A. G., Karlsruhe . 59
Maizena-Konzern 164
Mangfall (Bayern) 31
Mankiewicz & Co., Hamburg, Farbenfabrik 126
Margarinewerke Berolina, Berlin-Lichtenberg 159
Margarinewerke Jeverland A. G., Heidmühle b/Jever 161
Margarinewerke Homann, Dissen . 161
Margarinefabrik van Rossum & Co., Emmerich 159
Markania, Grube 16
Marshall, Sons & Co., Gainsborough 59
Maschinenfabrik und Eisengießerei A. Lythall G. m. b. H., Neubrandenburg 59
Maschinenfabrik Fouquet & Frauz, Rottenburg 54
Max Krey & Co., Glasindustrie, Schreiber A.-G., Berlin 133
Mech. Baumwollweberei-, Bleicherei-, Färberei- und Appreturanstalt Gebrüder Großmann A.G., Brombach 81
Mechanische Buntweberei vorm. Kolb & Schüle A.-G., Kirchheim . . 86
Mechan. Seidenstoffweberei Waiblingen G. m. b. H., Waiblingen 87
Mechan. Seidenweberei Pfullingen, Pfullingen 90
Mechernicher Bergwerks-Aktien-Verein 25
Mégé, Mourir 154

Seite

Meidericher Steinkohlenbergwerke A. G., Meiderich 19, 25
Merian, schweizerischer Industrieller 80
Metallindustrie . . . . . 50 ff.
Metallurgische Gesellschaft . . . 10
Mez, Gebr. 83
Milkawerke A. G., Pratau a. d. Elbe 160
Mineralbrunnen Zollhaus, Nassau . 136
Mineralölwerke Rhenania A. G., Düsseldorf 141
Mineral-Salts-Production and Moorland Reclamation Company Ltd. 125
Miteigentümergesetz 14
Mitteldeutsche Seifenfabrik A. G., Wahren b. Leipzig 142
Mohr G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld 159
Montan-Industrie . . . . . 2 ff.
Morgan . . . . . 203 ff.
Mulvany, William Thomas . . 15 ff.
Münchener Eiswerk 143
Münstertäler Grube 4
Müller Speisefette A. G., Neukölln 161
Musterschutz 62
Mutungen 22

Nähmaschinen 67
Nationale Radiator Ges. m. b. H., Berlin 64
Naylor & Co., Tuchfabrik, Wittenberge 111
Neußer Margarinewerke, Neuß . . 159
New-York Hamburger Gummiwaren Comp. A.-G., Hamburg . . . 137
New-York & Rudolstadt Pottery Comp., Rudolstadt 149
Nickel A. G., vorm. Fleitmann & Witte, Iserlohn . . . . . 56 ff.
Niederlausitz . . . . . 108 ff.
Niederrheinische Ölwerke A.G., Goch 159
Niver Company, London 161
Nobel-Dynamit-Unternehmungen . 139
Norddeutscher Lloyd . . . . 203 ff.
Norddeutsche Schiffsbaugesellschaft, Kiel 55
Nordstern, Zeche 19

Oberbayrische Akt.-Ges. für Kohlenbergbau, München 31
Oberhausen 64
Oberreichenau 110
Oberschlesische Textilfabriken . 107 ff.
Oelfabrik Groß-Gerau, Groß-Gerau 159
Oel- und Margarinegesellschaft De Bruyn, Emmerich 161
Oelwerke Germania, Emmerich . . 159
Oldroyd and Behrenson Ltd., Sagan 112
Oldroyd & Blackley 110

Seite

Ortlieb & Edenhofer, München . . 143
Ottlet, E. 185

Palma, Margarinefabrik, Cleve . . 160
Papierfabrik Albbruck, Baden . . 150
Papierfabrik J. Ziegler-Thoma, Todtnau, Baden 150
Parsonspatente 63
Patentausführungszwang 68
Patentgesetz . . . . . 61 ff.
Patentmatratzen 62
Petroleum Raffinerie A. G., Bremen 140
Pforzheim . . . . . 59 ff.
Phönix A. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Hörde . . . . . 18 ff.
Piedboeuf, Jaques, Kesselbaufabriken, Düsseldorf 52, 72
Providence, Zeche 20
Prussian mining and iron works Comp. 21
Puppe, Gebr., Stärkefabrik, Zerbst 164

Radiatoren-Kessel 64
Rathenau 69
Reeser Margarinefabrik G. m. b. H., Rees, Niederrhein 160
Reisholzer Spiegelglasfabrik . . . 131
Renner, H., & Co., Hamburg . . 118
Rheine . . . . . 105 ff.
Rheinfelden 53, 58
Rhein. Chamotte- und Dinaswerke A. G., Köln 149
Rheinische Gerbstoff- und Farbholzextraktfabrik Gebr. Müller A. G., Benrath b. Düsseldorf 128
Rheinisch-Nassauische Bergwerks- und Hütten A.-G., Stolberg . 8, 11
Rheinische Spiegelglasfabrik, Eckamp bei Ratingen 131
Rheinisch-westfälischer Bergbau . 29 ff.
Rheinisch-westfälischer Bergwerksverein, Arnsberg 11
Rippenbach, H., schweiz. Industrieller 81
Rochaz & Comp., Paris 6
Roebueck, William, London . . . 188
Rohstoffkredite 114
Rositzky & Witt G. m. b. H., Ottensen 159
Rotterdamsche Bankvereenigung, Rotterdam 32
Rumpf'sche Kreppweberei, Lörrach 91
Ründerother Bergrevier 7

Säckingen 58, 89
Sachsen . . . . . 108 ff.
Saganer Wollspinnerei und Weberei A. G., Sagan 112
Salb & Wohl, Margarinefabrik, Nürnberg 159

Seite

Salubratapetenfabrik, Grenzach . . 150
Sarasin, schweiz. Industrieller . 80 ff.
Sarasvati G. m. b. H., Dresden . . 167
Sarotti, Schokoladen- und Kakao-Industrie A. G., Berlin 165
Schaaffhausenscher Bankverein, Köln 29
Schaffhausen 76
Schappesspinnerei u. Nähseidenfabrik August Engisch & Cie., Stetten 86 ff.
Schappesspinnerei Zimmerlin, Forcart & Co. G. m. b. H., Zell . . 80 ff.
Schermaschinen 113
Schiffahrt . . . . . 202 ff.
Schiffsturbinen 63
Schlesien . . . . . 108 ff.
Schlesische A. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Lipine 52
Schlink & Co. A. G., Hamburg . 159
Schlumberger & Co. 102
Schmelzbasalt A. G., Linz a. Rh. . 149
Schokoladenindustrie 164
Schöngelegen, Grube 16
Schopfheim . . . . . 80 ff.
Schreibmaschinen 62
Schutzzollpolitik . . . . . 58 ff.
Seidenbandfabrik Sarasin & Co., Basel 85
Seidenstoffweberei Alfred Mäder, Rötteln 89
Seidenbandweberei Bally & Gosser G. m. b. H., Säckingen 89
Seidenstoffweberei Bodmer & Hürlimann, Zürich 87
Seidenbandweberei Lörrach G. m. b. H., Lörrach 85, 91
Seidenstoffweberei Waiblingen G. m. b. H., Waiblingen 87
Shamrock, Grube . . . . . 16 ff.
Sharples Separatoren Co., West-Chester 65
Sharples Tubularcream Separatoren 64
Siemens & Halske A. G., Berlin . 69
Smith, Garret, & Co., Magdeburg . 56
Société anonyme Anglo-Belge des charbonnages, Düsseldorf . . . 22
Société anonyme Belge des Charbonnages de Herne, Brüssel . . . 20
Société anonyme Belge Rhénane des charbonnages de la Ruhr . . . 22
Société de l'Antonius et des mines réunies 7
Société de Commerce de Bruxelles 13
Société anonyme des acières d'Angleur 21
Société anonyme des charbonnages de Hattingen sur Rhur . . . 23, 24
Société anonyme des Glaceries et des Produits Chimiques de St. Gobain, Chauny et Cirey, Paris 130

Seite

Société anonyme des mines et fonderies de zinc de vieille montagne . . 9
Société des mines de Houille et des mines metalliques de l'Inn . . 31
Société des mines et fonderies du Rhin Detillieux & Co. 18
Société anonyme des Tramways de Düsseldorf 183
Société anonyme Papeteries Godin à Huy 151
Société anonyme pottasse, Tilloy, Delaume & Co., Courrières . . 124
Société anonyme pour l'industrie de l'aluminium, Neuhausen . . . 58
Société générale de Belgique, Brüssel 23
Société minière par actions, Alstaden 18
Soden i. Taunus 136
Solivo & Fierz 86, 87
Solvay-Sodaprozeß 124
Spiegelglasfabrik Germania A. G., Porz-Urbach b. Köln 131
Spiegelglasmanufaktur A.G., Stolberg 130
Spiegelglasmanufaktur Waldhof A.G., Mannheim-Waldhof 130
Spinnerei Atzenbach A. G., Schopfheim 80, 83
Spinnerei Haagen und Rötteln, A. G., Haagen 82
Spinnerei und Weberei Schönau, A.G., Schönau 84
Spinnerei und Weberei A.G., Kottern 91
Stahl & Nölke A. G., Zündwarenfabrik, Kassel 140
Stärkefabrik Max Eggert, Halle (Saale) 164
Stärkeindustrie 164
Staßfurter chemische Fabrik vorm. Vorster & Grüneberg, Staßfurt . 125
Stehelin, schweiz. Industrieller . . 80
Steingutfabrik Villeroy & Boch, Mettlach b. Trier 148
Steinkohlenbergwerke A. G. Friedrich Heinrich, Lintfort 24
Steinkohlenbergwerksgesellschaft Offenburg 3
Stettiner Ölwerke A. G., Zuellchow b. Stettin 161
Stolberger Zinkgesellschaft . . 5, 11
Straßen- und Eisenbahnen . . 181 ff.
Strumpfwarenfabrik Karl Wittmann, Pausa 111
Strumpfwirkereien der Firma The Nottingham Manufacturing Company Ltd. in Chemnitz u. Pausa i. V. 110
Süddeutsche Baumwollindustrie Akt.-Ges., Kuchen 86
Sulima, T. L. Wolf, G. m. b. H., Dresden 167
Sunlightseifenfabrik, Neckarau . . 142

Seite

Tegernseer Steinkohlenbergwerksges. 31
Teutonia Ölmühlen Harburg a. Elbe 161
Textilmaschinenbau 52
The Nottingham Manufacturing Company Ltd., Chemnitz 110
The Singer manufacturing Co., Hamburg, Wittenberge 67
The Trustees Executors and Insurance Corporation Ltd., London . . . 63
Thompson's Seifenpulverfabriken, Düsseldorf und Wittenberg . . 142
Triumph Cycle Co. Ltd., Coventry 62
Triumphwerke A. G., Nürnberg . 62
Tubbingschachtausbauverfahren . . 26
Tubular-Werke G. m. b. H., Harburg a. E. 64
Tuchfabrik Lörrach A. G., Lörrach 80, 82
Tüllmaschinen 113
Turbinia, Deutsche Parsons Marine Akt.-Ges., Berlin 63

Überseeische Wolle 113
United Anglo Continental Ice Comp. Ltd., London 143

Van den Bergh . . . . . 154 ff.
Van den Berghs Margarinegesellschaft, Cleve 160
v. d. Heydt, Zeche 20
Varziner Papierfabrik, Varzin . . 151
Vereinigte Gummiwarenfabriken Harburg-Wien, Harburg 138
Vereinigte Märkische Tuchfabriken, A. G., Berlin 111
Vereinigte Staaten 90, 121
Versilberungs- und Vergoldungsanstalt Christofle & Co., Karlsruhe 56
Vieille Montagne à Angleur . . . 5 ff.
Villeroy & Boch, Trier 148

Seite

von Hove, schweiz. Industrieller . 81
Volksvermögen 12

Wahnschaffe, Müller & Co. m. b. H., Cleve 160
Walzwerk Phönix, Eschweiler . . 18
Waschmaschinen 113
Webstühle 52
Wehra 92
Wendel, de . . . . . 24 ff.
Weinheimer Tal 3
Westfälisch-holländische Grenze 120 ff.
Westfälische Kohlenwerke A. G. 23, 29
West Prussian mining company limited, London 7
Wiese . . . . . 92 ff.
Wiesentäler Weberei für Seidenindustrie Aretz, Lörrach . . . 91
Wieslochtal 4
Wildberg, Grube 7
Wollspinnerei und Weberei der Firma Oldroyd and Behrenson, Sagan . 109
Wollspinnerei und Weberei John Blackbourn, Niederschönweide . 111
Wollspinnerei und Weberei Naylor & Co., Wittenberge 111
Wurmrevier 25

Yorkshire 109

Zellstoff-Fabrik, Ragnit 151
Zentrifugaltrockenmaschinen . . . 113
Zigarettenindustrie . . . . . 166 ff.
Zollgesetzgebung . . . . . 51 ff.
Zufriedenheit, Zeche 25
Zünderwerke Meißen, vorm. Bickford & Co., Meißen 139
Zwirngardinenfabriken 110
Zwirnwirkwaren 109

H. Meyer's Buchdruckerei, Halberstadt, Abteilung Verlag.

Die Goldkernwährung

Eine währungsgeschichtliche und währungstheoretische Untersuchung

von **Dr. Fritz Machlup**

mit einem Anhang: **Ricardo's Währungsplan aus dem Jahre 1816**

übersetzt von **Dr. Wilhelm Fromowitz** und **Dr. Fritz Machlup.**

Preis: broschiert **Goldmark 8.—**

in Halbleinen gebunden **Goldmark 10.50**

(1 Goldmark = $^{10}/_{42}$ U. S. A. Dollar).

Der Gold-Exchange-Standard war schon lange vor dem Kriege in manchen Ländern eingeführt worden. Unter der Bezeichnung „Goldkernwährung" propagierten eine Reihe hervorragender Währungsfachleute die goldumlaufslose Goldwährung in Deutschland und die Knappschen Gedankengänge rückten das Problem in den Vordergrund des Interesses. Dennoch fehlte bis jetzt im deutschen Schrifttum — im Gegensatz zur umfangreichen ausländischen Literatur über diesen Gegenstand — eine Arbeit, welche Wesen und Geschichte der Goldkernwährung eingehend behandelt. Der Verfasser unternimmt es nun, diese Lücke auszufüllen und es gelingt ihm in ganz treffender Art, die grundsätzlichen Verschiedenheiten dieses Währungssystems von anderen Geldverfassungen aufzuzeigen. Der erste Teil befaßt sich in systematischer Art mit dem Wesen der Goldkernwährung und wird auch dem Nichtfachmann ohne weiteres verständlich sein. Einen interessanten historischen Überblick bringt der zweite Teil, der die Währungsgeschichte aller Goldkernwährungsländer enthält. An Fachleute wendet sich der dritte Teil, der das Problem der Goldkernwährung zu den Hauptproblemen der Währungstheorie in Beziehung bringt, ohne deswegen dem gebildeten Laien unverständlich zu bleiben. Zu einer Reihe von Streitfragen der Literatur wird hier Stellung genommen, verbreitete Lehrmeinungen werden einer Kritik unterzogen, ohne daß der Verfasser es unterließe, ihm richtiger Scheinendes an deren Stelle zu setzen. Ganz besonderen Wert gewinnt das Werk durch einen bemerkenswerten Anhang: Ricardo's „Vorschläge zu einer wirtschaftlichen und sicheren Währung" aus dem Jahre 1816. Jener Plan, auf den zurückgegriffen wurde, so oft eine Neuordnung der Währung zur Diskussion stand, ist der Arbeit in deutscher Übersetzung beigegeben worden. Diese berühmte Broschüre Ricardo's lag bisher nicht in deutscher Sprache vor und es war ein dankenswertes Unternehmen, die nähere Bekanntschaft mit dieser Schrift, die auch im Urtext dem Deutschen nur schwer zugänglich ist, zu vermitteln.

Die Goldkernwährung ist das Währungssystem, dem derzeit Deutschland und alle europäischen Staaten zustreben. Das vorliegende Buch ist daher die wichtigste Informationsquelle zum Verständnis der Währungsreformpläne Deutschlands und ganz Europas.

Der demokratische Gedanke im deutschen Sozialrecht

von

Dr. Gerhard Wörner

ord. Professor an der Handels-Hochschule zu Leipzig.

35 Seiten broschiert **Goldmark 1.50.**

Der Verfasser geht von der Tatsache aus, daß der demokratische Gedanke über seinen ursprünglichen Gegenstand der öffentlichen Verfassung, Gerichtsbarkeit und Verwaltung hinaus immer weitere gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen erfaßt hat, und untersucht diesen Einfluß für das Gebiet des deutschen Sozialrechts als denjenigen Rechtsteil, der namentlich in den letzten Jahren am stärksten von dem demokratischen Gedanken durchdrungen ist. Seine Ausführungen, in denen der vielfache Widerspruch zwischen Theorie und Praxis in der gegenwärtigen Rechtsgestaltung der Institutionen des Sozialrechts aufgedeckt wird, bieten für die in nächster Zeit zu erwartende Revision dieser Rechtsgebiete — Betriebsrecht, Tarifrecht, Sozialversicherungsrecht u. a. — einen guten Einblick in die hauptsächlichsten Probleme und den Weg ihrer Lösung.

Für das Ausland werden die Preise in Schweizer Franken umgerechnet.

Preisänderungen behalten wir uns vor, insbesondere auch für eingebundene Bücher.

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 004244452

H. Meyer's Buchdruckere[illegible]erlag.

In unserem Verlage erschien:

Zeittafel zur W[illegible]chte

110 Seiten stark (mit einem Personen-, Orts- und Sachregister)

von **A. Sartorius von Waltershausen**

Zweite Auflage.

Preis: steif broschiert Goldmark 2.80

(1 Goldmark = $^{10}/_{42}$ U. S. A.-Dollar).

Dieses von dem in der wissenschaftlichen Welt als Wirtschaftshistoriker hochangesehenen Verfasser*) herausgegebene Werk bietet in vorzüglicher systematischer Anordnung und Übersicht die für die Wirtschaftsgeschichte bedeutsamen Jahreszahlen bis auf die Gegenwart und zwar für alle Länder. **Das Buch ist das erste seiner Art.** Literaturangaben bei jedem einzelnen Abschnitt erhöhen die Verwendungsmöglichkeit dieses wertvollen Buches.

*) Bis 1918 Professor an der Universität Straßburg.

Aus Besprechungen des Werkes:

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Tübingen: Man hat immer wieder Gelegenheit wahrzunehmen, wie sehr die Oeffentlichkeit auch heute noch im Banne der alten Geschichtsbetrachtung steht, welche der politischen Aktion nicht nur den Primat neben anderen geschichtsbildenden Lebensäußerungen der Menschheit zuspricht, sondern letzlich allein die politische Sphäre der historischen Betrachtung überhaupt für würdig hält. Unter diesen Umständen sind alle Versuche, die historische Bedeutung außerpolitischer Tatsachen auch dem Bewußtsein des gebildeten Laien näherzubringen, doppelt erwünscht, und wir haben Anlaß, die vor kurzem erschienene Zeittafel von Sartorius von Waltershausen dankbar zu begrüßen. Es ist nach Lage der Dinge ein recht glücklicher Gedanke des Verfassers gewesen, für seine Darstellung die übersichtliche Form der Chronik zu wählen, die durch die politische Geschichtsschreibung bereits eingebürgert ist. . . . . .

In **Schmollers Jahrbuch** schreibt **Professor Dr. Hermann Aubin-Bonn u. a.:** Das Büchlein soll zunächst als Gedächtnishilfe dienen. Indessen sehe ich seinen Wert noch auf einem anderen Felde. Die wirtschaftsgeschichtliche Forschung ist rüstig auf dem Wege, über die zeitlich oder national isolierte Betrachtung zu einer allgemeineren Anschauung vorzudringen, teils in Berücksichtigung für sie wichtiger, politisch aber abgelegenere, Partien (Brentanos „Byzantinische Wirtschaftsgeschichte" ist ein Zeichen dafür), teils in Vergleichung der nationalen Entwicklungen (wie sie Brodnitz' Handbuch der Wirtschaftsgeschichte ermöglichen soll), teils schon in Zusammenfassung (wie sie Sieveking für die Neuzeit versucht hat und neuestens Kötzschke für das Mittelalter bietet, in systematischer Anordnung aber Sombart und Max Weber vorlegten). Sartorius' Zeittafel vereinigt nun zum erstenmal die Haupttatsachen der Wirtschaftsgeschichte aller Zeiten und Völker. Das ist freilich erst ein rohes Gerippe; aber mehr als Schlagworte lassen sich oft noch gar nicht geben, und auch in dieser Gestalt wird der Versuch nicht ohne beträchtliche Folgen bleiben. Das Auge auch desjenigen, der neu oder von einem anderen Gebiete an das Studium der Wirtschaftsgeschichte herantritt, wird sogleich auf die säkularen Entwicklungsreihen und das weite Vergleichsgebiet dieser Wissenschaft gelenkt.

In der **„Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik"**, Wien, schreibt **Prof. Dr. Othmar Spann u. a.:** Es ist ein sehr wertvoller Studienbehelf, der hier der studierenden Jugend geschenkt wird. Zeittafeln der politischen Geschichte, in denen Schlachten und andere Hauptdaten verzeichnet werden, gibt es schon lange, aber für die Wirtschaftsgeschichte fehlten bisher ähnliche Behelfe gänzlich. Der Verfasser hat seine Aufgabe in einem möglichst weiten Sinne gefaßt, nämlich nicht im engsten Sondersinne als Wirtschaftsgeschichte, sondern allgemein als „Geschichte vom sozialökonomischen Standpunkt aus". Darum ist auch eine kurze Kulturgeschichte und ein Stück volkswirtschaftlicher Dogmengeschichte in dem Buche enthalten. . . . . Es ist zu hoffen, daß sich das handliche Büchlein als vortrefflicher Lehrbehelf rasch überall einbürgert.

Für das Ausland werden die Preise in Schweizer Franken umgerechnet.

Preisänderungen behalten wir uns vor, insbesondere auch für eingebundene Bücher.